E 3892 I SN

Zeitschrift

des

Westpreußischen Geschichtsvereins

Heft 76

Danzig 1941

10496
55568/6830
2271
czasopismo

Bemerkung zu diesem Bande

Das Erscheinen dieses Bandes der Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins hat sich, allen Bemühungen der Schriftleitung zum Trotz, leider sehr erheblich verzögert. Im Hinblick auf die gewaltigen Kraftanstrengungen unseres Volkes im Kampfe um seine Existenz und Freiheit, womit selbstverständlich auch gewisse leicht zu verschmerzende Ausfälle und Unregelmäßigkeiten im Leben der Heimat zwangsläufig verbunden sind, bedarf es aber wohl einer ausführlichen Begründung dieser Verzögerung nicht.

Im Einvernehmen mit dem Vorstand des Westpreußischen Geschichtsvereins hat der Herausgeber die Zeitschrift einigen zweckmäßig erscheinenden Änderungen sowohl inhaltlicher Art als auch in der äußeren Gestaltung unterzogen. Die Zeitschrift bringt nunmehr im I. Teile größere Abhandlungen und Aufsätze, im II. Teile kleinere wissenschaftliche Mitteilungen und Beiträge und im III. Teile gewichtigere wissenschaftliche Buchbesprechungen. Ihren alten wissenschaftlichen Geist wahrend, soll die Zeitschrift in der Wahl der Mitarbeiter wie der Themen künftig in verstärktem Maße den Belangen unseres ganzen neuen Reichsgaus Danzig-Westpreußen, namentlich auch den gegenwartsnahen Problemen unseres Weichsellandes und seiner Nachbarschaft, Rechnung tragen.

Herausgeber: Staatsarchivrat Dr. Ulrich Wendland, Danzig

Druck: A. W. Kafemann, Danzig

D 86

Inhalt

Seite

I. Das Danziger Akademische Gymnasium im Zeitalter der Aufklärung. Von Bernhard Schulz, Danzig 5

II. Danzig in der Vorgeschichte zur Zweiten Teilung Polens. Von Hans Hopf, z. Zt. Krakau 103

III. Westpreußens erste Lehrerbildungsanstalt (1801—1807). Von Erich Hoffmann, Danzig-Langfuhr 171

IV. Kleinere Beiträge und Mitteilungen

1. Die Geheime Deputation von 1758. Von Heinz W. Hoffmann, Danzig-Langfuhr 179

2. Polnische Novellen in deutscher Sprache. Von Hermann Haßbargen, Danzig 184

V. Buchbesprechungen

1. H. Schmauch, Nicolaus Coppernicus und die preußische Münzreform (E. Waschinski-Kiel) 187

2. B. Wiegand, Die antideutsche Propaganda der Polen von 1890—1914 (A. Hahn-Bromberg) 189

3. E. Koßmann, Die deutschrechtliche Siedlung in Polen. Dargestellt am Lodzer Raum (E. Crusius-Danzig) 191

4. K. Lück u. a., Deutsche Gestalter und Ordner im Osten (A. Hahn-Bromberg) 192

5. M. Brink, Der Deutsche Ritterorden (A. Wendland-Danzig) 194

6. N. Immendörffer, Joh. Georg Hamann und seine Bücherei (Göttsching-Danzig) 197

Das Danziger Akademische Gymnasium im Zeitalter der Aufklärung

Von Bernhard Schulz

I.

Das akademische Gymnasium in Danzig von 1558 bis 1758

Das Gymnasium im Zusammenhang mit den Schulgründungen der Reformation — die bevorzugte Stellung des Gymnasiums — sein Verhältnis zum Collegium Scholarchale — das Collegium Scholarchale — die Lehrziele.

Im Zuge der geistigen Bewegung der Reformation wurde in Danzig im Jahre 1558 das Gymnasium Academicum sive Illustre errichtet. Diesen Namen, den es seiner Mittlerstelle zwischen Universität und Gymnasium verdankte, indem es die Studiosos auf die Universität vorbereitete, ihnen aber auch eine im Gebiet des Ostens anerkannte wissenschaftliche Bildung vermittelte, die sie zur Übernahme von Staatsämtern befähigte, erhielt die Anstalt erst seit etwa 1630. Bis dahin diente die Schule als „Partikular", d. h. ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäß als Vorbereitung auf das Vollstudium. Als Unterkunft wurde ihr das aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts stammende Franziskanerkloster angewiesen, das nur noch wenige Mönche bewohnten und von diesen nach gütlicher Übereinkunft mit dem Rat der Stadt zur Verfügung gestellt wurde [1]).

Das Gründungsjahr 1558 entspricht insofern der geschichtlichen Entwicklung, als die Reformation in den von der Krone Polen abhängigen Gebieten des deutschen Ostens erst später zur Anerkennung gelangte als in dem Preußen des Markgrafen Albrecht, der bereits 1525 begonnen hatte, sein Land der neuen Lehre zuzuführen. Zwar hatten die Danziger schon 1525, nachdem ihr Artikelbrief, der die rechtlichen und wirtschaftlichen Forderungen der Bürgerschaft enthielt, nicht ohne Widerstand durch den Rat angenommen war, den Bau einer griechischen Schule in Angriff genommen. Als Raum hatte man ihr das Franziskanerkloster zugewiesen. Der Umbau wurde begonnen, und in Briefen an Luther und Bugenhagen, in denen vorzugsweise kirchliche Einrichtungen besprochen wurden, war auch von der Entsendung eines Leiters für diese neue Schule die Rede. Aber die rückläufige Bewegung, die durch den Übereifer religiöser Schwärmer in Danzig hervorgerufen wurde, und der Sieg der alten Obrigkeit setzten dem Plan vorläufig ein Ende. Erst als Danzig 1557 durch Sigismund II. die Religionsfreiheit bestätigt erhielt, wurde die lange beabsichtigte Schulgründung verwirklicht. Wenig später erhielten auch die

[1]) In gleicher Weise hatte der Bremer Rat für seine 1528 eröffnete evangelische gelehrte Schule die Raumfrage gelöst, als er das von Dominikanern bewohnte Katharinenkloster durch einen „Vordrachte twusken dem Rade unde den schwarten Monneken" an sich brachte. Vgl. Entholt: Gesch. d. Bremer Gymn. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts. Bremen 1899, S. 1.

beiden anderen großen Städte des Preußenlandes, Thorn und Elbing, das Recht der Religionsfreiheit. Thorn richtete 1568, also 10 Jahre nach Danzig, eine gelehrte Schule ein, während in Elbing bereits 1535/36 ein Partikular eröffnet worden war, zu dessen ersten Rektor der Holländer Wilhelm Gnaphaeus berufen wurde. Die Anstalt litt unter dem Mißtrauen der Kirche, deren heftigste Angriffe sich gegen ihren geistigen Führer, Gnaphaeus, richteten, der 1541 Elbing verlassen mußte und in Königsberg ehrenvolle Aufnahme fand.

In den mittleren Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts vollzieht sich eine für die Schulgeschichte bedeutsame Entwicklung, von der besonders das Gelehrtenschulwesen betroffen wird. Reformation und Humanismus suchen ihre Nachfolge zu sichern und sehen in der Schule den geeigneten Ort, ihre Lehre zu festigen. Die Reformation wendet aus praktischen Überlegungen der Schule ihre Aufmerksamkeit zu. In ihr sollen die künftigen Kirchendiener herangebildet werden, und da die kirchliche Aufsicht auf die Landesherrn übergeht, nimmt auch der Staat an dem Wachstum der Schule Anteil.

In Preußen förderte Markgraf Albrecht eifrig den Neubau oder die Umgestaltung vorhandener Schulen im Geiste der Reformation. In Königsberg kam zu den bereits vorhandenen lateinischen Trivialschulen auf dem Kneiphof und in der Altstadt noch die Löbenicht'sche Pfarrschule (bis 1531) hinzu. Da ihre Leistungen anscheinend nicht genügten, um dem Staat tüchtige Prediger, Richter und Beamten zu stellen, ordnete der Markgraf 1541 die Begründung eines Partikulars an, das unter seinen Lehrern auch den ersten Rektor des Danziger Gymnasiums, Johannes Hoppe, zählte. Hoppe konnte seine dortigen Erfahrungen zuerst als Rektor der Kulmer Akademie (1554), seit Dezember 1555 als Rektor in Elbing und dann als Leiter der Danziger Anstalt verwerten. Schon dieser Hinweis zeigt, daß Danzig, ungeachtet seiner politischen Sonderstellung, mit dem geistigen Leben des nordostdeutschen Raumes enge Fühlung hält.

Von Königsberg aus, wo 1544 die ersehnte Gründung der Universität erfolgte, spann Albrecht seine Fäden weiter. Die Gründung des Partikulars in Rastenburg geschah auf seine Veranlassung, andere Schulen, die zur Universität entließen, befanden sich in Marienwerder, Riesenburg, Hohenstein, Neidenburg und Passenheim. Die in Tilsit, Lyck und Saalfeld 1586/87 gegründeten Lateinschulen, die 1599 in Fürstenschulen umgewandelt wurden, verdankten ihr Dasein ebenfalls dem Eifer des Landesherrn.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, zeugt diese Aufzählung von der Lebendigkeit, mit der die ostdeutschen Lande an dem Umbruch der Zeit beteiligt waren. Die Geschichte des Danziger Gymnasiums hat an diesem gesamtdeutschen Erlebnis teil.

Während die bisher genannten Gymnasien und Lateinschulen den Zwecken der Reformation dienten, waren die Akademie in Kulm und das Seminar in Braunsberg Einrichtungen der Gegenreformation. Die Kulmer Schule war bereits 1473 durch bischöfliche Genehmigung entstanden, konnte aber nicht in Blüte kommen, da es ihr an tüchtigen Lehrern und den nötigen Mitteln fehlte. Fast schien es, als ob nach ihrer Erneuerung im Jahre 1554 unter dem Rektor Johannes Hoppe die Reformation sich durchsetzen wollte, doch konnte sich Hoppe, der in Wittenberg studiert hatte, gegen den Anwurf der Ketzerei nicht halten

und nahm eine Berufung nach Elbing an. Kulm geriet später ganz in die Abhängigkeit von dem 1651 dort errichteten Priesterseminar. Das Matrikelverzeichnis von 1692 und den folgenden Jahren führt überwiegend polnische Namen, während die deutsche Bevölkerung ihre Jugend nach auswärts schickte. Das Braunsberger Seminar wurde auf Veranlassung des ermländischen Bischofs Hosius gegründet, der zu den tatkräftigsten Eiferern der Gegenreformation zählt. Sein Ziel war eindeutig ausgerichtet „ad profectum et communem utilitatem ecclesiae“ [2]). Das Seminar unterstand der Aufsicht der Jesuiten, und seine Schüler mußten sich verpflichten, als Geistliche in der Diözese zu verbleiben. Die Entwicklung beider Anstalten verläuft abseits von den reformatorischen Gründungen der deutschen Städte.

Von diesen behielten viele, besonders in den preußischen Städten, nur örtliche Bedeutung und überdauerten mit Mühe den großen Umbau im Anfange des 19. Jahrhunderts. Bevorzugt waren naturgemäß die Schulen der volkreichen Städte, weil hier die Mittel reichlicher flossen und Einrichtungen getroffen wurden, die den Ruf der Schule über die Stadtgrenze verbreiteten. In Königsberg blieben die Lateinschulen in dienender Stellung gegenüber der Universität, auf deren Besuch sie ihre Schüler vorbereiteten. Elbings Ruhm wurde durch die mächtigere Nachbarstadt Danzig verdunkelt, in Thorn dagegen verdankte das Gymnasium sein Ansehen der Wirksamkeit des Bürgermeisters und Protoscholarchen Stroband, auf dessen Veranlassung eine Suprema classis eingerichtet wurde, in der die Anfänge der Theologie, Philosophie, Rhetorik, Mathematik, Physik und Medizin gelehrt wurden. Diese Klasse sollte kein Ersatz für die Universitätsstudien sein, sondern in sie einführen (ut cognoscant prima artium elementa) [3]). Infolgedessen war der Zuzug von auswärts besonders stark, zumal Thorn als eine streng evangelische Stadt angesehen wurde. Stroband, der in Straßburg mit der Schule Sturms bekannt geworden war, beabsichtigte die Erhöhung seiner Schöpfung zu einer gemeinsamen Hochschule der deutschen Städte des Königlichen Preußens, um der fortschreitenden Gegenreformation durch diesen Sammelpunkt aller deutschen evangelischen Kräfte des Landes entgegentreten zu können. Die Ausführung scheiterte an der Uneinheitlichkeit und dem mangelnden Willen der Beteiligten [4]).

So gewann allmählich das Danziger Partikular, begünstigt durch die wirtschaftliche und politische Lage der Stadt, einen Vorsprung vor den anderen Schulen. Sein deutsches und protestantisches Gepräge blieb unbestritten und mußte nicht gegen äußere Feinde verteidigt werden. Die politische Unabhängigkeit Danzigs gestattete einen unbeeinflußten Ausbau nach dem Willen der Stadtväter. In natürlichem Wachstum entstanden die Lehrstühle für Theologie, mit der zugleich das Rektorat verbunden wurde, für Jura und Geschichte, Physik und Medizin, für Philosophie, Beredsamkeit und Poesie, griechische und orientalische Sprachen und für Mathematik. Diese 7 Lehrstühle waren

[2]) Braun, Gesch. d. Kgl. Gymn. zu Braunsberg während seines 300jährigen Bestehens. Braunsberg 1865, S. 16.

[3]) E. Waschinski: Das Thorner Stadt- und Landschulwesen 1569/1779/93, Danzig 1915. S. 23.

[4]) Vgl. Th. Schieder: Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande vom Beginn der Reformation bis zum Ende der polnischen Herrschaft, S. 28 f., Königsberg 1940.

ständig besetzt, und der Rat wachte durch sorgfältige Auswahl und Berufungen anerkannter Lehrer über das Ansehen der Schule. Das führte bald zu einer Trennung der unteren Klassen von den beiden Oberklassen, der Prima und Sekunda, deren Lehrbetrieb akademisch war, während dort handwerkliche Schularbeit getrieben wurde. Der Bedeutung des Gymnasiums und der wissenschaftlichen Leistung der Professoren entsprach auch ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung. Während andernorts der Lehrstand als eine drückende Last empfunden wurde, der man durch Übernahme einer Pfarrstelle zu entgehen suchte, galt in der Blütezeit des Gymnasiums eine Berufung nach Danzig als Auszeichnung. Zudem waren die Professuren neben dem Gehalt durch Nebeneinkünfte aus öffentlichen Verpflichtungen und Privilegien so reichlich ausgestattet, daß eine Anstellung gleichzeitig eine wirtschaftliche Verbesserung bedeutete. Häufig nahmen die Professoren Anlaß, zu den religiösen und politischen Meinungen des Tages ihre Ansicht zu äußern; besonders in den Streitigkeiten zwischen Reformierten und Lutheranern spielte das Gymnasium eine ausschlaggebende Rolle. Die Professoren fühlten sich nicht an die Schulstube gebunden, und ihnen war die Klage ihrer Amtsgenossen über das „desudare in pulvere scholastico" unbekannt. Im Gegenteil ermunterte der Rat sie durch Geldgeschenke zur Fortsetzung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten und sah es gern, wenn sie ihm ihre Schriften widmeten. Diesen Umständen und der glücklichen politischen und wirtschaftlichen Lage Danzigs verdankte das Gymnasium sein Ansehen, das es weit über die Grenzen der Stadt neben der Universität Königsberg zu der bedeutendsten Bildungsstätte des Ostens erhob. Geistesgeschichtlich blieb es dem norddeutschen Raum verbunden und erlebte den Ablauf von Blüte und Verfall wie alle Schulgründungen der Reformation, die an dem überkommenen Lehrgebäude festhielten und sich den Forderungen eines neuen Zeitalters nicht anpaßten.

Die bevorzugte Stellung des Gymnasiums zeigte sich auch in seinem Verhältnis zur Schulaufsichtsbehörde, dem Collegium Scholarchale. Seit etwa 1600 bestand dieses Collegium aus einem Bürgermeister als Protoscholarchen — späterhin war er stets der Älteste — und aus 3 Scholarchen, die dem Rate angehörten. Seit den Konkordaten von 1678, in denen das Verhältnis der Ordnungen zum Rat geklärt wurde, bestimmte man: „Daß das Collegium Scholarchale aus allen Ordnungen besetzet und denen aus dem Rath zwo Personen des Gerichts und vier aus der 3. Ordnung zugeordnet, diesem Collegio die Annehmung aller Schullehrer, wie auch die Aufsicht über die Schulen aufgetragen, die Professores am Gymnasio aber allein vom Rath gewählet und berufen werden sollten." Der Rat hatte sich also den bestimmenden Einfluß auf das Gymnasium gesichert, indem er sich die Berufung der Professoren vorbehielt. Die Wahl des Rektors, der zugleich Prediger an der Dreifaltigkeitskirche war, erfolgte im Einvernehmen mit den Ordnungen. Für die Aufsicht des Gymnasiums waren ebenfalls nur die Mitglieder des Rats aus dem Collegium Scholarchale zuständig. Ein Proto-Bibliothekar sorgte für die Anschaffungen der Bücherei des Gymnasiums, die durch den Professor für Philosophie verwaltet wurde. Der dritte Scholarch führte die Geschäfte, zahlte den Professoren und Lehrern die Gehälter aus und war für den Zustand des Gebäudes und der Wohnungen verantwortlich. Nur bei außerordentlichen

Ausgaben erfolgte die Bewilligung über den Rat durch die Ordnungen. Die Professoren sahen in den Scholarchen ihre übergeordnete Behörde, der sie ihre Wünsche und Klagen vorzubringen hatten [5]).

Die Einrichtung des Collegium Scholarchale als Verwaltungsbehörde entspricht nicht einer Eigenart der Danziger Verfassung, sondern findet sich auch in anderen Städten. In Bremen standen an der Spitze des Gymnasiums 2 Scholarchen und zwar der jüngste Bürgermeister und einer der Ratsherrn, in Thorn bestand das Scholarchat aus einem Bürgermeister als Protoscholarchen und je einem Vertreter des Rats und der Schöffen. Dazu traten der Rektor, ein Professor und der Kollege der 3. Klasse, der bei den Sitzungen das Amt des Schreibers zu versehen hatte [6]). Für die 3 Fürstenschulen in Tilsit, Lyck und Saalfeld war ein gemeinsamer Oberscholarch in Königsberg eingesetzt, während z. B. in Lyck der Erzpriester den Unterricht zu überwachen hatte und der Amtshauptmann die äußeren Angelegenheiten der Schule besorgte [7]).

Neben dem Gymnasium unterstanden dem Collegium Scholarchale in Danzig auch die anderen Stadtschulen, die ihrer Entstehung nach Pfarrschulen waren und bereits vor der Reformation bestanden hatten. Dazu gehörten die Pfarr- oder Marienschule, die Schulen an den Kirchen von St. Johann und St. Katharinen, der Bartholomäi- und Barbarakirche, die alle evangelisch waren, während die Reformierten an der Peter- und Paulkirche eine Schule unterhielten. An diesen Trivialschulen fiel dem Unterricht im Lateinischen der Hauptanteil der Stundenzahlen zu. Das war nicht außergewöhnlich, sondern entsprach den Bedürfnissen der Zeit. Ein Übergang von den obersten Klassen der Trivialschulen auf das Gymnasium war daher möglich.

Zu den weiteren Aufgaben des Collegium Scholarchale gehörte die Überwachung des Unterrichtes und die Sorge für die Erhaltung der einmal erreichten Leistungsfähigkeit des Danziger Schulwesens. Die Scholarchen pflegten durch ihre Anwesenheit bei den Prüfungen ihre Teilnahme an dem Schulwesen zu beweisen und überzeugten sich an Ort und Stelle von den Ergebnissen der Schularbeit. Bekannt ist die Tagebuchaufzeichnung des französischen Gesandschaftssekretärs Ogier aus dem Jahre 1635, in Danzig sei die Gesandschaft, die sich einige Zeit hier aufhielt, mit einer lateinischen Ansprache empfangen worden, „ja von dem Augenblicke, daß wir nach Preußen gelangten, war es, als hätten wir das alte Latium betreten, denn Alles wurde lateinisch verhandelt" [8]). Diese Anerkennung ist zugleich ein Zeugnis für den Erfolg des Lateinunterrichtes, der an allen Danziger Schulen, besonders aber an dem Gymnasium betrieben wurde.

Der Hinweis Ogier's, daß die Verhandlungen lateinisch geführt wurden, macht die Bevorzugung des lateinischen Sprachunterrichtes verständlich. Latein war in jener Zeit die Weltsprache, der sich Gelehrte und Diplomaten bedienten, und auch die Kirche verlangte zum Verständnis ihrer Quellenschriften die Kenntnis des Lateinischen. Danzig hatte schon auf Grund seiner beherr-

[5]) Vgl. Gottfried Lengnich, Jus publicum Civ. Ged., Quellen u. Darst. z. Gesch. Westpr., Hsgb. O. Günther, Bd. I., Danzig 1900, S. 314 ff.
[6]) E. Waschinski, das Thorner Stadt- u. Landschulwesen, S. 17.
[7]) E. Bernecker, Gesch. d. Kgl. Gymn. zu Lyck, Königsberg 1891, S. 4.
[8]) Löschin, Beiträge zur Geschichte Danzigs, Danzig 1837, II, S. 19 f.

schenden politischen Stellung und der damit verbundenen Notwendigkeit, häufig Verhandlungen, besonders mit Polen, führen zu müssen, auf eingehende Pflege des lateinischen Sprachunterrichtes zu achten. Das Gymnasium war in erster Linie berufen, die späteren Staatsdiener zu erziehen und achtete daher auf die Erfüllung dieser Forderung.

Der Lehrplan entsprach im 16. und 17. Jahrhundert den Forderungen der Reformation und des Humanismus. Nach ihnen richtete sich jede Schulordnung der Zeit. So gab die „Constitutio Scholae Thorunensis" die religiöse und sittliche Erziehung und die wissenschaftliche Ausbildung[9]) als doppelten Zweck der Schule an. Johannes Sturm, der Schöpfer der berühmten Straßburger Schule, sah dieses Doppelziel in dem „vir bonus et doctus" verwirklicht. Der Humanismus suchte den Wünschen der Kirche entgegenzukommen. Daher stellte er die „pietas" als wichtigsten Erziehungsgrundsatz auf. Diese „pietas" mußte aber „sapiens" und „eloquens" sein. Die Mittel ihrer Erwerbung waren rerum cognito, orationis elegantia und religio. Im Vordergrund der Schularbeit stand die eloquentia, während auf Universitäten und Akademien die sapientia erworben wurde. Das unermüdliche Studium der Alten war die Voraussetzung, um dem bewunderten Vorbild nahezukommen. Cicero und Demosthenes waren die Lehrer der Redekunst, Vergil, Horaz und Homer galten als die schönsten Beispiele echter Dichtung[10]). Neben die Beherrschung der lateinischen Sprache trat die Kenntnis des Griechischen, die zum Verständnis des N. T. erforderlich war, aber auch das Gefühl für den Geist der Antike erschließen sollte. Auch die Anfänge des Hebräischen wurden gelehrt. Zu den weiteren Lehrgegenständen gehörte die Musik. Hoppe, der erste Rektor des Gymnasiums, hatte sie 1554 in das Programm aufgenommen, in dem er von der Erneuerung der Kulmer Schule Anzeige gab. Ein weiteres Hauptfach war selbstverständlich der Religionsunterricht, in dem die Schüler nicht nur den Katechismus lernten, sondern zu Disputierübungen über die Lehren der Kirche angeleitet wurden[11]). Häufig fand die Schule der Reformationszeit den Weg zur Öffentlichkeit und gab dabei den Schülern Gelegenheit, ihre Kenntnisse und Fortschritte zu beweisen. Neben den jährlichen oder halbjährlichen Prüfungen, die vor Eltern und gelehrten Bürgern der Stadt abgehalten wurden, fanden die Aufführungen von Schulkomödien allgemeine Aufmerksamkeit. In Danzig wurde dieser Brauch unter dem Rektor Heinrich Moller (1560/67) gepflegt, der jährlich eine lateinische und eine deutsche Komödie einüben ließ, deren Stoffe dem Terenz und der Bibel entnommen waren. Damit knüpfte Moller an eine reiche Überlieferung an, denn gerade die Menschen des 16. Jahrhunderts ereiferten sich für das dramatische Geschehen auf der Bühne und fanden eine ursprüngliche Freude an den derb-komischen und hitzig-polemischen Bildern der Komödien oder harrten geduldig bei den langatmigen Oster- und Passionsspielen aus. Diese Schaufreude hatten sich die streitenden Religionsparteien zunutze gemacht und vertraten im Spiel ihre

[9]) A. Lehnerdt, Gesch. d. Gymn. zu Thorn, S. 27, Thorn 1868.

[10]) W. Sohm, Die Schule Johann Sturms und die Kirche Straßburgs, München 1912.

[11]) Über Stoff und Methode des U. im 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts berichtet H. Entholt: Gesch. d. Bremer Gymn., Bremen 1899.

Lehre oder suchten den Gegner herabzusetzen. Auch Luther und Melanchthon hatten das Drama gefördert und in ihren Erziehungsplan aufgenommen. Doch scheint das Schuldrama in Danzig seit Moller weniger gepflegt worden zu sein. Dafür wurden Redeübungen und Disputationen abgehalten, in denen die Schüler ihre Scheu vor fremden Zuhörern verlernten und eine These mit Geschick zu verteidigen hatten.

Die Rektoren des Gymnasiums als religiöse und politische Kämpfer.

Jacob Fabricius 1580—1629. — Joh. Botsack 1631—1643.
Abraham Calov 1643—1650. — Ägidius Strauch 1670—1682.

Auch das religiöse und politische Leben der Stadt wurde durch das Gymnasium weitgehend beeinflußt. Neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit sahen sich die Rektoren, die stets Doktoren der Theologie waren, als Wortführer in den Kampf der Bekenntnisse gestellt. Eine Reihe tüchtiger Rektoren haben innerhalb des Gymnasiums und von der Kanzel hartnäckig ihre Überzeugung zur Geltung gebracht. Als gute Kanzelredner hatten sie den Zulauf der Massen, die ihnen bald feindlich, bald freundlich gegenüberstanden. Unter Fabricius, der volle 49 Jahre, von 1580 bis 1629, an der Spitze des Gymnasiums stand, gewann der Kalvinismus unter den vornehmen Geschlechtern Danzigs an Boden. Fabricius, der selbst der Richtung Kalvins angehörte, berief im Einvernehmen mit dem kalvinistisch gesinnten Rat Professoren dieser Glaubensgemeinschaft. Die Masse der Bevölkerung hielt dagegen an dem Worte Luthers fest und stand dem „calvinisch Nest" mißtrauisch gegenüber. Die Abneigung ging soweit, daß Bartholomäus Keckermann, einer der tüchtigsten Professoren, die das Gymnasium je besessen hat, von den empörten Volksmassen angegriffen wurde und gezwungen war, sich in Frauenkleidern durch eine Hintertür seiner Wohnung in Sicherheit zu bringen [12]).

Die Berufung Joh. Botsacks, eines streng lutherisch gesinnten Rektors, führte das Gymnasium in das Lager der Orthodoxie. Während Botsack im Gymnasium und von der Kanzel jede abweichende Lehre mit wissenschaftlichem Ernst verfolgte und in Streitschriften und Disputationen für die Rechtgläubigkeit eintrat, war sein Nachfolger, Abraham Calov (1643—1650), ein Polemiker, der in seine Auseinandersetzungen unsachliche Anspielungen einflocht und sie dadurch verschärfte. Auch Calov war eine hervorragende Begabung und wurde deshalb bald nach Wittenberg berufen.

Den Höhepunkt der inneren religiösen Zwistigkeiten, an denen das Gymnasium führend beteiligt war, bildete das Rektorat von Ägidius Strauch (1670—1682), der in seinen vielbesuchten Predigten nicht nur Reformierte, Katholiken und Polen angriff, sondern bald durch seinen Starrsinn und seine jähzornige Veranlagung in Widerspruch zum Rat trat und von den niederen Ständen als ihr Wortführer im Kampf um die Erweiterung ihrer politischen Rechte angesehen wurde. Als der Rat sich genötigt sah, seine Entlassung auszusprechen, nahmen die Handwerker, Strauchs treueste Anhänger, eine drohende Haltung an und erzwangen seine Wiedereinsetzung. Doch Strauch, dem die Vorfälle der letzten Jahre den weiteren Aufenthalt in Danzig verleidet hatten, nahm 1675 einen Ruf nach der damals schwedischen Universität Greifs-

[12]) Th. Hirsch (jüd.), Gesch. d. Akad. Gymn. in Danzig, S. 21, Danzig 1837.

wald an, lehnte aber auch nicht das ihm angetragene Pfarramt an St. Jakob in Hamburg ab und verließ am 4. Oktober 1675 zu Schiff Weichselmünde. Er ist niemals nach Greifswald gekommen, sondern wurde von Brandenburgischen Truppen als Verbündeter der Schweden aufgegriffen und nach Küstrin in Haft gebracht. Erst nach dreijähriger Gefangenschaft gelang es dem Danziger Rat, Strauchs Entlassung zu erwirken. Auf den dringenden Wunsch seiner Anhänger kehrte er nach Danzig zurück und übernahm wieder das Rektorat des Gymnasiums und das Predigtamt der Trinitatiskirche.

Danziger Geistesleben im 17. Jahrhundert und das Gymnasium.

Im Verlaufe des 17. Jahrhunderts erreichte das geistige Leben Danzigs eine seltene Höhe und Eindringlichkeit, und seine Wirkungen sind weit über die Stadtgrenzen in dem gesamtdeutschen Raum spürbar. Nicht nur, daß außer den streitbaren Rektoren eine Reihe von angesehenen Gelehrten an dem Gymnasium wirkten und von weither Schüler nach Danzig zogen. Die politische Unabhängigkeit der Stadt, ihr Reichtum, den auch kriegerische Auseinandersetzungen nicht zu untergraben vermochten, die Sicherheit, der sich Danzig während des 30jährigen Krieges erfreute, zogen Dichter, Gelehrte und Künstler hierher. Zwar unterstand Danzig dem Namen nach der Oberhoheit des polnischen Königs, aber dessen Rechte beschränkten sich auf die Ernennung eines Stellvertreters, den er aus den ihm vorgeschlagenen deutschen Ratsherrn zu wählen hatte, während die Stadt durch Militärhoheit, Gesandtschaften und Vertragsschlüsse ihre Unabhängigkeit bekundete. Die deutsche Bevölkerung Danzigs fühlte sich rassisch und völkisch dem großen deutschen Kulturbereich zugehörig. Die Lage an der See und die weltweiten Verbindungen hatten besonders den führenden Schichten den Blick für das Große und Entscheidende gegeben. Der Danziger Kaufmann beharrte nicht auf einem kleinlichen Krämerstandpunkt, sondern verstand, den erworbenen Reichtum nutzbringend zu verwerten. Dafür zeugen die prächtigen Bauten der Stadt, die großen Kirchen und Gebäude, die mit erlesenem Geschmack eingerichteten Patrizierhäuser, in denen sich eine feinsinnige Gesellschaft zu heiteren Festen und gelehrten Unterhaltungen zusammenfand. Auf weiten Reisen hatte der junge wohlhabende Bürgerssohn, nachdem er im Gymnasium die Grundlagen seiner Bildung empfangen hatte und vielleicht in Wittenberg oder Leipzig einige Semester studiert hatte, den Blick geweitet und die Bereitschaft erworben, alle die berühmten Gäste und aufstrebenden Begabungen, die in Danzig zusammenkamen, gastlich aufzunehmen und zu fördern. Neben der amtlichen Stätte der Gelehrsamkeit, dem Gymnasium, waren die Patrizierhäuser gastliche Sammelpunkte der Gelehrten und Künstler. Die umfangreiche Danziger Barockdichtung gibt ein reiches Abbild dieses vielseitigen Lebens. Der schon genannte Bericht Ogiers beweist die hohe Kultur, die damals hier heimisch war und den Sinn für Kunst und Wissenschaft, durch den sich die Danziger auszeichneten.

Opitz hatte sich 1636 für Danzig als Wahlheimat entschieden. Neben seiner dichterischen Tätigkeit verfaßte er hier einige wissenschaftliche Arbeiten und begann die Verdeutschung von Augustinus' De civitate Dei. Die Herausgabe des frühmittelalterlichen „Annolides", das dem kunstsinnigen Bürgermeister Czierenberg gewidmet ist, war seine letzte Arbeit, als ihn 1639 die Pest hinweg-

raffte. Neben Opitz lebten in Danzig zwei andere bedeutende Dichter, die am Gymnasium ihre erste wissenschaftliche Ausbildung erhielten, Gryphius und Hofmannswaldau. Gryphius verließ Danzig, kurz bevor sich Opitz hier dauernd niederließ. Am Gymnasium fanden sie bei dem weitgereisten Professor für Beredsamkeit und Philosophie, Johann Mochinger, reiche Anregung. Mochinger hatte nach vierjährigen Universitätsstudien eine Bildungsreise durch die westeuropäischen Länder unternommen, war dann 2 Jahre an der Universität Straßburg geblieben und hatte schließlich den Ruf nach Danzig angenommen. Er gehörte mit Calov zu der Danziger Abordnung, die an dem ergebnislosen Thorner Religionsgespräch von 1645 teilnahm. Mit Opitz stand er in lebhaftem Verkehr und führte ihn in die Danziger Gesellschaft ein. Amtsnachfolger Mochingers war Johann Peter Titz, der in der Danziger Barockdichtung nach dem Tode Opitz' die Führung übernahm, „er spielte Opitzens Reformwerk gegenüber dieselbe Rolle, die Wolff gegenüber Leibnizens Werk übernahm" [13]). In einem Lobgedicht nennen ihn seine Schüler „der Preußen ihr Vergil" und in einem anderen Carmen heißt es:

„Du hast, was Opitz hat erfunden, ausgeführt,
In bessern Stand versetzt, was Tscherning angerührt,
Ein neuer Varro gibt an Dir sich zu erkennen."

Ein dritter Großer im Kreise der Danziger Barockdichtung war der Vogtländer Johannes Plavius, dessen „Trauer- und Treugedichte" erst kürzlich durch die Arbeit des früheren Danziger Literarhistorikers Kindermann in dem Sammelband „Danziger Barockdichtung" zugänglich gemacht sind. Zu diesen Dichtern, deren Namen sich durch manche weniger bekannte, wie etwa den Plavius-Schüler Michael Albinus, vermehren ließen, gesellte sich von der naturwissenschaftlichen Seite der berühmte Astronom Hevelius, dessen Selenographie und „Machina coelestis" zu den bedeutendsten Werken astronomischer Forschung gerechnet wurden. Am Gymnasium lehrte seit 1655 Joachim Pastorius von Hirtenberg, der durch seine Tätigkeit als Dichter und Geschichtsschreiber vorwiegend in höfischen Kreisen verkehrte. Seine Studien in Leyden und Paris hatten ihn mit Hugo Grotius zusammengeführt, der Kaiser Leopold verlieh ihm den Adel, und von dem polnischen König erhielt er den Titel eines Hofhistoriographen. Dieses Amt zwang ihn nicht in die Dienstbarkeit des Hofes, öffnete ihm aber die polnischen Archive. Seine geschichtlichen Werke behandeln daher vorzugsweise Gegenstände der polnischen Geschichte [14]).

Die Träger glanzvoller Namen, die noch heute in der Geistes- und Kulturgeschichte unseres Volkes ihren Rang behaupten, fanden sich um die Mitte des 17. Jahrhunderts in Danzig und verkündeten ihren Ruhm wie der Regensburger Georg Greflinger in seinem großen Lobgedicht auf „Das blühende Danzig":

„Was nirgends Platz mehr hat, das zieht in diese Stadt,
Dieweil sie Künste liebt und guten Frieden hat."

[13]) H. Kindermann, Die Danziger Barockdichtung, S. 21, Deutsche Literatur, Reihe Barock, Ergbd. Leipzig 1939.

[14]) Florus Polonicus seu Polonicae Historiae epitome nova, Leyden 1641; Bellum Scythico-Cosacicum, Danzig 1652; Historiae Polonae plenioris partes duae. Danzig 1680 bzw. 1685; vgl. Schieder, Dt. Geist u. ständ. Freiheit im Weichselande, Königsberg 1940, S. 80 ff, 178 f.

Es ist verständlich, daß auch das Gymnasium an diesem blühenden Leben reichen Anteil hatte. Die Zahl der jährlichen Neueinschreibungen läßt das Ansehen der Schule erkennen. 1600—1619 erreichte der Besuch mit 110 jährlichen Einschreibungen einen ersten Höhepunkt, fiel dann in dem Jahrzehnt von 1620 bis 1630 auf nur 38 Zugänge. Verursacht wurde der Rückgang durch die Pest, die mehrmals die Stadt heimsuchte und verheerende Opfer forderte und durch die schwedisch-polnischen Auseinandersetzungen, die seit 1626 den Handel Danzigs empfindlich störten und für die nächsten 4 Jahre die Sicherheit der Stadt bedroht erscheinen ließen. Zwischen 1644—1674 war die frühere Blüte mit jährlich 110 Aufnahmen wieder erreicht, seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts machte sich ein allmählicher Rückgang der Einschreibungen bemerkbar [15]). Die Herkunft der Schüler beschränkte sich nicht nur auf Danzig und seine nähere Umgebung, sondern bald stellten das Weichsel- und Odergebiet einen starken Hundertsatz. Aber auch der ganze weite Ostraum schickte seine Söhne nach dem berühmten Gymnasium. Aus Polen und dem Baltenlande, selbst aus den skandinavischen Ländern, aus Ungarn und Mähren finden sich Eintragungen, vereinzelt ist auch England, Schottland und Holland als Heimat angegeben. Schlesier, Friesen, Westfalen und Rheinländer lernten in Danzig die Kultur des deutschen Ostens kennen und verkündeten den Ruhm der stolzen Stadt in ihrer Heimat. Solche Eintragungen sind natürlich seltener, in der Hauptsache ist das Gymnasium eine Bildungsstätte des Ostens geblieben.

Pietismus und Aufklärung — ihre Wirkungen in Danzig — Schelwigs Kampf gegen den Pietismus.

Es war darauf hingewiesen worden, daß das Gymnasium als Hort des orthodoxen Luthertumes während des 17. Jahrhunderts lebhaften Anteil an den theologischen Auseinandersetzungen der Zeit genommen hatte. Auch unter dem Rektor Schelwig, der die Schule in das neue Jahrhundert führte, erfolgte ein Zusammenstoß religiöser Überzeugungen. Diesmal richtete sich der orthodoxe Eifer gegen eine Bewegung, die auf die inneren religiösen Antriebe des Menschen zurückgriff. Der Pietismus suchte die blutlose Dogmatik durch den lebendigen Glauben zu ersetzen und den wiedergeborenen Christen in eine Gemeinschaft von Menschen zu führen, die ihr privates und öffentliches Leben nach den Grundsätzen der christlichen Tugenden ausrichteten. Als religiöse Erneuerungsbewegung griff die Lehre Phil. Jacob Speners auch in das Gebiet der ausübenden Pädagogik über und führte zu bedeutsamen Veränderungen des Schullebens. Auch in Danzig fand der Pietismus Anhänger und Gegner, und Schelwig fühlte sich zur Verteidigung des Dogmas berufen. Wenn der Kampf auch nicht die heftigen Formen wie vormals unter Strauch und Calov annahm, ist er doch bezeichnend für die Überzeugungstreue, mit der man am Gymnasium an der Überlieferung festhielt. Hierin liegt ein innerer Grund für das langsame Absinken der Schule von der erreichten Höhe, das sich seit Beginn des 18. Jahrhunderts in den geringeren Schülerzahlen äußert. Der Danziger Vorgang steht nicht vereinzelt da, sondern überall, wo die alte

[15]) W. Quade, das Städt. Gymn. im Lichte der Statistik, in Festschrift d. Städt. Gymn. u. Realgymn. in Danzig zu seinem 375jährigen Bestehen, Danzig 1933.

Form zu starr geworden war und sich nicht der fortschreitenden Entwicklung anpassen wollte, ging diese über die Anhänger der überlebten Lehrverfassung hinweg. Pietismus, Aufklärung und Neuhumanismus waren die großen formenden Kräfte, die an dem Gebäude der alten Schulwissenschaft rüttelten und bald in Danzig Aufnahme fanden. Das Gymnasium verschloß sich zu seinem Schaden den Ansprüchen der neuen Zeit.

Erziehungslehren der Aufklärung und des Pietismus.

Die Aufklärung ist die beherrschende geistige Bewegung des 18. Jahrhunderts. Kant nannte sein Zeitalter das Jahrhundert der Aufklärung. Als Bildungslehre bemächtigte sich die Aufklärung der Pädagogik und verlangte an Stelle des Geisteszwanges eine natürliche, vernunftgemäße Menschenbildung, die der Eigentümlichkeit des Einzelwesens entspricht. Diese Pädagogik ist also individualistisch bestimmt, und bezeichnenderweise verlangte Rousseau in seinem „Émile oder über die Erziehung" eine abgesonderte stufenweise Bildung, die hauptsächlich in der Hand des Vaters oder eines Hofmeisters liegen sollte. Die Vernunftreligion mit ihren blutleeren Begriffen von Tugend, Glückseligkeit, Freiheit und Würde rührte nur an eine Seite der menschlichen Natur, den Logos. Daher sah sie in dem Pietismus, der Religion des einfältigen Herzens, dessen Kraft in der inneren Bewegung des Gemüts wurzelte, ihren erbitterten Gegner. Der Pietismus hatte unter Friedrich Wilhelm I. in Preußen Fuß gefaßt. Selbst unter dem aufgeklärten Absolutismus Friedrichs II. hatten sich in dem General-Landschulreglement von 1763 pietistische Züge behauptet. Jeder Unterrichtstag sollte mit Gesang und Gebet eingeleitet werden, während der Lehrer „sich jedesmal zur Information, durch herzliches Gebet für sich", vorzubereiten hatte und ihm auch während des Unterrichtes „das Seufzen aus Herzensgrund" empfohlen wurde[16]). Die pietistische Pädagogik, wie sie durch Spener und Francke entwickelt wurde, umfaßte einen religiösen und einen praktischen Erziehungsplan. Wichtig war für Spener die Aufgabe des Hauses für die Erziehung durch gemeinsame Bibellektüre und Katechisation. Das tätige Leben sollte sich dem religiösen Erlebnis unterordnen. Francke entwickelte die nützlichkeitsbedingte Richtung. Auch er vertrat den Nutzen der alten Sprachen aus religiösen und zweckdienlichen Gründen. Im Gegensatz zu der üblichen Vorstellung erkannte er den Wert handwerklicher Arbeit nicht nur für ein späteres berufliches Fortkommen, sondern für die gleichmäßige Ausbildung der geistigen und körperlichen Kräfte. Die handwerklichen Übungen förderten die Verwendbarkeit des Zöglings im Dienste des Gemeinwohls und wurden durch die Absichten eines Zeitalters begünstigt, das sich durch den Aufschwung der Naturwissenschaften der formgebundenen Bildung entfremdete.

In Danzig hatte der Pietismus durch die Gegnerschaft Schelwigs nur geringe Erfolge; das Gymnasium blieb ihm verschlossen, einzig die Errichtung von Freischulen in der Niederstadt, Altstadt und auf Neugarten entsprach dem Gedanken Franckes. Dafür wurde die Schulgründung des kurfürstlichen Holzkämmerers Theodor Gehr in Königsberg für den Aufbau des Volksschulwesens in der ostpreußischen Hauptstadt von entscheidender Bedeutung. Die von Gehr 1698 eröffnete Armenschule, in der nach pietistischen Grundsätzen

[16]) Die Preuß. Volksschule, Görlitz 1825, S. 6 ff.

unterrichtet wurde, war der Anfang der Königsberger Volksschulen. Gegen Gehr eiferte von Danzig Schelwig, und sein Itinerarium antipietiscum wurde in Königsberg eifrig gelesen und verstärkte die orthodoxen Anfeindungen gegen Gehr [17]).

Der Vorrang der Naturwissenschaften und der schönen Literatur — Gesellschaftsgründungen der Aufklärung in Danzig — Hanow als Wortführer der Aufklärung — die Naturforschende Gesellschaft in Danzig.

Erfolgreicher und dauernder als der Pietismus blieben die Überzeugungskraft der Aufklärungsliteratur und der Aufschwung der Naturwissenschaften, die sich die Führung eroberten. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts gehörten neben Philosophie, Mathematik und Altertumswissenschaften die deutsche Literatur und die schönen Wissenschaften zu den wichtigsten Bildungsgebieten. Das Gymnasium Illustre in Zittau hatte schon unter seinem Rektor Joh. Chr. Weise 1678 Deutsch als Unterrichtsgegenstand in den Unterrichtsplan aufgenommen. Auch Geschichte und Geographie wurden gepflegt. Hecker, der 1747 seine Realschule gründete, unterrichtete nicht nur in Geographie, Mathematik und Geschichte, sondern machte auch die Zeitung für die Schule nutzbar. An der Universität Göttingen, die 1734 im Gegensatz zu dem pietistischen Halle eröffnet wurde, standen die neuen Forschungsergebnisse in vorderster Reihe. Die glänzenden Namen bedeutender Gelehrter wie Achenwall, Gatterer, Schlözer, Heeren, Kästner und Lichtenberg zogen die Jugend besonders der vornehmen Stände nach Göttingen. Durch Gesner und Heyne wurden den Altertumswissenschaften neue Wege gewiesen. Damit wurde der althumanistische Betrieb der Gelehrtenschulen verdrängt.

Auch in Danzig machte sich die neue Zeit bemerkbar. Entsprechend der Gepflogenheit des Jahrhunderts äußerte sie sich in der Gründung von Gesellschaften [18]). Auffällig ist, daß bei der Begründung der Societas literaria 1720 das Gymnasium durch keinen Professor vertreten ist. Gottfried Lengnich, der zu den Gründern gehörte, wurde erst 1729, als die Gesellschaft nicht mehr bestand, an das Gymnasium berufen. Zu den Mitgliedern gehörten vorwiegend Juristen und Ärzte, unter ihnen Johann Philipp Breyne, dessen Arbeiten ihm die Mitgliedschaft der Sozietät der Wissenschaften in London und der Leopoldina Carolina in Breslau eingetragen hatten und Georg Remus, der von seinem jahrelangen Aufenthalt in Rußland 1722 nach Danzig zurückgekehrt war. Die Societas literaria beschäftigte sich vornehmlich mit mathematischen und physikalischen Fragen; aber auch Geschichte, Jura und Morallehre wurden behandelt.

Die „Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften zu Danzig", die nur wenige Jahre, von 1752—58 bestand, war die Gründung junger Freunde der aufstrebenden deutschen Dichtung. J. W. Weickhmann war noch Gymnasiast und auch die übrigen Mitglieder hatten das 20. Lebensjahr nicht erreicht. Vorbild

[17]) E. Hollack u. F. Tromnau, Geschichte des Schulwesens der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Königsberg i. Pr. mit bes. Berücksicht. d. niederen Schulen, Königsberg 1899, S. 210 ff.

[18]) Th. Hirsch, Lit. Gesellsch. in Danzig während d. 18. Jahrhdts. Mitt. d. Westpr. Gesch.-Vereins 1905.

ihrer Vereinigung war die Deutsche Gesellschaft in Leipzig, und die Gedanken der Aufklärung sprachen aus der Lobrede des jungen Weickhmann auf die Wolff'sche Philosophie oder aus der Abhandlung über „den großen Nutzen der Mathematik". Gottsched und Gellert bildeten den Geschmack der jungen Leute, die sich außerhalb der Schule mit der Morallehre und dem Schrifttum ihrer Zeit beschäftigten. Die Nachfolge dieser Vereinigung übernahm die „Ästhetische Gesellschaft zu Danzig", die von 3 Danziger Gymnasiasten, unter denen sich Philipp Ernst Rauffseisen befand, dessen Dichtungen seinen Namen über Danzig bekannt werden ließen, ins Leben gerufen wurde. Dieser Kreis stellte sich gegen Gottscheds Auffassung von der lehrhaften Zweckbestimmtheit jeder Dichtung und sah in Klopstock den Verkünder eines neuen Lebensgefühls. Seit Bodmer das „Wunderbare in der Poesie" entdeckt hatte und die Bild- und Gestaltungskraft der Phantasie statt der lehrhaften Nutzanwendung das dichterische Schaffen bestimmen sollte, bereitete sich in der jungen Generation eine Wandlung vor. Klopstocks von tiefinnerster Begeisterung getragenen Oden durchbrachen die kühle Verstandesbildung der Aufklärung, die Verse des Messias wirkten durch die Kraft der Worte und den Schwung der Gedanken als eine Offenbarung. Diese neuen Gefühlstöne wurden im Osten durch Hamann und Herder aufgenommen und leiteten die neue Zeit der deutschen Dichtung ein. Auch in Danzig befaßte sich die Jugend leidenschaftlich mit den geistigen Strömungen ihrer Zeit, aber diese Auseinandersetzungen fanden außerhalb des Gymnasiums statt. Doch stand der Rektor Ernst August Bertling den Bemühungen seiner Schüler freundlich gegenüber, indem er den Ehrenvorsitz der Ästhetischen Gesellschaft übernahm.

Weit stärker als an diesen Dingen war die Teilnahme an den naturwissenschaftlichen Fragen. Die Beschäftigung hiermit entsprach der Sinnesart einer Bevölkerung, die dem Handel die Grundlage ihres Wohlstandes verdankte und sich durch diese Beschäftigung einen klaren Blick und rechnenden Verstand erworben hatte und daher mehr Verständnis für eine folgerecht entwickelnde Wissenschaft als für die Dichtung besaß. Die Danziger Barockdichtung wurde nicht von Danzigern bestritten; Opitz und Titz sind Schlesier, Plavius stammt aus dem Vogtland, aber der Geograph Philipp Clüver, der Astronom Hevelius und Daniel Gabriel Fahrenheit sind gebürtige Danziger, die im 17. Jahrhundert durch die Erfolge ihrer wissenschaftlichen Leistungen ihre Vaterstadt berühmt machten. Der geistigen Empfänglichkeit der Danziger Bevölkerung scheint die sachgebundene und auf den Versuch aufbauende Forschung mehr zu entsprechen als die schöngeistige Betrachtung. Literarische Vereinigungen haben in Danzig niemals den Erfolg gehabt wie philosophische oder wissenschaftliche Gesellschaften.

Von den Professoren des Gymnasiums beschäftigte sich Hanow eingehend mit naturwissenschaftlichen Fragen, die er in den von ihm seit 1739 herausgegebenen „Monatlichen Danziger Erfahrungen" allgemeinverständlich besprach. Die Zeitschrift ist in der Art der Aufklärungsschriften gehalten und will das Bildungsverlangen der bürgerlichen Mittelschicht befriedigen und auf sie belehrend einwirken. Die Statistik wird in ständigen Berichten berücksichtigt, die sich aus den Bedürfnissen der Kaufmannschaft ergeben. Die ein- und auslaufenden Schiffe werden mit ihrer Ladung verzeichnet, der monatliche Getreide-

umschlag und die Preise für Getreide und Salz stehen neben dem Wetterbericht und den Anzeigen der Danziger Buchhändler. In jeder Folge werden in einem Aufsatz naturwissenschaftliche Dinge betrachtet oder es wird versucht, mit alten Vorurteilen, besonders dem Aberglauben, aufzuräumen.

Hanow war auch an der Gründung der Naturforschenden Gesellschaft beteiligt. Das Bedürfnis zur Einrichtung einer societas physicae experimentalis war durch die Fortschritte der auf Erfahrung und Versuch gegründeten Forschung im 17. Jahrhundert gegeben. Die Anregung, die von Daniel Gralath, dem späteren Bürgermeister, ausging, hatte mehr Erfolg als die früheren Versuche. Bei der ersten wissenschaftlichen Sitzung der neuen Vereinigung am 2. 1. 1743 war das Gymnasium außer durch Hanow durch den Mathematiker Kühn vertreten, später kam der Professor für Physik und Medizin, Christian Sendel, hinzu. Gralath, der Anreger dieser Gesellschaft, hatte als Schüler das Gymnasium besucht und war in Marburg mit Christian Wolff in Berührung gekommen, dessen an Leibniz angelehnte Lehre das philosophische Rüstzeug der Aufklärung bildete. Wolffs Überzeugung von der erzieherischen Wirksamkeit der Aufklärung sollten die Titelkupfer seiner Hauptwerke versinnbildlichen, für die er die Sonne wählte, die mit ihren Strahlen düstere Nebelwolken durchbricht. Seine physikalischen Versuche hatten Gralath stark beeindruckt, so daß in die Satzungen von 1743 als vorläufiges Arbeitsziel die Wiederholung dieser Versuche aufgenommen wurde[19]).

Wie Gralath war Hanow ein treuer Gefolgsmann Wolffs, sein Bekenntnis zu dem Meister enthält die Politica Wolfiana. Neben diesen Männern zählte um die Mitte des 18. Jahrhunderts Gottfried Lengnich zu den bedeutendsten Gelehrten des Gymnasiums. Wie Thomasius die Philosophie von der Theologie zu lösen suchte, wollte Lengnich deutsches Rechtsempfinden gegen das Römische Recht stellen. So sah er in dem Corpus Juris eine Sammlung kaiserlicher Reskripte und Rechtssprüche Justinians, die dem deutschen Volksbewußtsein fremd sind und nur für das Römische Recht Geltung haben. Es ist das Verdienst Schieders[20]), diese ungedruckte Quelle im Auszug mitgeteilt zu haben. Auch in seinen historischen Schriften, wie der Geschichte der preußischen Lande Königlich polnischen Anteils, wies Lengnich die deutschen Einflüsse nach.

II.

Die Zweihundertjahrfeier des Akademischen Gymnasiums am 13. Juni 1758

Die Festreden als Bekenntnis der Professoren zu den Forderungen der neuen Zeit. — Die Jubelfeier als Mittel zur Werbung für die Gelehrtenschule.

Dem Anteil, den das Gymnasium an den geistigen Bestrebungen der Zeit nahm, galten die Festreden anläßlich der Zweihundertjahrfeier der Schule im Jahre 1758. Gleichzeitig lassen sie erkennen, welche Gedanken und Absichten die Professoren mit dieser Feier verbanden. Im Vordergrund der Reden steht der Wunsch, die Bedeutung der Anstalt in Vergangenheit und Gegenwart für

[19]) E. Schumann, Gesch. d. Naturf. Gesellschaft in Danzig, Danzig 1893.
[20]) Schieder, Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande. Königsberg 1940, S. 115 f.

die Stadt herauszustellen. Sichtlich wird für einen stärkeren Besuch des Gymnasiums geworben und, um die Teilnahme der Bürgerschaft dafür zu gewinnen, wird an Gründen, die für den Nutzen der gelehrten Schulbildung sprechen, nicht gespart. Auffällig ist, daß eine ethische Beweisführung kaum versucht und nur mit den Mitteln aufgeklärter Nützlichkeitsphilosophie gearbeitet wird. Immer wieder bricht auch der Stolz auf die ruhmreiche Vergangenheit durch, wenn Wernsdorf in seiner oratio saecularis anführt:

Affirmo igitur, hancce scholam universae urbi et institutione doctrinaque et scriptis et eruditorum virorum fama et virtutum exemplis et humanitate civium perpolitione infinitisque aliis rebus plurimum emolumenti attulisse.

Selbst in diesem berechtigten Lob gebraucht Wernsdorf den nüchternen Ausdruck emolumentum, obwohl ihm klangreichere zur Verfügung standen und fährt dann fort, im einzelnen diesen Gewinn nachzuweisen, den er in der wirtschaftlichen Ersparnis sieht. Die Danziger Bürgersöhne brauchten nicht mit großem Aufwand auswärts zu studieren, sondern könnten nach abgeschlossenem Besuch des Gymnasiums in den Staatsdienst eintreten, ut ne valde necesse esset, amplioris doctrinae gratia maria transire, exteras adire nationes... parentum disciplina exui, periculis viarum, corruptionis, luxuriae... exponi. Mit deutlicher Anspielung auf den Stadtsäckel heißt es: id unum dico, incredibiles pecuniarum summas eo instituto in civitate fuisse retentas, opulentiam conservatam, patrimonia integra mansisse.

Zum Beweis für die Leistungen des Gymnasiums zählt er die berühmten Schüler und Lehrer auf, Keckermann, Hevelius, Clüwer, den Ratssekretär Curicke, Verfasser der Chronik der Danziger Geschichte, den schon genannten Joh. Peter Titius, die früheren Rektoren Hoppe, Botsack, Calow, Strauch und Schelwig.

Der Schluß der Rede faßt nochmals die Möglichkeiten zusammen, die das Studium den zukünftigen Kaufleuten bietet: die Kenntnis fremder Sprachen, den Unterricht in Mechanik, Geographie, Naturlehre, Physik und Medizin. Durch diese Aufzählung stellt Wernsdorf dem Gymnasium eine neue Aufgabe, wurden doch bis dahin diese Fächer durch den alten humanistischen Lehrbetrieb wenig beachtet. Die Erklärung findet sich in dem Hinweis, daß vormals der Besuch des Gymnasiums in den Kreisen der Kaufmannschaft üblich war, auch wenn ein wissenschaftlicher Beruf nicht in Aussicht genommen war. „Hanc consuetudinem ac disciplinam sensim minuebamus iam ante; hac aetate prorsus e manibus excussam amisimus." Diese nachdenkliche Feststellung, mit der die amtliche Festrede schließt, zeigt die Sorge um den weiteren Bestand des Gymnasiums.

Theodor Ludwig Gralath wendet sich in seiner „commentatio de iucundo literarum ac mercaturae vinculo" ebenfalls an die Danziger Kaufmannschaft und sucht mit wenig schlagenderen Gründen die innere Abhängigkeit wissenschaftlicher Forschung von dem Zustand der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes nachzuweisen. In einer See- und Handelsstadt wie Danzig sieht er die beste Gewähr für eine fruchtbare Verknüpfung von Wissenschaft und Handel, indem hier die Verbindungen nach allen Teilen der Erde offenstehen und für Geographie, Naturlehre und Völkerkunde die wertvollsten Ergebnisse gefunden werden können. Wie der Fortschritt der Forschung von der Weite des Verkehrs

abhängig ist, bedarf der Kaufmann gewisser Kenntnisse, die ihm die gelehrte Bildung vermittelt. Dazu gehören: Arithmetik, Geographie, Geschichte, Sprachenkenntnis, Mathematik und Logik. Eine solche glückliche Verbindung, in der sich Wissenschaft und Handel gegenseitig befruchteten, hat einst in Danzig bestanden; es ist die „aurea aetas" des 17. Jahrhunderts, als Hevelius seine kühnen Forschungen zur Astronomie niederschrieb.

Gralath beschreibt dann die verschiedenen Versuche der Danziger aristokratischen und gelehrten Kreise zur Gründung wissenschaftlicher Vereinigungen, aus denen die Naturforschende Gesellschaft hervorgegangen sei, eine „societas, quae... scientias Mathematicas inprimis ac Philosophicas, plurimum excoluit." In ihr habe sich der Gedanke einer wechselweisen Befruchtung von Wissenschaft und Handel durchgesetzt, arbeiteten doch hier Kaufleute und Gelehrte an dem Fortschritt der Wissenschaften.

Gralaths Verbindung zur Aufklärung ist durch den Gebrauch des Begriffes „summum numen" festgelegt, den er bei der Besprechung der wissenschaftlichen Gesellschaft verwendet.

Ein Schulbeispiel für den Einfluß der Aufklärung in Danzig ist der Beitrag des Professors für Mathematik Kühn über den „Einfluß der Mathematik und Natur-Lehre in die zeitliche Glückseligkeit des menschlichen Geschlechtes". Die Einleitung stellt als Grundsatz das Vermögen des Menschen fest, die natürlichen Wahrheiten mit Hilfe des Verstandes zu erkennen. Der Erkenntnisdrang sei ihm eingeboren, „falls nur diese seine naturgemäße Begierde nicht durch eine verkehrte Auferziehung, oder durch schlimme Gesellschaft in ihm gestöret und unterdrücket . . . wird". Zeitgemäß ist seine Meinung, daß der Fortschritt der Wissenschaften das alte umfassende Gelehrtenideal zugunsten einer Aufspaltung der Wissenschaften verdrängt habe. Diese Einsicht führte zu den wissenschaftlichen Gesellschaftsgründungen des 17. und 18. Jahrhunderts, zu denen die Naturforschende Gesellschaft in Danzig gehört, die Kühn als das glückliche Ergebnis verschiedener Versuche am Schluß seiner Abhandlung würdigt.

Diese Reden und Aufsätze, die dem Sammelband der Acta Jubilaei secundi Gymnasii Gedanensis entnommen sind, zeichnen die Lage des Gymnasiums um die Mitte des 18. Jahrhundert. Die übrigen Beiträge halten sich an den vorgezeichneten Weg. Daniel Ägidius Unselt's Lobpreis der Wissenschaften „als der wahren Krone einer freyen Hanse- und Handelsstadt" steht in seinem Gedankengang der Rede Wernsdorfs nahe, andere Verfasser würdigen für ihr Fachgebiet die Leistungen ihrer Vorgänger wie Sendel „de meritis medicorum Gedanensium", Hanow schreibt eine „memoria Protoscholarcharum et Protobibliothecarum".

Somit erscheinen die Reden und Aufsätze der zweiten Jahrhundertfeier als eine abgewogene und zweckbestimmte Leistung. Die Grundregeln der Aufklärung sind überall erkennbar, fast hat es den Anschein, als habe sich das Gymnasium ganz der naturwissenschaftlichen Richtung verschrieben und eine völlige Umgestaltung des Lehrbetriebes vorgenommen. Beharrlich wird der rechnende Verstand des Kaufmannes angerufen, und ihm der wirtschaftliche Nutzen gelehrter Bildung vorgehalten. Damit wird zwischen den Zeilen die zurückhaltende Einstellung der handeltreibenden Kreise zu den Zielen gelehrter Bildung zugegeben. Die Professoren sahen in der Jubelfeier den willkommenen Anlaß, vor

die Bürgerschaft mit ihren Sorgen und Wünschen zu treten und für den Besuch des Gymnasiums zu werben.

Der äußere Verlauf der Feierlichkeiten.

Entsprechend diesen Wünschen, für die alte Bildungsstätte neue Freunde zu werben, wurde die äußere Gestaltung der Feier unter Aufwendung aller Förmlichkeiten, über die das 18. Jahrhundert verfügte, sorgfältig festgelegt. In Verbindung mit dem Collegium Scholarchale wurden die Einzelheiten besprochen. Lengnich bemerkt in seinem Jus publicum civ. Ged., daß „zur anständigen Feier des zweiten hundertjährigen Jubeljahres des Gymnasii die Kaemmerei die Kosten hergeben sollte“[21]). So wurden für ein Festmahl der Professoren 200 Fl. ausgeworfen und auch die übrigen Unkosten von den öffentlichen Kassen bestritten. Als Festredner waren der Rektor Bertling und Wernsdorf vorgesehen. Sie erhielten die Mahnung, „daß ersterer in der Predigt und letzterer in seiner lateinischen Rede aller anzüglichen und verfehrlichen Expressionen gegen andere Religionen sich enthalten mögen.“ Die weitere Veranstaltung von „Disputationes und orationes in prosa oder ligata“ war den Professoren freigegeben. Von dieser Erlaubnis wurde im Laufe des Juni bis zum 1. August, an dem der Rektor durch eine dissertatio de vi convertrice Spiritus S. die Feierlichkeiten abschloß, reichlich Gebrauch gemacht.

Am 13. Juni, dem Gründungstage, fand in der Trinitatiskirche in Anwesenheit der Ratsmitglieder, der Vertreter der Ordnungen und des Geistlichen Ministeriums der Gottesdienst statt, zu dem die Studenten in festlichem Zuge, mit Fahnen an der Spitze, marschierten. Vor die Kirche und das Gymnasium waren Stadtsoldaten abkommandiert, um die Bedeutung des Tages für die schaulustigen Bürger zu unterstreichen. Die eigentliche Feier begann um 10 Uhr im Auditorium Maximum, wohin der Rat von Fahnenträgern und Studenten geleitet wurde und Gelegenheit nahm, jeden Professor huldreich zu begrüßen. Wernsdorf, der zum Festredner bestimmt war, erwartete in seiner Wohnung das Ehrengeleit der Studenten. Seine einstündige oratio saecularis wurde durch einen Chor abgeschlossen, zu dem der Kapellmeister Freislich die Musik geschrieben hatte.

Das Festessen, an dem auch zwei frühere Lehrer des Gymnasiums, der Syndikus G. Lengnich und der Pfarrer an der Bartholomäikirche, Johannes Fidalke, teilnahmen, entschädigte die Professoren für die Anstrengungen des Vormittags. Unterdessen bereiteten die Studenten auf dem Hof des Gymnasiums für den Abend einige Überraschungen vor. Sie empfingen ihre Lehrer mit Triumphbögen aus frischem Grün und führten sie mit Musik zu ihren Wohnungen. In später Abendstunde bereiteten sie dem Protoscholarchen, dem Burggrafen und den Mitgliedern des Collegium Scholarchale eine Abendmusik.

Auch auswärts gedachte man des Ehrentages der Anstalt, hatte doch der Rektor nicht verabsäumt, zeitig auf die bevorstehende Jubelfeier hinzuweisen. Die Zuschriften von 13 Universitäten und 9 Gymnasien bezeugen die weitreichenden Verbindungen der Schule. Alle diese Glückwünsche kamen aus dem

[21]) Quellen u. Darstellungen z. Gesch. Westpr. Bd. I, Danzig 1900, S. 317.

deutschen Raum und beweisen die ausschließliche geistige Ausrichtung der Danziger Wissenschaft auf die deutsche Kultur.

Zur Erinnerung an das Jubiläum hatte der 1757 verstorbene Protoscholarch Johannes Wahl eine Medaille entworfen, die auf Anordnung des Rates geprägt wurde.

Die Reden und Abhandlungen, Briefe und Beiträge, die auf das Fest Bezug hatten, wurden gesammelt und mit einem Vorwort, das den Verlauf der Feierlichkeiten schilderte, auf Kosten der Stadt in einem über 300 Seiten starken Band gedruckt [22]).

III.

Die Reformversuche von 1765 bis 1814

1. Die Untersuchung des akademischen Gymnasiums durch Ehler, Zernecke und Lengnich 1765.

Der Prüfungsbericht — die Vernehmung des Rektors — Gralath — Wernsdorf — Sendel — Hanow — die Aussagen der übrigen Lehrer — das Ergebnis der Vernehmung — die Leistungen an den Danziger Stadtschulen.

Entsprechend seiner alten Bedeutung hatte das Gymnasium unter großem Aufwand das Jubelfest begangen, aber diese Feier zehrte doch mehr von Erinnerungen an eine bessere Vergangenheit, als daß sie dem wirklichen Zustande entsprach. Wie die politische Kraft der Stadt seit Beginn des 18. Jahrhunderts infolge der Umgestaltung Osteuropas im Schwinden begriffen war, zeigte auch die Entwicklung des Gymnasiums gleiche Schwächeerscheinungen. Seit 1720 begannen die Klagen der Professoren und der Bürgerschaft über den drohenden Verfall zuzunehmen, mit der zweiten Hälfte des Jahrhunderts versuchte man, durch Reformen den Rückgang aufzuhalten. Wie die erste Teilung Polens Danzig zwar seine alte Verfassung ließ, die Stadt aber aus dem Wirtschaftsverbande, der auch der Quell ihres Wohlstandes war, herauslöste, und die Entscheidungen über ihr Schicksal in Berlin und Moskau fielen, so glaubte auch das Collegium Scholarchale, dem Gymnasium seine alte Verfassung belassen zu können, obwohl neue Bildungsziele die alten verdrängt hatten. Der Reichtum, der in Jahrhunderten angesammelt war, und die Wohlhabenheit der führenden Familien ließen die Veränderung erst langsam fühlbar werden, und die alte republikanische Gesinnung konnte sich nur zögernd der neuen Zeit und ihren Forderungen anpassen. Daher nahmen auch die Dinge am Gymnasium einen schleppenden Verlauf, ein Jahrhundert brauchte es, bis die preußischen Behörden zugriffen und von Versuchen zur Tat schritten, indem sie das Gymnasium academicum auflösten und in Verbindung mit der Marienschule eine neuzeitliche, anfangs sechsklassige Lehranstalt einrichteten.

Das Jubiläum von 1758 liegt etwa in der Mitte dieser vorgezeichneten Entwicklung. Konnte man bis dahin das Nachlassen der Schülerzahl und die Abnahme der auswärtigen Besucher als eine Krise ansehen, deren Behebung durch geeignete und durchgreifende Maßnahmen möglich gewesen wäre, so mußten die Ausweise der folgenden Jahre zeigen, daß eine gänzliche Umstellung

[22]) Acta Jubilaei secundi Gymnasii Ged., Danzig 1758.

nötig war, um die Teilnahme auch der Bürgerschaft an dem Gymnasium wieder zu beleben. Davor scheute aber die konservative Gesinnung der Stadtväter zurück. Noch um 1715 waren die beiden oberen Klassen von 140 Schülern besucht, 1758 war die Zahl der Schüler auf die Hälfte heruntergegangen, 71 Sekundaner und Primaner wurden in dem Verzeichnis gezählt[23]). Schon 1753 hatte das Collegium Scholarchale die Rektoren der Marien- und Johannesschule, Kemna und Ehwaldt, damit beauftragt, gutachtlich das Danziger Schulwesen, allerdings mit Ausschluß des Gymnasiums, zu untersuchen und Vorschläge zu seiner Verbesserung zu machen. Doch konnte man sich über die nötigen Maßnahmen nicht einigen. 1763 griff das geistliche Ministerium die Frage wieder auf und forderte eine neue Untersuchung. Durch einen Schluß vom 14. 6. 1765 gab der Rat seinen beiden Mitgliedern Heinrich Zernecke, Carl Ludwig Ehler und dem Syndikus Lengnich Vollmacht zu einer eingehenden Prüfung der Danziger Schulen mit dem Ziel, geeignete Mittel zu ihrer Neugestaltung ausfindig zu machen. In der Zeit vom 23. 7. — 9. 8. 1765 wurde zuerst das Gymnasium besichtigt[24]).

In den oberen Klassen befanden sich 65 Schüler und zwar in Prima 44, in Großsekunda 17 und in Kleinsekunda nur 4. Der Rektor Bertling, über die Ursachen befragt, die zu dem Rückgang der Schülerzahl geführt hatten, suchte sie als eine allgemeine Erscheinung zu erklären, unter der auch die deutschen Universitäten mit Ausnahme von Leipzig und Göttingen zu leiden hätten. Die geringe Besoldung der Akademiker begünstigte die Bevorzugung der praktischen Berufe, die Kriegsläufte und das Verbot für preußische Untertanen, an fremden Universitäten und Gymnasien zu studieren, machten sich fühlbar bemerkbar. Hinzu käme die Sitte der Privatinformation — gerade in Danzig ließen angesehene Familien ihre Kinder durch Hofmeister unterrichten — und die Bevorzugung der kaufmännischen Berufe, die bei der natürlichen Richtung der Stadt auf Handel und Gewerbe besonders stark sei. Infolge der Geldentwertung ständen nicht in ausreichendem Maße Beihilfen zur Verfügung, um auswärtigen Schülern das Studium zu erleichtern. Die Beauftragten kamen dann auf die wissenschaftlichen Leistungen des Gymnasiums zu sprechen. Es wurden „dem Hrn Rectori die schlechten profectus... besonders in Latein zu Gemüthe geführet und er wurde gefraget woher es käme, daß die lateinische Sprache gäntzlich vernachläßiget worden und von einigen Professoribus so gar Deutsch gelesen würde..." Bertling verwies auf die ungenügenden Vorkenntnisse und den mangelnden Fleiß. Die Studenten wären „dem Müßiggange ergeben und studierten auch sehr unordentlich." Ferner machte er dafür den Brauch verantwortlich, bei den jährlichen Versetzungen die auf den drei ersten Bänken sitzenden Großsekundaner — in den beiden nächsten Bänken saßen die Kleinsekundaner — ohne Rücksicht auf ihre Kenntnisse nach Prima zu versetzen. Die Aufnahme nach Sekunda und Prima erfolgte nicht immer nach den Fähigkeiten, sondern in Rücksicht auf Wünsche und Stand der Eltern oder die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schüler. So hatte der Rektor die beiden Söhne des Bürgermeisters Renner, die aus „der Privat-Information" kamen,

[23]) W. Quade, das Städt. Gymn. im Lichte der Statistik, Festschrift Städt. Gymn. 1933, S. 26.

[24]) R. A. Danzig 300, 42/07.

sofort in die Prima gesetzt, „welches er theils weil es verlanget worden, theils aus natürlicher Furchtsamkeit, um nicht dem Herrn Vater mißfällig zu werden, hätte thun müssen." In anderen Fällen wurden ganz ungeeignete Leute in die Schülerlisten eingeschrieben, die nur die zahlreichen Vergünstigungen anlockten. In den Portantenchor, für den der Rektor neben dem Kalendechor verantwortlich war, mußte er oft unwürdige „propter humeros" aufnehmen. Hanow sagte dazu in seiner Vernehmung: „Das Portanten Chor hätte nur 11 Gantz-Männer, der 12. mußte nachgesucht werden, weshalb sich 3 Kaufgesellen, nämlich Lau, Günther und Ruickward im Gymnasio eingefunden und von dem Herrn Rectore nach Prima introduzirt worden... Das Sing-Chor würde gänzlich eingehen, weil aus allen Cantoraten der Stadt keine Sänger nach dem Gymnasium kämen, der Cantor Gymnasii auch keine Singstunden hielte."

Bezeichnend für die geistige Einstellung vieler Stipendiaten nannte der Rektor die Bewerber um das Voegedingianum, dessen Inhaber die Verpflichtung zu Disputationen übernahmen. Dieses Stipendium wurde in zwei Raten zu 60 fl. ausgezahlt, und viele Studenten verließen nach Empfang der ersten Hälfte die Stadt, ohne sich an ihr Versprechen zu halten.

Der Inspektor des Gymnasiums und Professor juris et historiarum, Daniel Gralath, bemängelte den Unfleiß, die Unaufmerksamkeit und die Unkenntnis besonders des Lateinischen bei seinen Schülern. Die akademische Sitte gestattete die unentschuldigte Versäumnis des Unterrichtes, öfters sah er sich daher genötigt, Stunden ausfallen zu lassen. Er hatte jetzt 14 juristische Zuhörer, unter die er auch einige Adlige rechnete, die bisweilen in seine Vorlesungen kamen. Zu Privatdisputationen konnte er mit Mühe 3 Zuhörer überreden, während früher wöchentlich solche Übungen stattfanden. Die Schüler verließen sich auf ihr späteres Universitätsstudium, da sie den lateinischen Vorlesungen nicht folgen konnten, während an den Universitäten deutsch gelesen wurde. Gralath schob die Unkenntnis im Lateinischen auf die mangelnde Vorbereitung der unteren Schulen und las in Sekunda deutsch, um verstanden zu werden.

Den Professor der Beredsamkeit und Philosophie, Gottlieb Wernsdorf, vernahm der Ausschuß eingehend über die Gründe für die mangelhafte Beherrschung des Lateinischen und machte ihm heftige Vorwürfe, daß er sein Amt nicht mit der wünschenswerten Sorgfalt verwalte. Selbst sein Sohn habe in der letzten Disputation versagt, durch seine Nebenbeschäftigung — Wernsdorf gab 14 bis 15 Kurländern Privatunterricht in seiner Wohnung — nehme er sich für die Vorbereitung auf die eigentlichen Lehrstunden nicht genügend Zeit. Die Sekundaner schrieben nicht genug pensa publica, und die wenigen seien fehlerhaft. Wernsdorf schob wie Gralath die Verantwortung auf die ungenügende Vorbereitung der Stadtschulen und auf die Unaufmerksamkeit der Studenten, die seine Vorlesungen aus Mangel an Hilfsmitteln, an Büchern und Karten, nicht nachschrieben, sondern sich lieber mit den „deutschen Lust- und Trauerspielen" beschäftigten. Wernsdorf machte den Vorschlag, die auswärtigen Adligen sofort nach Prima zu setzen, um ihnen die Teilnahme an den Vorlesungen beider Klassen zu ermöglichen. Die Primaner hatten das Recht, die Lehrstunden der Sekunda mitzuhören. Bei den Adligen handelte es sich vorwiegend um Kurländer, die nur 2 Jahre auf dem Gymnasium blieben

und neben Latein besonders Geschichte, Geographie und Französisch zu lernen wünschten. Der Prüfungsausschuß lehnte diese Anregung mit dem Hinweis ab, daß auf dem Gymnasium Wissenschaft gelehrt werden sollte, Fertigkeit im Lateinischen nötig wäre und mehr als Kenntnisse verlangt werden müßten. Geographische Vorlesungen waren nach seinem Urteil weniger fruchtbar als „Exercitia in stylo". Auch verlangte er, daß die „wider alles Herkommen eingeschlichene Gewohnheit, deutsche Vorlesungen zu halten" aufzuhören habe.

Auch der Professor der Medizin und Physik, Sendel, gebrauchte in seinem Vortrag die deutsche Sprache, weil er sonst nicht verstanden wurde. Über Anatomie hatte er, da die Beteiligung gering war, seit Jahren nicht gelesen; nur 2 Hörer waren für das Studium der Medizin eingeschrieben, und die Barbiergesellen, die sich an den anatomischen Übungen zu beteiligen pflegten, bezahlten ihn nicht. Auch hatte er nicht gern mit ihnen zu schaffen, da sie sich nach dem Sprichwort „chirurgi calumniatores medicorum" aufführten. Aus diesen Gründen hielt er keine Disputationen; vor 2 Jahren hatte er in Prima privatim ein Collegium disputatorium angekündigt, aber die Studenten scheuten die Kosten. Dagegen war sein Collegium experimentale mit etwa 30 Zuhörern gut besucht; hier zeigten besonders die Danziger Kaufleute lebhafte Teilnahme. Sie hatten ihn gebeten, ihnen über die Experimentalphysik Vorlesungen zu halten. Der Ausschuß wünschte aber, Sendel möchte sich in Zukunft auf sein eigentliches Lehramt beschränken.

Der Professor der Philosophie, Hanow, der als nächster gehört wurde, hatte nur noch 2 bis 4 Zuhörer. Er sah die Verfallsgründe in der Mißachtung gelehrter Bildung überhaupt und in der Verfassung des Gymnasiums. Viele zogen dem Gymnasium andere Schulen vor, „weil alhier das Studieren zu langweilig und auch zu viel Freyheit für sie wäre, indem sie hier nach ihrem Gefallen die Lesestunden frequentieren und auch nicht frequentieren könnten."

Hanow meinte, durch Werbung den Besuch der Anstalt heben zu können, der Rektor sollte in der Gesellschaft für die Schule eintreten und in einer Schrift auf die Notwendigkeit akademischer Studien für den Staat hinweisen. Eine Aufbesserung der Gehälter ließ sich nicht umgehen, wollte man tüchtige Kräfte für den Schuldienst gewinnen, da sich die Kandidaten gern dieser Tätigkeit entzogen, weil sie von hier nur schwer Gelegenheit fanden, zu dem ersehnten Pfarramt zu kommen. Die Schulzucht mußte strenger gehandhabt, den Professoren das Recht gegeben werden, die fehlenden Studenten zur Rechenschaft ziehen zu dürfen und sie jährlich vor Vertretern des Collegium Scholarchale prüfen zu können. Diese Anregung wurde als unzweckmäßig verworfen, „weil hierdurch die alte Verfassung des Gymnasii verändert wurde und nicht nur Auswärtige sondern auch Einheimische abgehalten werden könnten, sich einer solchen Disziplin zu unterwerfen und das hiesige Gymnasium zu besuchen." (!)

Der Professor für Mathematik, Heinrich Kühn, ein 75jähriger Greis, hielt seine Vorlesungen und Übungen in der Wohnung. Seit 1758 hatte er keinen Privatunterricht mehr erteilt, und von den Primanern belegte niemand seine Stunden.

Benjamin Groddeck, der Lehrer für griechische und orientalische Sprachen, hatte seit dem Tode der Rektoren Kemna und Marx aus den Vorbereitungsanstalten keine Schüler mit griechischen Vorkenntnissen mehr erhalten; ebenso

wußten seine Hörer den lateinischen Vorlesungen nicht zu folgen. „Er hätte sich aber dem ohngeachtet hiedurch nicht abhalten lassen, sowohl in Prima als Secunda beständig in lateinischer Sprache zu lesen, es möchte verstehen wer es könnte." Disputierübungen fielen aus, da sich nur 4 Primaner bei ihm gemeldet hatten und sein Privatkolleg von 5 Sekundanern belegt wurde, von denen ihn nur einer bezahlte. Aus Gesundheitsrücksichten las er zu Hause. Ebenso unterrichtete der Lektor der polnischen Sprache, der seit 1737 am Gymnasium tätig war, schon 15 Jahre in seiner Wohnung. Zur Zeit hörte niemand bei ihm.

Im Anschluß an die Professoren wurden auch die Schulkollegen der unteren Klassen verhört, von denen besonders der Lehrer der 3. Klasse, Sebastian Federowicz, Anlaß zu heftigen Vorwürfen gab. Er unterrichtete seine 5 Schüler zu Hause, weil sie von den Sekundanern belästigt und geschlagen wurden und die Klasse im Winter schwer heizbar war. Seine Lehrerfolge ließen zu wünschen übrig. In der Quarta befanden sich 32 und in der Quinta 22 Schüler, die als Nachwuchs für das Gymnasium nicht durchgängig in Frage kamen, da viele in den kaufmännischen Beruf übertraten oder ein Handwerk erlernten.

Die Untersuchung hatte also zunächst folgendes Ergebnis: Seit 1715 hatten die beiden obersten Klassen die Hälfte ihres Bestandes verloren. Dieser Rückgang erklärte sich aus den allgemein ungünstigen Verhältnissen, die einen Zuzug von auswärts erschwerten. Die mindere Einschätzung des Gelehrtenstandes, dem bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts alle höheren staatlichen Laufbahnen offengestanden hatten, wirkte sich im Verein mit der Neigung zu praktischen Berufen gerade in der Handelsstadt Danzig hemmend aus. Eine Reihe von schwerwiegenden Mängeln hatte sich in die Verfassung des Gymnasiums eingeschlichen. Dazu gehörte die Rücksicht auf den Ehrgeiz der Eltern, ihre Söhne möglichst früh auf die oberen Klassen zu schicken, die Versetzungen erfolgten nicht nach den Leistungen, sondern nach den Wünschen vermögender Väter oder nach veralteten Bräuchen. Die akademische Freiheit der Prima und die Erwartung der Studenten, auf der Universität denselben Stoff in deutscher statt in lateinischer Sprache vorgesetzt zu bekommen, verführte sie zur Nachlässigkeit. Die Sitte der lateinischen Vorlesungen, die aus vergangenen Jahrhunderten getreulich beibehalten werden sollte, erwies sich als undurchführbar. Disputationen, die früher zu dem eisernen Bestand einer Gelehrtenschule gehört hatten, fanden nicht mehr statt. Dagegen hatte Sendel mit seinem Experimentalkolleg einen durchschlagenden Erfolg. Hier hörten nicht nur die Gymnasiasten bereitwillig zu, auch die Beteiligung gebildeter Bürger sprach für seinen Versuch. Dem Gymnasium war dadurch eine Möglichkeit gegeben, seine alte Bedeutung als geistiger Mittler wiederzugewinnen. Aber gerade diesem Versuch und den Möglichkeiten, die in ihm lagen, versagte der Untersuchungsausschuß seine Zustimmung, wie auch aus den sonstigen Äußerungen hervorging, daß mit der Überlieferung in keinem wichtigen Punkt gebrochen werden sollte.

Große Sorge bereitete ihm der Rückgang der lateinischen Kenntnisse, den er nicht nur bei dem Gymnasium, sondern auch an den anderen Stadtschulen feststellen mußte. Bei dem Besuch der Marienschule wurde den Primanern ein Caesartext vorgelegt. „Mit großer Befremdung", vermerkten die Beauftragten, „daß ungeachtet der Rector ihnen eingeholfen und die Ordnung der

Construction aufzeigte, sie dennoch nicht fähig waren einen einzigen periodum zu exponiren und theils die Bedeutung der Wörter theils auch ihre flexiones nicht wußten, die untersten Primaner aber nicht einmal im Stande waren lateinisch zu lesen."

In der Johannisschule wurde von den Primanern aus dem Curtius übersetzt. „Da sich dann fand, daß keiner derselben die Ordnung der Construction anders als mit Beyhülfe des Con-Rectoris (Klatt) aufzuzeigen wußten." Eine Erklärung dafür suchte der Rektor der Bartholomäischule zu geben: „Die Eltern sähen es auch nicht gerne, daß ihre Kinder in der latinität angeführet würden, und drängen nur darauf, daß sie den Catechismum und gut rechnen und schreiben lernten..."

Wie das Gymnasium hatten auch die Stadtschulen über den Rückgang der Schülerzahl besonders in den oberen Klassen zu klagen. In der Marienschule befanden sich in Klasse I. 18 Schüler, in der Johannis- und Petrischule je 9 und in der Katharinenschule nur 5. Die Eltern nahmen ihre Kinder frühzeitig aus der Schule, um sie in die Lehre zu geben. Wie das Gymnasium waren die Stadtschulen verbesserungsbedürftig. Sie sollten den Anforderungen der Handwerker, Schreiber und der kleinen Kaufleute genügen, die für ihren Beruf nicht Latein oder gar Griechisch, sondern Kenntnisse brauchten, die sie später verwerten konnten.

Die Vorschläge der Professoren zur Umgestaltung des Gymnasiums. Bertlings „Gedanken über die Verbesserung des Gymnasii" — Die Universitätspläne Wernsdorfs und Hanows — Beurteilung dieser Vorschläge.

Im Verlaufe der Untersuchung des Gymnasiums durch Zernecke, Ehler und Lengnich hatten die Professoren schriftlich ausgearbeitete Berichte, in denen sie zu den ihnen vorgelegten Fragen nach den Ursachen des Verfalls des Gymnasiums Stellung nahmen, eingereicht. In ihnen versuchten sie neue Wege zu zeigen, die ihrer Meinung nach die Arbeit ergebnisreicher gestalten konnten. Unter diesen Berichten, die in den Akten nur zum Teil einzusehen waren, zeichnete sich besonders der Plan Bertlings aus[25]), der den Forderungen der Zeit weit entgegen kam. Den philologischen Unterricht wollte er statt der Philosophie in die Mitte des Lehrbetriebes gestellt wissen. Fast jeder Rektor fühle sich verpflichtet, eine neue Logik und andere Lehrbücher zu schreiben, „er unterhalte schon die kleinste Jugend mit den sogenannten altioribus, weil es ihm nicht gut deucht, sich bis zum Latein herabzulassen." Dagegen sollte das Gymnasium niemand entlassen, der nicht „eine exacte notitiam auctorum classicorum und die beste autores selbst alle durchgelesen... Schon in Sekunda müßten die obersten (Großsekundaner) Teutsch dictierte Exercitia gleich ohne vitiis lateinisch niederschreiben und in Prima müßten häufige Übungen im Elaboriren, Peroriren und dgl. in der lateinischen Sprache seyn." Bisher lehrten 5 Professoren die Altiora und nur 2 Philologie, daher wäre eine Erhöhung der philologischen Stundenzahl nötig. Daneben durften nicht vergessen werden: „Französische und englische Sprache, eine Bekanntschaft mit der neuesten englischen und französischen Literatur, eine Erfahrung in den neuesten deutschen

[25]) Gedanken über die Verbesserung des Gymnasii.

Schriften, besonders den deutschen Dichtern, eine moderne Anweisung zur neuesten deutschen Beredsamkeit, z. B. nach dem Batteux u. dergl. auch eine Anführung zur Lesung der neuesten Journale... Zeichnen, Glasschleifen u. dgl. wäre auch nicht uneben. Reit- und Fechtschulen müßten vorzüglich angeleget werden." Zur Kenntnis der Physik sind eine reichhaltige Instrumentensammlung und Demonstrationen erwünscht. Die Studenten sollten die akademische Freizügigkeit aufgeben und sich unter den Professoren einen „Directorem studiorum" wählen, mit ihm einen persönlichen Studienplan aufstellen und gelegentliche Prüfungen ablegen, um sich ständig von ihren Fortschritten zu überzeugen.

Einen noch weitergehenden Vorschlag machte Bertling in seiner Schlußbemerkung:

„Wie wäre es, wenn eine Einrichtung hier könnte getroffen werden, daß mit Zuziehung verschiedener anderer hiesiger geschickten Gelehrten der Cursus Academicus hier ganz könnte vollendet werden."

Unter Hinweis auf die Bevorzugung der kaufmännischen Berufe schlug er weiter vor:

„Wie wäre es, wenn wir den Hamburgern nachahmten und unser Gymnasium auch für Kaufleute brauchbar machten! Selbst der Plan der Realschulen hat etwas, wovon selbst in unserem Gymnasio Gebrauch gemacht werden könnte."

Auch Wernsdorf unterstützte die Gedanken seines Rektors. Wie Bertling sprach er sich für den Vorzug der philologischen Fächer aus. Die Professoren sollten durch Prediger und Kandidaten entlastet werden, die Anstellung eines Lehrers der französischen Sprache und für Geschichte wäre wünschenswert. Das Gymnasium mußte nicht einseitig der Gelehrtenbildung dienen, sondern als geistiger Mittelpunkt der Stadt auch anderen Berufen, besonders den Kaufleuten, zugänglich gemacht werden, denen die Wahl der Stunden freistehen sollte. Wernsdorf schlug wie Bertling den Ausbau des Gymnasiums zu einer Universität vor. Größere Veränderungen und Aufwendungen hielt er nicht für erforderlich; in den meisten Fällen ließ sich die Umstellung durch Erlaß von oben ordnen, z. B. konnte „der studiosus theologiae in numerum candidatorum angenommen werden und zur Beförderung Hoffnung haben, wenn er dokumentieren kann daß er alle und jede Teile der Theologiae durchgehöret habe." Die Schüler lernten wenig, weil sie bei den gegenwärtigen Verhältnissen glaubten, daß sie denselben Stoff auf der Universität nochmals zu hören bekämen. „Überdem sind die meisten Stipendia vor das Gymnasium gestiftet, und die alumni haben auf dem Alumnatgang des palatii wohnen müssen; nur in diesem Jahrhunderte hat man angefangen, dieselbe stipendia auf die Universität zu reichen. Ehedem hat man auch gleich vom Gymnasio ins Predigtamt befördert und deswegen unseren Studenten als Candidaten erlaubet, in denen Kirchen der Stadt zu predigen."

Aus den Berichten geht eindeutig hervor, daß unter den Professoren der Wunsch einer Rangerhöhung des Gymnasiums vorhanden war und besprochen wurde. Bertling und Wernsdorf standen mit ihrer Ansicht nicht allein. Ihr Amtsgenosse Hanow war ein beredter Verfechter dieses Gedankens. In seiner „philosophia civilis sive politica", Teil II, hatte er darauf einen ganzen Abschnitt verwandt. In dem Kapitel „de sapienti cura mentem civium perficiendi"

schildert er den Aufbau des Schulwesens und unterscheidet bei den scholis superioribus gymnasia, gymnasia academica und academiae. Bei der Darstellung der akademischen Gymnasien heißt es:

„a superiorum voluntate pendet, utrum velint, ut studiosis omnia tradant, quae traduntur in academiis, itaque absolutis eorum studiis et examinibus publice institutis, digni reperti muneribus publicis adhibeantur. Rationes rem ita instituendi esse existimo, ne pecunia studiis academicis impendenda praeter rem exteris detur, nihil tale reddentibus, cum civium et Professorum commodis pro scopo civitatis habeatur."

Zu den weiteren Gründen rechnet er die ständige Beaufsichtigung der Studenten durch ihre Familie, während auswärts die „licentia et seductio non paucos corrumpit". Unter Bezugnahme auf das Danziger Beispiel schreibt er: „varia quoque prostant exempla eorum, qui et Gedanensi Athenaeo et domi et foris, tum ad munera scholastica, tum ad iuridica minoris momenti, tum ad ecclesiastica fuere admoti, et pastores sacri in pagis et oppidis evasere."

Die prima ratio für die Gründung von Universitäten ist für Hanow die Geldfrage. Er stellt umständliche Berechnungen über ihre Wirtschaftlichkeit an. „Praeterea cum docentes discentesque victu egeant, amictu, famulitio aliisque vitae praesidiis et ornamentis: tanto plus in illo loco consumetur, quanto plures sunt academiae cives ..."[26])

Diese Wünsche fanden bei der traditionsgebundenen Einstellung des Rats kein Gehör. Leider blieben auch die erfüllbaren Wünsche Bertlings unberücksichtigt. In der dargebotenen Form bildeten sie ein Gemisch der herrschenden Erziehungslehren und hätten durch ihre vielgestaltige Zusammensetzung zuerst mehr Verwirrung als Nutzen gestiftet. Sie verlangten den völligen Umbau der Gelehrtenschule im Sinne der Halleschen Anstalten und der Heckerschen Realschule an der Dreifaltigkeitskirche in Berlin, vermehrt durch Fächer der Ritterakademien. Hecker, der ehedem Lehrer des Halleschen Waisenhauses gewesen war, hatte 1747 eine „ökonomisch-mathematische Realschule" eingerichtet, in der die Jugend der bürgerlichen Stände mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des tätigen Lebens erzogen wurde. Der Unterrichtsplan enthielt Geographie, Zeitungslektüre, Briefeschreiben, Zeichnen und Geometrie. In Halle gehörten zu den sogenannten Rekreationsübungen Drechseln, Glasschleifen, Holzsägen, Besuche der Schüler in Werkstätten und Buchläden. Die ritterlichen Übungen wollte Bertling wahrscheinlich im Hinblick auf den kurländischen Adel, der damals am Gymnasium noch stark in Erscheinung trat, aufgenommen wissen. Die Anregungen Bertlings beweisen, daß sich die Professoren nicht an die Überlieferung der Gelehrtenschulen gebunden hielten und die Brüchigkeit der alten Bildungsform übersahen. Übereinstimmend hatten sie ja darauf hingewiesen, daß sich die Gewohnheit der lateinischen Vorlesungen nicht mehr halten ließ, nachdem die Universitäten seit fast einem Jahrhundert zur Muttersprache zurückgekehrt waren und die deutsche Literatur in stürmischer Auseinandersetzung mit Engländern und Franzosen ihren eigenen Bahnen zustrebte. Gleichzeitig erscheint die auswählende Verfahrensweise Bertlings als ein Merkmal der aufklärerischen Geisteshaltung, die in ihrem Drange alle Seiten des Lebens zu ordnen, jede gegebene Anregung aufgriff und nutzbar zu machen suchte.

[26]) Phil. civilis secunda pars, pag. 508.

Den Universitätsplänen, wie sie von Bertling, Wernsdorf und Hanow vertreten wurden, konnte um 1765 eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden. Die Reichweite der jungen Universität hätte das protestantische Deutschtum aus den polnischen und den der polnischen Krone unterstellten deutschen Landesteilen erfaßt. Damit hätte sich die Stadt an dem Ausgange der Weichsel den ihr zukommenden Platz als Bewahrerin ostdeutscher Kultur nicht nur wiedererobert, sondern würde in den Kämpfen um den Vorrang deutscher oder slawischer Kultur eine Stellung errichtet haben, deren Würde und Ansehen die Bedeutung der hier geleisteten Arbeit wirksam unterstützt hätte. Zudem war 1756 das Kulmer Gymnasium zur Universität ausgebaut worden, deren Rektoren in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Krakauer Universität standen, weshalb auch die dortige philosophische und juristische Fakultät als colonia Cracoviensis bezeichnet wurde[27]). Die Rangerhöhung des Danziger Gymnasiums wäre also als Antwort auf die Kulmer Vorgänge aufzufassen gewesen. Eine wirkliche Bedeutung hätte die Danziger Universität auf die Dauer nicht bewahren können, da nach der ersten Teilung Polens diese Gründe hinfällig wurden und Danzig in seiner politischen Vereinsamung nicht in der Lage gewesen wäre, die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Universität zu erhalten. Das preußische Studiumverbot für nichtpreußische Universitäten hätte Danzig nach 1772 zu viele Schüler entzogen und damit die Neugründung zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Allein für die Bedürfnisse eines kleinen Stadtstaates an akademischen Beamten ließ sich eine solche Einrichtung nicht verantworten. Unter der Enge der Verhältnisse wäre der Eifer der Professoren und Schüler bald erlahmt.

Die Ratsverordnung zur Erneuerung des Gymnasiums — ihre Aufnahme bei den Professoren — Beurteilung der Ratsverordnung.

Die Maßnahmen, die der Rat auf Grund der vorgefundenen Ergebnisse ergriff, erwiesen sich als dürftig und unzulänglich. Sie waren in keiner Weise geeignet, eine dauernde Wendung zum Besseren zu gewährleisten. Neben einigen notwendigen Ausbesserungsarbeiten verfügte er die Amtsenthebung des Lehrers der 3. Klasse, Federowicz, und wies ihn einem Hospital der Stadt zu. Vor allem gab er am 13. 11. 1765 in längeren Richtlinien die neuen Lehrvorschriften bekannt[28]). Die Verordnung enthielt als wichtigste Bestimmung die Verpflichtung der Professoren, in den Vorlesungen den Gebrauch der lateinischen Sprache beizubehalten. Nur in den als privatissimi bezeichneten Stunden durften sie davon abweichen. Collegia disputatoria, öffentliche und private Prüfungen sollten wie in früheren Zeiten abgehalten werden. Alle Vorlesungen waren jährlich zu Ende zu führen; das galt besonders für den Rektor, der das umfangreiche Gebiet der Dogmatik behandelte und für den Inspektor Gralath, der die Institutiones Justinianeas las. Dem Rektor wurde das Jus primae locationis entzogen, in Zukunft sollten alle Schüler, die sich für den Besuch der Anstalt meldeten, von 4 Professoren geprüft und danach einer Klasse zugewiesen werden. Die Professoren durften Privatisten nur aus den beiden

[27]) Heine, Academia Culmensis, Ein Abriß ihrer Geschichte, Z. d. Westpr. Gesch.-Vereins H. 41, S. 173.
[28]) R. A. Danzig, 300, 42/170.

oberen Klassen annehmen. Weiterhin führte die Verordnung Bestimmungen an, die sich auf die Verwaltung und die Unterrichtsgestaltung bezogen. Danach wurde die Wolf'sche Philosophie als anerkannte Lehrmeinung auch für das Gymnasium zugelassen. Das Naturrecht gehörte zu den jährlichen Hauptvorlesungen. Wernsdorf sollte sich auf die lateinischen Klassiker und die Rhetorik beschränken, „keineswegs aber durfte in anderen Wissenschaften als in der Geographie, historia litteraria etc." unterrichtet werden.

Die Verfügung erweckte den erregten Widerspruch Bertlings, der in einigen Punkten einen Vorwurf für seine bisherige Amtsführung sah. Es werde der Eindruck erweckt, als habe seine Tätigkeit den Verfall des Gymnasiums verschuldet. Für die Schärfe seines Widerspruches geben die Bemerkungen zu der Anordnung über das Halten von Privatisten und über den Gebrauch der lateinischen Sprache ein Beispiel: „Durch diese Gesetze würde die natürliche Freiheit sogar unserer Haushaltung und unserer Privatstunden eingeschränkt, nämlich was für Leute wir an unsere Tische und in unsere Häuser nehmen sollen, wie wir unsere Zeit außer unsern öffentlichen Arbeiten verwenden, was für lectiones privatas und in was für Sprache wir sie anstellen sollen. Dadurch werden wir unter die geringsten Einwohner der Stadt erniedrigt... Das ist gewiß unerhört in einer freien Republik, wo sich wohl der geringste Mensch seiner Freiheit rühmen kann, Professores so einzuschränken, wie sie von dem souveränesten Monarchen weder auf Universitäten noch Gymnasien eingeschränkt werden..." Der Rektor weigerte sich, diese Verordnung den Professoren bekannt zu geben, da er auf Abänderung der beanstandeten Punkte hoffte. Der Rat beauftragte den Protoscholarchen, dem Rektor sein Mißfallen über „die in dieser Schrift enthaltenen verfehrlichen Ausdrücke" zu übermitteln; seine Bedenken dürfe er nach Bekanntgabe der Bestimmungen an die Professoren „in einer anderen auf eine bescheidenere Art eingerichteten Schrift" zur Kenntnis geben. Der Protoscholarch konnte wenige Tage darauf dem Rat melden, daß Bertling „gestehet, sich in Abfassung dieser Schrift übereilet zu haben und daß er dazu von anderen angereitzet und verleitet worden, ihm auch sein begangener Fehler leyd sey."

In einer „bescheidenen Vorstellung und Anfrage" trugen der Rektor und die Professoren nochmals ihre Bedenken gegen die Verordnung vor. Wieder wandten sie sich gegen den anbefohlenen Gebrauch der lateinischen Sprache. Diese Sitte habe in früheren Zeiten, als viele Fremde aus Polen und Ungarn nach Danzig kamen, ihre Brechtigung gehabt. Jetzt wurden auch wissenschaftliche Abhandlungen deutsch geschrieben, auf den Universitäten habe sich die Muttersprache durchgesetzt und der Gebrauch der lateinischen Sprache gelte als rückständig. Während der Rat in einigen unwichtigen Punkten nachgab, dem Rektor das Jus primae locationis zurückgab und die Verpflichtung, die Hauptvorlesungen im Ablauf eines Jahres zu beenden, nur nach Möglichkeit eingehalten werden sollte, bestand er auf dem Hauptstück, der Beibehaltung des Lateinischen als Unterrichtssprache.

Unter diesen Umständen konnte der Erneuerungsversuch von 1765 keinen dauernden Erfolg versprechen. Mit einer fast ängstlichen Beharrlichkeit war jede grundlegende Neuerung vermieden. Den willkürlichen Versetzungen war ein Riegel vorgeschoben, sie allein konnten für die sinkenden Leistungen nicht

verantwortlich gemacht werden. An das Übel selbst, die veraltete Lehrverfassung des 17. Jahrhunderts, hatte man sich nicht herangetraut, sie wurde sorgfältig gehütet, und jeder Versuch, durch Aufnahme zeitgemäßer Fächer den Unterricht zu beleben, wurde zurückgewiesen.

Dieses unverständliche Festhalten an der Überlieferung wird vielleicht durch die gefährdete politische und wirtschaftliche Lage der Stadt erklärlicher. Danzig hatte seine einflußreiche politische Rolle ausgespielt. Innerhalb der großen und erstarkenden Mächte war der kleine Stadtstaat ein staatliches Gebilde, das infolge seiner militärischen Ohnmacht die mächtigen Nachbarn zum Angriff herausforderte und nur der Eifersucht der Beteiligten seinen Fortbestand verdankte. Der Wirtschaftskampf, der Danzig 7 Jahre später, seit 1772 durch Preußen aufgezwungen wurde, bewies, daß die Stadt aus eigener Kraft nicht lebensfähig war. Innerhalb der Großmächte mußte der Rat eifersüchtig auf die Bewahrung seiner Rechte bedacht sein, schien doch ihre Achtung eine Gewähr für die Erhaltung staatlicher Unabhängigkeit zu sein. Wie das politische Denken zwangsläufig auf Bewahren und Erhalten gerichtet war, mochte sich diese Einstellung auch bei anderen Gelegenheiten bemerkbar machen und jedem Versuch einer großzügigen Neuordnung entgegenstellen.

Versuche zur Verbesserung des Schulwesens in anderen Städten.

Bremen — Leipzig — Marienburg — Elbing.

Die Einrichtung deutscher Bürgerschulen in Danzig.

Der Rückgang des Danziger Schulwesens und besonders des humanistischen Unterrichts war nicht eine Einzelerscheinung. Überall war an den Schulgründungen der Reformationszeit ein Absinken der Schülerzahl und ein Nachlassen der Leistungen offenkundig. An vielen Orten bemühten sich die Verwaltungsbehörden, die Ursache der Schäden zu entdecken und die Mängel abzustellen. In Bremen wurden 1749, 1758 und 1765 Versuche unternommen, die dortige Schola illustris durch zeitgemäße Lehrpläne zu verjüngen[29]). Die Geringfügigkeit der Gehälter hatte hier die Liebe der Lehrer zu Amt und Wissenschaften ertötet, in ihrer Aufbesserung sahen die Ratsbeauftragten, die den Zustand der Schule zu untersuchen hatten, einen wesentlichen Fortschritt zur Hebung des gesunkenen Ansehens von Lehrerschaft und Schule. Ebenso bedurfte der methodus docendi einer Anpassung an die Erkenntnisse der Zeit. Anstelle der lateinischen Grammatik, die für die Anfänger eine unverstandene Gedächtnismarter bedeutete, wurde die Einführung der deutschen Grammatik vorgeschlagen. Der Geschichtsunterricht hatte bisher nur die Kirchengeschichte des A. T., die Geschichte der griechischen, römischen und türkischen Kaiser erfaßt, Geographie wurde ohne Landkarte betrieben. Die Einführung französischen und englischen Sprachunterrichtes wurde empfohlen. In Zukunft sollte auch die Muttersprache berücksichtigt werden, Aufsatzunterricht und Beschäftigung mit der deutschen Dichtung wurden zur Aufnahme vorgesehen. Die Beauftragten wiesen auf Gottsched als Beispiel hin. Obwohl der Rat in seinem neuen Unterrichtsplan diese Anregungen befolgte und 1765 weitere Zugeständnisse im Sinne einer Umgestaltung zur Realschule machte, blieb der Erfolg aus. Wie in Danzig

[29]) Entholt, Gesch. d. Bremer Gymn.

trug auch in Bremen das Gymnasium akademische Merkmale. Die Jugend aber strebte von diesen kleinen Anstalten fort zu den glänzender ausgestatteten Universitäten, an denen ihr Bildungsdrang befriedigt wurde und eine größere Freiheit bestand.

In Leipzig bestimmte 1767 eine Ratsverordnung für die Nikolaischule, „daß neben der griechischen und lateinischen auch die teutsche, französische, italiänische und englische Sprache nach den Regeln der Grammatik gelehret... werden." Ebenso sind Mathematik und „die verschiedenen Gattungen der Rechenkunst" vorzutragen [30]).

Rektor der Nikolaischule war damals Joh. Jak. Reiske, ein bedeutender Gelehrter, besonders auf dem Gebiet der semitischen Sprachen, der wie Gellert von Friedrich II. 1760 zur Vorstellung befohlen wurde, worüber er an seinen Danziger Freund, Georg Wernsdorf, berichtet hat. Reiske suchte vor allem die Pflege des Deutschen in der Schule zu fördern. In einer von ihm ausgearbeiteten Rede heißt es: Die deutsche Sprache ist „vor einen Deutschen viel nötiger und nützlicher als die lateinische, oder irgend eine andere Sprache" [31]).

In den Nachbarstädten Danzigs, in Marienburg und Elbing, wurden Versuche unternommen, den dortigen Schulen durch zeitgemäße Verbesserungen aufzuhelfen. In Marienburg hatte der Rektor der lateinischen Stadtschule, Schusterus (1748/1752), mit Unterstützung des Rates den Lateinunterricht beschränkt und dafür Geographie und Geschichte eingesetzt. Dem Deutschunterricht wurden zwei Wochenstunden eingeräumt, in Prima stand Französisch auf dem Lehrplan [32]).

In Elbing übernahm 1781 Otto Ludwig Hartwig das Rektorat, der vorher Lehrer an der Berliner Realschule gewesen war. Nach ihrem Muster suchte er das Gymnasium umzuformen, doch die überstürzte Einführung brachte die Schule in Unordnung und zog ihm den Groll von Rat und Bürgerschaft zu [33]). Es erwies sich auch an diesem Beispiel, daß alle pädagogischen Erneuerungsversuche erfolglos blieben, wenn nicht die persönliche Kraft eines hervorragenden Schulmannes Schüler und Lehrer für das neue Werk zu begeistern vermochte.

Obwohl das 18. Jahrhundert auf dem Gebiet der Erziehung eine Fülle von Einfällen und fruchtbaren Gedanken bewies und als Ergebnis eine Reihe bedeutsamer Neugestaltungen aufzuweisen hatte, bedurfte es doch erst der ordnenden Hand des Staates, um die verschiedenen Ansätze zusammenzufassen und das Schulwesen auf eine Grundlage zu stellen, von der eine Ergänzung der Schularten nach den Bedürfnissen des bürgerlichen Lebens möglich war.

In Danzig zeigte sich bald die Notwendigkeit, neben der Gelehrtenschule eine Erziehungsanstalt einzurichten, die den Bedürfnissen einer Handelsstadt

[30]) O. Kaemmel, Gesch. d. Leipziger Schulwesens, Teubner 1909, S. 396 f.

[31]) „Es ist ein Jammer und eine Schande und ein Verderb des gemeinen Wesens, daß man die kleinen Jungen mit dem Lateinischen plagt, was ihnen in ihrem ganzen Leben nichts hilft, dagegen aber unterläßt, ihnen zu zeigen, wie sie vernünftig, zierlich, verständlich und richtig deutsch schreiben und sprechen sollen." Reiske trat für die Kenntnis des Mittelhochdeutschen ein, das er „den Schlüssel zu den alten Dichtern der mittleren Zeiten" nannte, denen er „schöne feurige hochpoetische Gedanken" nachrühmte. (Kaemmel, Gesch. Leipz. Schulwesens, S. 404.)

[32]) Th. Breiter, Die alte Lateinische Schule in Marienburg, 1864, S. 23.

[33]) E. Volckmann, Das Städt. Gymnasium zu Elbing, Elbing 1882, S. 21.

angepaßt war, zumal in den Danziger Kirchschulen ebenfalls Latein und Griechisch getrieben wurde. Das Danziger Schulwesen war in seiner damaligen Verfassung nicht geeignet, die Ansprüche der Bürgerschaft auf eine lebensnahe Ausbildung zu erfüllen. Infolgedessen hatten in Danzig die sogenannte Privatinformation, das Hofmeisterwesen und die Winkelschulen mehr noch als in anderen Städten überhand genommen.

Seit 1786 wurden die sich aus diesen Umständen ergebenden Fragen durch den Bürgermeister v. Conradi und den Quartiermeister Wichers geprüft. Ihre Anstrengungen führten 1788 zu der Einrichtung deutscher Bürgerschulen. Umgestaltet wurden zuerst die Barbara- und die Bartholomäischule. Ihnen folgte 1791 die Einrichtung der Anstalt von St. Katharinen zu einer deutsch-lateinischen Bürgerschule. Die Schulen waren zweiklassig, ein Oberlehrer besorgte den bildenden Teil, ein Unterlehrer die Techniken des Unterrichtes.

IV.

Das Gymnasium als Stätte der Wissenschaft

Wie in früheren Jahrhunderten war der Danziger Rat auch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bemüht, bei der Berufung der Rektoren und Professoren auf wissenschaftliches Ansehen und auf pädagogische Fähigkeiten zu achten.

Obwohl die wirtschaftlich sorgenfreien Zeiten für die Professoren längst vorüber waren, besaßen sie eine wenn auch bescheidene Unabhängigkeit, die sie in den Stand setzte, ihre Arbeiten fortzuführen. Oft brachte ihnen diese Arbeit einen erwünschten Nebenverdienst. So erhielt Bertling noch 1754 für die Herausgabe seiner „Evangelischen Andachten" durch den Rat als Anerkennung 800 fl.[34]). In Danzigs Blütezeit hatte der Rat durch solche klingenden Belohnungen den Arbeitseifer seiner Gelehrten anzuregen gewußt. Das wissenschaftliche Ansehen war bei der Wahl der Bewerber um das einst begehrte Lehramt an dem akademischen Gymnasium häufig von entscheidendem Einfluß. Durch diese weise Überlegung sicherte der Rat den Ruf und den Stand der Schule. Zwar wurde bei der Besetzung der Stellen gern auf Söhne der Stadt zurückgegriffen, aber sie mußten die gleichen Fähigkeiten wie ihre Mitbewerber aufweisen. Infolgedessen überwogen noch in der Zeit von 1750—1817 die von auswärts berufenen Professoren ihre in Danzig gebürtigen Amtsgenossen. Die meisten von ihnen kamen aus Nord- und Ostdeutschland, aber auch der mitteldeutsche Raum und Schlesien waren vertreten. Als nach dem Tode Bertlings 1769 der Danziger Ver-Poortenn zum Rektor gewählt wurde, stand der Rat noch in Verhandlungen mit den Theologen Weickmann aus Wittenberg, Körner in Leipzig, Quistorp in Greifswald und Müller in Göttingen. Bereits 25 Jahre später ließ sich nur mit Mühe ein Nachfolger für den verstorbenen Ver-Poortenn finden, obwohl das Rektorat die bestbezahlte Stelle des Gymnasiums war. Bedeutendere Gelehrte scheuten sich, ihr Schicksal mit der daniederliegenden Schule zu verbinden oder stellten Forderungen, die der Rat bei der unsicheren Wirtschaftslage nicht bewilligen konnte. Als 1799 der

[34]) G. Löschin, Gesch. Danzigs von der ältesten bis zur neuesten Zeit. 2 Bde. Danzig 1822—23. II, S. 306.

Prediger Usko aus Smyrna vorübergehend in Danzig weilte, ließ er sich für die Annahme dieses Amtes bestimmen, verzichtete aber später, als ihm eine einträglichere Versorgung geboten wurde.

Wenn Zeit und Umstände dem Gymnasium in dem geschilderten Abschnitt seiner Entwicklung auch nicht günstig waren, erhielten ihm doch die wissenschaftlichen Arbeiten seiner Professoren den Anschein verwichenen Glanzes. Es waren keine außergewöhnlichen Leistungen, die in der Fachwelt Aufsehen erregten, aber innerhalb ihres Kreises behaupteten diese Männer einen angemessenen Platz als Theologen, Historiker, Sprachwissenschaftler oder Juristen. In ihren Lebensläufen spiegelt sich das bescheidene, nur selten von Stürmen getrübte Dasein emsiger Gelehrten und Facharbeiter. Noch heute bewundern wir die Ergebnisse dieser Gelehrtengeneration, die in den städtischen Büchereien als meist unbeachtete Zeugnisse fleißigen Forschens und Vergleichens lagern. Sie sind die stillen Zeugen der Kämpfe und Mühen ihrer geistigen Urheber und erwachen unter liebevoll forschenden Händen zu wunderlichem Leben, das von längst verklungenen Fehden, von mühsamem Suchen nach Wahrheit und Erkenntnis erzählt. Nur selten reicht der Klang ihrer Namen bis in unsere Zeit hinüber, aber in dem Versuch, ihre Träger zu beleben, erkennen wir die Kette, die uns mit jenen verbindet. Nicht alle Namen können genannt werden und vielfach fehlen die Lichter, die ihrer Vergangenheit Glanz und Farbe geben. Die gewählten Beispiele wollen das Gemeinsame der Lebensform und die besondere wissenschaftliche Leistung darstellen. Gleichzeitig sind sie ein Beitrag zur Danziger Geistesgeschichte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

1. Ernst August Bertling.

Als Ernst August Bertling 1753, erst 31jährig, von Helmstedt als Rektor an das Gymnasium berufen wurde, hatte er bereits die erste Auseinandersetzung mit dem Katholizismus abgeschlossen und eben sein Lehrbuch über die Moraltheologie herausgegeben.

Am 1. Dezember 1721 in Osnabrück als Sohn des Garnison- und Hofpredigers Rudolf Bertling und der Katharina Elisabeth Schwender, einer gebürtigen Osnabrückerin, geboren, hatte er nach dem frühzeitigen Tode seiner Eltern 1741 die Universität Jena bezogen und studierte zunächst weniger aus eigenem Antrieb als auf Wunsch der Familie Jura. Daneben belegte er mathematische und philosophische Vorlesungen, die seiner Neigung entsprachen. Es konnte nicht ausbleiben, daß Bertling mit der Wolffschen Philosophie in Berührung geriet, die bald zu einer willigen Aufnahme dieser Lehre führte, wenn er auch infolge seiner späteren orthodoxen Richtung einen gewissen Abstand zu wahren suchte. War Wolff doch eben erst (1740) durch eine der ersten Amtshandlungen Friedrichs II. eine glänzende Genugtuung für die einst in Halle widerfahrene Kränkung zuteil geworden, seine Ansichten hatten in ganz Europa Widerhall gefunden. In Jena war Bertling ein Schüler Wideburgs, der bereits 1725 die Kühnheit besessen hatte, gegen den Willen der theologischen und philosophischen Fakultät, die in 27 Punkten das Verdammungsurteil über Wolff gesprochen hatte, den Verfemten in Schutz zu nehmen[35]). In Jena

[35]) H. Hettner, Gesch. d. deutschen Literatur im 18. Jahrh. I, S. 145. Paul List Verlag, Leipzig 1928.

machte Bertling eine Bekanntschaft, die für sein späteres Leben von entscheidender Bedeutung wurde. Er schloß sich als Hausgenosse an einen jungen akademischen Lehrer, Johann E. Schubert, an, der bald als Professor der Theologie nach Helmstedt berufen wurde. Auf seinen Einfluß entschloß er sich zu einem Wechsel des Studiums, den er in Göttingen vornahm, wo er sich 1743 in die theologische Fakultät einschrieb. Vor seiner Abreise aus Jena hielt er die übliche Disputation „sub praesidio Schuberti... proprio Marte conscriptam de gradibus prohibitis secundum ius naturae d. 8. Octob."

In Göttingen hörte er bei Feuerlein, der ein Gegner Wolffs war, Theologie. Bei Heumann belegte er Kirchengeschichte und Exegese. Heumanns bedeutendste wissenschaftliche Leistung war die Übersetzung des N. T., zu der eine 12bändige Erklärung gehört. Im übrigen war er einer der seltener werdenden Polyhistoren und Vielschreiber; die Aufzählung seiner gelehrten Arbeiten durch den Biographen Cassius umfaßt nicht weniger als 134 Seiten. Bei Ribow hörte Bertling Polemik, bei Boehmer jus canonicum und bei Wähner Philologie.

1744 bestand Bertling die Prüfung zum Magister und fertigte dazu eine Disputatio inauguralis an, die sich betitelte: meditationum de natura, sive Philosophiae theoreticae universalis specimen I. Schon im folgenden Monat erwarb er durch eine neue Disputation [36]) die jura magistri legentis. In rasch aufeinanderfolgenden Arbeiten [37]) suchte er seine wissenschaftliche Begabung nachzuweisen, um zu dem ersehnten akademischen Lehramt zu kommen, zu dem ihn seine Neigung zog. Als Anerkennung seiner Tätigkeit wurde er 1745 zum Beisitzer der philosophischen Fakultät ernannt. Seine Berufung als a. o. Professor der Theologie nach Helmstedt verdankte er der Fürsprache seines Freundes Schubert, der ihn dort einführte und ihm auch bei der unumgänglichen Erwerbung des Doktorgrades behilflich war [38]). Nun erfolgte ein rascher Aufstieg, 1749 als ordentlicher Professor, 1750 als Adjunkt der Generalsuperintendentur der Diözese Helmstedt, 1752 als Professor der Theologie in Gießen und Superintendent der Diözese Alfeld. Diese letzte Berufung mußte er auf höheren Wunsch ablehnen.

1749 hatte Bertling, als er durch die Anstellung zum ordentlichen Professor seine wirtschaftliche Grundlage gesichert sah, Maria Dorothea Sprenger, die jugendliche Witwe des Physikus v. Stadthagen, Möebius, geheiratet. 1753 erreichte ihn der Ruf an das Gymnasium nach Danzig. Da sich der Rat an den regierenden Herzog mit der Bitte um seine Entlassung aus braunschweigisch-lüneburgischen Diensten gewandt hatte, erhielt Bertling den erbetenen Abschied. Am 18. Oktober führte ihn der Stadtsyndikus Lengnich in sein neues Schulamt ein.

In Danzig gewann Bertling bald die Anerkennung seiner Vorgesetzten und die Achtung seiner Gemeinde. Sein ausgleichendes Wesen und seine geistige

[36]) de iure parentum in liberos secundum leges cogentes.

[37]) scripsit Goettingae de argumento Cartesiano pro existentia dei et contra quendam heterodoxum, qui in patria sua motus excitaret, scripsit defensionem Art. 8 Aug. Conf. contra quemdam Neo-Donatistam.

[38]) Solennis promotionis ritus d. X. Dez. in aede Academica a Decano S. V. Schuberto, praeceptore illo et fautore antiquo... peractus est.

Beweglichkeit fanden bei den ruhigen und selbstsicheren Danzigern Anklang, und auch auf die Verhältnisse am Gymnasium wirkte die ausdrucksfähige Art des neuen Rektors günstig, ohne daß Bertling an den vorhandenen Einrichtungen größere Änderungen vornahm. Als Kanzelredner wurde er gern gehört. Die Gefahr der Weitschweifigkeit, die bei ihm nahelag, milderte er durch lebendigen Vortrag und durch rasche und einfallsreiche Wendungen, sodaß ihm seine Zuhörer die Länge seiner oft einstündigen Predigten nicht verübelten. Vor allem kamen ihm seine guten Beziehungen zu den Amtsgenossen im Geistlichen Ministerium zustatten, dessen Senior, den Hauptpfarrer von St. Marien, Jonathan Heller, er zum Mitarbeiter seiner „Theologischen Berichte" gewann. Bertlings dogmatische Überzeugung kam der orthodoxen Einstellung Hellers weit entgegen, und damit war die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen dem geistlichen Leiter der evangelischen Kirche Danzigs und dem in Schrift und Wort für seinen Glauben streitenden Rektor ausgeschaltet[39]). Denn Heller führte ein strenges Regient. Die Tore Danzigs blieben der neuen Zeit verschlossen, und sorgfältig achtete der Senior, daß kein frischer Wind die vorschriftsmäßigen Perücken und die sture Rechtgläubigkeit seiner Amtsbrüder in Verwirrung brachte oder gar der Geist der Neuerung und Aufsässigkeit sich breitmachte. Johanna Schopenhauer erzählt in ihren Jugenderinnerungen[40]): „nicht nur die Kandidaten, auch die schon angestellten Prediger, und sogar ihre Frauen, durften an Theater, Konzert und ähnliche Vergnügungen garnicht denken; höchstens wurde unter dem Siegel des Geheimnisses im engsten, vertraulichen Kreise einem bescheidenen Partiechen L'hombre durch die Finger gesehen."

Von der erwünschten rechtgläubigen Gesinnung gab Bertling gleich in der ersten Ankündigung seiner Vorlesungen einen Beweis. Als Grundlage christlicher Gesinnung forderte er den wahren Glauben an den Gottessohn, „quod Jesus, filius Mariae verus, aeternus et essentialis Deus sit. Hoc fundamento sublato omnis plane evertitur religio christiana, et ea, quae hanc gloriam Jesu negat, secta, et tamen aliquam huius nominis prae se ferre vult speciem, nihil aliud est, nisi Naturalismus larva Christianismi indutus." Gegen diese wahre Natur Christi richteten sich in allen Zeiten die Angriffe der Gegner. Gleichzeitig nannte Bertling die geistlichen Strömungen, mit denen er sich in seinen Streitschriften auseinandersetzte, „Naturalismus, Deismus, Socinianismus, Pelagianismus, et quae sunt venena reliqua..."[41]). Daher kündigte er eine Hauptvorlesung über dogmatisch-polemische Theologie an. In einer weiteren Vorlesung sprach er über seine Moraltheologie, die gerade im Druck erschienen war.

Das Versprechen, die Hauptvorlesungen innerhalb Jahresfrist zu beendigen, konnte er nicht einhalten. Infolgedessen hatte er später darüber mit dem Collegium Scholarchale eine unangenehme Auseinandersetzung, da er ihre Anordnung zu pünktlicher Beendigung seines Unterrichtes als einen Eingriff

[39]) Heller wurde 1759 zum Senior des Geistlichen Ministeriums aus Chemnitz berufen, kam also erst einige Jahre später als Bertling nach Danzig.

[40]) Johanna Schopenhauer, Jugendleben u. Wanderbilder, Hsgb. Cosack, Danzig 1884, S. 40.

[41]) E. A. Bertlingius ...Civibus Coll. Ged. Sectiones theologicas... ad eas audiendas convocat 1753.

in die Lehrfreiheit empfand. Tatsächlich gab die Schulbehörde nach und machte aus ihrer Verfügung eine Empfehlung. Abgesehen von solchen vorübergehenden Trübungen gestaltete sich das Verhältnis zwischen Rektor und Behörde erfreulich. Als Bertling 1756 einen Ruf nach Hamburg an die Kirche von St. Jacob erhielt, gab ihm der Danziger Rat einen sehr schmeichelhaften und nachhaltigen Beweis seiner Gunst, er verdoppelte ihm das Gehalt [42]).

Bereits 1½ Jahre vorher hatte sich der Rat in einer ernsteren Sache hinter den Rektor seiner Hauptschule gestellt und ihn vor dem Zorn des polnischen Königs geschützt. Bertling hatte in mehreren Streitschriften heftige Angriffe gegen den Katholizismus gerichtet und dabei auch nicht vor der Person des Papstes Halt gemacht. In einer seiner Predigten, die 1754 im Druck erschienen, hatte er das Oberhaupt der katholischen Kirche mit dem Antichrist verglichen [43]). Seine Gegner hatten diese Störung des Religionsfriedens, die Bertling noch durch andere Vorfälle verstärkte, auf dem Umwege über die polnischen Bischöfe, vor den polnischen König gebracht. August III. verlangte die Amtsenthebung und Ausweisung des „Praedicanten" Bertling. „Jedoch der Sturm wurde bald gestillet; denn nachdem E. E. Rath den Hof informiret und Gegenvorstellungen gemacht, gerieth die Sache in Stocken und die Polnischen Bischöfe, welche vorhin in corpore vor dem König um scharfe Ahndung dieser vermeinten großen injurie gebeten, wurden mit ihren weiteren Klagen abgewiesen" [44]).

Vor allem der Diözesanbischof von Leslau, Anton Dembowski, dem die katholische Kirche in Danzig unterstellt war — er ließ sich durch einen Offizial in Danzig vertreten — hatte eine heftige Beschwerde gegen Bertling eingereicht, in der er ihm auch die Verunglimpfung der Gottesmutter vorwarf. August III., der die Beschuldigungen durch katholische Theologen prüfen ließ und auch selbst untersuchte, kam zu dem Ergebnis, daß die Vorfälle aufgebauscht waren und ernsthafte Schmähungen nicht vorlagen. In einem Handschreiben an den Bischof ließ er einfließen, „nur die ungenügende Kenntnis des Deutschen sei Schuld an dem Mißverständnis des Bischofs"! [45]).

Zu den erbittertsten Gegnern Bertlings gehörte der Generalvikar und Augustinerprobst Heinrich Eickendorff bei Goslar. Den Anstoß zu dieser Feindschaft hatte Bertling selbst gegeben, als er 1749 in Helmstedt eine Schrift gegen den Ablaß herausgab, in der er die sogenannten Jubeljahre der katholischen Kirche, die alle 25 Jahre stattfinden und für die Besucher der heiligen Stätten

[42]) Nach der Darstellung von Praetorius, Das evangelische Danzig, Ms. R. A. Danzig.

[43]) „Unter den Widerchristen ist besonders der große Antichrist zu merken... Man pfleget in unseren Lehrbüchern von einem doppelten Antichrist Erwähnung zu tun. Der eine ist der morgenländische Antichrist, der außer der Kirchen ist, der Gog und Magog. Dieser ist der Türke. Der andere ist der abendländische Antichrist, der in der Kirchen ist... und dieser ist der Bischof zu Rom." Erste Gründe christlicher Lehre, 1754, S. 392.

[44]) Praetorius, Das evangelische Danzig.

[45]) W. Lippert, König Augusts III. von Polen Unparteilichkeit in Glaubenssachen, Neues Archiv f. sächs. Gesch. und Altertumskunde, Bd. 38, 1917, S. 301 ff.; hier auch Quellenangaben. Eine Abschrift des Briefwechsels zwischen dem König und dem Rat findet sich in dem Ms. 2477 der Stadtbibliothek Danzig.

in Rom mit einem Generalablaß verbunden sind, angriff und dabei der katholischen Kirche und dem Papst einige bissige Seitenhiebe versetzte [46]).

In der Vorrede zu dieser Schrift nannte Bertling das Papsttum den gefährlichsten Feind des evangelischen Glaubens. Die Congregatio de propaganda fide wäre eine ständige Bedrohung der protestantischen Welt. Zu ihren Mitgliedern gehörten „die verschlagensten und klügsten Männer". Das Jubeljahr zeige, daß sich die Mittel der Kirche, seit Luther gegen Tetzel predigte, nicht geändert haben. An die Religionskämpfe, die Luther als Werkzeug Gottes geführt hat, will Bertling seine Leser erinnern, dann würden sie nicht mit gleichgültigen Augen auf die Fortschritte der „päpstlichen Religion" sehen, „die aus diesem hochwürdigen Sacrament... Gaukelpossen macht und in Winkelmessen, Prozessionen usw. Jesum und seinen Leib und Blut... zum Gespött und zu einem Schauspiel macht." Der Papst möge wohl ein Freund der Gelehrten und guter Religionskenner sein, als weltlichem Fürsten dürfe man ihm die Ehre, die ihm als „Gesalbten Gottes" zustände, nicht absprechen, aber als Papst sei er eben doch ein „Verführer". Seine Gläubigen werden „in ihrer Blindheit nach Rom laufen, alle verächtliche, niedrige und lächerliche Kleinigkeiten heilig und göttlich verehren, sie werden in ihrer Andacht glühen wie ein Backofen." Mundus vult decipi, decipiatur ergo, läßt Bertling am Schluß den Papst ausrufen. Er selbst wollte zur Aufklärung seiner Mitbürger in einer geschichtlichen Übersicht die Entwicklung des Ablaßhandels und eine Erklärung seiner Gebräuche geben. Die Töne, die Bertling angeschlagen hatte, waren rauh und deutlich. Sie klangen den Katholiken unangenehm in den Ohren und wie nicht anders zu erwarten war, meldete sich einer der ihren, Heinrich Eickendorff, zu Worte. Sein „Gegenbericht" wandte sich „an den catholischen hochgeehrtesten Leser" [47]). Bertlings Schmähungen können ihm den Namen eines „Calumnianten und seinem Unterricht den Titel einer Laster- und Schmäh-Schrift beylegen". Eickendorff schien es dabei weniger um den Angriff gegen seine Religion zu gehen, sondern er fühlte sich offensichtlich durch eine Anspielung Bertlings auf den sogenannten Hildesheimer Mittlerstreit verärgert, bei dem er führend beteiligt gewesen war. Bertling hatte diesen Streit ohne Namensnennung Eickendorffs in einer Anmerkung zur Erklärung herangezogen. Diese harmlose Bemerkung machte der streitlustige Probst zum Hauptvorwurf und widmete dem Streit, den man für längst begraben hoffte, ein umfangreiches Kapitel. Es handelte sich dabei um den sogenannten Gnadenschatz der Kirche, der aus den Verdiensten Christi, Mariä und der Heiligen besteht und nach katholischer Lehre den Sündern zur Ableistung zeitlicher Strafen zukommen kann. Damit war der Fortführung des Streites Tür und Tor geöffnet, Bertling gab neue Anmerkungen über die päpstliche Jubelbulle heraus, Eickendorff fühlte sich zu einer „Abgenöthigten" und einer „Fortgesetzten Vertheidigung der... Jubelbulle" veranlaßt, und die Angriffe und Beleidigungen wurden von Mal zu Mal gröber. Wollte Eickendorff seinem Gegner wie „Paulus den Korinthern" den Text lesen, „und nicht nur den Keil nach dem Ast härten, sondern auch die übel-

[46]) E. A. Bertlings Unterricht vom Päpstlichen Jubel-Jahr und vom Ablas... Helmstede 1749.

[47]) Henrici Eickendorffs Gegenbericht auf D. E. A. Bertlings Unterricht vom Päpstlichen Jubeljahr und vom Ablas... Grauhof 1750.

gesalzene Lauge, womit er seine Feder und Dinte wider die Päpstliche Bulle vergället, in gewisser Maße ihm zurückschicken", so nahm Bertling die Anrede des Papstes an seine „gläubigen Christen" zum Anlaß, um seinen Widersacher mit den Worten des Tridentiner Konzils zu schlagen, das auch „Hurer und Diebe" gläubig nenne, „welches uns zwar fremd klinget, allein im Papstthum kennet man keinen andern Glauben, als einen äußerlichen Mundglauben, den auch die Teufel haben..." Das verschlug selbst Eickendorff die Sprache, er rief die Fürsten als Richter dieser Welt an und wollte die Entscheidung in ihre Hände legen. „Von seinen zaumlosen Gemüths-Bewegungen getrieben, und von blinden Vorurtheilen bezaubert, vergallopiret er sich ins wüste Feld hinein." „Genug ist, daß ich nur sage: Ihr seyd Richter auf Erden."

Es ist ein farbiges Beispiel alter Streitschriftenliteratur, das uns an die heftigsten Zeiten der religiösen Auseinandersetzungen des 17. Jahrhunderts erinnert. Auch die Sprache erreicht in ihren Höhepunkten vergangene Vorbilder und sticht wohltuend gegen die sonst so blasse und umständliche Ausdrucksweise der Zeit ab.

Diese theologischen Zänkereien können unsere Teilnahme nur noch als historische Merkwürdigkeit erregen, und auch die anderen wissenschaftlichen und religiösen Schriften Bertlings haben für uns keine Bedeutung. Wenn an dieser Stelle auf seine Beiträge näher eingegangen wird, mag das die Tatsache entschuldigen, daß die Rektoren des Gymnasiums sich stets als berufene Wahrer der protestantischen Lehre empfunden haben und ausgiebig von dieser Stellung Gebrauch machten. Bertling ist der letzte streitbare Theologe des Gymnasiums, ein Nachläufer seiner berühmteren Vorgänger im 17. Jahrhundert.

Mehrere Jahre später, als Bertling schon in Danzig lebte, sah er sich noch einmal zur Verteidigung des wahren Glaubens aufgerufen. Diesmal blieb er sachlich und verfuhr mit seinem Gegner vorsichtig und schonend. Es handelte sich um eine Auseinandersetzung im eigenen Lager. Bertling selbst mag dieser Vorgang schmerzlich und unangenehm gewesen sein, mußte er sich doch gegen seinen alten Lehrer und Freund Schubert stellen.

Schubert hatte in dem „Unterricht von der Göttlichen Kraft der Heiligen Schrift"[48]) behauptet, „daß das menschliche Herz, so verderbt es auch immer von Natur ist, dennoch eine Fähigkeit habe, durch eine höhere Kraft erleuchtet, bekehret und geheiliget zu werden." Diese Kraft schrieb er der Schrift selbst zu. Den Kern seiner Lehre bildete die Ablehnung der Mitwirkung des Heiligen Geistes, „der durch eine von der Kraft des göttlichen Wortes unterschiedene Kraft der Begriffe von den Wahrheiten des Heils in uns wirke." Dann hätte die Schrift keine göttliche, sondern eine bloß natürliche Kraft. Ebenso besitze der Mensch die natürliche Fähigkeit zur Bekehrung, die sich als „beistehende und zubereitende Gnade" äußere. Die Bewegungsgründe, die den Menschen zur Bekehrung treiben, seien das Wort Gottes selbst, „welches eine göttliche Kraft hat, die Herzen der Menschen zu heiligen." Schubert gab die Ähnlichkeit seiner Lehre mit dem Pajonismus zu. Claudius Pajon (1626—1685) hatte angenommen, daß die göttliche Gnade durch das Wort der Schrift auf den Menschen wirke und von ihm durch Verstand und Willen aufgenommen werde. In diesen Worten verbarg sich ein wichtiger Schluß, der das Lehr-

[48]) Jena, Leipzig 1753

gebäude der Kirche umzustoßen drohte. War der menschliche Verstand fähig, aus sich die Wahrheiten der Schrift einzusehen, so mußten ihre religiösen Begriffe der Seele von Natur angeboren sein und wurden aus dem gleichsam unbewußten und schlummernden Zustand entwickelt und erweckt. Damit fiel die Lehre von dem als Folge der Erbsünde entstandenen Unvermögen des Menschen, sich aus dem Zustande der Verderbtheit und Sündhaftigkeit zu lösen. Schubert nannte die Kraft der Heiligen Schrift eine „moralische", weil sie den Verstand überzeuge und den Willen zum Guten lenke. Bertling hatte diese für die Orthodoxie gefährliche Ansicht sofort entdeckt und stellte in seiner Antwort fest: „Daß es die wahre pelagianische Ketzerey sey, wenn jemand sagen wolle, daß die Heilige Schrift mit dieser moralischen, obgleich moralisch-göttlichen Kraft, zu allen ihren nöthigen Wirkungen zulänglich sey, und außer dieser Kraft keine andere habe; daß dieses einen Unterscheidungspunkt unserer Lehre mit ausmache, daß letztere die göttlich-moralische Kraft der Heiligen Schrift für allein zulänglich halten, daß aber wider diese von unseren Theologen bündigst erwiesen werde, daß die Heilige Schrift noch eine ganz andere Kraft habe, welche die Kraft des Geistes Gottes selbst ist... Aus welchen Sätzen zugleich die Wichtigkeit der Streitfrage, welche fundamental ist, erhellet" [49]).

Pelagius machte er zum Vorwurf, daß er die innere Gnade verwarf und lex und doctrina für hinlänglich zur Bekehrung halte. „Pelagius fatebatur tandem operis quidem boni initium ex gratia esse, sed initium fidei ex nobis ipsis." Neben der bloß moralischen besitze die Schrift aber noch eine andere Kraft, die „virtus divina ex libera dei ordinatione sensui scripturae communicata." Dem Menschen genüge nicht die nativa vis significandi verborum, er brauche die Erleuchtung des Hl. Geistes, um das Evangelium zu verstehen und zu glauben. Um seine Behauptungen zu erhärten, führte Bertling in langen Auszügen die Meinungen anderer Gelehrten an, um seiner Schrift das Ansehen eines Quellen- und Nachschlagewerkes zu geben. Offensichtlich war er bemüht, seinen alten Lehrer und Freund zu schonen und richtete daher seine Ausfälle gegen Enthusiasten, Sozinianer und Arminianer.

Bei allem Festhalten an den überlieferten Lehren der Kirche war Bertling nicht bildungsfeindlich. Dafür spricht seine Verbindung mit Wolff, der ihm die Herausgabe seiner theologia moralis ermöglichte und selbst eine Vorrede dazu schrieb [50]). Dieses dreiteilige Werk sollte seinen Hörern in Helmstedt zur Wiederholung und zum Nachschlagen dienen. „id praeprimis negotii mihi datum esse credidi, ut omnia ea, quae ad fidem et pietatem ducunt, ipsis perspicue, ordinate et solide proponerem." Wolff hatte dem Werk eine Abhandlung über das Verhältnis zwischen Philosophie und Theologie vorgesetzt, in der er beider Arbeitsweisen erläuterte. „Nostro imprimis saeculo plurimum interest, in quonam conveniant, in quonam differant Philosophia et Theologia moralis, intimius perspici." Was die Philosophie über das ethische Verhalten des Menschen aussage, lehre die Theologie auch, „non aliud respondet Theologus quam Philosophus." Nur in der Arbeitsweise seien beide von anderen

[49]) Deutliche und mit den eigenen Worten orthodoxer Theologen ausgefertigte Vorstellung, was die lutherische Kirche von der Kraft der Hl. Schrift lehre und nicht lehre? Danzig, im Verlag Joh. Heinr. Rüdigers, S. 37.

[50]) De officiis et virtutibus Christianorum libri tres sive Theologiae moralis elementa. Halae Magdeburgicae in officina Rengeriana 1753.

Vorausſetzungen abhängig. „Philosophus enim moralitatem actionum humanarum deducit ex iis, quae de essentia et natura hominis experientia nobis innotescunt, ut pateat convenientia et disconvenientia earum cum natura humana, cuius autor cum sit Deus, in voluntatem divinam illam resolvit. Theologus vero ex Scriptura sacra adducit verba, quibus Deus nos declaravit, velle sese ut hoc faciamus, illud non faciamus..."

In Danzig fand Bertling einen Kreis gelehrter Männer, die mit ſeinen Anſichten übereinſtimmten und unter ſeiner Führung eine „Geſellſchaft guter Freunde" bildeten, die ſich die Fortführung des von dem verſtorbenen Senior des Geiſtlichen Miniſteriums, M. Fr. W. Kraft, herausgegebenen „Neuen theologiſchen Bibliothek" zur Aufgabe ſtellten. Zu den Mitarbeitern gehörten Jonathan Heller, der Hauptpfarrer von St. Marien, Wilhelm Paul Ver-Poortenn, Pfarrer an St. Katharinen, Johann Gottfried Ehwald, Prediger zu St. Salvator und der Profeſſor für Beredſamkeit und Dichtkunſt, Gottlieb Wernsdorf, der die Geſchäftsführung übernahm. In der Vorrede der Zeitſchrift von 1763 [51]) erklärte Bertling den Zweck des Unternehmens und grenzte ſeine Haltung zu den wiſſenſchaftlichen und literariſchen Erſcheinungen ſeines Zeitalters ab. Obwohl er wiederholt auf ſeine Verbindung mit der Wolffſchen Philoſophie hingewieſen hatte, hielt er ſich gegenüber dem Vernunftglauben und vor den verwäſſerten Gottesbegriffen der Aufklärung vorſichtig zurück. Die verſchiedenſten philoſophiſchen Bemühungen ſtifteten mehr Verwirrung als Nutzen, überall machten ſich Zeichen der Gärung und des Unfriedens bemerkbar. Das „Saeculum novaturiens", wie er ſein Jahrhundert nennt, ſei auf dem Wege, die Vernunft als „einen pelagianiſchen Abgott" zur Ehre der Anbetung und Vergötzung zu erheben. Dem aus England eindringenden philoſophiſchen Geiſt, der als „Naturaliſterey und Deiſterey, oder ſoziniſtiſche und rationaliſtiſche Irrtümer" in Deutſchland verbreitet werde, bieten einige „als neue Äſthetiker, einige als Philoſophen, einige als beſondere Sprachgelehrten und Kritiker die Hand." Die Geiſtlichen als die berufenen Führer und Warner des Volkes müßten mit dem Inhalt dieſer verderblichen Schriften vertraut ſein, um die Gläubigen vor Irrtum und Abfall bewahren zu können. Um ihnen dieſe Arbeit zu erleichtern, ſollen die theologiſchen Berichte ihre Leſer von den Neuerſcheinungen auf dem Gebiet der Kirchengeſchichte und Dogmatik unterrichten und in ausführlichen Beſprechungen die Irrlehren und philoſophiſchen Mißdeutungen zurechtweiſen.

Die Berichte wandten ſich hauptſächlich an den in der Seelſorge tätigen Geiſtlichen, dem die Arbeit für die Gemeinde zur Beſchäftigung mit wiſſenſchaftlichen Fragen wenig Zeit ließ. Die Herausgabe dieſer Zeitſchrift entſprach einem vorhandenen Bedürfnis. Das anſchwellende Schrifttum der Aufklärer machte auch dem Gebildeten eine Überſicht über die Neuerſcheinungen ſchwierig. Nach dem Tode Krafts hatte, ſehr zum Ärger der Danziger, Joh. Aug. Erneſti das Erbe der „Neuen theologiſchen Bibliothek" übernommen, die er ſeit 1760 bei Breitkopf in Leipzig erſcheinen ließ. Das Aufleben der theologiſchen Berichte durch die Tatkraft eines Danziger Gelehrten wurde daher in Danzig mit Genugtuung begrüßt.

[51]) Theologiſche Berichte von neuen Büchern und Schriften von einer Geſellſchaft zu Danzig ausgefertigt.

Die Beiträge Bertlings zu den Berichten sind nicht umfangreich, er hat etwa 20 Bücherbesprechungen verfaßt. Dafür machte sich sein Einfluß in den Versammlungen der Gesellschaft bemerkbar, in denen die etwa monatlich erscheinenden Stücke vorbereitet wurden.

Bertling ist verhältnismäßig jung bereits 1769 gestorben. Sein Lebenslauf ist von Gottlieb Lange[52]) beschrieben. Ein Verzeichnis seiner Schriften findet sich in dem 73. Stück der Theologischen Berichte, die seinen Nachruf enthalten.

2. Michael Christoph Hanow.

Ein Mensch ganz anderer Lebensart als Bertling war der Professor für Philosophie, Michael Christoph Hanow. Als Junggeselle führte er ein zurückgezogenes und genügsames Leben; seine ganze Kraft wandte er auf die vielfältigen wissenschaftlichen Untersuchungen, deren Ergebnisse er in zahlreichen Schriften veröffentlicht hat. Der Kreis seiner Arbeiten und Kenntnisse war weit gespannt, er kannte nicht nur die klassische Literatur, sondern hatte sich mit der französischen, englischen, italienischen und polnischen Sprache beschäftigt. Daneben verfolgte er aufmerksam die neuen Erkenntnisse der Naturwissenschaften, ihre Versuche wurden von ihm wiederholt und fortgeführt. In seinem Hause hatte er ein kleines Versuchszimmer eingerichtet, und bald brachten ihm seine Freunde und Bekannten, Leser der „Erläuterten Merkwürdigkeiten der Natur", einer Zeitschrift, die von ihm herausgegeben wurde, ihre Funde, die sie nicht zu deuten wußten oder die sie einer Untersuchung durch den Gelehrten für wert hielten. Seine Zeitgenossen wagten den Vergleich mit Origenes; wie jener griechische Kirchenschriftsteller sich durch die Vielheit seiner Kenntnisse und den Umfang seiner Werke ausgezeichnet habe, sei auch an Hanow das umfassende Wissen und der unermüdliche Fleiß, dem er seine Erfolge verdankte, zu rühmen. Mit dem gleichen Eifer verwaltete Hanow sein Lehramt; oft unterrichtete er 5—7 Stunden täglich, seine Privatstunden, die eine wichtige Nebeneinnahme darstellten, erteilte er minderbemittelten Schülern unentgeltlich. Das kleine Vermögen, das er bei seiner genügsamen Lebensweise angesammelt hatte, und seine Bibliothek hat er dem Gymnasium, an dem er 45 Jahre Lehrer gewesen war, vermacht.

Sein Leben ist still und ohne Veränderungen verlaufen. Hanow war von Geburt ein Pommer. 1695 wurde er in Zamborst bei Neustettin als Sohn eines Landpredigers geboren. Die Mutter war eine Tochter des Konitzer Bürgermeisters Hoppe, der früher als Professor in Thorn gelehrt hatte. Das Einkommen eines Landpredigers war schmal, Hanow mußte als Schüler und Student den entsagungsreichen Weg eines Hofmeisters gehen, der auf die Gunst seiner Gönner, auf Freitische und Stipendien angewiesen war. Sein Vater behielt ihn möglichst lange zu Hause, um die Kosten für den Aufenthalt in einer entfernten Schulstadt zu sparen. Als in Landsberg ein Gymnasium eröffnet wurde, ließ sich Hanow in der neuen Schule, die ihm einen Freitisch gewährte, einschreiben, mußte aber bald erkennen, daß ihre Leistungen seine Erwartungen

[52]) G. Lange, zwo Predigten bey Gelegenheit des seligen Absterbens des Herrn E. A. Bertling, Danzig 1769. Vgl. auch: Inspector et Professores ad supremum pietatis officium viro E. A. Bertling, Gedani: Schreiber 1769 (enthält ebenf. Schriftenverz.).

nicht befriedigten. Mit einem Schulkameraden ließ er sich durch einen Kandidaten unterrichten, verließ aber Landsberg, da er preußischen Werbern in die Hände zu fallen fürchtete.

1714 kam er nach Danzig und wurde nach vorheriger Prüfung durch Schelwig in die Prima des Gymnasiums aufgenommen. Durch Freitische, Hausunterricht und als Mitglied des Kalendistenchores suchte er den elterlichen Haushalt zu entlasten. Später erhielt er eine Freistube im Palatium und aus dem Voegedingianum, einem der zahlreichen Stipendien des Gymnasiums, einen Zuschuß. In der Prima blieb Hanow 2 Jahre, vorübergehend ging er nach Königsberg, um an der Universität zu hören. Bei einem erneuten Aufenthalt in Danzig verfiel er in eine schwere Krankheit, die einen fast völligen Gedächtnisschwund zur Folge hatte. Die alte Gedächtniskraft hat er nicht mehr wiedererlangt, deshalb entschloß er sich zu einem Berufswechsel. Auf Wunsch des Vaters hatte er Theologe werden sollen. Als Kanzelredner versagte er aber, da sich ihm als Folge seiner Krankheit die Zusammenhänge während der Rede verwirrten.

Seit 1718 studierte er in Leipzig ohne festes Ziel. In dieser Zeit entwickelte sich seine Neigung zu umfassenden Studien auf allen Wissenschaftsgebieten. Wie in Danzig mußte Hanow auch in Leipzig durch anstrengende Nebenarbeit seinen Unterhalt selbst verdienen. Durch Vermittlung eines Lehrers erhielt er in einer Leipziger Familie eine Stelle als Hauslehrer, einen Landsmann bereitete er gegen eine Vergütung von 40 Talern auf die Magisterprüfung vor. Unter diesen Umständen blieb für Jugendfreude, frohes Wanderleben und lustige Abende mit Altersgenossen wenig Zeit. Die Neigung zum Einsiedlertum hat sich bei Hanow schon früh entwickelt. Auch seine Eltern müssen ihn von der Berührung mit der heimatlichen Dorfjugend ängstlich ferngehalten haben, da er das pommersche Platt niemals gekonnt hat.

Das Magisterexamen legte er 1720 ab, die jura legentis erwarb er sich durch eine Disputation gegen ein eben erschienenes Buch: Dubia juris naturae, in dem ein ungenannter Verfasser die Grundsätze des Naturrechtes angegriffen hatte. Der angekündigte Gegenstand, über den Hanow zu disputieren gedachte, wurde daher allgemein beachtet und lockte zahlreiche Zuhörer zu der Disputation. Neben Studenten und Magistern hatten sich einige Professoren eingefunden, die zu Hanows Darstellung ihre Meinung äußerten.

In der nächsten Zeit suchte Hanow als akademischer Lehrer weiterzukommen, nahm dann aber eine Hofmeisterstelle bei dem Erbherrn auf Schleinitz, Joachim Dietrich v. Bose, an; er hoffte dadurch auf Reisen seine Kenntnisse durch Anschauung erweitern zu können und durch die Beziehungen, die seinen Brotgeber mit dem sächsischen Adel und mit dem Hof verbanden, eine günstige Anstellung zu finden. Diese Hoffnungen erfüllten sich zwar nicht, dafür fand er in dem Hause des Herrn v. Bose eine größere Bücherei, die ihm zur Beaufsichtigung übergeben wurde. 1724 kehrte Hanow nach Danzig zurück, als ihm in der Danziger Patrizierfamilie v. Weickhmann eine Hauslehrerstelle angeboten wurde. Obwohl er hier weniger als früher verdiente, entschloß er sich auf den Wunsch seiner Eltern zu dem Wechsel, den er nicht zu bereuen hatte. Weickhmann kam seinen Wünschen entgegen und stellte ihm in seinem Hause einen größeren Raum zur Verfügung, in dem er den Söhnen einiger Danziger

Familien kleine Vorlesungen über neue Wissensgebiete halten konnte. Weickmann riet ihm auch mit Erfolg zur Bewerbung um die Stelle des Professors für Philosophie am Gymnasium; 1727 wurde er in sein neues Amt, mit dem die Aufsicht über die Bibliothek verbunden war, eingeführt.

Hanows wissenschaftliche Tätigkeit war vielseitig und läßt sich im einzelnen nicht würdigen. Seine Arbeiten erstreckten sich auf 3 große Wissensgebiete, die Philosophie, die Beiträge zu den naturwissenschaftlichen Fächern und die Sammeltätigkeit zur preußischen Geschichte. Daneben gab er mehrere Wochenschriften heraus, und in der Statistik hat er als Erster die wissenschaftliche und praktische Ausnutzung ihrer Ergebnisse gefunden. In der Philosophie zeigt sich Hanows Abhängigkeit von der Schulwissenschaft. Er hat einige mehrbändige Lehrbücher verfaßt, die sich an die vorgezeichneten Wege der Wolffschen Philosophie halten. Neben der 4bändigen Philosophia naturalis sive physica dogmatica schrieb er eine gleichstarke Philosophia civilis sive politica. In ihr bekennt er sich zur ratio als Führerin forschenden und grübelnden Lebens. Als Ziel der „Politica" bezeichnet er die „ars prudenter feliciterque et regnandi et parendi." Sein Buch wendet sich daher an Regierende und Regierte, es zeigt das staatliche Leben in allen Ordnungen und Verhältnissen, in die es geraten kann. Hanow schildert den Wohlfahrtsstaat der Aufklärung. „Finis civitatis est commune illud bonum, quod aut non melius, aut non nisi coniunctis illius viribus parari potest, illiusque tuta fruitio (cap. I, § 35)... est salus publica, seu augenda salus, quousque per societatem plurium fieri potest." Über die Vielheit der Staaten erhebt sich als zusammenfassender Überbau die civitas maxima. Dieser Überstaat ist die civitas Dei in his terris conspicua, cui ipse tamquam Rex Regum sapientissime praeest. Der Überstaat, den Hanow auch die „isocratia" nennt, ist die Gemeinschaft des Menschengeschlechtes, ihre Aufgabe das Wohlergehen der Weltgemeinschaft.

Seine philosophia civilis und naturalis gehören zu den zahlreichen naturrechtlichen Lehrbüchern des 18. Jahrhunderts, die sich mit dem Zweck des Staates, seinem Verhältnis zu den Staatsbürgern beschäftigen und Rechte und Pflichten gegeneinander abwägen. So untersucht auch Hanow die verschiedenen Staatsformen, Demokratie, Aristokratie und Monarchie und bestimmt Zweck, Notwendigkeit und Ursprung des Staates.

Während sich Hanow in seinen philosophischen Schriften an berühmtere Vorgänger anlehnte, ist er in seinen naturwissenschaftlichen Arbeiten und in der Auswertung ihrer Ergebnisse selbständig und ergiebiger. In den „Merkwürdigkeiten der Natur", die von ihm wöchentlich herausgegeben wurden, trug er seine Beobachtungen, Funde, die Erfolge vergleichender Betrachtung den Danzigern vor. Allein die wöchentliche Ausarbeitung dieser Berichte, die mehrere Seiten umfassen und fast ausschließlich von ihm stammen, stellt eine beachtliche Leistung dar. Die Gebiete, mit denen er sich auseinandersetzt, sind ein Abbild seiner wechselnden Beschäftigungen. Häufig werden sie zusammenhängend besprochen. Mehrere Aufsätze beschäftigen sich mit der Bestimmung von Kälte und Frost, mit den Erscheinungen des Eises, dem Gletschereis, mit der wirtschaftlichen Auswertung des Eises und der Anlegung von Eiskellern. Kulturhistorisch reizvoll sind die Beweise gegen die Unmöglichkeit der Beherrschung des Luftraumes durch die Menschen. „Warum die Kunst nichts eigentlich

fliegendes machen könne?" Die einfallslose aufklärerische Absicht verrät sich in den Überlegungen über „die Absicht und den Nutzen der Krähen." Auch die letzten Erfahrungen der Physik und ihrer verwandten Anwendungsgebiete wurden besprochen, die Magnete und ihre Wirkungen in zahlreichen Versuchen beschrieben, das Wesen und die Erscheinungsweise der Elektrizität zu erklären versucht.

Diese Aufsätze waren für die gebildete Danziger Bevölkerung bestimmt und stellten in der dargebotenen Form einen wertvollen Beitrag für die bildungshungrige Leserschicht des 18. Jahrhunderts dar. Das Bedürfnis nach solchen Darstellungen war vorhanden, suchten doch die Gebildeten als Ersatz für die großen politischen Gedanken, die dem deutschen Kleinstaatleben fehlten, in der Liebe zur Wissenschaft die Zeit und Kraft, die der Staat von ihnen nicht forderte, nutzbringend und befriedigend anzuwenden. Hanows Versuche waren nicht neu, zeichneten sich aber durch Sachkenntnis vor ähnlichen Unternehmen aus, die ebenfalls für die bürgerliche Schicht bestimmt waren und in platten Nützlichkeitsbegriffen jede Welterscheinung zu zergliedern trachteten und damit ihre natürliche Schönheit zerstörten. In den „Danziger Erfahrungen", die Hanow seit 1739 monatlich, von 1741 ab aber schon wöchentlich erscheinen ließ, brachte er überwiegend statistische Zusammenstellungen. Diese Sammlertätigkeit war nicht neu, überraschend war aber die Nutzanwendung, die Hanow aus dieser Arbeit zog. B. Porten hat in einem kleinen Aufsatz über „Michael Christoph Hanow und die Anfänge der kommunalen Statistik"[53]) darauf aufmerksam gemacht, daß die Geschichte der Statistik dem Dänen Achersen die Erfindung der Tabellenform für statistische Veröffentlichungen zuspreche, während Hanow bereits 2 Jahre früher als der Däne, 1739, dieses Verfahren anwendet. In dem Vorbericht zu dem ersten Stück der „Danziger Erfahrungen" schrieb Hanow:

„Man hoft sowohl den Lebendigen hiedurch zum Erkenntnis der Ursachen solcher Dinge, die täglich vorgehen, und im Menschlichen Leben zur Erhaltung der Gesundheit, auch im Handel und vernünftige Vermuthung des künftigen wohl oder übel gerathene der Gewächse, u. s. f. nützliche Anweisung zu geben: als auch den Nachkommen zur Erweiterung des Erkenntnisses und Gebrauchs der natürlichen Dinge den Stof zu sammeln und verständlich zu hinterlassen."

Die gefundenen Zahlen betrachtete er nicht als unfruchtbaren Wissensstoff, sondern gab zu ihrer Verwertung Anregungen und zeigte ihre Anwendung auf den städtischen Haushalt, zur Beurteilung der Bevölkerungsverschiebungen und auf die gesundheitliche und wirtschaftliche Betreuung des städtischen Gemeinwesens. Die Beobachtung des gewerblichen Lebens und des Handels, zu der ihm die von dem Güterumschlag abhängige Seestadt Danzig reiche Gelegenheit gab, brachte Hanow auf den Gedanken, die Anwendung der Statistik auf die Güterlehre auszudehnen. Daher verfolgte er in seiner Zeitung die Veränderungen des Danziger Getreideumschlages und die schwankende Preisbildung. „Ist die Abnahme des Danziger Getrayde-Handels aus solchen Verzeichnissen gar augenscheinlich zu sehen, und kan Gelegenheit geben, auf Mittel zu sinnen, demselben, so viel wie möglich wieder aufzuhelfen." In den Jahren, in denen

[53]) Sonderdruck der Bergischen Post, Opladen, 1929.

Hanow seine Mitteilungen über den Danziger Getreidehandel veröffentlichte, hatte die Stadt einen empfindlichen Rückgang dieser für ihre Wirtschaft wichtigsten Einnahmequelle zu beklagen. In den besten Jahren wurden in Danzig jährlich 100.000 Last Getreide umgeschlagen, in den guten Durchschnittsjahren hatte die jährliche Ausfuhr gegen 50.000 Last betragen. Seit 1730 ging ihre Menge infolge der politischen Wirren in den Ostseeländern und der wirtschaftlichen Umgestaltung Osteuropas auf 14—18.000 Last zurück[54]). Der Niedergang des Hafenverkehrs, der in den Aufzeichnungen Hanows zum Ausdruck kam, erfüllte die Kaufmannschaft mit großer Sorge, ein Mittel, um ihre Befürchtungen zu zerstreuen, konnte auch Hanow nicht ausfindig machen.

Zu der preußischen Geschichtsschreibung hat Hanow wertvolle Beiträge geliefert. Innerhalb der Landesforschung bildet sein „Jus Culmense" (1767) wohl die bekannteste Veröffentlichung. Im Vergleich zu der politisch betonten Betrachtungsweise Gottfried Lengnichs zeigt sich in dieser und in anderen geschichtlichen Arbeiten Hanows zunächst die wissenschaftliche Einstellung, mit der er die Ergebnisse auswertet. Erst an zweiter Stelle steht für ihn die politische Nutzanwendung im Dienste der Gemeinschaft. Die Bescheidenheit Hanows, mit der er nur das wissenschaftliche Ergebnis, nicht aber den wirtschaftlichen Vorteil seiner Arbeiten betrachtete, zeigte sich bei der Veröffentlichung des Jus Culmense. Um die Herausgabe des umfangreichen Werkes, dessen erste Auflage auf 500 Stück beschränkt wurde, zu ermöglichen, übernahm er die Hälfte der Herstellungskosten.

Bemühungen, das Kulmische Recht in einer endgültigen Fassung niederzuschreiben, waren schon seit einiger Zeit vorhanden. Die Erörterungen hatten zu einer verstärkten Besinnung auf das heimische Recht und die eigene Art Anlaß gegeben. Der junge Lengnich hatte in einer Sitzung der Societas literaria gegen die deutsche Abhängigkeit von dem römischen Recht Sturm gelaufen. „So wie ein jedes Volk seine besonderen Sitten und seine besondere Regimentsverfassung hat, also pflegen auch die Gesetze danach eingerichtet zu werden. Diese sind alsdann möglich, wenn sie mit den ersteren Stücken übereinkommen und behalten ihre Güte, wenn jene dadurch keine merkliche Veränderung leiden; auf Völker aber auszudehnen, die ganz andere Sitten, andere Gebräuche und ganz besondere Regiments-Arten haben, scheinet nicht wenig ungereimt zu sein"[55]).

Die Societas literaria hatte seit einiger Zeit das Kulmische Recht untersucht und beschlossen, „über das Jus Culmense Collationes anzustellen und da, wo es nötig, Verbesserungen und Anmerkungen zu machen"[56]). Innerhalb dieser Versuche bildet die Ausgabe Hanows durch die Sorgfalt der Quellenbenutzung und die Menge der verarbeiteten Urkunden einen Höhepunkt. Die geschichtliche Übersicht, die Hanow der Niederschrift des Rechtes voranstellt, berichtet über seine Ausdehnung und Anwendung, die Verbindung mit den deutschen Rechtsbüchern und über den Gang seiner Entwicklung.

Zunächst hat Hanow die verstreuten und mannigfaltigen Quellen gesammelt und verglichen, die Urkunden zur Geschichte des Rechtes zusammengetragen

[54]) Vgl. E. Keyser, Gesch. Danzigs, 2. Auflage, S 164 f.
[55]) Schieder, Dt. Geist u. ständ. Freiheit im WeichselLande, S. 115, Königsberg 1940.
[56]) ebda, S. 116.

und geordnet. Als Beispiele nennt er die Schöppenbücher, das Magdeburger, Sächsische und Heilsberger Recht, Gerichts- und Wechselordnungen z. B. der Stadt Elbing, die Willküren der Dorfschaften, Gesindeordnungen u. s. f. Aus diesen Unterlagen gewann er die Zusätze und Anmerkungen, die das Recht selbst erläutern und einen wesentlichen Teil der Arbeit bilden. „Folglich findet man hierin den Inbegrif alles dessen, was vom Preußischen Rechte zu wissen dienlich ist... Man könnte es also füglich für eine Concordanz der Preußischen Rechte halten." In den Schlußsätzen der geschichtlichen Einleitung spricht Hanow über den Anwendungsbereich des Kulmischen Rechtes: „Obgleich unser vorhabendes Culmisches Recht eben so wenig eine besondere Königliche Bestätigung vor sich hat, als irgend ein anderes: so kann man doch mit Grunde der Wahrheit sagen, daß es darum nicht ungiltig sey. Vielmehr gilt es erstlich allenthalben in dem Polnischen Preußen, in so weit es mit allen übrigen einstimmig ist, oder dieselben in sich hält... Was ist es also Wunder, daß es nicht nur in den Danziger Gerichten zu Rathe gezogen wird, sondern auch in den kleinen Preußischen Städten deutscher Zunge, in den deutschen Dorfschaften derer Werder und Königliche Gebieter zur Richtschnur in den Gerichten gebraucht wird."

Damit wurde die Frage nach der landschaftlichen Zusammengehörigkeit dieser Gebiete aufgeworfen. Die Namen der deutschen Städte und Dörfer, die sich dieses Rechtes bedienten, brachten den Zeitgenossen das Bewußtsein der deutschen Kulturleistung, der Ritter, Bauern und Bürger, die das Land fruchtbar und volkreich gemacht hatten, wieder nahe. Hanow sah dieses Ergebnis zunächst als nüchterne Tatsache: „So erhellet schon daraus, es sey das Culmische Recht ursprünglich kein bloßes Stadt- sondern zugleich ein Landrecht." Jetzt fand auch er wärmere Worte, die bei seiner sonstigen Zurückhaltung ungewöhnlich sind: „dabey wünsche ich, daß die Aufrechthaltung der Culmischen oder Preußischen Rechte bis auf die spätesten Nachkommen fortdaure, und von Gott gnädiglich alles verhütet werde, was dieselben ferner schmälern und mindern könnte."

Die Quellensammlungen, von denen Hanow 1747 den ersten Band als „Preußische Sammlung" und 1755 eine neue Folge als „Preußische Lieferung" erscheinen ließ[57]), stellten innerhalb der preußischen und Danziger Geschichtsschreibung eine besondere Leistung dar. Neben Hanow lebte als Stadtsyndikus der bedeutendere Historiker Lengnich, dessen Forschungen zur preußischen und polnischen Geschichte eine ungleich größere politische Bedeutung zukam. Auch in Königsberg, wo Lilienthal das „Erläuterte Preußen" seit 1724 herausgab, und in Thorn waren ähnliche Ausgaben veranstaltet worden. Was Hanows Arbeit bedeutend macht und ihr den Vorrang vor anderen Versuchen einräumt, ist die wissenschaftliche Zielsetzung. Der Danziger Lengnich ist Politiker und Historiker, Hanow ist Gelehrter aus Forschertrieb. Deshalb bleibt er nicht an die Grenzen seines Faches gebunden; dagegen spricht der Umfang seiner Beschäftigungen. Wie Lengnich sieht er seine Tätigkeit im Dienste der Gemein-

[57]) Preußische Sammlung allerley bisher ungedruckten Urkunden, Nachrichten und Abhandlungen, Bd. I, 1747, Danzig, Schreiber. — Preußische Lieferung alter und neuer Urkunden... zur Erläuterung der Preußischen Geschichte und Rechte, Bd. I, 1755, Leipzig.

schaft, ihm fehlt aber die politische Leidenschaft des Historikers. Den gemeinschaftsbildenden Gedanken der Aufklärung, der die Handlungen des Menschen nicht nach dem persönlichen Vorteil allein bemißt, sondern auch den allgemeinen Nutzen berücksichtigt wissen will, nahm Hanow in der Vorrede der „Preußischen Sammlung" auf und bezeichnete ihn als Voraussetzung der Quellenforschung. „Über das sind uns alle Güter nicht bloß zu unserem eigenen, sondern auch zu anderer Nutzen gegeben... Verlieren wir doch dadurch nichts, wenn wir andern davon eines und das andere mitheilen, was wir mit Vergnügen uns bekannt gemacht haben, und es an seinem Ort zu brauchen wissen. Vielmehr reizen wir dadurch andere, daß sie uns auch von ihrer Einsicht, Belesenheit, Scharfsinnigkeit und Erfahrung wiederum was Angenehmes zufließen lassen. So wuchern wir recht mit dem uns anvertrauten Pfunde."

In der Vorrede der „Preußischen Lieferung" entwickelt Hanow eine Quellenkritik, die seine Grundsätze bei der Prüfung von Nachrichten und Urkunden enthält. Die kleine gelehrte Abhandlung entspricht den Bedürfnissen sorgfältiger und sicherer Forschungsarbeit und ist ein Zeugnis für den hohen Stand der Hanowschen Veröffentlichungen. Diese Ausgaben waren Stoffsammlungen, in denen Urkunden zur preußischen Landesgeschichte, ihrer geistigen Kultur und zur Kirchen- und Gelehrtengeschichte veröffentlicht und besprochen wurden. Auch geographische, topographische, heraldische und genealogische Mitteilungen wurden aufgenommen. Hanows Sammlung hat „auf diese Weise manche dokumentarischen Belege für die Stadt- und Landesgeschichte zum erstenmal an die Öffentlichkeit gebracht... Für die „Gelehrtengeschichte" Preußens... leistet sie mit zahlreichen Lebensläufen und Schriftenverzeichnissen preußenländischer Schulmänner und Schriftsteller noch heute unschätzbare Dienste" [58]).

In der Danziger Gelehrtengeschichte gehört Hanow zu den fähigsten und selbständigsten Forschern. Das Gymnasium besaß in ihm einen Lehrer, dessen vielseitiges Wissen und Erkenntnisdrang, der allen neuen Gedanken offenstand, für die Schülergenerationen, die im Verlauf seiner 45jährigen Amtstätigkeit von ihm unterrichtet wurden, eine Quelle ständiger Anregungen gewesen sein muß. Seine Zurückhaltung und sein geringes Mitteilungsbedürfnis erschwerten wohl eine Annäherung, aber die fortlaufenden Versuche und häufigen Veröffentlichungen mußten sich auch in der Schularbeit bemerkbar machen. Hanow fühlte sich mit dem Gymnasium, dem er seine Bücher vermachte, und mit seinen Schülern eng verbunden. Für sie stiftete er aus den Zinsen seines Vermögens das Hanovianum.

Ein Verzeichnis seiner Schriften findet sich in dem Nachruf des Gymnasiums [59]) und bei Meusel [60]).

---

[58]) Schieder, Dt. Geist u. ständ. Freiheit im Weichsellande, S. 124.

[59]) Rector et professores ad funus M. Chr. Hanovii; Gedani 1773.

[60]) J. G. Meusel, Lexikon der von 1750—1800 verstorbenen teutschen Schriftsteller. 15 Bde. Leipzig: G. Fleischer iun. 1802—1816; vgl. auch A. D. B.; J. Chr. Strodtmann, Beyträge zur Historia der Gelahrtheit, 1750 T. 5, S. 1—38.

3. Gottlieb Wernsdorf.

Gottlieb Wernsdorf hat die Geschichte seines Lebens für seine Kinder selbst niedergeschrieben. Der Stolz auf seine Familie und die Liebe zur alten Heimat Wittenberg, wo er 1717 geboren wurde, ist den schlichten Worten seines Berichts sichtlich anzumerken. Herkunft und Umwelt mußten dem jungen Wernsdorf das akademische Lehramt als einzig mögliches Lebensziel erscheinen lassen.

Die Familiengeschichte überliefert, daß die Wernsdorfs aus Böhmen zugewandert waren und den früheren Adel abgelegt hatten. Nur das Wappen — ein weißer geharnischter Arm mit einem Degen im roten Felde, auf dem ein schwarzer Hundekopf zwischen blauen und roten Blättern steht — deutete auf die frühere adlige Herkunft hin. Der Vater Wernsdorfs war in Wittenberg als Professor der Theologie und Superintendent ein angesehener, vielbeschäftigter Mann, der sich bei den Studenten, die ihn „Vater Wernsdorf" nannten, großer Beliebtheit erfreute. Die Mutter Margareta war eine Tochter des Lübecker Konsistorialpräsidenten Nitzsch.

Der frühe Tod des Vaters, er starb 1729, hatte eine völlige Umstellung des bisherigen Lebenszuschnittes zur Folge. Der Haushalt mußte verkleinert werden, die Dienerschaft wurde entlassen, große Teile der Bibliothek gingen durch die notwendige Versteigerung verloren. Für die sorgfältigste Erziehung der Kinder sorgte die Mutter auch unter den veränderten Umständen. Ein Bruder Wernsdorfs wurde nach Schulpforta gegeben, ihn selbst brachte man erst nach vielen Überlegungen und auf Beschluß des Familienrates in Merseburg unter. Zunächst hatte der Plan bestanden, ihn nach Danzig auf das Gymnasium, das „in gutem Ruf stand", zu geben, und der Rektor Ver-Poortenn, ein Verwandter der Familie, wurde deshalb um Rat gefragt. Ver-Poortenn riet ab, nun wurde zunächst in Hamburg und Zerbst Umschau gehalten, bis die Wahl auf Merseburg fiel, wo Wernsdorf bei dem Superintendenten Charitius untergebracht wurde. Die Namen der zur Wahl gestellten Schulen beweisen, daß der Mutter die tüchtige Erziehung ihres Sohnes, unabhängig von Entfernung und Kosten am Herzen lag.

Nach zweijährigem Aufenthalt in Merseburg kehrte er 1735 nach Wittenberg zurück und begann sein Studium an der Universität. Über diese Zeit hat er anschaulich berichtet und die unerfreulichen Zustände des Lehrbetriebes dargestellt, die jeden lernbegierigen und auffassungsfähigen Studenten vor weiteren Versuchen abschrecken mußten. „Ich war just in die elendeste Zeit der Universität nach Wittenberg gekommen, als die Frequentz sehr schwach... und als unter den Lehrern besonders der theologischen Facultät wenig Wahl zu machen..." Berger, der die Professur für Geschichte vertrat, las über die Vorrede zum Sleidanus [61]) 3/4 Jahre, für die Geschichte der assyrischen Monarchie brauchte er 2 Jahre. Noch andere Erlebnisse verdarben die ursprüngliche Freude Wernsdorfs an dem akademischen Betrieb. Die Wolffsche Philosophie wurde von der Orthodoxie noch immer heftig befehdet, und Wernsdorf, der bei Baumeister über sie Vorlesungen belegt hatte, mußte sich deshalb von seinem Beichtvater die heftigsten Vorwürfe anhören. Zunächst hatte er aus eigenem

[61]) Johannes Sleidanus 1506/56. Seine Hauptwerke: „De statu religionis et rei publicae Carolo V. Caesare commentarii; de quatuor summis imperiis."

Antrieb und auf Wunsch der Familie Theologe werden wollen. „Meine Neigung zur Theologie wurde noch mehr geschwächt, als ich der Wittenberger Theologen Christ-lutherische Vorstellung wider Spenern und andere Streitschriften zu lesen bekam." Die Inhaltslosigkeit dieser Zänkereien und die Weitschweifigkeit der Vorträge verleideten ihm die Universität. „Die meiste Zeit brachte ich also mit privat Studiren zu, legte mich anfänglich auf die Weltliche Historie, las den Herodot, Plutarch u. a., wobey ich mehr Griechisch lernte... ich studirte fleißig vor mich, verschloß mich zwischen 4 Wände..."

1738 und 1739 bestand er die vorgeschriebenen akademischen Prüfungen und hielt einige Vorlesungen über Kirchengeschichte, Philosophie und zur sächsischen Geschichte. Der Verkehr mit den Forschern und jüngeren Dozenten gab ihm viele Anregungen, in der Freizeit erweiterte er seine Kenntnisse durch eifrige Lektüre alter und neuer Schriftsteller.

Zu seiner näheren Bekanntschaft gehörte ein junger Danziger Patrizier, J. S. Weickhmann, der sich in Wittenberg auf das wissenschaftliche Lehramt vorbereitete. Ihm sollte er seine Berufung an das Danziger Gymnasium verdanken. Der Rat hatte zunächst bei Weickhmann angefragt, ob er sich um ein Lehramt an der Schule seiner Vaterstadt bewerben wolle; da Weickhmann dazu keine Neigung verspürte, schlug er Wernsdorf vor, der ihm im Gespräch scherzhaft angedeutet hatte, daß er eine solche günstige Gelegenheit nicht ausschlagen würde.

1743 erfolgte die Übersiedlung nach Danzig. Die Reise führte ihn über Berlin; hier blieb er eine Woche, um sich die preußische Hauptstadt gründlich anzusehen. Vor allem suchte er Zutritt zu den wissenschaftlichen Vereinigungen zu erhalten. Durch Vermittlung einiger Bekannten, an die er empfohlen war, erhielt er eine Einladung zu einer Sitzung der Akademie der Wissenschaften, „wo rund 40 Gelehrte beysammen waren, wo ich zwischen Herrn d'Achard und Professor Euler zu sitzen kam. In dieser Gesellschaft sahe ich auch den Ritter d'Argent und den Cabinets-Minister von Borck . . . Man erwartete auch daselbst den König, aber er blieb aus. Der Marquis d'Argent las eine Französische Schrift vom Theater, davon ich aber wegen seiner geschwinden Aussprache wenig verstand." Auch dem 93jährigen Alphonse de Vignoles, dem Direktor der mathematischen Klasse der Sozietät der Wissenschaften, stattete er einen Besuch ab, „welcher erst gantz leblos schien" und erst später, als die anderen Besucher sich verabschiedet hatten, gesprächiger wurde.

In Danzig machte er zunächst dem Bürgermeister v. Dieselsdorf Besuch und überreichte ihm sein erstes größeres wissenschaftliches Werk, „de Republica Galatarum". Der vertraute Verkehr mit dem Rektor des Gymnasiums, Albert Meno Ver-Poortenn, mit dem ihn verwandtschaftliche Bande verknüpften, führte bald zur Heirat mit seiner Tochter Elisabeth Johanna.

Wernsdorf wurde zunächst als Professor der griechischen und orientalischen Sprachen eingeführt, seit 1749 übte er die Tätigkeit eines Professors der Eloquenz und Poesie aus. „Der Anfang dieses Amtes wurde mir sehr sauer, erstlich konnte ich das Collegium stili in Sec., welches doch meine beste Einnahme war, nur mit 6 Personen anfangen, weil die Sec. sich fälschlich einbildeten, ich würde Schulmäßig tractiren. Doch dieses gab sich. Zweytens wolt ich auf die Weise meines Vorfahren die Auct. nach Acad. Art erklären

und schrieb mit großer Mühe phrases synonymos . . . zusammen. Hernach wurde ich klüger und las weniger gelehrt, aber ohn Zweifel nutzbarer."

Während der Wittenberger Studienzeit hatte Wernsdorf gesehen, wie der Lehrer dem Verlangen seiner Schüler nach Abwechslung und Spannung entgegenkommen müsse. Deshalb bemühte er sich, durch die Aufnahme neuer und naheliegender Bildungsgebiete die Aufmerksamkeit seiner Schüler zu erhalten. Er führte geographische Vorlesungen ein und besprach in ihnen die Schweiz, die nordischen Länder und die preußische und polnische Landesgeschichte. Auf seine Veranlassung wurde der Brauch der öffentlichen Redeakte wieder aufgenommen. Um die Schüler damit vertraut zu machen, beschrieb er sie in einer kurzen Abhandlung und übte die ersten Versuche sorgfältig mit ihnen ein.

Die freie Zeit, die ihm das Lehramt ließ, hat Wernsdorf auf seine Forschungen verwandt. Seine Arbeiten gingen wegen der Schwierigkeit der Stoffsammlung nur langsam vonstatten. Durch die Herausgabe solcher griechischen Schriftsteller, deren Werke nur bruchstückhaft überliefert waren und erst mühsam aufgesucht werden mußten, war seine Tätigkeit für ihn reich an Spannungen und den Zufällen des Forscherglücks überlassen. Infolgedessen hat er zwar weniger veröffentlicht als seine Vorgänger, aber seine Schriften sind selbständige Beiträge zur Geschichte der griechischen Literatur.

Sein wissenschaftliches Erstlingswerk handelte über den keltischen Volksstamm der Galater, der sich seit vorchristlicher Zeit in Kleinasien angesiedelt hatte. Seine Veranlassung verdankte es einer Preisfrage der Pariser Universität über Herkunft und Wanderungen dieses Volkes. Wernsdorf erweiterte die Arbeit zu einer Volks- und Staatsgeschichte. Im Anschluß hieran gedachte er eine Darstellung der kleinasiatischen Staaten zu geben, doch ist er später auf diese Pläne nicht zurückgekommen. Dagegen sind die beiden von ihm herausgegebenen Schriftsteller Manuel Philes und Himerios kleinasiatischer Herkunft. Von Philes, der in Ephesus gegen Ende des 13. Jahrhunderts geboren wurde, war nur das Lehrgedicht de animalibus bekanntgeblieben. Der Hamburger Reimarus, der Verfasser der „Fragmente eines Ungenannten", überließ Wernsdorf einige Texte des Philes, die sich in seinem Besitz befanden. Die übrigen Carmina mußte er aus entlegenen Ausgaben und Handschriften zusammenstellen. Das Lehrgedicht de animalibus schloß er von der Aufnahme aus. Unter den veröffentlichten Gedichten scheint nur das zweite größere Lehrgedicht des Philes, „de elephante", wertvoll zu sein. Die Sammlung enthält mehrere Epigramme und dreizehn Gedichte, von denen Wernsdorf drei erstmalig veröffentlichte; an den Anfang der Ausgabe stellte er das „carmen ignoti poetae antiquioris in S. Theodorum". Wernsdorf hat sich um sorgfältige Wiedergabe der Gedichte bemüht und neben den griechischen Text seine lateinische Übersetzung gestellt.

Da die Verleger den kostspieligen Druck einer solchen Arbeit, die wenig Aussichten auf Erfolg versprach, scheuten, übernahm Wernsdorf selbst die Unkosten der Herstellung.

Noch schwieriger gestaltete sich die Veröffentlichung seiner Lebensarbeit, des dickleibigen Himerios. Über zwanzig Jahre ist er den Spuren dieses

bythinischen Sophisten nachgegangen und hat keine Kosten gescheut, um die Texte zusammenzubringen. In der Vorrede begründete er die Wahl dieser abseitigen Arbeiten, die zwar für Fleiß und Gelehrsamkeit ihres Verfassers sprachen, aber nur einen kleinen Kreis von Liebhabern berühren konnten. „Quaerebam talem (scriptorem), qui vulgo minus esset notus et qui totus mihi deberi videretur. Hic enim optime vires meos tentare posse existimabam, si ea via, in qua quem sequerer ducem haberem nullum, sine graviore lapsu procederem."

Um sich Unterlagen und Abschriften zu verschaffen, trat er mit den bedeutendsten europäischen Bibliotheken in Verbindung, mit Paris und Lyon, Mailand, Florenz, Venedig und Neapel, mit Wien, mit spanischen und englischen Büchereien. Der Kardinal Angelo Maria Quirini ließ die Handschriften der Vatikanischen Bibliothek durchsehen und übersandte zwanzig Reden. Insgesamt konnte Wernsdorf 36 Reden aufnehmen, die teilweise nur als Bruchstücke zu erhalten waren.

Erst sechzehn Jahre nach seinem Tode, 1790, fanden die Erben nach langer Suche einen Verleger, der die Arbeit übernahm.

In der Hauptsache hat sich Wernsdorf auf sein Lehramt beschränkt. Als Folge seiner Schularbeit und aus den Vorbereitungen seiner Schüler auf Redeakte und Disputationen sind einige kleinere Schriften entstanden. Seine Bedeutung beruht auf der Tätigkeit als Herausgeber der genannten griechischen Schriftsteller.

Nur in einem Falle hat er in Danzig auf Veranlassung einiger Freunde in politische Auseinandersetzungen eingegriffen, als die Frage nach der Rechtsstellung der Dissidenten in Polen im Verlauf der innerpolnischen Kämpfe, die der ersten Teilung Polens vorangingen, lebhaft besprochen wurde. Die Schrift erschien ohne Verfasserangabe 1772 in Berlin[62]). In ihr begründete er aus der polnischen Geschichte die Ansprüche der Dissidenten.

1745 wählte ihn die Berliner Akademie der Wissenschaften zu ihrem Mitglied, wiederholt erhielt er Angebote nach Wittenberg, Koburg und Erlangen, als Superintendent nach Helmstedt. Obwohl ihn die Aussicht einer Rückkehr in die Heimat lockte, hat er diese Aufforderungen abgelehnt. Die Entscheidung überließ er dem Rat, der ihm seine Zufriedenheit aussprach und ihn auf Lebenszeit zu behalten wünschte.

Wernsdorf ist nach 30jähriger Dienstzeit für das Gymnasium gestorben[62a]). Seine Witwe, die Tochter des früheren Rektors am Gymnasium Ver-Poortenn, reichte 1774 das übliche Gesuch um das Gnadenquartal ein. Es wurde abgelehnt, die Kämmerei überwies ihr als Geschenk 75 fl. und die Gymnasialkasse stiftete 200 fl.

---

[62]) Eines evangelischen Mitgliedes der ehemal. Conföderation zu Thorn ausführlicher Erweis der Gerechtsamen der Dissidenten in Polen... Berlin, 1772.

[62a]) Lebensbeschreibung und Schriftenverzeichnis sind von Joh. Chr. Wernsdorf der Ausgabe des Himerios vorgesetzt, weitere Angaben finden sich in der ADB. und bei Meusel, Bd. 15. Die Hauptquelle ist das Ms. 975 der Danziger Stadtbücherei: „Abschrift des Lebenslaufs M. Gottlieb Wernsdorfs."

Seine Hauptwerke sind:

Manuelis Philae Carmina Graeca . . . latine interpreta et annotationibus illustrata, 1768, Leipzig, Breitkopf.

Himerii Sophistae Eclogae et Declamationes, Göttingen 1790.

4. Daniel Gralath.

Daniel Gralath ist der Abkömmling einer angesehenen Danziger patrizischen Familie. Sein Vater war der Bürgermeister Daniel Gralath, auf den die Anpflanzung der schönen Lindenallee, die Danzig mit dem Vorort Langfuhr verbindet, zurückgeht. Die Mutter war eine Tochter des Stadtsekretärs Theodor Klein, der als Botaniker und Ornithologe bekannt war, während der Bürgermeister Gralath in Versuchen zur Elektrizitätslehre seine wissenschaftliche Neigung befriedigte.

Gralaths äußeres Leben verläuft im schlichtesten Rahmen. Seine Vaterstadt hat er nur während der Königsberger Studienzeit verlassen. 1752 gab ihn der Vater auf das Gymnasium, nachdem er durch einen Gymnasiasten und später durch einen Kandidaten auf den Besuch vorbereitet worden war. Zu seinen Lehrern gehörten Hanow, Wernsdorf, Sendel, Kühn und Groddeck, die ihn auch bei seinen ersten Lehrversuchen beraten haben.

In Königsberg war er ein Schüler Kants; 1759 kam er dorthin, vier Jahre später promovierte er zum Doktor beider Rechte und erhielt sofort die juristische Professur in Danzig, da sein Vorgänger, Dr. Pauli, nach Wittenberg berufen war. Bertling führte ihn in sein neues Amt ein; in seiner Rede: „indigenas optimos esse legum patriarum interpretes", erinnerte er an die Verdienste der Familie um die Stadt. Sein Vater beglückwünschte ihn als erster zu der neuen Würde.

Die Nachrichten über sein weiteres Schicksal sind dürftig. 45 Jahre hat er sein Amt versehen, die letzten zehn Jahre, von 1799 bis 1809, führte er als Rektor die Geschäfte des Gymnasiums.

Sein wissenschaftliches Werk ist die dreibändige Geschichte seiner Vaterstadt[63]), als Fortsetzung der Schützischen Chronik, der Arbeiten Curickes und Lengnichs verdient sie unsere Aufmerksamkeit.

Gralath wandte sich an die breite bürgerliche Leserschicht. Deshalb befreite er seine Geschichte von „dem veralteten Gewand der Chroniken", verzichtete auf gelehrte Anmerkungen und Vergleiche. Mit Rücksicht auf die Geduld der Leser fühlte er sich verpflichtet, „seinem Geschichtsbuche eine sich durch Deutlichkeit und Kürze empfehlende Einkleidung zu geben". Die geschichtliche Darstellung bedeutete für Gralath nicht Aneinanderreihen von Tatsachen, sondern ihre innere Verbindung und Auswertung. Den Wertmesser fand er in der Stellungnahme für die städtische Bürgerkultur, die in der unabhängigen Verwaltung des städtischen Gemeinwesens den Nachweis ihrer Berechtigung bereits erbracht hatte. „Mein vornehmster Zweck ist demnach,

[63]) Versuch einer Geschichte Danzigs aus zuverlässigen Quellen und Handschriften, 1789, Königsberg.

den Bürgerstaat Danzigs in allen Situationen seiner Staatsverfassung und Landesverknüpfung, unter dem Gewebe politischer Theilnahme und Mitwürkung zu betrachten, und dadurch den Wert desselben ins Licht zu stellen, den Welt und Vorwelt niemals verkannt haben, und der nur seit den neuesten Zeitläuften in geschwächtem Ansehn auf die Nachwelt überzugehen scheinet."[64])

Diese Besinnung erfolgte in dem Augenblick der Auseinandersetzung Danzigs mit der preußischen Monarchie; das bürgerliche Selbstbewußtsein sträubte sich gegen die Aufgabe der republikanischen Freiheit zugunsten einer straffen Staatsführung. Deshalb ließ Gralath die große Vergangenheit der Stadt im 16. und 17. Jahrhundert erstehen; sie sollte seine Leser überzeugen, „wie sehr diese berühmte See- und Handelsstadt, in den Augen Europens, jederzeit als ein erheblicher Gegenstand politischer Theilnahme sey angesehen worden"[65]). Mit Schärfe wies er jede Vermutung zurück, als sei Danzig jemals ein Bestandteil des polnischen Reiches gewesen. In dem Augenblick, als Thorn und Danzig infolge des Teilungsvertrages ihr besonderes Verhältnis zu Polen verloren hätten, seien die Städte „nach den Regeln des Völkerrechts in einen natürlichen Freiheitszustand zurückgetreten, worin sie sich auf einmal aller Staatsverbindung oder politischen Landeskonnexion entledigt fanden, und auf keine preußische, noch weniger polnische Mitstandschaft mehr Anspruch machen konnten"[66]).

Zu den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, die der Rat seit der Abschnürung Danzigs von seinem Hinterland und gegen die preußischen Wünsche auf Erwerbung der Stadt führte, lieferte auch Gralath einige Beiträge. In Danzig bestand zwar eine starke preußische Partei; einsichtige Kaufleute erkannten die Nutzlosigkeit politischer und wirtschaftlicher Vereinsamung und den Vorteil, den der Schutz des mächtigen Nachbarstaates geben konnte. Gralath wollte diese Gründe nicht gelten lassen und empörte sich über die Erschwerungen des Danziger Wirtschaftslebens.

In einem Aufsatz, den er in den Schlözerschen Staatsanzeigen erscheinen ließ[67]), schilderte er die Maßnahmen, die Danzig gegen den preußischen Wirtschaftskrieg und seine Abschnürung von dem Hafen ergriffen hatte, und suchte ihre Berechtigung nachzuweisen. Die heftigen Worte, die er für die Verurteilung der preußischen Maßnahmen findet, sind ein wirkungsvolles Beispiel für die Spannung, die zwischen den stolzen Danziger Bürgern und den preußischen Beamten bestand.

Die Mißhelligkeiten waren bald nach der Übernahme Danzigs in den preußischen Staat vergessen, als sich die belebenden Folgen dieser Vereinigung auf Handel und Wirtschaft bemerkbar machten. Wer sie als Ablehnung der Danziger gegen die Verbindung mit der deutschen Kultur und dem deutschen Raum auslegen wollte, würde die Tatsachen völlig mißdeuten. Rat

[64]) Band II, Vorrede, S. XXVII.
[65]) Aus dem Vorbericht zum 2. Band.
[66]) Geschichte Danzigs, III, Vorbericht S. XIV, vgl. Schieder, Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande, S. 166.
[67]) Über die jetzigen Angelegenheiten der Stadt Danzig im November 1783, Schlözers Staatsanzeigen, 5. Bd., H. 20.

und Bürgerschaft haben niemals über ihre Gesinnung einen Zweifel gelassen und sich nicht gescheut, für ihr deutsches Lebensrecht einzustehen.

Gralath hat sich später auf die Erfüllung seiner Dienstpflichten als Rektor zurückgezogen. Sein zunehmendes Alter und Kränklichkeit hinderten ihn an der Fortführung seiner Arbeiten und an geräuschvollem Hervortreten. Während Danzigs schwerster Zeit hat er getreulich seinen Posten versehen und, als die städtischen Kassen vorübergehend die Zahlungen einstellten, aus eigenen Mitteln die dringendsten Ausgaben der Schule zu decken versucht. 1809 erbat er seine Entlassung und ist noch Ende desselben Jahres gestorben [68]).

V.

Einrichtungen und Zustände des Gymnasiums

1. Verfassung und Aufbau des Gymnasiums.

Die Hörsäle — die Vorlesungen — der Rektor — die Professoren — der Schuldiener — die Schüler.

Der Eindruck einer Schule wird zunächst durch Äußerlichkeiten bestimmt, das Gebäude, die Schüler, durch das Ziel, das dem Bildungsgang vorgesetzt ist, und nicht zuletzt durch die Ordnung. Diese Dinge sind häufigen Schwankungen und Veränderungen ausgesetzt, die Kräfte der Gegenwart bestimmen vor allem das äußere Ansehen. Über jeder alten Schulgründung lagert als schützende Decke die Kraft der Überlieferung, die fester ist als die Versuche, das Alte wegzuleugnen und nur aus der Zeit das Gute zu schaffen. Nicht etwa als ob das helle Licht einer neuen Welt vom Schulstaub verdunkelt würde und das neue Ziel bald über dem alten Trott verloren ginge. Dafür sorgt der Mensch, daß das Alte fällt und das Bessere zu Ehren kommt. Aber die Spuren einer vielhundertjährigen Vergangenheit lassen sich nicht ganz verwischen und führen in den alten Stuben und Gängen unsichtbar ihr Leben weiter. Vielen Schülern mag die Vergangenheit ein totes Ding bleiben, nachdenklichere finden die Brücke, die sie mit ihr verbindet. Das Schulleben der Gegenwart steht nicht im vollkommenen Gegensatz zur Vergangenheit. Die schauspielerischen Übungen der Tertianer und Sekundaner erinnern an die Aufführungen des 16. und 17. Jahrhunderts, die gelegentlichen Reden und Vorträge der Primaner in der Klasse oder vor der Schulgemeinschaft haben ihre Vorgänger in den Deklamationen und Disputationen des 17. Jahrhunderts, und die Einhaltung der Schulordnung ist noch immer Gegenstand ernster Mahnungen. Neben diesen oberflächlichen Vergleichen bleibt als unwägbarer Rest das Bewußtsein von der eigengearteten Beschaffenheit einer alten Schule.

Die innere Verfassung des Akademischen Gymnasiums gegen Ende des 18. Jahrhunderts und die dort geübten Bräuche hat einer der letzten Rektoren, Daniel Gralath, in seinem Bericht an die preußischen Behörden über-

[68]) Quellen: actus solennis quo... Daniel Gralath... in locum Iurium et Historiarum professoris inaugurabitur Gedani: Schreiber 1764. Memoria... Danielis Gralath.. rectoris Athenaei Gedanensis... Ged. 1809.

liefert. Mit liebevoller Sorgfalt hat er jede Einzelheit auch aus früheren Zeiten zu bewahren gesucht. Daher ist seine Ausarbeitung eine wertvolle Ergänzung anderer Nachrichten über das Leben am Gymnasium.

Das Gymnasium[69]) besaß vier Hörsäle, das Auditorium maximum, das Ordinarium, das Auditorium minus und das honorarium oder anatomicum. Dieses letzte wurde bereits 1752 wegen Baufälligkeit aufgehoben. In dem Auditorium maximum veranstaltete man die öffentlichen und feierlichen actus, wie Disputationen, Festreden, Einführungen der neuen Professoren und Prüfungen. Das Ordinarium und das Auditorium minus dienten dem öffentlichen und privaten Unterricht. Das Ordinarium wurde auch für weniger feierliche Veranstaltungen benutzt. In dem Auditorium minus hielten die Sekundaner ihre Redeübungen.

Bei den Vorlesungen unterschied man publicas, privatas und privatissimas. Für die öffentlichen Vorlesungen bezogen die Professoren ihr Gehalt. Daneben schrieben sie oft auf Wunsch ihrer Schüler Privatkollegs aus, mit deren freiwilliger Unterzeichnung die Verpflichtung zur Zahlung einer vierteljährlichen Vergütung verbunden war. Privatissime fand Unterricht nur auf persönlichen Wunsch und gegen ein angemessenes Entgelt statt. Diese Stunden wurden nicht in den Klassen, sondern in der Wohnung des Professors erteilt.

Öffentlicher Unterricht wurde in den Vormittagsstunden von 7 bis 10 und nachmittags von 2 bis 4 Uhr gegeben. Am Mittwoch und Sonnabend war nachmittags unterrichtsfrei, dafür wurde die Bibliothek zur Benutzung für die Gymnasiasten geöffnet. Der Professor für Theologie hatte in Prima drei und in Sekunda zwei Wochenstunden, der Professor für Recht und Geschichte las viermal wöchentlich in Prima Jura und Geschichte und gab in Sekunda zwei Geschichtsstunden. In den naturwissenschaftlichen Fächern wurden drei Wochenstunden in Prima gegeben, eine Stunde war in Sekunda angesetzt. Die philologischen Fächer hatten je vier Wochenstunden in beiden Klassen, für Philosophie waren drei Stunden in der 1. und vier in der 2. Klasse vorgesehen, Mathematik sollte viermal in I, zweimal in II gelesen werden, der Professor der Beredsamkeit und Dichtkunst hielt den Primanern drei Wochenstunden und den Sekundanern fünf. Der Lektor der polnischen Sprache hätte die Gymnasiasten beider Klassen in vier Stunden von 7 bis 8 Uhr unterrichten müssen. Im Unterricht gebrauchten die Professoren in der Regel die lateinische Sprache. Dagegen unterschieden sich beide Klassen in der Lehrweise. In Sekunda hielt man sich etwa an die Unterrichtsform der lateinischen Stadtschule. Ein zusammenhängender Vortrag wäre hier nicht angebracht gewesen, da die Neulinge nicht gut Latein konnten und der Stoff ihnen nicht ohne weiteres zugänglich war. Daher wurde katechetisch unterrichtet, indem Fragen eingeschaltet, erläuternde Beispiele angeführt und Wiederholungen eingelegt wurden. In Prima galt der akademische Gebrauch des fließenden Vortrages mit gelegentlichen Hinweisen auf das Lehrbuch. Die Privatstunden wurden meist in den Ferien fortgesetzt wie auch Ferienarbeiten, Wiederholungen und Stilübungen üblich waren. Ferien gab es zu Fastnacht, Ostern, Pfingsten, Martini und Weihnachten je vierzehn Tage, die Dominiksferien dauerten drei Wochen.

[69]) R. A. Danzig 300 KS. 64.

Der Rektor war für den Gesamtzustand des Gymnasiums verantwortlich. Er setzte die Zusammenkünfte der Professoren an, die in seinem Hause stattfanden, und zu denen er durch den Famulus, der als Hilfe des Rektors und des Inspektors, aber auch für die Dienstgeschäfte der übrigen Professoren öffentlich angestellt wurde, einlud. Er hatte weiter im Auditorium maximum die Professoren mit einer lateinischen Rede in ihr Amt einzuführen; die neuen Schüler meldeten sich bei ihm zur Aufnahmeprüfung und wurden von ihm in die Matrikel eingetragen und einer ihren Kenntnissen entsprechenden Klasse zugewiesen. Der Rektor hatte die Disziplinargewalt unter den Gymnasiasten; größere Verfehlungen, die vor die ordentlichen Gerichte gehörten, oder Übertretungen der Polizeiverordnungen wurden nach Anzeige an den Protoscholarchen den zuständigen Behörden übergeben. Ebenso geschah es mit Entschädigungs- und Schuldforderungen an die Studenten, falls sich der Kläger nicht mit dem Spruch des Rektors einverstanden erklärte. Die Ordnung im Palatium übte der Inspektor des Gymnasiums aus.

Als Pastor der Trinitatiskirche hatte der Rektor an jedem Sonn- und Feiertag die Predigt zu halten. Er war Mitglied des geistlichen Ministeriums AAC., in welchem er den Rang unmittelbar nach dem Senior beanspruchte.

Das Inspektorat war mit der zweiten juristischen Professur verbunden. 1799 wurde das Rektorat, das bis dahin nur Theologen bekleiden durften, dem Professor für Recht und Geschichte verwaltungsweise übertragen. In früheren Zeiten führte der Inspektor auch die Bezeichnung „Oeconomus", weil ihm die Aufsicht über die Freitische und über die Alumnen zustand, die in dem Palatium in den früheren Mönchszellen im oberen Teil des alten Klostergebäudes freie Wohnung hatten. Nachdem Ende des 17. Jahrhunderts die Freitische eingegangen waren, blieb ihm nur die Aufsicht im Palatium.

Mit der Professur für Philosophie wurde die Stelle eines Bibliothekars der Ratsbibliothek vergeben. Diese Dienstgeschäfte waren unabhängig von dem Gmnasium zu verwalten. Wenn die Bibliothek auch nicht unmittelbar zu dem Gymnasium gehörte, ergaben sich doch Beziehungen genug, die einen wärmeren Anteil der Professoren an dieser Einrichtung rechtfertigten, der sich gelegentlich in Zuwendungen von Geldmitteln oder Büchern äußerte.

Der Professor der Eloquenz mußte alle feierlichen und öffentlichen Reden im großen Auditorium halten, die ihm durch den Rat aufgetragen wurden; ferner sollte er öffentliche Redeübungen veranstalten.

Das Kollegium der Professoren hatte im ganzen die Pflicht, an den angesetzten Besprechungen zu erscheinen, die Lehrer im einzelnen waren gehalten, die Verwaltung von Kassen zu übernehmen und darüber Jahresrechnung abzulegen, gegebenenfalls besondere Aufgaben, wie die Anfertigung von Aufsätzen, die für dienstliche Zwecke der Anstalt nötig wurden, durchzuführen. Ordentliche Zusammenkünfte der Lehrer fanden gewöhnlich dreimal jährlich zur Festsetzung der Zeugnisse für die Sekundaner statt. Sie waren kurze, lateinisch abgefaßte Urteile über Fleiß und Betragen der Schüler in dem vergangenen Vierteljahr. Zwei weitere Sitzungen dienten der Rechnunglegung für die Verwalter der verschiedenen Stipendienkassen.

Die Tätigkeiten eines Schuldieners waren dem „Calefactor" übertragen [70]). Er hatte von Martini bis Ostern die Öfen zu heizen, den Klosterhof und den Kreuzgang zu fegen und ihre Tore zur bestimmten Zeit, und zwar das Hoftor um 1/2 11, den Kreuzgang um 10 Uhr abends, zu schließen und mit dem Torläuten wieder zu öffnen. Rektor und Inspektor unterstützte er bei ihren Dienstgeschäften für die Gebäude der Anstalt. Seit 1792, als die Stelle eines Aufsehers und Bauschreibers beim Gymnasium einging, hatte er auch die Aufsicht über alle Bauarbeiten der zu der Schule gehörenden Grundstücke, den Ankauf der Baustoffe und des Brennholzes zu übernehmen. Später wurde ihm die Einziehung der Miet- und Grundzinsen übertragen, die der Gymnasialkasse aus den durch Kauf oder Erbschaft erworbenen Mietshäusern und sonstigen Liegenschaften zufloßen.

Wie an allen anderen Schulen bestanden am Gymnasium Schulgesetze, in denen die Rechte und Pflichten der Gymnasiasten geregelt wurden. Freiheit des Schulbesuches und freie Wahl der Vorlesungen durften sich nur die Primaner erlauben, wie überhaupt die Prima die eigentliche akademische Klasse war, die in Einrichtung und Brauch der Universität glich. So stand den Primanern der Besuch der öffentlichen Vorlesungen in Sekunda frei, auch wenn sie dadurch ihre eigenen Stunden versäumten, ebenso waren sie weder Zeugnissen noch einer öffentlichen Prüfung unterworfen. Die Sekundaner mußten sich gleich bei der Aufnahme verpflichten, die öffentlichen Lehrstunden fleißig mitzuhören, sie erhielten dreimal im Jahr Zeugnisse und hatten eine jährliche Prüfung zu bestehen. Dazu waren neben den Scholarchen auch andere angesehene Bürger der Stadt oder die Eltern der Schüler eingeladen.

Die Primaner zeigten ihre Kenntnisse mehr in Disputationen oder veranstalteten actus oratorii unter Leitung des Professors der Beredsamkeit. Doch gerieten diese Gewohnheiten in dem geschilderten Zeitraum in Vergessenheit. In Gralaths 1806 verfaßten Bericht an die Regierung in Marienwerder heißt es: „Ehedem machten die Söhne der honorationum in der Stadt sich eine Ehre daraus, nach einer damit abgelegten Probe ihrer erlangten Reife, die hohen Schulen zu beziehen und ihr Studium dort zu beenden."

Es war besonders in den besten Zeiten des Gymnasiums Sitte, daß die Danziger Jugend nach der Vorbereitung in den lateinischen Stadtschulen oder durch Privatunterricht die beiden ersten Klassen der Anstalt besuchte, hier etwa 5 bis 6 Jahre blieb und dann erst auf die auswärtigen Universitäten ging. Viele nutzten die Vorteile und Freiheiten, die sich ihnen boten, einseitig aus, indem sie die Vorlesungen allein nach ihren Neigungen belegten und oft auch in der Wahl der Professoren persönliche Rücksichten entscheidend waren. Dies war bei dem Adel aus Polen, Livland und Kurland häufig der Fall. Andere lockten die reichlichen Stipendien und Benifizien. Manche Eltern erwarteten vom Gymnasium so weitgehende Unterstützung ihrer Kinder, daß sie davon ohne weitere Beihilfe die Kosten ihrer Ausbildung zu decken hofften. Daneben betätigten sich die Schüler als Hausinformatoren oder Hofmeister. „Auch fremde Halb-Studierte haben sich auf den Grund solcher günstigen Erwartungen hier immatriculieren lassen und der Name eines Danziger Studenten hat

[70]) R. A. Danzig 300 KS. 78.

ihnen in ihren Absichten zur Empfehlung gedienet." In Danzig wurde zudem der Privatunterricht in vielen Familien dem öffentlichen Schulbesuch vorgezogen. „So mancher ist in solcher Qualität bis in sein männliches Alter hieselbst Gymnasiast geblieben." Der Student konnte durch Empfehlungen leicht als Schullehrer, als Organist und Musiker an der Kirche oder als Schreiber in den Kanzleien und bei den Zünften unterkommen. Die Predigterlaubnis für Studenten der Theologie, die für einige Stadtkirchen und die Landkirchen erteilt wurde, erhöhte das Ansehen der Primaner. Zum Predigen mußten sie die Erlaubnis des Rektors einholen und ihm die schriftlich ausgearbeitete Predigt zur Durchsicht vorlegen.

2. Innere Einrichtungen und Bräuche des Gymnasiums.

Die Schulgesetze — die Schulstrafen — neue Gesetze — die Chöre der Portanten, Sänger und Kalendisten — Schulgebräuche — die Redeübungen — die Prüfungen.

Nicht immer war wissenschaftlicher Eifer für den Besuch des Gymnasiums ausschlaggebend, oft verbarg sich dahinter der berechnende Wunsch, die zahlreichen Vergünstigungen auszunutzen. Unter diesen nach Herkunft und Veranlagung so verschiedenartigen jungen Leuten Ordnung zu halten, mag für die Professoren, besonders für den kränklichen Inspektor Gralath, nicht immer einfach gewesen sein. Wohl gab es Schulgesetze, auf die sich jeder Gymnasiast verpflichten mußte, aber ihnen konnte man nur bedingten Wert beimessen. „Als Grundlage für die Darstellung von Schulgeschichten dürfen sie nur mit Vorsicht benutzt werden. Bei dem Vergleich mit den Schulzuständen sinkt die Bedeutung der Schulordnungen häufig auf den zweifelhaften Wert lateinischer oder deutscher Stilübungen ihrer Verfasser herab" [71]). So waren auch die „leges Gymnasii gedanensis" fast in Vergessenheit geraten. Zum ersten Mal 1650 gedruckt, kamen sie in mehreren Auflagen von 1655, 1670, 1679, 1736, 1752 und 1769 wieder heraus. Da sie kaum abgeändert wurden, enthielten sie um die Mitte des 18. Jahrhunderts Vorstellungen, die 100 Jahre früher gegolten hatten, Kleidervorschriften und Verbote, die längst überholt waren. Sie wurden wie manches andere auch getreulich übernommen und aus Achtung vor dem Herkommen oder weil man für Veränderungen zu bequem war, übernommen, ohne daß man sich an sie zu halten brauchte. Im Aufbau und Inhalt unterscheiden sie sich nicht von den Schulordnungen anderer Gymnasien.

Die Vorschriften (nach dem Druck von 1736) enthalten 12 Gesetze, ein Prooemium, die poena transgressorum und die pollicitatio, die jeder Neuling abzulegen hatte. Das erste Gesetz de pietate verpflichtet die Schüler zu den täglichen Andachtsübungen, das zweite handelt de reverentia et oboedientia erga superiores. Lex 3, de diligentia in discendo fordert Aufmerksamkeit in den Lehrstunden und ihren regelmäßigen Besuch. Alumnen und Benificianten, die ihre Übungen versäumen, werden vorübergehend die Freitische entzogen,

[71]) P. Schwartz, Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Oberschulkollegium, (1787—1806) und das Abiturientenexamen. 3 Bde. Berlin 1910—12 = Mon. Germ. paed. Bd. 46, 48, 50. I, S. 3. Anmerkung.

oder die Vergünstigungen gekürzt. Niemand soll das Gymnasium ohne vorherige Prüfung verlassen. Zur „Bescheidenheit" gehört ein schlichtes und einfaches Auftreten, keine wallenden Hutfedern und gekräuselten Locken; ohne Degen und Stock soll der Student ruhig und gesetzt durch die Straßen gehen, im Hause nicht mit den Türen schlagen oder durch die Bänke des Auditoriums laufen.

Die nächsten Tugenden eines Gymnasiasten sind die sobrietas, temperantia und castitas. Der Besuch von Gasthäusern und jeder Alkoholgenuß ist verboten. Dazu kommen fromme Ermahnungen über die castitas. Im Gegensatz dazu sind die Vorschriften über die „justitia" recht anschaulich abgefaßt. Ausschlaggebend ist eine verfeinerte Nützlichkeitsmoral. „Semperque ita vivito, ut, quod tibi fieri non vis, alteri ne feceris." Daher wird die pünktliche Zahlung des Honorars für den Privatunterricht und des Mietzinses zur Pflicht gemacht (pretium Institutionis Privatae, ut et pro Victu, itemque locarium stato tempore solvito). Die Gymnasiasten sollen nicht Fenster und Türen aufbrechen, mutwillig Tische und Stühle beschädigen oder sich Nachschlüssel für die beiden Tore des Gymnasiums anfertigen. In jedem Falle darf der Gymnasiast sich nicht durch Lügen und Verleumdung entehren, sondern muß die Wahrheit gestehen. Bewegt dieser Abschnitt (de veritate) sich wieder in blassen moralischen Vorstellungen, sind die Vorschriften „über die Sauberkeit" bis ins einzelne geordnet. Für die Körperpflege werden eingehende Verhaltungsmaßregeln gegeben. Das Zimmer ist täglich in Ordnung zu bringen, Schmutz und Abfälle dürfen nicht durch das Fenster in den Garten oder in die Gänge geworfen werden. Auch der Freizeit ist ein Abschnitt gewidmet und über ihren rechten Gebrauch wird mit Ermahnungen nicht gespart. Das 10. Gesetz, de praecavendis et evitandis periculis verbietet das Baden in Flüssen und Seen und das Schlittschuhlaufen (per glaciem calopodiis, vel simili modo ne vehitor). Waffen dürfen im Palatium nicht geführt werden. Der Besuch von Schauspielen wird nicht gern gesehen, andere Zerstreuungen sind möglichst zu meiden, Licht ist vorsichtig und sparsam zu gebrauchen usf.

Der nächste Absatz enthält die Bestimmungen für die Bewohner des Palatiums. Sie dürfen nach Torschluß das Gymnasium ohne besondere Erlaubnis nicht verlassen, um auswärts zu übernachten oder gar zur Nacht lärmend mit dem Degen in der Stadt herumzulaufen. Öftere gegenseitige Besuche der Alumnen sind möglichst einzuschränken. Hausmusik und gemeinsame Arbeit oder Disputierübungen werden erlaubt. Auch Fechtübungen in den Zimmern und das Kleinmachen von Brennholz auf dem Fußboden mußten verboten werden.

Die Neulinge waren gehalten, sich zuerst bei dem Rektor vorzustellen, um von ihm geprüft zu werden. Erst dann und nachdem sie sich auf die Schulgesetze verpflichtet hatten, durften sie bei den Professoren belegen. Nach Möglichkeit sollten sie ein Sittenzeugnis ihrer früheren Lehrer oder angesehener Bürger ihrer Heimat vorlegen. Auch die ersten Ermahnungen gegen den Pennalismus sind schon in diese frühen Gesetze, die ja kaum von dem ersten Druck von 1650 abweichen, aufgenommen. Die älteren Gymnasiasten, besonders die „Pädagogen" oder Hofmeister, sollten die Hilfe ihrer jüngeren Kameraden beim Wassertragen, Bierholen, in der Besorgung des Brennholzes, beim Heizen, Reinigen, Bettmachen, zum Leuchten mit der Fackel und zu

ähnlichen Diensten nicht mißbrauchen. Primanern, die ein Hofmeisteramt bekleideten, war verboten, den öffentlichen Klassen Schüler zu entziehen, um sie privat zu unterrichten.

Der Anhang über die Schulstrafen ist allgemein gehalten. Es wird mit Ermahnung, hartem Tadel und Karzer gedroht, bei schweren Vergehen kann durch das Collegium Scholarcharum auf Entfernung von der Anstalt erkannt werden. Eingehender äußerte sich dazu Gralath in seinem Bericht von 1806 über die Einrichtung des Gymnasiums[72]). Nach ihm war die gewöhnliche Schulstrafe die Einsetzung in den Karzer. Seine Zeitdauer war verschieden. Ebenso konnte sie durch Einschränkung der Mahlzeiten, durch das Verbot, Licht zu brennen und Betten in den Karzer hineinzunehmen, verschärft werden. Doch wurde davon in den letzten Jahrzehnten des Gymnasiums nur wenig Gebrauch gemacht. Die größte Strafe war die Ejection oder Verweisung vom Gymnasium, die nur mit Genehmigung des Protoscholarchen geschah und die der Rektor durch lateinischen Anschlag an das Schwarze Brett bekannt gab. Bei Durchsicht der Schülerlisten seit 1758 fand sich ein- oder zweimal ein solcher Vermerk. Da ihre Führung aber in dem Ermessen der Rektoren stand und nur der Tag der Aufnahme, der Name des Schülers und seine Klasse stets fest angegeben sind, spricht dieser Hinweis nicht für die Häufigkeit oder Seltenheit jener Strafe. Neben der Ejection gab es die stillschweigende Exclusion oder das Consilium abeundi; dieses war nicht als Strafe gedacht, sondern wurde solchen Schülern erteilt, die sich für wissenschaftliche Arbeit ungeeignet zeigten. Die Degradation war die Strafe für nachlässige und faule Schüler, indem teils Primaner nach Sekunda zurückversetzt wurden oder Sekundaner auf einer niederen Bank Platz nehmen mußten. Geldstrafen haben in der Regel nicht stattgefunden. Als wirksamstes Mittel gegen Faulheit war die Verleihung der Benifizien gedacht. Die Deprecation wurde als Erziehungsmittel bei Beleidigungen und Raufereien verhängt. In schweren Fällen mußte sie vor den Professoren in Gegenwart des Famulus und einiger Gymnasiasten geleistet werden.

Ob diese Strafen auch wirklich und wie häufig und streng sie angewendet wurden, ließ sich nicht ermitteln. Gralath war ein liebevoller Geschichtsschreiber, der in seinem Bericht mehr die Überlieferung seiner Anstalt beachtete und die Regierung wohl auf Sitten und Einrichtungen des Gymnasiums, die dessen eigengewachsenen Zügen gerecht wurden, aufmerksam machen wollte, als daß er die Dinge zeigte, wie sie wirklich waren.

Ganz sicher waren die Schulgesetze in der alten Form unbrauchbar und blieben wenig beachtet. Daher wurde dem Rat am 21. März 1791 eine neue Schulordnung zur Annahme als „Leges Gymnasii Gedanensis recognitae et repetitae" vorgelegt[73]). Statt 12 Paragraphen sind hier nur noch 7 aufgeführt, und diese sind wesentlich frischer gehalten als die früheren. Sie sind wichtig, weil in ihrem Mittelpunkt die vielfachen Verbote gegen den Pennalismus stehen, und wir so, da die Quellen für das innere Schulleben spärlicher fließen, hier ein recht klares Bild von dem Schülerleben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erhalten.

[72]) R. A. Danzig, 300, K.S. 64.
[73]) R. A. Danzig, 300, 42/169.

Auch die neuen Gesetze gehen von einer religiösen Grundhaltung aus. Aber im Gegensatz zu den früheren Verordnungen regeln sie die religiöse Betätigung nicht ins Einzelne. „Denn diese kann nicht durch Gesetze erzwungen werden, sondern muß dem Gewissen überlassen bleiben; aber wir wollen unsere Schule frei von allen Gottesleugnern wissen, die durch die Erklärung ihrer Mißachtung des göttlichen Geistes eine gottferne Gesinnung fördern..." Verurteilt wird nicht nur die nachlässige Auffassung der Studienpflichten, sondern die Eitelkeit der Primaner, ohne rechtes Wissen sich als Pädagogen und Theologen zu versuchen oder als Schriftsteller und Dichter literarischen Ehrgeiz zu haben. Bekämpft wird die Beschäftigung mit dem ungenügenden und verwirrenden Schrifttum der Aufklärung.

Haben die Schüler dem Rektor etwas vorzutragen, soll es durch wenige Beauftragte geschehen; es darf nicht vorkommen, daß die übrigen die Wohnung des Rektors umlagern, im Atrium und auf dem Vorhofe lärmend umherziehen. Die Verächtlichmachung der Karzerstrafe wird untersagt. Besonders werden die angemaßten Rechte der älteren Schüler gegen die jüngeren für ungültig erklärt. Beschimpfungen und Schlägereien und der „grobe und garstige Brauch" der Einführung der neuen Schüler mit seinen Quälereien müssen aufhören. „Itemque ne primani secundanos atrio Gymnasii aliove loco publico prohibeant, minime omnium solennibus lustrationum, sive censurae diebus perturbent" [74]). Für jede schwere Beleidigung durch Wort oder Tat waren Strafen angedroht. Der Schuldige mußte vor Zeugen Abbitte leisten. Geldsammlungen, die von den Gymnasiasten öfters zu gemeinsamen Unternehmungen angestellt wurden, und bisweilen zu Beschwerden und Streitigkeiten Anlaß gaben, werden zwar nicht verboten, untersagt wird aber „unbillig und herrisch zu fordern", da die Beiträge freiwillig sind. Die Verantwortlichen haben vor dem Rektor oder vor dem Kollegium über Ausgabe und Einnahme Rechnung zu geben. Unter Strafe gestellt werden Belästigungen der Bürger und Beschädigungen ihrer Häuser, die Störung öffentlicher Versammlungen, von Hochzeiten, Begräbnissen und anderer Feierlichkeiten; das Herumstreifen auf den Wällen und Befestigungen wird verboten. Für Umzüge durch die Stadt hatte der Rektor die Genehmigung des Rates einzuholen.

In den Beratungen ging diese Schulordnung nicht durch, der Rat beschloß „seine Erklärung über inliegenden Entwurf noch auszustellen." Man blieb bei den alten Zuständen, d. h. es wurden weder die alten noch die neuen Gesetze gedruckt und der Rektor ließ nur die Pollicitatio von den Schülern unterschreiben [75]). Erst mit der Umstellung des Gymnasiums auf eine sechsklassige Lehranstalt wurden Schulgesetze herausgegeben, die den Ansprüchen der Zeit genügten [76]).

Zu den bekanntesten Einrichtungen des Gymnasiums gehörten die Chöre der Portanten und der Sänger und Kalendisten, die einen bedeutenden Beitrag zur Unterstützung bedürftiger Schüler abwarfen. Diese Chöre gingen freilich

[74]) Anders drückten nicht nur die Primaner auf die Sekundaner, sondern diese traten ihrerseits wieder die Tertianer; Federowicz erklärte 1765 dem Untersuchungsausschuß, daß er seinen Unterricht zu Hause halten müsse, weil seine Schüler durch die Sekundaner belästigt und geschlagen würden. Vgl. S. 36.

[75]) R. A. Danzig, 300, K.S. 64.

[76]) Gesetze für die Schüler des Gymnasiums zu Danzig, o. J., gedruckt bei Wedel.

nicht auf einen besonderen Brauch des Danziger Gymnasiums zurück, sondern waren eine allgemeine Schuleinrichtung. Das Wesentliche hierzu ist von Hirsch bereits in seiner Geschichte des Akademischen Gymnasiums gesagt worden. In den letzten Jahrzehnten ihres Bestehens waren diese Chöre in ihrer Wirksamkeit sehr behindert, da die geringere Schülerzahl sich auch bei ihnen bemerkbar machte. 1802 wurde der Portantenchor, da es ihm an Mitgliedern fehlte, aufgehoben. Noch einmal, im Dezember 1806, trat er in Tätigkeit, als 2 Kinder des Prinzen Wilhelm auf der Flucht von Berlin nach Königsberg in Danzig gestorben waren und hier einstweilig auf dem Heilig-Leichnamskirchhof beigesetzt werden sollten[77]). Das Kalendieren blieb dagegen länger im Gebrauch, Löschin erzählt, daß es zu seiner Schulzeit (seit 1805) an Geldspenden noch gegen 600 Taler einbrachte[78]). Daneben bestanden viele andere Gebräuche und Gewohnheiten, die schon damals in Vergessenheit zu fallen drohten, wie die Redeübungen, die Wernsdorf, als er sie wieder einführte, in einer Schrift erklären mußte. Anders besaß das Gymnasium in den Augen seiner Bürger den Ruf einer weit berühmten Anstalt, zu der aus dem ganzen weiten Osten, von Ungarn und aus den Baltischen Ländern die Schüler kamen, und noch lagen die Zeiten nicht weit zurück, in denen frischer Geist und wissenschaftlicher Eifer geherrscht und berühmte Gelehrte dort gewirkt hatten. Da das Gymnasium auf der Stufe des 17. Jahrhunderts stehengeblieben war, bestanden auch die alten feierlichen Sitten weiter. Immer noch als Mittelpunkt des geistigen Lebens der Stadt angesehen, nahm das Gymnasium wichtige Ereignisse zum Anlaß, wie bei der Hundertjahrfeier des Friedens zu Oliva[79]), oder anläßlich des Todes Augusts III., 1763, um in Reden und Vorträgen die Bedeutung solcher Ereignisse zu würdigen.

Die Einführung der Professoren in ihr neues Amt erfolgte bis in die letzten Jahre nach den alten Vorschriften. Während dem Rektor durch den Protoscholarchen selbst die Schule übergeben wurde, hatte der Rektor durch ein gedrucktes Programm die Einführung der Professoren anzuzeigen und dazu einzuladen. Der Rat, der an dieser Feier teilnahm, versammelte sich in der Bibliothek. Begab er sich zum Auditorium Maximum, wurde er von den Professoren im Atrium empfangen und beim Betreten des Großen Hörsaals mit Musik begrüßt. Der neue Professor saß vor dem Rednerpult, das er nach einer lateinischen Begrüßungsrede des Rektors betrat, um in einer lateinischen Rede ein Gebiet seines Faches vorzutragen. Musik schloß die Feier.

Zu den wichtigsten Gebräuchen gehörten die Deklamationen oder Redeübungen, die sich seit dem Humanismus auf den deutschen Universitäten in verschiedenen Formen eingebürgert hatten. In die lateinische Sprache sollte sich auf diese Art der Student einleben, sie mit Ohr und Mund erfassen lernen. Auch die Disputationen und Redeakte gehören hierher, und oft waren die Professoren für Dialektik und Rhetorik zu ihrer Übung verpflichtet. Sie wurden ergänzt durch feierliche Reden zu hohen Gelegenheiten, Antrittsvorlesungen, Begrüßungen des Landesherrn, ferner durch Grab- oder Leichen-

[77]) G. Löschin, Aus dem Leben eines Amtsjubilars, Danzig: Wedel 1865, S. 14.
[78]) Ebda., S. 14.
[79]) Wernsdorf, in saecularem pacis olivensis memoriam . . . . oratio saecularis iussu magnifici Senatus in memoriam pacis Olivensis. Danzig, 1760.

reden auf die Lehrer der Hochschulen und Standespersonen[80]). In Danzig waren diese Redeübungen besonders unter Mochinger (1630—1652) und von seinem Nachfolger Titius (Johann Peter Titz) lebhaft gefördert worden. Als Gottlieb Wernsdorf 1757 an diese Sitte wieder anknüpfte, mußte er ihre Bedeutung erst erläutern[81]). Danach gab es 3 Arten solcher Übungen, private, die an Sonnabenden, öffentliche, die monatlich stattfinden sollten, und die feierlichen Redeakte, die nur jährlich oder auch vierteljährlich die Schularbeit abschlossen. Die privaten Übungen veranstalteten befreundete Schüler unter sich auf ihren Zimmern. Die öffentlichen Übungen fanden in den Klassenräumen, die feierlichen in dem Großen Hörsaal statt. Während bei den öffentlichen Veranstaltungen nur die Schüler jeder Klasse, einige Freunde und Bekannte der Vortragenden anwesend waren, wurde zu den feierlichen Akten ein größerer Kreis eingeladen. An den Übungen waren beide Klassen beteiligt. Der Inhalt der Deklamationen stand frei, und die Aufgabe konnte aus der Geschichte, der Ethik oder der Theologie, den Rechtswissenschaften oder den übrigen freien Künsten genommen werden. Am häufigsten wurde lateinisch gesprochen, doch hatte Roßteuscher 1658 zur Hundertjahrfeier des Gymnasiums auch einen griechischen Redeakt mit den Sekundanern eingeübt. Vereinzelt fanden sich Beispiele für den Gebrauch der deutschen Sprache. Die Reden pflegte der Professor vorher durchzusehen und zu verbessern. Es war üblich, diese Proben durch ein gedrucktes Programm anzukündigen, das als Einladung an die vornehmsten Bürger verteilt wurde. Auch der Rat beteiligte sich an diesen Aufführungen und versammelte sich wie üblich vorher in der Bibliothek. Die Primaner sprachen von einem erhöhteren Platz als die Sekundaner. Es wurde aus dem Gedächtnis vorgetragen. Gefiel ein Redner, hatte er auch wirtschaftliche Förderung zu erwarten[82]).

Neben diesen vorbereiteten Übungen hatten die Sekundaner bei der jährlichen Prüfung Gelegenheit, ihre Fortschritte unter Beweis zu stellen. Die erste öffentliche Prüfung hatte 1583 im Gymnasium stattgefunden und 5 Tage gedauert. Außer dem Scholarchen waren mehrere Ratsherren, der Syndikus und andere Zuhörer zugegen gewesen[83]). Seit 1689 wurde die Prüfung in die Zeit der Dominiksferien verlegt und allmählich bis auf einen Tag verkürzt. Neben den Sekundanern wurden auch die Schüler der unteren Klassen geprüft. An die Prüfung im Gymnasium schlossen sich in Abständen von 8 zu 8 Tagen die

[80]) W. Stammler, Von der Mystik zum Barock, S. 103/104, Epochen der dt. Literatur II, 1, 1927.

[81]) Wernsdorf, ad actum oratorium de rationibus . . . a sex politiss. athenaei civibus in acroaterio maximo habendum. Gedani: Schreiber 1757.

[82]) Titius quidem id testatur . . . et merito laudat . . . ut Patroni et maecenates bonis litteris gratiose faventes, nomina eorum qui alacriores in palaestra hac visi, notare benevolentiaque eos singulari et favore prosequi optatissimo ac patrocinia dignarentur . . . Das Coll. Schol. setzte 1704 aus den Mitteln des Aerariums Belohnungen aus „ad augenda exercitia publica elevandasque eorum impensas, in singulas plagulas disputationis typis exscripta numerentur quaterni floreni, declamanti primano octodecim et secundano in actibus oratoriis graecis et latinis sex floreni."

[83]) R. A. Danzig, 300, K.S. 348.

Prüfungen der übrigen Schulen an. Die Professoren fragten den Stoff des vergangenen Jahres. Fragen und Antworten erfolgten lateinisch, dazu legten die Gymnasiasten den Scholarchen ihre lateinischen Ausarbeitungen vor.

3. Danziger Schülerleben im 18. Jahrhundert.

Akademische Gewohnheiten — zeitgenössische Zeugnisse: Gerber — Sörmans — Falk — Cosak — der Einbruch westlichen Geistes: Mnioch und Bartholdi.

Unter den Gymnasiasten selbst hatten sich manche Gebräuche herausgebildet, die bis in die letzte Zeit Anwendung fanden, teils aber auch in Vergessenheit zu geraten drohten. Dazu gehörten die Nachtmusiken mit oder ohne Fackel in den Straßen der Stadt; die Professoren wurden zu Pferde bei ihrer Ankunft eingeholt und ebenso aus der Stadt geleitet, wenn sie einem neuen Rufe folgten. Auch die zur Universität abreisenden Studenten erhielten ein feierliches Ehrengeleit. Zu den Sitten, die sich bis in die letzte Zeit gerettet hatten, gehörten die glückwünschenden Begrüßungen der Lehrer bei freudigen Veranlassungen, zu Geburtstagen, bei ihrer Heirat oder aus Anlaß der Geburt eines Kindes. Für gewöhnlich wurde ein in Lateinisch oder in deutscher Sprache gedrucktes Carmen, das die Schüler verfaßt hatten, überreicht. Auch Grabreden und Trauergesänge fehlten nicht. Löschin berichtet von der Tracht der Studenten, die sie zu festlichen Gelegenheiten trugen: große Klapphüte — für die Sekundaner mit schwarzer, für die Primaner mit weißer Feder — schwarz- oder weißseidene Strümpfe und die Stahldegen mit weißen Scheiden, die nur von den Primanern und adligen Sekundanern getragen werden durften und Anlaß häufiger Klagen waren.

Über die innere Artung der Schüler, ihren Verkehr und ihren wissenschaftlichen Eifer sind wir aus unmittelbaren Quellen weniger unterrichtet.

Daniel Falk hat in seinem Briefroman des „Johannes von der Ostsee", der die Geschichte seines Lebens erzählt, eine recht anschauliche Schilderung des Gymnasiastenlebens, vor allem auch des Pennalismus und des Hochmutes der Patriziersöhne gegeben, die sich durchaus mit dem Gesamtbilde deckt, das die Akten ergeben. Sind seine Erfahrungen bei aller humorvollen Verklärung durch die Erinnerung wenig erfreulich, so stellte der Oberlehrer an dem seit 1790 in Königsberg eingerichteten pädagogischen Seminar, A. S. Gerber, in einem Bericht von 1796 an das OSK. über die mangelhaften Leistungen der Seminaristen und ihre Ursachen dem Danziger Gymnasium ein glänzendes Zeugnis aus. „In der Schule, in der ich erzogen bin (dem Danziger Gymnasio), herrschte ein ganz anderer Geist (im Gegensatz zu seinen Schülern, die er als urteilslos, unwissend und teilnahmslos bezeichnet). Die Primaner suchten neben den Lehrstunden sich wenigstens in Philologie und Literatur durch eigenes Studium für die Akademie zu bilden, und die dortigen Lehrer mögen es bezeugen, wie oft sie von den Primanern besucht und um Rat oder Anweisung in dieser oder jener Sache gebeten worden sind. Aber selten ging auch ein Danziger, zumal die Stipendiaten (davon immer die größte Anzahl war) vor dem 21. Jahr auf die Akademie."

Eine andere wichtige Quelle ist das „Journalbüchlein 1776“ [84]) des Sekundaners Sörmans, aus dem zwar wenig für das Schulleben selbst zu ersehen ist, das aber während mehrerer Monate getreulich den Tageslauf in kurzen Stichworten aufzeichnet. Der erste übelverlaufende Rauchversuch, Gewinn und Verlust in der Zahlenlotterie werden mit derselben Treue gebucht, wie die Besuche innerhalb des zahlreichen Freundeskreises. Eines Mittagessens beim Rektor, das durch Gespräche „von gelehrten Sachen“ gewürzt wird, gedenkt er ausführlich. Spaziergänge vor die Stadttore und die sonntägliche Ausfahrt auf ein außerhalb der Stadt gelegenes Landgut gehören zu den ständigen Bemerkungen. Überraschend ist der rege Anteil an den literarischen Neuerscheinungen. Bei den Buchhändlern Wedel und Flörke wird deshalb oft vorgesprochen. „Das Leben und die Meinungen des Herrn Sebaldus Nothanker“, Nikolais 1773 veröffentlichter Aufklärungsroman gegen die Orthodoxie, und das „Deutsche Museum“ von Boie seit 1776 in Leipzig herausgegeben, werden verlangt; auch Goethes „Stella“ (1775) und die Universitätshistorie des Göttinger Universitätslehrers Schlözer, die für den Gang der Geschichtsschreibung neue Wege zeigte, sind genannt.

Ausnahmslos konnten die harten Urteile über die Unwissenschaftlichkeit und Faulheit der Gymnasiasten, die auch Hirsch in seine Geschichte aufnimmt, nicht gelten. Das Gymnasium verschloß sich vielen Bildungseinflüssen der Aufklärung und den neuen Zielen der Stürmer und Dränger; da die Jugend aber nach vorwärts drängt und wohl erkennt, ob ihre Lehrer Schritt zu halten vermögen, war es natürlich, daß die schöngeistigen Schriften des 18. Jahrhunderts mehr lockten als langweilige Abhandlungen über theologische Spitzfindigkeiten. Bis in die Vorlesungen beschäftigte man sich mit den bekanntesten Schriften der Zeit. Während der Rektor Kolleg hielt, „hörten die jungen Leute umher, die unter dem Katheder saßen, ... wenig auf seinen Vortrag, und schienen mit ganz anderen Dingen beschäftigt zu sein. Der Eine las Trencks Leben, der Zweyte Bahrdts Bibel im Volkston, der Dritte wieder ein anderes Buch“[85]). Die Professoren verurteilten allgemein die Beschäftigung mit diesen Büchern. In einer Einladungsschrift zu einem Redeakt vom 10. September 1782 nahm Cosak als Lehrer der Beredsamkeit dagegen Stellung und ordnete das Schrifttum der Zeit nach bestimmten Gattungen in die atheistische und weltliche Literatur und in die christlich getarnten Schriftsteller, deren zersetzender Geist überall in den Tageserscheinungen der Almanache, in den Erinnerungen und Gedichten, in den Epigrammen und Satiren zu finden wäre [86]). Den größten Erfolg bei der Jugend hätten die Unterhaltungsschriften: nempe vivimus in ea aetate, qua virtus et indoles hominis precipua, et quasi summa humanitatis ponitur in sensibus mollibus ac teneris; quibus qui facilius moventur, bellae, humaniores et sentientes animae egregia cum laude dicuntur. Damit war die Haltung der bürgerlich empfindsamen Literatur, die aber nur einer Richtung der Zeit entsprach, zu Recht getroffen. Diese Bücher verführen die Jugend zu Trägheit und Träumereien, die Schüler schlafen während des Unterrichtes oder sind mit ihren

[84]) Ms. Stadtbibliothek Danzig.
[85]) J. D. Falk, Leben ... des Johannes v. d. Ostsee, S. 148, Tübingen 1805.
[86]) C. B. Cosak, ad audiendas orationes .... convocat. Gedani: Wedel 1782.

Gedanken bei anderen Dingen. „Unsere Buchläden sind voll von diesen schwatzhaften und unnützen Erzeugnissen und auf sie stürzt sich die Jugend, während die gute Literatur unbeachtet bleibt."

Auch von den Gedanken der Französischen Revolution wurde das Gymnasium berührt. Bereits in der Deklaration vom 24. Februar 1793 zur Übernahme Danzigs durch den preußischen Staat waren der Stadt deshalb heftige Vorwürfe nicht erspart geblieben. Es habe „sich auch jetzt jene boshafte und grausame Rotte dortselbst eingenistet, die von Verbrechen zu Verbrechen fortschreite ..." Vor allem die wirtschaftlich weniger begünstigten Schichten der Bevölkerung hatten den republikanischen Schlagworten Gehör geschenkt. Zu den Wortführern dieser Gesinnung gehörte der frühere Rektor der Schule in Neufahrwasser, Johann Jakob Mnioch, der sich 1794 bei dem OSK. um eine Professur am Gymnasium bewarb [87]). Er hatte, als die Schule in Neufahrwasser einging, in Danzig eine Winkelschule aufgetan, die sich eines guten Zulaufs erfreute, da Mnioch nicht nur vielseitig gebildet war, sondern auch den Ansprüchen der Eltern nach einer praktischen und den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Erziehung entgegenkam.

Der Danziger Magistrat stellte ihm ein ungünstiges Führungszeugnis aus. Er bemängelte seine sittliche Haltung, weil Mnioch für seine Ehe erst nachträglich den kirchlichen Segen erbeten hatte und aus seinen „Kleinen vermischten Schriften" führte er einige Stellen an, die für seine aufwieglerische Gesinnung sprachen. Dieses Buch ist aus dem Geiste der Aufklärung geschrieben; es wird durch ein Lehrgedicht über sittliche Aufklärung eingeleitet, das über diesen Gegenstand „einige Gedanken ... vorzüglich in Betracht der Mittel, wodurch dieselbe praktisch fruchtbar zu machen sei, oder wie die Sinnlichkeit zu moralischen Zwecken könne gebildet werden," abhandelt. Ein anderer Abschnitt ist „über die Aufklärung des großen Haufens" überschrieben. Seine Meinung von der Französischen Revolution deckt sich mit der Erkenntnis vieler Zeitgenossen, die zuerst von der neuen Bewegung Befreiung von dem politischen Druck erhofften und durch ihre Taten enttäuscht wurden. Wohl billigt er ihre Grundsätze der Freiheit und Gleichheit, aber ihre Handlungen muß er verurteilen. So steht er auf der Seite der verbündeten Heere treu zu seinem König. Mnioch ist ein revolutionärer Schwärmer, der für Wahrheit und Recht kämpfen will. Seine politischen Gedichte entsprechen der polemischen Lyrik, wie sie von Schubart, Voß, Stolberg, Schiller und in den Schriften Mosers vorgetragen wurde.

Die Regierung lehnte in ihrer Antwort das Gesuch Mniochs ab, „weil Ihr Euch schon in verschiedenen Stellen Eueres Buches: Kleine vermischte Schriften 1794 strafbar und eines öffentlichen Amtes ganz und gar unmöglich gezeigt habt. Übrigens verweisen wir Euch hiemit alles Ernstes die durch die gedachte Schrift verbreitete demokratische Grundsätze und Eure ungebührliche Urteile über Landesherrliche Einrichtungen und verbieten Euch nicht nur alles Schulhalten, sondern auch alle fernere dergleichen Äußerungen."

War das Gymnasium durch Mniochs Tätigkeit auch nicht unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen, so ging aus dem Kreise seiner Schüler der Träger

[87]) R. A. Danzig, 300, R.R. 3474.

einer Verschwörung hervor, welche die preußischen Behörden anfangs in größte Unruhe versetzte und ihnen Anlaß zu scharfem Durchgreifen gab. Die Verschwörung des Danziger Gymnasiasten Bartholdy im Jahre 1797 ist von Keyser in einem längeren Aufsatz eingehend untersucht worden[88]).

Bartholdy war am 28. August 1793 in die Sekunda des Gymnasiums eingetreten. Die französischen Ereignisse und die Erinnerung an die republikanische Vergangenheit Danzigs verwirrten ihn, so daß er mit Hilfe mehrerer hundert Verbündeten, die sich über ganz Preußen verteilen sollten, die früheren Zustände wiederherstellen wollte. Doch fand er nur wenig Gefolgschaft. Über den Kreis von zehn bis fünfzehn Mitwissern ist seine Verschwörung nicht hinausgelangt. Infolge eines Zerwürfnisses mit dem Rektor verließ er 1795 das Gymnasium, ohne seinen Plan, für den er auch unter den Gymnasiasten geworben hatte, aufzugeben. Am Gründonnerstag, dem 13. April 1797, dem Jahrestag des Einzuges der preußischen Truppen, hoffte er ihn auszuführen. Außer Bartholdy zählte der Bund noch fünf Köpfe, die bis zuletzt bei ihm geblieben waren. Das Vorhaben scheiterte kläglich und wurde durch einen Zufall entdeckt. Obwohl es durch einen seiner Kameraden, Schweitzer, aus Besorgnis vor den Folgen den Behörden mitgeteilt worden war, hätte Bartholdy verborgen bleiben können, da niemand glaubte, daß jemand so töricht gegen die festgefügte Macht eines mächtigen Staates anrennen würde. Ein Auflauf der Sackträger vor Bartholdys Wohnung, die er für seine Ziele vergeblich zu begeistern unternahm, führte zu seiner Entdeckung. Eingehende Untersuchungen überzeugten die Behörden bald von der Geringfügigkeit der Sache. So ist „die ganze Verschwörung lediglich als der kindische Einfall einiger unreifen Jünglinge zu betrachten“[89]).

Zwar wurden zunächst empfindliche Strafen verhängt. Bartholdy verurteilten die Richter zur Enthauptung mit dem Schwerte, seine Genossen zu langjährigen Freiheitsstrafen. Bartholdy gab man seine Begnadigung zu lebenslänglicher Festungshaft erst auf der Richtstätte bekannt. Auch die übrigen Verurteilten erhielten bald Straffreiheit. Nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III. wurde Bartholdys Haft auf zehn Jahre herabgesetzt und 1802 kam er ganz frei.

Sofort wandte er sich an den Rektor des Gymnasiums, Gralath, mit dem er sich 1795 überworfen hatte, und erbat seine Zulassung zur nächsten Prüfung mit den übrigen Abiturienten. „In Rücksicht seiner unverkennbaren Fähigkeiten und in gegründeter Hoffnung auf seine moralisch nach so vielem Leiden völlig gebesserte Sinnesänderung ist Ihm solches in Conventu Professorum d. 18. Novbr. a. c. (1802) einstimmig zugestanden worden“, berichtete Gralath an das Kirchen- und Schulkollegium und bat um die Bestätigung dieser Entscheidung. Außerdem richtete Bartholdy an das Königliche Stadtgericht die Bitte um Unterstützung durch ein Stipendium. Ihm wurde nicht nur die Teilnahme an der nächsten Prüfung erlaubt, sondern auch der Bescheid ge-

---

[88]) E. Keyser, Die Verschwörung des Danziger Gymnasiasten Bartholdy i. J. 1797. Z. Westpr. Gesch.-V., H. 62

[89]) Keyser, Die Verschwörung des Danziger Gymnasiasten Bartholdy i. J. 1797, a. a. O.

geben, daß man nicht abgeneigt sei, „ihn bei befundener Tüchtigkeit mit Stipendiis zu unterstützen“ [90]).

Am 25. 1. 1803 fand die Prüfung statt, die er mit den Primanern Cosak und Frommholtz bestand. Das Zeugnis hob besonders seine Kenntnisse in der lateinischen Sprache und Mathematik hervor und rühmte ihm „vorzügliche Verstandesfähigkeiten“ nach. Bartholdys Mithelfer hatten sich bereits früher um die Wiederaufnahme in das Gymnasium bemüht. Am 6. 8. 1798 und am 27. 11. 1799 reichten Kapitzky und Krampitz entsprechende Gesuche ein. Zwei Jahre später baten Schweitzer und Zyliegan gemeinsam um die Erlaubnis zur Fortsetzung ihrer Studien. Sämtlichen Bittstellern wurden die Gesuche bewilligt. Auch aus diesen Tatsachen geht hervor, daß die Behörden sich bald beruhigten und die Verschwörung als eine unreife Dummheit ansahen, hinter der in Wirklichkeit keine staatsfeindliche Gesinnung stand und der daher irgendeine politische Bedeutung auch nicht zukommt. So legten sie den jugendlichen Revolutionären für ihr weiteres Leben keine Hindernisse in den Weg, sondern bewiesen durch die Bereitwilligkeit, mit der sie selbst den Anführer unterstützten, ihre völlige Aussöhnung.

VI.

Die Schülerlisten des Gymnasiums*)

Von einer anderen Seite zeigen die Ausweise der Schülerlisten die absteigende Entwicklung des Gymnasiums. Der Gesamtbesuch ist selten überliefert, dagegen geben die Matrikeln jährlich über die Zahl der Neuaufnahmen Auskunft. Nur von 1757—1768 haben sie eine Lücke. Unter Hinzuziehung der Angaben von Quade [91]), die freilich vorwiegend die Zeiten vor 1750 und nach 1817 umfassen, konnten folgende Gesamtzahlen ermittelt werden: 1715 befanden sich noch 140 Sekundaner und Primaner auf dem Gymnasium. 1758 war ihre Zahl um die Hälfte gesunken; in beiden Klassen befanden sich 71 Schüler.

1758	in	Sekunda	und	Prima:	71	Schüler
1765	„	„	„	„	65	„
1769	„	„	„	„	82	„
1798	„	„	„	„	38	„
1802	„	„	„	„	25	„
1804	„	„	„	„	14	„
1805	„	„	„	„	11	„
1806	„	„	„	„	14	„

Zweimal werden die Zahlen für sämtliche Schüler des Gymnasiums, also auch die unteren Vorbereitungsklassen, angegeben. 1765 besuchten insgesamt 126 und 4 Jahre später 179 Schüler die Anstalt. Es hat danach den Anschein, als ob sich seit der Verbesserung des Gymnasiums von 1765 das Vertrauen zu ihm vorübergehend gehoben hat. Gerade für diese Jahre sind die Schülerlisten nicht geführt.

[90]) R. A. Danzig, 300, K.S. 63.

[91]) Quade, Das Städt. Gymn. im Lichte der Statistik, Festschrift 1933, S. 24 ff.

*) Anmerkung: Vergl. für diesen Abschnitt R. A. Danzig, 300, 42/93 Schülerverzeichnis des Gymnasiums 1580—1814

Die jährlichen Aufnahmen in die beiden oberen Klassen ergaben folgendes Bild: Es wurden verhältnismäßig mehr Sekundaner als Primaner aufgenommen, was den natürlichen Bedingungen entsprach. Seit 1785 machte sich in immer stärkerem Maße das Sinken der Besucherzahl bemerkbar, Primaner wurden nur noch selten eingeschrieben; 1808 ist keine Neuaufnahme zu verzeichnen, 1811 ließ sich ein Sekundaner und ein civis honorarius als Primaner eintragen. Von 1803 werden die Matrikeln der Bürgerschule und des Gymnasiums zusammen geführt. Dabei sind die Eintragungen nicht immer deutlich genug geschieden; so erweckt es den Eindruck, als ob sich 1809 zur Aufnahme in die Sekunda 18 Schüler gemeldet haben, eine Zahl, die im Vergleich zu den früheren und folgenden Jahren unwahrscheinlich hoch ist. Während vor 1750 fast immer auch die Heimat der Schüler angegeben wurde, fehlt dieser Hinweis seit 1769 häufig. Besonders unter dem Rektorat Ver-Poortenns ist er bis auf wenige Ausnahmen versäumt worden. Daher lassen sich hier nur vorsichtige Schlüsse ziehen. Es steht fest, daß seit 1770 die Schüler aus dem weiteren Auslande gänzlich wegblieben. Seit etwa 1770 wurde aus den Ostseestaaten und selbst aus Polen kein Besucher mehr gezählt (1774 wird in Mitau ein akademisches Gymnasium eingerichtet). Die meisten fremden Schüler kamen aus der Provinz, vorwiegend aus Pommerellen und Pommern, gelegentlich von Ostpreußen und aus den Städten Marienburg und Elbing. Verhältnismäßig stark war naturgemäß der Anteil der Danziger; aus der Statistik geht er wegen der mangelhaften Angaben nicht immer klar hervor. Die in dem Verzeichnis ohne Heimatsangabe angeführten Namen ließen sich öfters als Danziger Familiennamen erkennen. Endlich sei noch auf die Tafel der Gesamteinschreibungen von 1769—1808 verwiesen, in der auch die unteren Klassen enthalten sind. Für sie fanden sich in der ganzen Zeit nur dreimal Gesamtzahlen:

1765	in Tertia bis Quinta	61 Schüler
1769	„ „ „ „	97 „
1810	in der zweiklassigen Bürgerschule .	55 „

VII.

Die Einkünfte der Professoren und die Wirtschaftsführung des Gymnasiums

Die seit 1750 ständig sich verschlechternde wirtschaftliche Lage der Professoren ergänzte von dieser Seite das Bild des allgemeinen Niederganges. Auch hier verflechten sich die Ursachen. Das Ausbleiben der fremden Schüler und die sinkende Schülerzahl beraubten die Lehrer einer wichtigsten Nebeneinnahme, der Honorare für den Privatunterricht. Der wirtschaftliche Verfall der Stadt, der sich seit der politischen Umgestaltung Osteuropas bemerkbar machte und die zunehmende Teuerung wirkten mittelbar auf die Kaufkraft des Geldes. Die verringerten Einnahmen erschwerten die Berufung auswärtiger Gelehrter, die unter diesen drückenden Umständen auf die früher begehrte Anstellung am Gymnasium häufig verzichteten. Seit 1800 gelang es dem Rat nur mit Mühe, tüchtige Gelehrte für die Anstalt zu gewinnen. Häufig wurden seine Anträge ausgeschlagen oder Gehaltsforderungen gestellt, die von den erschöpften Kassen

nicht getragen werden konnten. Auch das wirkte sich für den Ruf des Gymnasiums, die besten Lehrkräfte des Ostens zu besitzen, ungünstig aus.

Bereits 1757 hatten die Ordnungen auf wiederholte Bitten durch einen Schluß den Gehältern der Professoren 2100 fl. zugelegt und damit eine Erhöhung ihres Einkommens um 300 fl. jährlich bewirkt[92]). An der Gehaltsverbesserung von 1766 waren sie nicht beteiligt. Seitdem blieb ihr Gehalt trotz verschiedener Eingaben um Erleichterungen unverändert. Mit der Übernahme Danzigs durch die preußischen Behörden hofften sie eine günstige Gelegenheit gefunden zu haben, um ihre Wünsche vorzutragen. Bei der Anwesenheit des Ministers v. Schroetter traten sie deshalb an ihn heran und forderten vor allem die Wiederherstellung ihrer alten Rechte, eine dem tatsächlichen Wert entsprechende Ablösung des Deputatholzes und die Vergütung der Akzisefreiheit.

Früher hatte jeder Professor 20 Faden Buchenholz als Teil seines Gehaltes geliefert bekommen. Seit den Schwedenkriegen, unter denen die Forsten der Stadt gelitten hatten, wurde diese Naturallieferung 1671 durch die jährliche Zahlung von 100 fl. abgelöst. Nach den Berechnungen der Professoren betrug jetzt der Wert dieses Holzes gegen 600 fl. Ferner waren sie laut ihres Anstellungsvertrages von allen gewöhnlichen Abgaben befreit. Deshalb forderten sie auch Befreiung von der Akzise, die ihnen 1795 zugestanden wurde, und zwar erhielten sie für ihre Person jährlich 6, für ihre Frau 2 und für das Gesinde 1 Taler; auch für die Kinder wurde nach dem Verhältnis ihres Alters ein kleiner Betrag gezahlt.

Das „Einquartierungs- und Servisreglement für die Stadt Danzig" vom 26. 12. 1793 befreite sie von der Zahlung des Verpflegungsgeldes und auch von der Einquartierung blieben sie verschont, da die Nutzung ihrer Wohnung einen Teil ihres Diensteinkommens bildete und der Boden einer Anstalt gehörte, die mit Einquartierung nicht belegt wurde.

1796 erneuerten sie ihre auch von dem Magistrat als berechtigt anerkannten Wünsche, daß in dem „anzufertigenden Salarien-Etat für die Stadt Danzig uns eine dem Verhältnis der Zeiten und dem theuern Lebens-Unterhalt angemessene Erhöhung oder Verbesserung unserer Salarien ausgemacht werden möge"[93]). Im Mai 1798 wurde ihr Einkommen um 25% erhöht. Da diese Regelung nur für die Städt. Kassen galt und einzig der Professor für Mathematik aus der Kämmerei sein ganzes Gehalt bezog, die übrigen Professoren aber 3/4 ihrer Bezüge aus der Gymnasialkasse erhielten, enttäuschte diese Regelung, bis auf ihr dringendes Verlangen auch dieser Teil ihres Einkommens eine entsprechende Vermehrung erfuhr.

Der zu diesem Zwecke von dem Scholarchen Weickhmann aufgestellte Etat der Gymnasialkasse und der Bericht Gralaths von 1806 an die Regierung über die Einrichtung des Gymnasiums geben einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben des Gymnasiums und die jährlichen Besoldungen der Lehrer.

Aus der Kasse des Gymnasiums und aus der Kämmerei wurden die Gehälter der Professoren gezahlt. Aus der Städt. Kasse erhielt jeder Professor 75 Taler, den Rest durch die Gymnasialkasse. Der Mathematiklehrer zog sein

[92]) R. A. Danzig, 300, 42/159.
[93]) R. A. Danzig, 300, R.R. 3477.

ganzes Gehalt, der Professor für Beredsamkeit 100 und der Professor für Medizin und Physik 50 Taler aus der Kämmerei. Die Gymnasialkasse zahlte:

an den Rektor	200	Taler
dem Inspektor	225	„
dem Professor für Physik und Medizin	50	„
dem Professor für griechische und orientalische Sprachen	200	„
dem Professor für Philosophie	200	„
dem Professor für Eloquenz	215	„

Seit 1798 trat dazu eine Erhöhung von 25%.

An Nebeneinnahmen wurden 25 Taler Holzgeld und die Akzisevergütung gezahlt; jeder Professor bekam eine freie Dienstwohnung angewiesen, nur dem Mathematiklehrer wurden dafür 50 Taler angerechnet. Für die Verwaltung des Rektorates waren dem Professor der Theologie 100 Taler bewilligt. Der Professor der Philosophie bezog für seine Tätigkeit als Verwalter der Ratsbibliothek jährlich 75 Taler, der Mathematiklehrer hatte durch die Ablösung eines alten Privilegs für die Anfertigung von Kalendern von dem Buchbindergewerbe ebenfalls 75 Taler zu beanspruchen.

Der Lektor der polnischen Sprache erhielt 75 Taler aus der Kämmerei und 175 Taler als Prediger an St. Annen. Seit dem neuen Kämmereietat von 1798 betrug sein Gehalt mit der 25% Erhöhung 312 Taler. Dem Famulus wurden 54 Taler ausgezahlt und dem Calefactor gab man bis 1785 jährlich nur 54 fl. Seitdem wurde sein Einkommen allmählich auf 112 fl. gesteigert[94]). Für seine Mithilfe beim jährlichen Kalendeumgang erhielt er 18 und als Lichtgeld 6 fl. Er hatte freie Feuerung und freie Wohnung, eine Stube mit Kammer und Boden. Danach betrugen seine Bezüge jährlich etwa 34 Taler; wollte er dabei nicht verhungern, war er auf Nebenerwerb angewiesen. Für die verhältnismäßig niedrigen Gehälter ließen sich nur schwer angesehene Gelehrte bestimmen, einen Ruf an das Gymnasium anzunehmen. Als daher 1797 die Professur für Eloquenz und Poesie durch Morgenstern besetzt werden sollte, forderte er eine Erhöhung seiner Einkünfte um 100 Taler, die ihm bewilligt wurden, da man hoffte, daß sein Name das Ansehen des Gymnasiums steigern würde.

Von 1794—1799, als Gralath die Geschäfte übertragen wurden, blieb die Anstalt ohne Rektor, da sich kein geeigneter Bewerber finden wollte, der sich mit dem bescheidenen Gehalt begnügte. Der Professor Gräf aus Königsberg, den der Magistrat gern auf diesem Posten gesehen hätte, forderte 1250 Taler, das Doppelte der vorgesehenen Summe; so mußte seine Wahl unterbleiben. Der Prediger Usko aus Smyrna, der bereits für dieses Amt gewonnen war, trat wieder zurück, als sich dort seine Verhältnisse gebessert hatten[95]). Auch das Kirchen- und Schulkollegium mußte 1806 zugeben, daß die geringen Gehälter nicht zureichten, um den Professoren ein notdürftiges Auskommen zu sichern.

Ebenso war die Sorge für die Hinterbliebenen der Professoren unzureichend. Wiederholt wurde sogar das Gnadenquartal abgelehnt und durch einen Beitrag aus der Armen- oder Gymnasialkasse ersetzt. Seit 1748 bestand

[94]) R. A. Danzig, 300, K.S. 78.
[95]) R. A. Danzig, 300, R.R. 3478.

eine Professoren-Witwenkasse, die einen ehemaligen Beitrag von 100 fl. oder dafür jährlich 5 fl. Zinsen verlangte. Über Umfang und Höhe ihrer Leistungen wurde nichts bekannt[96]).

Die Gymnasialkasse hatte bei der Kämmerei Gelder in Höhe von 26 978 Talern stehen, deren Zinsen 1970 Taler ausmachten. Dazu hatte sie aus Wohnungs- und Kellermieten an Grundzinsen, den sogenannten Vikarien-Kapellen- und Rollengeldern, einer Spende des Stadtgerichtes „ex donatione antiqua", von den geringen Mieten der Studentenwohnungen auf dem Palatium (jährlich 1 Taler), aus einer Abgabe von jedem neuen städtischen Höker (je 30 fl.) und aus einem kleinen Anteil an den Strafgeldern der Danziger Akzise eine ungewisse Einnahme, die Gralath mit 236 Talern berechnete.

Davon waren zu bestreiten: die Unterhaltung und Ausbesserungen der Schulgebäude und der Professorenwohnungen, die teilweise Besoldung von 6 Professoren und 3 Schulkollegen, des Famulus und des Calefactors, der Ankauf des Brennholzes für die Klassenzimmer und für den Calefactor, eine jährliche Abgabe an die Ratsbibliothek von 25 Talern, die Auszahlung einiger Stipendien und mehrere geringfügige Verpflichtungen.

Aus früheren Zeiten besaß das Gymnasium eine Reihe von Stiftungen und Vermächtnissen, die für die Unterstützung der Gymnasiasten oder während ihres Aufenthaltes auf der Universität bestimmt waren und zu seinen besonderen Vorzügen zählten, weil durch sie erst vielen Schülern ein längeres Studium in Danzig möglich wurde. Hirsch hat in seiner „Geschichte des Danziger Gymnasiums seit 1814" ihr Verzeichnis mit einer kurzen Inhaltsangabe ihrer Höhe und der jeweiligen Bestimmungen gegeben.

Seit 1750 kamen folgende Stiftungen hinzu:

1. Das Aerarium novum, aus einer Überweisung rückständiger Zinsen des Aerarium vetus in Höhe von 4000 fl., 1752. Aus ihm sollten die Privatkollegia bedürftiger Schüler bezahlt werden. Seit 1800 wurden von den Zinsen wissenschaftliche Bücher zum Gebrauche der Lehrer angeschafft.

2. 1765 das Reimannianum; 2500 fl. wurden für zwei Gymnasiasten bestimmt. Bei der Verleihung dieses Stipendiums, die auf 3 Jahre erfolgte, sollten die Verwandten des Stifters und Studenten seiner Vaterstadt Friedland an erster Stelle berücksichtigt werden.

3. Das Hanovianum 1773. Der Professor der Philosophie Michael Hanow bestimmte den Rest seines Vermögens, der nach Auszahlung verschiedener Legate verblieb, zu Stipendien für Studenten in Danzig oder auf Universitäten. Seine und seiner Haushälterin Verwandte waren bevorzugt zu berücksichtigen.

4. Fand sich unter den Papieren des 1790 verstorbenen Professors der Philosophie Strauß ein Geldpaket von 1100 fl., das als Plantarium novum für ein dreijähriges Stipendium an einen Gymnasiasten eingerichtet wurde[97]).

In den unruhigen Notjahren von 1806/14 entwerteten diese Legate und für längere Zeit mußte von ihrer Verteilung Abstand genommen werden, bis die Verluste sich ausgeglichen hatten.

Die Studenten nahmen diese Stiftungen rege in Anspruch. Das Aerarium bezahlte nach den vorhandenen Quittungen 1762 20 Teile zu 9 fl. und 1763

[96]) Vgl. Hirsch, Gesch. d. Danziger Gymn. seit 1814, Progr. 1858 a. a. O.
[97]) Vgl. Hirsch, Gesch. d. Danziger Gymn. seit 1814, S. 25 f.

21 Teile zu 9 fl. aus[98]). Gelegentlich wurden mehrere Teile an einen Bewerber vergeben. Der Höchstbetrag war 45 fl. Das Plantarium gab an den einzelnen Schüler 40 fl. und das Lueschnerianum (seit 1709) 50 fl. An Danziger Studenten an auswärtigen Universitäten kamen durch den kassenführenden Scholarchen, dem über einen Teil der Stiftungen das Verfügungsrecht zustand, Beihilfen zur Verteilung. Meist erhielten die Stipendiaten 3 Jahre hindurch eine Unterstützung von 60 fl.; auch Reisezuschüsse konnten auf Antrag gewährt werden. In solchen Fällen wurden 30 fl. gezahlt[99]).

VIII.

Das Gymnasium 1793 bis 1817

1. Das Gymnasium in der Zeit der ersten preußischen Herrschaft.

Die vorbereitenden Maßnahmen — die Einrichtung des Kirchen- und Schulkollegiums — die Besichtigung von 1802 — das Lehrerseminar Trendelenburgs.

Als Danzig 1793 seine politische Selbständigkeit einbüßte, die seit mehreren Jahrzehnten nur noch ein Schatten des früheren Glanzes und der einstigen Stärke gewesen war und endlich unter dem Schutz des preußischen Staates neuen Aufgaben zustrebte, nahm die Regierung sofort die Ordnung des Schulwesens in die Hand und ließ sich bereits im Juli 1793 einen vorläufigen Bericht erstatten. Infolge dringlicherer Arbeiten blieb die Angelegenheit vorerst liegen, bis 1797 ein Gutachten über die frühere Tätigkeit des Collegium Scholarchale, das in Erwartung einer anderweitigen Regelung seine Ämter zur Verfügung gestellt hatte, angefordert wurde. Solange sollten seine Befugnisse den Kriegsräten Groddeck und Weickhmann übertragen bleiben.

Um genaue Einsicht in die Danziger Verhältnisse zu bekommen, wünschte die Regierung eine „ganz ausführliche und umständliche Anzeige, die sowohl die innere Verfassung als die äußeren Verhältnisse vollständig enthalten muß" über das Schulwesen in Stadt und Land. Dieser Bericht, der am 11. 4. 1798 nach Marienwerder abging, umfaßte in 15 Anlagen sämtliche Stadtschulen und das Gymnasium, die Pauperklassen, Freischulen und die Anstalten der Vorstädte, die Dorfschulen im Werder, auf der Nehrung, Scharpau, Danziger Höhe und die Schulen von Hela und Heisternest.

Eine Kabinettsordre vom 18. Juli 1798 verfügte für Preußen „eine zweckmäßige und den Bedürfnissen des gegenwärtigen Zeitalters angemessene Einrichtung des Schulwesens." Hierzu wurde eine Übersicht aller Provinzschulen mit einem gutachtlichen Bericht von den Verwaltungen angefordert. Diese Übersicht, die am 9. 1. 1799 als 3. Bericht der Regierung zugestellt wurde, umfaßte in 74 Nummern das Danziger Schulwesen in Stadt und Land. Ein zweites Verzeichnis enthielt die Schulen bei den Armenhäusern, die katholischen Schulen und die Pensionsanstalten für Mädchen. Auch die Winkelschulen wurden aufgenommen. Es bestanden in der Rechtstadt 16, in der Altstadt 16, in der Vorstadt 13, auf Langgarten und Niederstadt 10, in den Vorstädten 15 solcher Winkelschulen.

[98]) R. A. Danzig, 300, 42/185, 186.
[99]) R. A. Danzig, 300, R.R. 5708.

Nach diesen Vorbereitungen schritt die Regierung zu Maßnahmen und verfügte die Einsetzung eines Kirchen- und Schulkollegiums in dem „Reglement betreffend die Bestellung und Amts-Verwaltung des Kirchen- Schul- und Armen-Collegii für die See- und Handlungs-Stadt Danzig und das dazugehörige Territorium" vom 31. 12. 1799. Dieses Kirchen- und Schulkollegium hatte „alle ev. Luth. Kirchen- Schul- Stipendien- milden Stiftungs- und Armen-Sachen in der Stadt Danzig und deren Territorio" zu verwalten. Als beständige Mitglieder vermöge ihres Amtes gehörten ihm an: der Oberbürgermeister, der Oberrichter, der erste Lutherische Inspektor, der älteste Prediger der Reformierten Kirche und der Rektor des Gymnasiums. Von dem Magistrat wurden zu Mitgliedern gewählt je 3 Stadträte aus dem Magistrat und aus dem Stadtgericht, ein Mitglied des geistlichen Ministeriums und ein Professor des Gymnasiums. Als Beisitzer sollten aus dem Kreise der Stadtverordneten alle 3 Jahre je 2 Angehörige der Kaufmannschaft und der Hauptgewerke und ein Vertreter der Kramerzunft gewählt werden. In den Geschäftsbereich dieser Dienststelle gehörten „die Wahl, Vokation, Prüfung, Verfügung der Ordination und Introduktion sämtlicher Kirchen- und Schul-Bedienten in der Stadt und auf dem Lande...", die Aufsicht über die protestantischen Kirchen, das akademische Gymnasium, über die Stadt- und Landschulen, Hospitäler und Armenanstalten und die Stiftungen. Sie besaß die Zensur über alle in Danzig herauskommenden theologischen und philologischen Schriften. Dagegen blieb die Besetzung der ersten Predigerstelle bei St. Marien und des Rektorates am Gymnasium der Regierung vorbehalten. Ebenso sollten die Prüfungen des Rektors und der Professoren des Gymnasiums durch das Oberschulkollegium in Berlin erfolgen.

Im Oktober 1800 erließ der Vorsitzende des Kirchen- und Schulkollegiums, Grützmacher, die ersten Anordnungen der kommenden Reformen. Die öffentlichen Schulprüfungen, die seit 1793 fast aufgehört hatten, sollten wieder aufgenommen werden. Den Professoren Gralath und Trendelenburg und dem Kirchenrat Bertling wurde Auftrag erteilt, hierüber und über die Einrichtung der Gelehrten- und Bürgerschulen, besonders des Gymnasiums, einen Plan einzureichen. Dieser „Schul-Verbesserungsplan" von 1801 wurde dem Minister v. Massow gelegentlich seiner Anwesenheit in Danzig zur Begutachtung vorgelegt und später an die westpreußische Regierung eingeschickt. In den Danziger Akten ist eine Abschrift nicht erhalten.

Im August 1802 besichtigte der Minister v. Massow in Begleitung des Oberschulrats Zöllner das Gymnasium[100]). Seit 1799 verwaltete Daniel Gralath das Rektorat, für das seit dem Tode Ver-Poortenns (1794) trotz mancher Bemühungen kein geeigneter Nachfolger hatte gefunden werden können. Der Minister gewann die Überzeugung von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Umgestaltung „sowohl in Ansehung des Lehrplans als des Lokals." Fast alle Lehrzimmer waren finster und dumpfig, der Lehrplan der Sekunda entsprach den Anfangsklassen einer Lateinschule, der Unterricht in Prima war wissenschaftlich und akademisch, die Schulzucht mangelhaft.

[100]) P. Schwartz, Die Schulen der Provinz Westpreußen unter dem Oberschulkollegium 1787/1806, Zeitschrift für Gesch. d. Erziehung u. d. Unterrichts, XVI, 1928.

Dagegen hinterließ eine andere Einrichtung bei dem Minister einen guten Eindruck. Schon wiederholt war auf die Dringlichkeit einer Vorbereitungsschule für Volksschullehrer bei den Behörden ohne Erfolg hingewiesen worden. Seit Ostern 1801 hatte der Professor Trendelenburg, unterstützt durch private Förderung, ein solches Schullehrerseminar eröffnet, dessen Unterricht Trendelenburg selbst, der Prediger Röhr und einige Kandidaten unentgeltlich erteilten; auch Zeichnen und Gartenarbeit waren in den Lehrplan aufgenommen.

Zu dem Seminar gehörten im ersten Berichtsjahr 12 Schüler, denen freie Wohnung, Beköstigung und Bücher geboten wurden. Die Grundsätze, nach denen Trendelenburg den Unterricht gestaltete, entsprachen den jüngsten Erfahrungen. Das zeigte sich nicht nur in der Auswahl der Fächer, die den Lehrer befähigen sollten, „den Kindern zugleich allerlei nützliche und fürs gemeine Leben brauchbare Kenntnisse beizubringen", sondern in dem Erziehungsziel, das dem künftigen Jugendbildner gestellt wurde. An Beispielen und Lehrstunden konnten die jungen Seminaristen die ihnen vorgetragene Kenntnis erproben, „daß es beim Jugendunterrichte auf Weckung und Übung der Seelenkräfte vorzüglich ankomme" [101]).

Im März 1806 beantragte die Regierung die staatliche Anerkennung und Unterstützung des Seminars. Seinen Leiter Trendelenburg nannte sie „einen der einsichtsvollsten und tüchtigsten Männer, ebenso achtungswürdig in Hinsicht seines Charakters als geschätzt wegen seiner Kenntnisse." Ein Jahr später mußte diese Anstalt geschlossen werden, als Danzig von Preußen getrennt wurde.

Pläne um das Gymnasium.

Handelsschule oder Exerzierhalle — die Absichten der Regierung: das Gymnasium als einzige Gelehrtenschule — die Berichte Gralaths und Trendelenburgs.

In die Zeit der Besichtigungsreise Massows fiel der Versuch des Leiters der Berliner Handelsschule, J. N. F. Schulze, seine Tätigkeit nach Danzig zu verlegen und das Gymnasium in eine Handelsschule umzuwandeln. Am 10. 1. 1801 benachrichtigte er das O. S. K. von seiner Absicht und bat um dessen Unterstützung. Ein Danziger Kaufmann habe ihm dazu geraten, da man der Ansicht sei, „daß die Umwandlung des dortigen ganz in Verfall geratenen und fast gar nicht mehr frequentierten Gymnasiums in eine Handelsschule sehr zweckmäßig sein würde." Das O. S. K. versprach ihm zwar Berücksichtigung seines Wunsches, ließ sich aber auf die vorgeschlagene Umgestaltung nicht ein, sondern sprach von einer Angliederung an das Gymnasium. Das westpreußische Schulkollegium verhielt sich gegen die Pläne in der vorgetragenen Form ablehnend. Obwohl die Kaufmannschaft eine Danziger Handelsschule begrüßt hätte, mußte der Versuch aus Mangel an Mitteln aufgegeben werden, da auch die öffentlichen Kassen nicht die Kosten für die spätere Erhaltung der Anstalt übernehmen wollten.

In diesen Zusammenhang gehört als Anekdote der Versuch des Majors v. Schaikowski, der das III. Bataillon im Regiment v. Besser befehligte, das

[101]) Nachricht an das Publikum über die Einrichtung und die Fortschritte des hiesigen Schullehrer-Seminarii. Danzig, 1803, S. 12 f.

Gymnasium in eine Exerzierhalle umzuwandeln[102]). Obwohl sein Antrag, „im Kreutzgange des Gymnasii Rekruten exerzieren zu dürfen", von dem Kirchen- und Schulkollegium abgelehnt wurde, erschienen nach dem Bericht Gralaths am 25. 11. 1805 ein Gefreiter mit 11 Mann zum Exerzieren. Der Gefreite behauptete, dazu von dem Major v. Schaikowski Anweisung erhalten zu haben. Am folgenden Tage untersuchten einige Offiziere ohne vorherige Anmeldung die Örtlichkeiten des Gymnasiums auf ihre Eignung. Wenig später wurde der Kreuzgang von 30 bis 40 Soldaten mit mehreren Unteroffizieren zu Exerzierübungen belegt. Das Kirchen- und Schulkollegium verwahrte sich gegen diesen Übergriff, weil ein geordneter Unterricht dadurch unmöglich wurde. Es erwartete von dem Major, er werde den Verantwortlichen, „der sich eigenmächtig den unzulässigen Gebrauch dieses einer öffentlichen Lehranstalt gewidmeten Gebäudes erlaubt, zur Verantwortung und Strafe ziehen."

Mag hier auch nicht mehr als eine Reiberei zwischen Zivil- und Militärbehörden vorgelegen haben, so spricht die Wahl des Ortes deutlich für das gesunkene Ansehen des Gymnasiums.

Am 5. Juni 1805 gab der Minister v. Massow der westpreußischen Regierung den allgemeinen Plan bekannt, nach dem in Zukunft der öffentliche Unterricht gehandhabt werden sollte[103]). Die Grundlage hierfür bildete der durch Gralath, Trendelenburg und Bertling 1801 eingereichte „Schul-Verbesserungsplan". Danach wurde eine fast gänzliche Umformung des Danziger Schulwesens befohlen. Das bisherige akademische Gymnasium sollte die einzige gelehrte Schule bleiben. „Jene Anstalt aber ist, wie schon aus der Durchsicht ihres Lehrplanes ergibt, sehr fehlerhaft eingerichtet und es ist dringend nötig, daß demselben eine andere, den besten inländischen Gymnasien homogene Einrichtung gegeben werde." Die Regierung bezog sich „auf das Euch von dem unterzeichneten Chef bei seiner Anwesenheit in Marienwerder den 12. Oktober 1802 communicierte Protokoll, von welchem Ihr Abschrift für Eure Noten zu nehmen angewiesen worden seid." Diesem Auftrag hatte man zwar genügt, aber die Bemerkungen und Anmerkungen des Protokolls nicht benutzt. Da der damals geforderte Bericht über das Gymnasium nicht eingegangen war, wurde jetzt befohlen, ausführliche Vorschläge und einen Lehrplan einzureichen. Dabei sollte auf die geplante Anknüpfung an die höheren Bürgerschulen Rücksicht genommen werden. Drei Klassen wurden für das Gymnasium vorgesehen, für die Aufnahme in die III. Klasse galt als Vorbedingung eine gute Grundlage in der lateinischen, deutschen und französischen Sprache, während das Griechische dem Gymnasium vorbehalten blieb. Die Grenzen der Anforderungen ergaben sich aus den Fortschritten der unteren Schulen, denen man sich anzupassen hatte. Es war beabsichtigt, das Gymnasium später mit einer Mittel- oder Realschule zu verbinden; der Ausbau in eine vierklassige Anstalt war für die nächste Zeit in Rechnung zu stellen. Selbstverständlich hatten in Zukunft alle Erinnerungen an akademische Gebräuche wegzufallen, wie auch die Fakultätswissenschaften nicht mehr gelehrt werden durften. Die Schüler sollten einer vernünftigen Schulzucht unterworfen und entsprechende Schulgesetze angefertigt werden.

[102]) R. A. Danzig, 300, K.S. 82.
[103]) R. A. Danzig, 300, KS. 348.

Die Regierung beschrieb nochmals eingehend ihren Wunsch, nur eine gelehrte Schule in Danzig zu behalten „und die Elementar-, Bürger- und Mittelschulen mit dem Gymnasio als der einzigen gelehrten Schule zu Danzig dergestalt in Verbindung zu setzen, daß jene niederen Schulen zugleich als die unteren Klassen der gelehrten Schule anzusehen sind. Die Mittelschule soll soweit zu der gelehrten Schule vorbereiten, daß der aus der ersten Klasse der Mittelschule entlassene Schüler sich zu dem Unterricht in der III. Klasse der gelehrten Schule völlig qualifizieren muß." Die Pfarrschulen von St. Marien und St. Johann waren zu Real- und Mittelschulen einzurichten; 1803 hatte man bereits die drei unteren Klassen des Gymnasiums zu einer selbständigen deutschen Bürgerschule umgebildet.

Gralath, als geschäftsführender Rektor, konnte den gewünschten Bericht über „die Einrichtung des Gymnasiums" wegen seiner Kränklichkeit erst Ende Juli an das Kirchen- und Schulkollegium geben. Trendelenburg versah ihn mit einem Gutachten, bevor er nach Marienwerder weitergeleitet wurde[104]).

Das Rektorat sollte nach dem Tode des letzten Rektors jedem fähigen Professor übertragen werden, während es bis dahin mit dem Amt des Predigers an der Trinitatiskirche verbunden war, also nur von einem Theologen verwaltet wurde. Im Gegensatz zu früheren Zeiten wurde der Unterricht strenger genommen. Die Primaner hatten zwar nicht über jede versäumte Stunde Rechenschaft zu geben, wurden aber bei öfterem Fernbleiben zur Rede gestellt. Der Vortrag in Prima geschah nicht mehr rein akademisch, sondern es wurden Fragen gestellt und Wiederholungen aufgegeben. Die akademischen Sitten hatten sich bis auf das Beiwort in der Bezeichnung der Anstalt verloren. „Feierlicher Aufzüge der Studierenden wissen sich vielleicht Wenige mehr zu erinnern und selbst der Degen, diese tolle Zierde unserer Hüfte nach Hallers Ausdruck, wird nicht mehr an ihrer Seite gesehen."

Die von Gralath vorgeschlagenen Verbesserungen erachtete Trendelenburg nicht für durchgreifend genug, auch entsprachen sie nicht der beschlossenen Umformung des Gymnasiums in eine dreiklassige lateinische Lehranstalt. Trendelenburg setzte bei seinen Vorschlägen voraus, daß die Marien- und die Johannisschule zu Mittelschulen umgeformt würden, von denen das Gymnasium gleichsam die oberen Klassen bildete. Eine Schwierigkeit sah Trendelenburg darin, daß, während jeder Professor bisher sein Fach gelesen hatte, nun mehrere von ihm zu übernehmen waren. In Latein und Deutsch konnte jeder Professor zur Not unterrichten, der Mathematiklehrer hatte die Naturlehre zu übernehmen. Wurde das Gymnasium die einzige lateinische Lehranstalt, war in drei Klassen von 8—12 und 2—5 Uhr zu unterrichten, was eine Verdoppelung der Lehrstunden bedeutete.

Folgende Verteilung der Lehrgegenstände schlug Trendelenburg vor:

1. Religion, Religionsgeschichte, Rechtstugend, Klugheitslehre und Bibellektüre, wobei alle drei Klassen vereint werden können . . . . . 6 Stunden
2. Mathematik und Naturkunde in drei Klassen je 6 Stunden . . 18 Stunden
3. Latein in jeder der drei Klassen je 6 Stunden . . . . . 18 Stunden

[104]) R. A. Danzig, 300, KS. 64.

4. Deutsche Sprache mit Grammatik, Stilübungen, Deklamieren, Rhetorik, Ästhetik in jeder der drei Klassen je 6 Stunden . . 18 Stunden
5. Das Hebräische nur für Theologen, in zwei Klassen 2 Stunden 4 Stunden
6. Das Polnische in 4 Stunden für alle Klassen war freiwillig gedacht und sollte von dem Lektor in der Morgenstunde von 7—8 oder mittags von 12—1 Uhr besorgt werden.

Für die Nachmittagsstunden von 2—5 Uhr waren vorgesehen:

1. Geschichte, Geographie und Statistik in jeder der drei Klassen 4 Stunden . . . . . 12 Stunden
2. Philosophie, Enzyklopädie mit Literaturgeschichte in den drei Klassen 4 Stunden . . . . . 12 Stunden
3. Griechisch in den drei Klassen 4 Stunden . . . . . 12 Stunden

Insgesamt ergab das 100 Stunden, auf jeden Professor entfielen danach 14/15 Stunden. Die Nachmittage am Mittwoch und Sonnabend sollten für Zeichnen und Französisch vorbehalten bleiben, wofür besondere Lehrer anzustellen waren. Die dritte Schwierigkeit lag in der Beschaffung der Geldmittel, denn die Professoren mußten für die vermehrte Arbeit auch eine höhere Besoldung haben. „...daß die Professoren von den bisherigen geringen Besoldungen nicht einmal notdürftig leben können, ergibt der Augenschein." Auch wurden ihre Nebeneinnahmen durch die geplante Neuordnung erheblich beschnitten. Als Mindesteinkommen mußte man ihnen jährlich 500 Taler bieten. Aber schon dieses mäßige Gehalt erforderte einen Zuschuß von beinahe 1300 Talern. Die Geldmittel der Marien- und Johannisschule, auf die das Gymnasium nach dem Vorschlag der Regierung zurückgreifen sollte, genügten kaum, um an diesen Schulen die Lehrer besolden zu können. Eine Schulgelderhöhung erschien nicht ratsam, da die meisten Schüler aus dürftigen Verhältnissen kamen und vom Gymnasium noch Zuschüsse erwarteten. Die vorhandene Gymnasialkasse erhielt bereits einen jährlichen Zuschuß von 1214 Talern aus der Kämmerei. Sollten die Gehälter auf 500 Taler erhöht und für einen Lehrer in Zeichnen und in Französisch ein Einkommen von 150 Talern bestimmt werden, wurde ein weiterer jährlicher Zuschuß von 1410 Talern erforderlich.

Der Bericht schloß mit der Versicherung, daß es nicht schwerfallen könnte, die Vorschläge nach dem Sinn der Regierung im einzelnen auszuarbeiten, da aus den übersandten Plänen zu ersehen sei, daß für das Gymnasium die Vorschriften für die gleichartige Elbinger Anstalt maßgebend seien.

2. Die Einführung der Reifeprüfung in Danzig 1802.

Das Reglement vom 23. 12. 1788 — seine Voraussetzungen — die Prüfung der Kantonpflichtigen — weitere Verordnungen — die Reifeprüfungen in Danzig von 1802—1806 — ihre Leistungen im Vergleich mit den Ergebnissen in Jenkau — Thorn — Elbing — Stettin.

Die wenigen Jahre der ersten preußischen Herrschaft hatten die Pläne zur Erneuerung des Gymnasiums nicht ausreifen lassen. Während der folgenden Zeit bis zur endgültigen Vereinigung Danzigs mit Preußen befand sich das Gymnasium in einem Übergangszustand. Dagegen war es durch die Einführung der Reifeprüfung 1802 fest dem allgemeinen preußischen Er-

ziehungsplan angeschlossen. Am 23. 12. 1788 war in Preußen „das Reglement für die Erziehung an den Gelehrten Schulen" in Erfüllung eines Wunsches der Universitäten nach gründlicher Vorbereitung der Studierenden veröffentlicht worden. Bisher hatte der Abgang zur Universität in dem Ermessen der Schüler oder deren Angehörigen gelegen. Die Schule verlangte keine Abgangsprüfung, nur an der Universität erwartete den Ankömmling eine Prüfung durch den Dekan der philosophischen Fakultät, die eine bloße Formsache war und der man durch ein „beifälliges Testimonium" des Schulrektors ausweichen konnte. Auch machten die zahlreichen Neueinschreibungen den Universitäten eine gründliche Sichtung unmöglich, nur gelegentlich kamen Abweisungen vor. Daher entsprachen die Leistungen der Studenten häufig nicht den Anforderungen, die gestellt werden mußten. Das Abiturientenexamen konnte nur ein kurzer Beitrag zu der dringenden Verjüngung der Jugenderziehung sein. Allgemein war das Schulwesen verfallen, gab die wirtschaftliche und soziale Lage der Lehrer zu ernsten Vorstellungen Anlaß, wurde immer dringlicher die Forderung einer Überprüfung der Lehrpläne und nach Einführung eines einheitlichen Bildungsplanes erhoben. Die Reifeprüfung brachte nur für den Augenblick Erleichterung. Ihr wesentlicher Zweck war vor allem, die Universität vor dem Zuzug Unreifer zu schützen. Bezeichnend für die liberale Haltung der Zeit war die Einschränkung: „Es ist jedoch hiebey Unsere Absicht nicht, die bürgerliche Freiheit insofern zu beschränken, daß es nicht ferner jedem Vater und Vormund freistehen sollte, auch einen unreifen und unwissenden Jüngling zur Universität zu schicken; dies soll vielmehr nach wie vor dem Ermessen eines jeden überlassen werden" [105]). Das Zeugnis der Unreife — auch ein solches wurde auf den gelehrten Schulen erteilt — schloß also von dem Besuch der Universität nicht aus. Doch sollten seinen Inhabern Stipendien und Benefizien versagt bleiben.

Eine weitere „Instruktion über die Prüfung der Cantonpflichtigen jungen Leute in Absicht ihrer Fähigkeit zum Studieren" vom 24. Mai 1793 sollte schon frühzeitig ungeeigneten Schülern den Zulauf zur Universität erschweren [106]). Sie erfolgte daher bereits vor dem 14. Lebensjahre, zur Zeit der Einsegnung oder bald hinterher, um den Übergang in einen anderen Beruf zu ermöglichen. Eine spätere Erinnerung schärfte den Fähigkeitsnachweis nochmals ein: „Ideen schnell aufzufassen und schnell Überlegungen anzustellen, ihr Scharfsinn, ihre Beurteilungskraft, ihr Kombinationsvermögen" haben für die Beurteilung maßgebend zu sein.

In Danzig wurde diese Prüfung zum ersten Male auf Anforderung des Generalleutnants v. Hanstein an dem aus Christburg gebürtigen Gymnasiasten Gottlieb Großmann vollzogen, der Theologe werden wollte. Am 9. März 1799 nahmen die Professoren Trendelenburg und Morgenstern die Prüfung ab. Großmann wurde in Arithmetik, Geographie, Geschichte und in den Sprachen, besonders in Latein, in der Theologie über „das Dasein und die Eigenschaften Gottes" gefragt. Die schriftliche Arbeit bestand in einem kleinen Aufsatz über

[105]) P. Schwartz, Die Gelehrtenschulen Preußens, unter dem Oberschulkollegium (1787—1806) und das Abiturientenexamen. 3 Bde. Berlin 1910—12. = Mon. Germ. paed. Bd. 46, 48, 50. I S. 123.

[106]) R. A. Danzig, 300, K.S. 62.

„die Vorteile einer frühzeitigen Arbeitsamkeit". Großmann genügte den an ihn gestellten Anforderungen.

In ähnlicher Absicht wie die Anweisung über die Prüfung der Kantonpflichtigen wurde ein Reskript vom 7. Februar 1797 über „die Abhelfung des Mangels der Wissenschaften bei den studierenden Jünglingen" erlassen [107]). Hier bemängelte die Verordnung besonders die fehlenden Sprachkenntnisse der jungen Theologen und Juristen. Es sollte daher den gelehrten Schulen zur Pflicht gemacht werden, „das Studium der ächten Latinität bey der studierenden Jugend auf alle mögliche Art zu befördern".

Ende November 1804 wurde das Universitätsstudium auf drei Jahre verlängert, da die bisherige kurze Ausbildung nachteilig auf die Kenntnisse wirkte und viele Studierende „in der bey ihrer nachmaligen Anstellung mit ihnen vorgenommenen Prüfung oder doch bey ihrer Amts-Verwaltung untüchtig oder nicht gehörig vorbereitet gefunden worden sind."

In Danzig wurde das Abiturientenexamen 1802 eingeführt. Erst wiederholte Mahnungen der Universitäten und ein nachdrücklicher Hinweis aus Marienwerder veranlaßten Grützmacher, bei den Professoren des Gymnasiums auf die Einhaltung der Verordnung vom 23. Dezember 1788 zu dringen. Am 25. April 1801 hatte die Universität Halle dem OSK. gemeldet, daß die Danziger Abiturienten zwar „Testimonia maturitatis" beibrächten, die jedoch so unbestimmt gehalten wären, daß man im Zweifel sei, ob diese Zeugnisse für gültig angesehen werden durften. Ähnlich äußerte sich die Königsberger Universität. Das OSK. stellte die Ungültigkeit der Zeugnisse fest, ließ sie aber in den gemeldeten Fällen durchgehen, „da sie ausdrücklich als Testimonia maturitatis ausgefertigt sind" [108]). Der Danziger Magistrat erhielt einen Verweis, daß die Vorschriften über die Prüfungen der Abiturienten und Kantonpflichtigen unbeachtet blieben, „indem nicht allein an der Universität Halle, daß ein gewisser Bark und Krakau, sondern auch an der Universität Königsberg, daß ein gewisser Weiß daselbst, ohne vorschriftsmäßige Zeugnisse angekommen" [109]). Grützmacher und der Senior des geistlichen Ministeriums, Bertling, wurden zu Prüfungsleitern für die in Zukunft abzuhaltenden ordentlichen Examina eingesetzt. Grützmacher bestimmte für die zweimal jährlich stattfindende Prüfung nach preußischem Vorbild den Johannistag und Neujahr.

Als erster mußte der Abiturient Wilhelm Rump das Examen ablegen, der am 16. Oktober 1801 bei dem Kirchen- und Schulkollegium um ein Zeugnis der Reife nachsuchte, ohne die erforderlichen Unterlagen beizubringen, da ihn „eine bekannte fortdauernde Unpäßlichkeit" verhinderte, sich einer Prüfung zu unterziehen. Als im August 1802 zwei Gymnasiasten die Universität zu beziehen beabsichtigten, ohne die Prüfung pro maturitate abgelegt zu haben und sich auch in den Danziger Familien um Beihilfen bewarben, ließ das Kirchen- und Schulkollegium in den „Danziger Nachrichten und Anzeigen" ein Publikandum einrücken, das auf die gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam machte.

---

[107]) R. A. Danzig, 300, R.R. 3472.
[108]) P. Schwartz, Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Oberschulkollegium, III, S. 516.
[109]) R. A. Danzig, 300, K.S. 62.

Auf die Verordnung Grützmachers vom 29. März 1802 über die Durchführung des Examens reichte Gralath ein Verzeichnis von 4 Abiturienten ein, die zu Johann geprüft werden wollten [110]). Von ihnen wählten 3 das juristische, einer das theologische Studium, 3 bewarben sich um Stipendien. Nachträglich meldete sich als fünfter Georg Havemann, Sohn eines früheren Feldwebels und Akzisekontrolleurs in Tiegenhof, der als Kantonpflichtiger bereits eingezogen war und erst auf Veranlassung des Kirchen- und Schulkollegiums freigegeben wurde. Er wollte sich sein juristisches Studium durch Stipendien ermöglichen.

Von den 5 Prüflingen wurde der Theologe Warneck für nicht reif befunden, für Havemann wollte man sich dagegen auf Grund seiner ausgezeichneten Fähigkeiten verwenden und ihm den Abschied vom Militär erwirken. Das erste ordentliche Abiturientenexamen in Danzig fand am 8. Juli 1802 unter dem Vorsitz des Kriegsrats Haag und im Beisein Grützmachers statt [111]). Der Bericht dieser Prüfung ist von Haag unterzeichnet. Aus ihm geht hervor und wurde auch von Grützmacher bemängelt, daß entgegen der Verfügung vom 23. Dezember 1788 nur eine mündliche Prüfung abgenommen wurde. Die erste Reifeprüfung in Danzig war also ohne schriftliche Prüfung.

Zu der zweiten Prüfung am 25. Januar 1803 meldeten sich 5 Bewerber, von denen der Primaner Thiel wegen Krankheit zurücktreten mußte und seine Prüfung später nachholte. Unter den Teilnehmern, von denen 3 Jura und 2 Theologie studieren wollten, befand sich auch Gottfried Bartoldi, der durch seine verunglückte Verschwörung von 1797 eine traurige Berühmtheit erlangt hatte. Drei Prüflinge erhielten das Zeugnis der Reife, einem wurde es verweigert [112]).

Die Prüfungsprotokolle geben Aufschluß über die Anforderungen, die an die Primaner gestellt wurden. Gralath fragte über die Anfangsgründe der römischen Geschichte, römisches Recht und Naturrecht, die preußische Gesetzgebung; aus der deutschen und preußischen Geschichte prüfte er Karl den Großen, die Reformationszeit, die Geschichte des Hauses Hohenzollern, besonders des Großen Kurfürsten und über die preußischen Neuerwerbungen. Der Professor für Medizin und Physik griff auf seine Vorlesungen zurück und stellte Fragen aus der Physiologie und der Wärmelehre, er prüfte die Lehre von der Kohäsion und Adhäsion, die Lichtlehre und die Schwerkraft. Trendelenburg als Professor für Griechisch und orientalische Sprachen ließ Stellen aus dem Herodot und Xenophon, aus der Ilias und den Dialogen Platos übersetzen, gelegentlich legte er den Theologen auch hebräische Texte vor.

Morgenstern ließ eine Stelle aus Cicero: de finibus und Horaz, Ode 4, lib. II übersetzen, sein einstweiliger Nachfolger Rinck fragte ebenfalls Cicero de finibus, Horaz ep. 2, lib. II und aus der Andria des Terenz; als später Johann Schulz diese Professur übernahm, verlangte er eine Übersetzung aus der Georgica des Vergil.

---

[110]) R.A. Danzig, 300, K. S. 63.

[111]) An dem Conradinum in Jenkau wurde die erste Prüfung am 21. 7. 1803 mit einem Abiturienten abgehalten. Vgl. Paul Schwartz, Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Oberschulkollegium, Band I, S. 273.

[112]) Vgl. für die Reifeprüfungen vom 8. 7. 1802 bis 21. 8. 1806 die Tabelle.

Der Professor für Philosophie, Ewerbeck, fragte Logik, die Lehre von den Urteilen und Schlüssen und enzyklopädisches Wissen. Der Mathematiker verlangte den pythagoräischen Lehrsatz, die Sätze von den Winkeln, der Kreislinie und Kenntnis der Logarithmen.

Seit 1803 liegen auch schriftliche Arbeiten der Abiturienten vor, zuerst kurze Übersetzungen aus dem Deutschen ins Lateinische, etwa 4 Sätze von dem Umfang einer Schreibseite, die zudem recht fehlerhaft sind. Wenig später lieferte der Primaner Thiel bereits 2 Aufsätze, einen lateinischen mit dem Thema: Specimen explicationis verborum Ciceronis: de officiis I, 28 § 8 und eine deutsche Arbeit: „Über Caesars Betragen, als ihm zu Alexandrien des ermordeten Pompejus Kopf und Bildnis überreicht ward". Seit der Juliprüfung 1803 wurden die lateinischen und deutschen Ausarbeitungen bereits umfangreicher [113]). Allgemein schwankte der Umfang der schriftlichen Arbeiten zwischen 4 bis 12 Seiten. Bedeutende Anforderungen wurden an die Abiturienten nicht gestellt, die naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächer waren wie an fast allen höheren Lehranstalten der Zeit am meisten vernachlässigt, auch die Geschichtskenntnisse gingen über bestimmte Hauptgebiete nicht hinaus, in Religion begnügte sich der Prüfungsleiter mit der Versicherung, daß der Kandidat ausreichend unterrichtet sei. In den Sprachen wurde kaum mehr verlangt, als noch heute an den humanistischen Gymnasien; die Zeiten, als die Schüler das Lateinische beherrschten und sich in dieser Sprache ausdrücken konnten, waren längst vorüber.

Aus dem Verzeichnis der 25 Abiturienten (Brzoskowicz und Teschner hatten sich für die Juliprüfung 1803 gemeldet, dann aber ihre Bewerbung zurückgezogen und sich erst ein Jahr später prüfen lassen) geht hervor, daß das Gymnasium aus fast allen Ständen besucht wurde und keineswegs Vorrecht einer besonderen Oberschicht, etwa der Patrizier oder der Gelehrten war. Bis auf zwei Ausnahmen suchten alle ihr Studium durch Stipendien zu fördern, Jura und Theologie waren die begehrtesten Berufe, für die sich die Abiturienten entschieden, 15 wählten Jura, 8 Theologie, ein Abiturient verband das juristische mit dem mathematischen Studium, und nur einer wollte Arzt werden. Königsberg und Halle gaben die meisten als künftige Universität an; seit 1804 wurde in der Statistik danach nicht mehr gefragt; dafür stellte Gralath seit 1803 regelmäßig die Frage nach der Glaubenszugehörigkeit. Fast ausschließlich befanden sich unter den abgehenden Primanern Protestanten, nur vereinzelt meldeten sich Reformierte, dagegen fehlten Katholiken gänzlich. Den größeren Teil der Abiturienten stellten die Danziger; immerhin kam noch in dieser Zeit eine erhebliche Zahl, etwa zwei Fünftel, von auswärts, aus der Provinz oder aus Preußen, wobei zu berücksichtigen bleibt, daß der Geburtsort allein nicht

[113]) Für die deutschen Aufsätze wurden folgende Themen gegeben: „Wenn das Wort Triumvirat eine gesetzwidrig konstituierte Gesamt-Regierung dreier Regenten bedeutete; sind die Triumvirate wesentlich so beschaffen oder voneinander verschieden gewesen? ... Die Unruhen der Gracchen als die Grundlage der Römischen Bürgerkriege ... Kurze Darstellung der Umstände, unter welchen Tullius Cicero ermordet wurde ... Kurze Darstellung der historisch angeblichen Veranlassungen des dreißigjährigen Krieges und der Gewalttätigkeit, welche den Ausbruch desselben beschleunigt hat ... Über Karls des Großen ruhmwürdige Eigenschaften und Handlungen." uff.

maßgebend ist, da die Väter mancher Schüler als preußische Beamte hierher versetzt waren. Das Durchschnittsalter der Abiturienten betrug 20 Jahre.

Eine Beurteilung und Vergleichung der Ergebnisse am Danziger Gymnasium im Verhältnis zu anderen Anstalten läßt sich nur schwer erreichen. Wert und Zweck der Prüfung waren in der ersten Zeit überhaupt umstritten. Über ihre Handhabung und über die Anforderungen, die an die Schüler zu stellen waren, herrschte zunächst keine Einigkeit. Ein Vergleich schriftlicher Arbeiten muß daher die zur Verfügung stehende Zeit und die Art ihrer Anfertigung berücksichtigen. Darüber ist in den wenigsten Fällen eine Nachricht zu erlangen. Vielfach durften Hilfsmittel benutzt werden, an einigen Schulen wurden die Prüflinge beaufsichtigt, häufig waren die Arbeiten vorbereitet oder die Lehrer halfen bei ihrer Abfassung, um ein gutes Ergebnis zu erzielen; die Arbeitszeit war nicht vorgeschrieben. Es gibt also eine Menge Hindernisse, die einer abwägenden Beurteilung der an den einzelnen Schulen erzielten Leistungen entgegenstehen. So läßt sich am Danziger Gymnasium ein merkbarer Fortschritt in Hinsicht der Länge der Arbeiten und der darauf verwandten Sorgfalt feststellen.

In Jenkau, wo von 1803 bis 1805 sich nur 3 Schüler zur Prüfung stellten, waren die Anforderungen beträchtlich höher als am Gymnasium. Außer Horaz und Cicero wurden Tacitus Germania und Agricola, Livius und Homer gelesen und erläutert. Von den seltener gelesenen Schriftstellern standen die Institutio oratoria des Quintilian, der Panegyricus Plinius d. J., die Satiren des Persius und Juvenals und Xenophons Memorabilien zur Verfügung. Der Einfluß des Direktors Jachmann war bei dieser Auswahl sichtlich maßgebend gewesen.

Im Französischen kamen Stellen aus Delilles, „L'homme des Champs ou les Géorgiques françaises", aus seinem Gedicht Les jardins, Rousseaus Émile und Voltaires Henriade zur Vorlage. Kleine französische Aufsätze und Übersetzungen aus Shakespeare wurden angefertigt. Auch in Geschichte war der Fragenkreis gegenüber dem Gymnasium erweitert. Neben der Geschichte des Altertums und den bekannten Fragen über Karl den Großen, die Reformation und den 30jährigen Krieg waren in einem Aufsatz die Gründe für den Verfall des deutschen Kaisertums und das „merkwürdigste" Jahr des siebenjährigen Krieges darzustellen, im Vortrag sollten die englische Verfassung, die Revolution in England unter Cromwell und Wilhelm von Oranien, der Handel Europas, die nordamerikanische Revolution usf. behandelt werden[114]). Die Lehrer in Jenkau stellten an die Kenntnisse ihrer Primaner große Ansprüche, zumal berücksichtigt werden muß, daß der hier im Auszug wiedergegebene Prüfungsstoff auf nur 3 Schüler Anwendung fand. Aber auch hier blieb die Frage nach der Art der Vorbereitung und der zur Verfügung gestellten Zeit unbeantwortet.

In Thorn, wo vorübergehend Süvern als Rektor tätig gewesen war (1800—1803), blieben die Leistungen mittelmäßig. Von lateinischen und griechischen Schriftstellern wurden Texte aus Horaz, Sallust, Tacitus, Cicero und Vergil, aus Homer, Odyssee, Theokrit und Euripides vorgelegt; im

[114]) P. Schwartz, Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Oberschulkollegium, Band I, S. 273 ff.

Französischen mußten Übersetzungen aus dem Deutschen angefertigt und aus Voltaires Henriade übersetzt werden. Die Anforderungen in Geschichte waren auffallend gering. Einteilung und Quellen der Geschichte, Leben und Taten des Großen Kurfürsten, Einzelheiten aus der Brandenburgischen Geschichte wurden verlangt, in Geographie sollten die Flüße, Gebirge und Reichsstädte Deutschlands aufgezählt werden [115]).

In Elbing lag das Hauptgewicht auf den schriftlichen Arbeiten, während in der mündlichen Prüfung Fragen nur „im Anschluß an die Arbeiten" gestellt wurden. Vor anderen Schulen zeichnete sich das Elbinger Gymnasium durch die Aufgabenstellung aus. Die Abiturienten hatten entsprechend ihrem künftigen Studium die Frage nach den wissenschaftlichen Voraussetzungen und nach dem Sinn ihres späteren Berufes zu beantworten. Auch der Geschichtslehrer vertrat nicht den Standpunkt, mit der Entfernung und Fremdheit der geschichtlichen Ereignisse wachse der Ruf seiner Gelehrsamkeit, sondern fragte den Ritterorden und die Geschichte des Preußenlandes. Dabei wich er von der üblichen Behandlung ab und wies seine Schüler einen Weg, der sie zugleich geschichtliches Denken lehrte. Außer wissenschaftlichen Aufgaben wurden den Primanern „Fragen zur Beurteilung ihres Fassungsvermögens und ihrer Talente überhaupt" vorgelegt. Recht aufschlußreich für die Bewertung der Prüfung und für die Mißverständnisse, denen sie anfänglich unterworfen war, ist das Zeugnis des Abiturienten Stiemer, dem bescheinigt wurde, „daß er zwar zum Gelehrten unreif, zum Musico aber, welchem Stande er sich zu widmen Sinnes ist, reif sei" [116]).

Endlich noch ein Hinweis auf Stettin. Hier liegt über die erste Prüfung von 1789 ein Bericht des Oberschulrats Meierotto vor, der von dem OSK mit der Untersuchung der pommerschen Schulen beauftragt war. Von 7 Abiturienten mußten 6 für unreif erklärt werden, in der zweiten Prüfung waren es noch 7 von 12, erst später trat eine Besserung ein. Die schriftlichen Ausarbeitungen, besonders in Latein waren so fehlerhaft, „daß des Corrigierens kein Ende gewesen wäre." Die Berichte der Professoren ergaben, daß die Schüler nicht im Besitz der vorgeschriebenen Lehrbücher waren, häuslicher Fleiß und schriftliche Ausarbeitungen widersprachen ihrem Ehrbegriff. Solche Außenseiter wurden von ihren Mitschülern gehänselt und verfolgt. „Die Protocolle besagen, daß einige in den Carcer sind geschickt worden, um dort die Ausarbeitung zu machen, welche sonst von ihnen nicht zu erhalten war" [117]).

Die Ergebnisse dieser Schulen im Vergleich mit den am Danziger Gymnasium gestellten Aufgaben zeigen, daß hier nicht mehr und nicht weniger verlangt wurde als anderwärts auch. Die Leistungen entsprachen dem allgemeinen Durchschnitt der größeren Schulen und die Anforderungen hielten sich an das übliche Maß. Einzig die Fragen über Naturrecht und Römisches Recht deuteten auf die ursprünglich weiteren Ziele des Gymnasiums hin. Die Reife-

115) P. Schwartz, Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Oberschulkollegium, Bd. I, S. 301 ff.
116) Ebda., S. 334.
117) P. Schwartz, Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Oberschulkollegium, II, S. 25.

prüfungen ließen von der früheren Bedeutung der Anstalt und dem Ehrgeiz ihrer Lehrer, als Vermittler der Fakultätswissenschaften zu gelten, nichts mehr erkennen.

3. Das Gymnasium in der Zeit der Fremdherrschaft 1807—1814.

Die Fortführung der preußischen Entwürfe in schwerer Zeit — Trendelenburg als Sachwalter der preußischen Regierung.

Die Unglücksjahre von 1806/07 mit ihrem folgenschweren Ausgang für das Schicksal Danzigs hatten die Entwürfe zur Neugestaltung des Gymnasiums wie viele andere Pläne zunächst zum Scheitern verurteilt. Während der Kämpfe um die Stadt mußte das Gymnasium zum Lazarett eingeräumt werden. Der Unterricht wurde in einem Privathaus gehalten. Der Tilsiter Friede trennte Danzig von Preußen und erhob es zu einem Freistaat. Jetzt stellte man das alte Scholarchat wieder her und bestimmte zum 4. Scholarchen Trendelenburg, der die geplanten Verbesserungen des Kirchen- und Schulkollegiums durchführen wollte. Bereits 1810, als das Rektorat und 3 Professuren erledigt waren, beschloß der Rat auf seinen Vorschlag, die orientalische Professur aufzuheben und mit ihrem Gehalt das Einkommen der übrigen Lehrer zu erhöhen. Hebräisch sollte in Zukunft der Professor der Theologie, Griechisch der Professor für Beredsamkeit lesen. Dem neuen Inspektor, Hans Carl Dippold, wurde nur der Unterricht in Geschichte und Geographie, dem Professor der Philosophie der Unterricht in der deutschen Sprache übertragen. Rinck erhielt als Professor der Theologie das Rektorat, dessen Geschäfte Gralath bis 1809 geführt hatte.

Schon in den nächsten beiden Jahren starben Rinck, Dippold und der Professor für Physik und Medizin, Ephraim Wilhelm Blech. Der Professor für Philosophie, Ewerbeck, legte sein Amt im Januar 1812 nieder, weil er sich nach dem Tode seines Bruders Familiengeschäften in Elbing zu widmen hatte. Bereits 1808 hatte der Professor für Beredsamkeit und Poesie, Johann Ludwig Schulz, seine Stelle aufgegeben, da er als Pastor und Senior des geistlichen Ministeriums nach Thorn berufen wurde. Seitdem war die Stelle nicht besetzt worden. So kam es, daß vom 29. April bis 12. Oktober 1812 nur der Professor für Mathematik, Philipp Adolf Lampe, das Gymnasium vertrat. Diese Gelegenheit benutzte Trendelenburg, um seine Pläne durchzuführen[118]). Die Fakultätswissenschaften sollten nicht mehr getrieben und die Zahl der Professoren auf 4 beschränkt werden, die alle auf die Universität vorbereitenden Fächer zu lehren hatten. Die erste und wichtigste Professur war für klassische Literatur und sollte nicht geteilt werden. Bereits an zweiter Stelle kamen die Naturwissenschaften in Verbindung mit der Mathematik. Die dritte Professur war für alte und neue Geschichte, Geographie und Statistik. Die letzte Professur sollte Philosophie und Deutschunterricht umfassen und auch den Religionsunterricht übernehmen. Jeder der 3 letzten Professoren mußte wöchentlich einige Stunden einen lateinischen und, wenn er dazu fähig war, einen griechischen Schriftsteller lesen, den er sich aus seinem Fach wählen durfte. Die Professur für orientalische Sprachen fehlte bei dieser Einteilung.

[118]) R.A. Danzig, 300, 42/152.

Aber dies Studium erschien Trendelenburg zu fachgebunden, um dafür eine ordentliche Professur vorzuschlagen. Gewöhnlich wurde auch nur hebräisch gelehrt, das Arabische und Syrische nur in seltenen Ausnahmen. Daher genügte ihm ein Lektor, der mit etwa 400 fl. besoldet werden sollte. Bisher hatten die Lehrer 6—8 Stunden öffentlich unterrichtet und in der übrigen Zeit Privatstunden gegeben. Diese Nebeneinnahme hatte die sinkende Schülerzahl erheblich beschnitten. Nach der neuen Ordnung hatte jeder Professor etwa 18 öffentliche Stunden zu erteilen, die Privatstunden mußten wegfallen, da täglich in jeder Klasse vormittags 4 und nachmittags außer Mittwoch und Sonnabend 3 Stunden zu unterrichten waren. An Gehalt hatten sämtliche Professoren aus der Kämmerei 5000 fl. und aus der Gymnasialkasse 5350 fl. mit Einschluß des Holzgeldes jährlich zu erwarten. Unter 4 Professoren verteilt, erhielt jeder 2400 fl., der Rektor wie bisher eine Zulage von 400 fl., und für einen Lektor der hebräischen Sprache blieben 350 fl.

Hauptsächlich nötig erschien Trendelenburg die Anstellung eines Lehrers für alte Literatur, der auch das Rektorat übernehmen sollte, da Lampe aus Altersrücksichten verzichten würde. Geschichte wurde aushilfsweise von dem Diakon Blech gegeben, der Kandidat Bärreysen gab Hebräisch und sollte als Lektor beibehalten werden. Der Rat stimmte diesen Vorschlägen durch ein Senatsconsultum vom 29. 6. 1812 zu. Aber es fehlte der Anstalt an den nötigen Räumlichkeiten. Nachdem das Kloster schon 1806 während der Belagerung für Militärzwecke beschlagnahmt war, räumten auch die französischen Behörden nur wenige Zimmer zum Unterricht ein, während der größte Teil als Heumagazin benutzt wurde. 1811, als die Anstalt wieder zum Krankenhaus diente, mußten sich Lehrer und Schüler in Privatwohnungen versammeln. Zwar wurde die Professur für alte Sprachen und damit das Rektorat am 12. Oktober 1812 an den früheren Privatlehrer im Hause des Senators Frantzius, Dr. Nikolaus Gottfried Eckermann, übergeben, der aber schon im März 1813 den Folgen einer Krankheit erlag. Mit dem Beginn der Beschießung der Stadt Mitte Oktober 1813 wurde der Unterricht bis zur Übergabe im Januar 1814 ganz ausgesetzt und dann im Hause des Predigers Blech wieder aufgenommen, bis im Frühjahr neue Räume gegenüber der Trinitatiskirche bezogen werden konnten.

Während des geschilderten Zeitraumes, seitdem die preußischen Behörden ihre Absicht zu erkennen gegeben hatten, das akademische Gymnasium den preußischen Gymnasien gleichzustellen und während der Übergangsjahre der Franzosenzeit hatte Trendelenburg unermüdlich an der Umbildung Danzigs hervorragendster Bildungsstätte gearbeitet. Bereits der erste Entwurf von 1806 bedeutete eine völlige Absage an die überalterte Gelehrsamkeit, die bis dahin wenigstens der Form nach an dem Gymnasium üblich war. Schon bei der öffentlichen Bekanntgabe seines Erziehungsplanes für das von ihm eingerichtete Schullehrerseminar hatte Trendelenburg seine Vertrautheit mit dem Neuhumanismus und den geistigen Zielsetzungen seiner Zeit bewiesen. Zwar äußerte er sich in den Vorschlägen von 1806 nicht über die in Zukunft einzuschlagende Lehrweise und über das Lehrziel, aber die Beziehung zu den Neuhumanisten war durch das Studium in Göttingen, von wo er 1779 nach Danzig berufen worden war, gegeben. Bemerkenswert an dem Plan Trendelenburgs

ist die Hervorhebung der mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächer. Der Deutschunterricht ist erheblich verstärkt, blieb aber weiterhin mit Deklamationsübungen, Rhetorik und Ästhetik belastet, Anhängseln einer absterbenden Zeit, die in wenigen Jahren durch den Neubau des Gelehrtenschulwesens abgestoßen wurden. Für den fachwissenschaftlichen Unterricht kennzeichnend ist der Zusammenhang von Geschichte, Geographie und Statistik. Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts hatte das Geschichtsbild eine wesentliche Erweiterung durch die Einbeziehung der neueren Staatengeschichte erfahren; Geographie und Statistik standen damit in unmittelbarer Verbindung. Die Aufnahme des Französischen war ein Zugeständnis der humanistischen Schule an das Wunschbild des Kavaliers und Höflings. Bei Ausführung dieses Planes hätte das Danziger Gymnasium den Anschluß an das preußische Gymnasialwesen gegen Ende des 18. Jahrhunderts erreicht, wobei hinzuzufügen ist, daß damals in Preußen eine Einheitlichkeit der Lehrpläne und Lehrziele noch nicht erreicht war.

Während der Franzosenzeit fühlte sich Trendelenburg als Sachwalter der preußischen Regierung. 1807 wurde er unter Verzicht auf das Lehramt zum Senator ernannt und sorgte von dieser Stelle für die Fortführung des begonnenen Werkes. Er benutzte den günstigen Augenblick, als das Gymnasium fast alle seine Lehrer verloren hatte, zur Verwirklichung seiner Absichten, die sich mit den früheren Vorschlägen deckten.

Die großen geschichtlichen Ereignisse der Befreiungsjahre überholten seine mit Liebe und Treue vorbereiteten Entwürfe. Unter glücklicheren Umständen sollte Trendelenburg die endgültige Umgestaltung des Gymnasiums erleben und er selbst dazu berufen sein, das vollendete Werk der Öffentlichkeit zu übergeben.

4. Die Vereinigung des Akademischen Gymnasiums mit der Marienschule und die Neugründung des Städt. Gymnasiums 1817.

Der Neuhumanismus und die Erneuerung des preußischen Staatsgedankens als Grundlage der Erziehung — Süverns Lehrplan — das Conradinum in Jenkau als erste neuhumanistische Bildungsanstalt in Danzig — die Übergabe des Städtischen Gymnasiums durch Trendelenburg — August Meineke, der erste Rektor des Städt. Gymnasiums.

Die verschiedenen seit 1765 unternommenen Versuche zur Wiederherstellung des Gymnasiums waren an der ängstlichen Vorsicht der Obrigkeit oder an der politischen Unsicherheit und der kampferfüllten Zeit gescheitert. Mit der endgültigen Sicherstellung Danzigs im Verbande des preußischen Staates gingen auch die lange vorbereiteten Pläne über die Zukunft des Gymnasiums in Erfüllung. Während einer 50jährigen wechselvollen und trüben Zeit hatte der Ruf der Anstalt eine starke Einbuße erlitten, ihre Schüler waren fast auseinandergelaufen. Jetzt erreichte sie unter veränderten Bedingungen und unter der tatkräftigen Führung eines jungen und begabten Schulmannes rasch das frühere Ansehen.

Die Umgestaltung des akademischen Gymnasiums in eine humanistische Vollanstalt erfolgte in Übereinstimmung mit den wissenschaftlichen Forderun-

gen des Neuhumanismus. Ein Hauch des deutschen Frühlings, der Gedankenwelt Steins und Humboldts, der idealistischen Gesinnung, aus der sich das erschöpfte Preußen erneuerte, liegt noch auf der Neugründung von 1817. In dem erst 27jährigen August Meineke hatte das Gymnasium einen Direktor erhalten, dessen überlegene Persönlichkeit in wenigen Jahren die schwierigen Aufgaben, die mit der Neuordnung und dem Aufbau der Anstalt verbunden waren, zu lösen wußte. Erst kürzlich hat W. Faber die Vorgänge, die zu der Verschmelzung der Marienschule mit dem akademischen Gymnasium im Jahre 1817 führten, geschildert und neben dem geistesgeschichtlichen Hintergrund vor allem ein Bild des neuen Direktors gezeichnet [119]).

Trendelenburg hatte bei seinen Überlegungen die veraltete Lehrverfassung der Schule und die überlebte Form einer solchen Einrichtung überhaupt als Hauptfehler erkannt und deshalb die Fakultäten beseitigt. Eine Auseinandersetzung mit dem Neuhumanismus hatte bisher an diesem Ort nicht stattgefunden. Etwaige Versuche, seine Ergebnisse für den Unterricht nutzbar zu machen, waren an der Ablehnung des Rats gescheitert.

Als nach dem Zusammenbruch des preußischen Staates in der Unfruchtbarkeit der herrschenden Regierungsform, die das Volk zur Untätigkeit und Teilnahmslosigkeit am politischen Geschehen erzogen hatte, die Ursache für den Sturz aus der Höhe des friderizianischen Zeitalters erkannt war, wandte sich die Aufmerksamkeit der Erneuerer auch dem vernachlässigten Schulwesen zu. Der Baumeister des neuen Staates, Stein, erkannte in der Erziehung des Volkes zur Selbsttätigkeit und Selbstverantwortung das wirksamste Mittel zur Belebung des Staatsgefühls. In dem sogenannten politischen Testament von 1808 hieß es: „Am meisten aber ist von der Erziehung und dem Unterricht der Jugend zu erwarten. Wird durch eine auf die innere Natur des Menschen gegründete Methode jede Geisteskraft von innen heraus entwickelt und jedes edle Lebensprinzip angereizt und genährt, alle einseitige Bildung vermieden, und werden die bisher oft mit seichter Gleichgültigkeit vernachlässigten Triebe, auf denen die Kraft und Würde des Menschen beruht, Liebe zu Gott, König und Vaterland, sorgfältig gepflegt, so können wir hoffen, ein physisch und moralisch kräftigeres Geschlecht aufwachsen und eine bessere Zukunft sich eröffnen zu sehen." Folgerichtig wurden Schulen und Universitäten als „Veranstaltungen des Staates" angesehen. Diese Bestimmung hatte bereits das „Allgemeine Landrecht" ausgesprochen. Die Säkularisierung des Schulwesens war durch die Einrichtung des Oberschulkollegiums 1787 eingeleitet und wurde durch die „Sektion für den Kultus und den öffentlichen Unterricht", zu deren Leitung von 1808—1810 W. v. Humboldt berufen wurde, weiter ausgebaut.

Hand in Hand mit der Verstaatlichung der Schule ging die Festlegung auf eine verbindliche Unterrichtsverfassung. Das Ziel sollte in der Erziehung des preußischen Untertanen zum Staatsbürger zu suchen sein. In der Lehre des Schweizers Pestalozzi glaubte man den Weg zur Volkserziehung gefunden

[119]) W. Faber, Die Verschmelzung der Pfarrschule bei St. Marien mit dem akademischen Gymnasium 1817, Z. Westpr. Gesch.-V. H. 73, 1937.

zu haben. War Pestalozzis Fürsorge vornehmlich auf den Volksschulunterricht gerichtet, so behielten seine Forderungen doch für die Gymnasien Gültigkeit: Persönlichkeitsbildung, Gleichklang der Kräfte waren Werte, denen der Neuhumanismus auf dem Umwege über das Griechentum gleichzukommen suchte. In der Erkenntnis der griechischen Welt, in Hellas und Rom, zeigte sich ihm das unerreichbare Vorbild, dessen Führung der deutsche Geist sich willig anvertrauen sollte. Seitdem der Schulhumanismus durch F. A. Wolf erneuert worden war, fand er auf Universitäten und Schulen willige Aufnahme. Der Kreis in Weimar und Jena verstand in der „Bildung zur Humanität" das Ziel deutscher Erziehungsarbeit. Humboldt, dessen tatkräftiger Förderung die Berliner Universität ihre Gründung in schwerer Zeit verdankte, sah in ihr eine Pflanzstätte dieses neuen Geistes. In einer Verlautbarung von 1818 gaben Rektor und Senat die Anforderungen bekannt, die an ihre wissenschaftlichen Fähigkeiten gestellt wurden. „Die ganze wissenschaftliche Bildung der neueren Zeit ist auf das Studium des Altertums gegründet, von welchem sie sich, wie schön sich immer Sprache und Literatur der neueren Völker ausgebildet haben und ferner ausbilden mögen, nur zu ihrem Verderb trennen kann. Die lateinische Sprache nicht allein zu verstehen, sondern auch richtig zu schreiben, ist eine Anforderung, welche an jeden wissenschaftlichen Mann mit Recht gemacht wird. Diese sowohl als die griechische ist jedem Studierenden, welches Fach er immer ergreifen mag, ...unentbehrlich" [120]). Danach sollten die Gymnasien ihren Schülern die Fähigkeit zu wissenschaftlicher Arbeit vermitteln, wozu die Kenntnis der alten Sprachen gehörte. „Ihrer sollte er sich auch als Darstellungsmittel bedienen können, ohne ihre Eigentümlichkeit zu verletzen" [121]).

Mit der Ausarbeitung des Lehrplanes war Süvern betraut, der als Rektor in Thorn und Elbing, später als Professor in Königsberg gelehrt hatte und 1809 als Staatsrat in die Abteilung für Kultus und Unterrichtswesen berufen wurde. Sein Lehrplan von 1812 bildet eine „organische Einheit", die eine allseitige Entwicklung aller Seelenkräfte ergibt. Um die 4 Hauptfächer: Latein, Griechisch, Deutsch und Mathematik sammelt sich der Unterricht, der durch die Nebenfächer Geschichte, Geographie und Religion ergänzt wird. Die Teilnahme an hebräischen oder französischen Lehrgängen war freiwillig. Bemerkenswert ist, daß zur allseitigen Ausbildung der Kräfte das Turnen nicht rechnete, sondern wahlweise ausgeübt wurde [122]). Das neue Unterrichtsverfahren unterschied sich von dem alten Lehrbetrieb durch die Auffassung von dem zu erwartenden Ergebnis der klassischen Studien. Dort war es die Nachahmung der Alten, der in äußeren Erfolg umzusetzende Nutzen, hier gab es keine Rechtfertigung außer der inneren Bereicherung, der Bildung von Urteil und Geschmack, von Geist und Einsicht. Der Zustand höchster Vollkommenheit, wie ihn das Griechentum als einmalige Erscheinung darstellte, sollte als Ahnung das Wesen des Menschen erfüllen und ihn zu steter Läu-

---

[120]) F. Paulsen, Gesch. d. gelehrten Unterrichts, Bd. II, S. 252, Berlin-Leipzig, 1921.
[121]) F. Paulsen, Gesch. d. gelehrten Unterrichts, Bd. II, S. 293.
[122]) Über den Lehrplan von 1812 vgl. Paulsen, Gesch. d. gelehrt. U., II, S. 290/296.

terung mahnen. Der Gleichklang aller Kräfte war ein Ziel, dem man immer zustreben, das man aber nie erreichen konnte [123]).

In Danzig fand die neuhumanistische Gesinnung zuerst in dem 1801 gegründeten Conradinum Eingang. In dem Bericht ihres ersten Rektors Jachmann wurde ihm zum Ziel gesetzt: „allen... Zöglingen, ohne Rücksicht auf die besonderen Bedürfnisse einzelner Stände, eine gleichmäßige humanistische Bildung zu geben" [124]).

Neben Jachmann besaß die neue Bildungsanstalt in Passow und Meineke hervorragende Lehrer, die für ihre Überzeugung in Wort und Schrift eintraten. Das von Passow und Jachmann herausgegebene „Archiv für deutsche Nationalerziehung" zeigte schon durch seine Namengebung die Verwandtschaft mit Fichte, Jahn und Stein. Jachmanns Forderung einer deutschen Nationalschule ging in ihren Zielen weit über das für seine Zeit mögliche Maß hinaus. Mochte diese Nationalerziehung auch durch das Mittel der Antike gefunden werden, sah sie ihr Hochbild doch in der Wiedergeburt eines gesamtdeutschen Geistes und eines erneuerten Deutschlands. Unter dem Druck der Fremdherrschaft wurde an Deutschlands Ostgrenze an der Erziehung einer tatenbereiten Jugend und an der Begründung einer besseren Zukunft gearbeitet. Ende 1811 wurde August Meineke als Lehrer nach Jenkau verpflichtet, wo er sich besonders an Passow anschloß. Nach der durch den Krieg erzwungenen Auflösung des Conradinums wurde Meineke zunächst als Professor der griechischen und lateinischen Sprache an das Gymnasium berufen. Er stand damals, 1814, im 23. Lebensjahr.

Die Zukunft des Gymnasiums war noch nicht endgültig geklärt. Zunächst mußten neue Lehrkräfte geworben werden, auch die Unterbringung der Schule war zu ordnen. Aus Elbing kehrte Ewerbeck zurück und übernahm das Rektorat, für Lampe wurde 1816 Dr. Friedrich Wachter angestellt, der aber schon im nächsten Jahre, wahrscheinlich in den Sümpfen bei Saspe, verunglückte. Ewerbeck übernahm für ihn das Amt des Mathematiklehrers. Inzwischen hatte sich die Behörde auf Grund der eingereichten Berichte für die Erweiterung des Gymnasiums zu einer sechsklassigen Lehranstalt entschieden. Noch fehlten die nötigen Geldmittel und Räumlichkeiten. Denn die Militärbehörde, die die alten Räume des Gymnasiums als Militärkrankenhaus vorgefunden hatte, wollte sie nur gegen einen gleichwertigen Ersatz räumen. Wegen der damit verbundenen Kosten wurde dem Vorschlag Trendelenburgs zugestimmt, eine für die Erweiterung geeignete Stadtschule mit dem Gymnasium zu verbinden. Die Marienschule, als älteste Anstalt der Rechtstadt schon 1363 erwähnt, erwies sich am zweckmäßigsten, da die Umbauten auf nur 1000 Taler ver-

[123]) Es gehört nicht zur Aufgabe, die Gründe für den Sieg des Neuhumanismus über die bereits vorhandenen Ansätze zur Erneuerung des Schulwesens aufzusuchen. Doch wiesen diese Ansätze in eine andere Richtung, als der Lehrplan von 1812. Von der Einführung neusprachlichen Unterrichtes war abgesehen, Kernstücke des Unterrichtes bildeten Lateinisch und Griechisch. Die Kenntnis der griechischen Welt wurde in Zukunft als unerläßliche Voraussetzung gelehrter Bildung angesehen. Dagegen hatten frühere Versuche auf dem entgegengesetzten Wege, durch die Naturwissenschaften und die gebräuchlichsten Fremdsprachen das Schulwesen erneuern wollen.

[124]) Löschin, Gesch. Danzigs, II, 364, Danzig 1822.

anschlagt wurden. Am 16. Mai 1816 entschied sich die westpreußische Regierung für die Vereinigung beider Anstalten. Nachdem Ewerbeck am 25. 7. 1817 seine Entlassung mit Pensionsberechtigung und Ernennung zum Stadtbibliothekar erhalten hatte, übernahm Meineke zuerst vorläufig die Leitung der neuen Schule. Außer ihm waren 8 ordentliche Lehrer vorgesehen, von denen die ersten 4 zu Professoren ernannt werden sollten, ferner 5 Hilfslehrer und ein Elementarlehrer.

Die Einweihung der neuen Schule wurde in Anknüpfung an die reformatorische Vergangenheit des akademischen Gymnasiums auf den Geburtstag Luthers angesetzt. Im Rathaus vollzog am 10. November 1817 Trendelenburg im Auftrage der Regierung die Vereinigung der früheren zwei Anstalten zu einem Städt. Gymnasium mit der lateinischen Rede: Habent sua fata scholae. Ihm folgte die Festrede Meinekes über die Verdienste Melanchtons um die klassische Literatur. Vorträge von Gymnasiasten und eine Festkantate schlossen die Feier ab.

Die Beauftragung mit der Leitung der neuen Schule bedeutete für den jugendlichen Meineke eine Auszeichnung, die er seinem durch wissenschaftliche und persönliche Erfolge errungenen Ansehen zu verdanken hatte. Meineke sah sein Ziel zunächst darin, Lehrer und Schüler für ihre Aufgaben zu gewinnen und ihre Liebe zu den Gegenständen zu wecken. Mit eigenen Worten wünschte er, „das jugendliche Gemüt mit dem Marke des Altertums zu kräftigen und mit seinen erhabenen Erscheinungen und Gestalten zu befreunden“ [125]). Durch rasch fortschreitendes Lesen der Schriftsteller wußte er die Teilnahme der Schüler an dem Stoff zu erhalten, häusliche Lektüre sollte das Eindringen in den Geist der Antike erleichtern. Meinekes Erfolge veranlaßten das Ministerium zu der Aufforderung, eine Übersicht über die Lehrverfassung zu geben, aus der besonders die Einführung der Privatlektüre den anderen Gymnasien empfohlen wurde. Zielsicher verfolgte Meineke seinen Weg, auch durch die Einwendungen der Bürgerschaft ließ er sich nicht in seinen Entschlüssen beirren, zumal er sich des Einverständnisses der vorgesetzten Behörden sicher wußte und ihn die besten Beziehungen mit dem Oberbürgermeister von Weickhmann und ein freundschaftliches Verhältnis mit dem Oberpräsidenten v. Schön verbanden. Ausdrücklich betonte er daher in der „jährigen Nachricht“ von 1819, daß das Gymnasium eine wissenschaftliche Anstalt sei und auf das Studium vorbereite. Er hielt es für günstig, wenn die Schüler bis zum 20. und 23. Lebensjahr auf der Schule blieben und dann erst zur Universität entlassen wurden. Für die Selbständigkeit, mit der er über der Bestimmung der Anstalt wachte, sprach die Aufforderung an die Eltern, die mit seiner Meinung nicht übereinstimmten, „daß unsre Anstalt bloß und allein auf die Bildung künftiger Gelehrten... berechnet ist“, ihre Söhne aus der Schule zu nehmen.

Als Meineke 1826 die Leitung des Joachimsthalschen Gymnasiums übertragen wurde, war die Schülerzahl auf 242 gestiegen, während er 1817 nur 143 übernommen hatte. Wie diese Berufung nach Berlin eine Anerkennung seiner Danziger Tätigkeit bedeutete, wurden seine Verdienste auch in Danzig gewürdigt. Bereits in einem amtlichen Bericht von 1818 hieß es: „Direktor

[125]) Jährige Nachricht von dem Gymnasium zu Danzig 1818/19, S. 13.

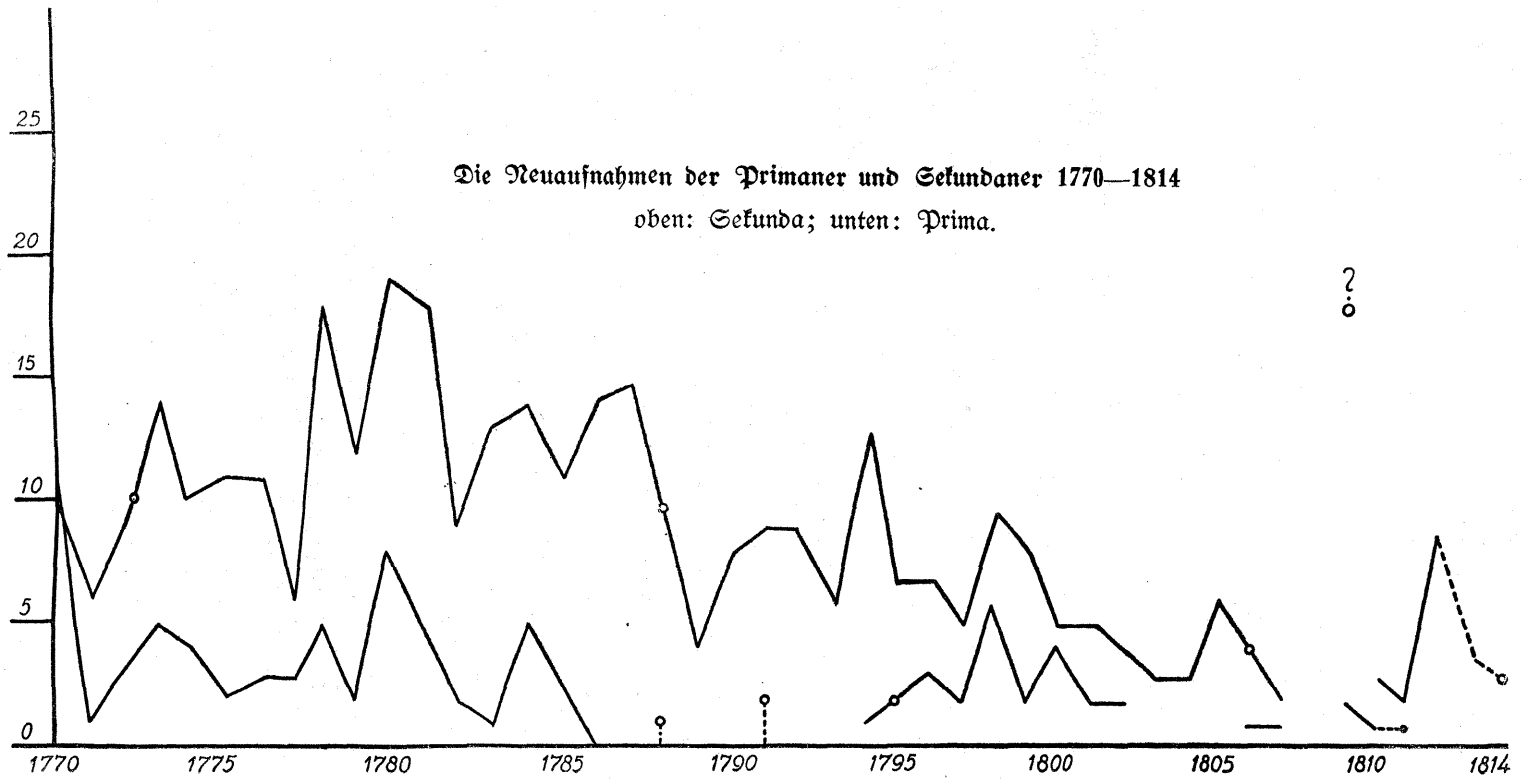
Meineke vereinigt in sich alle Eigenschaften eines Vorstehers einer guten Schule, klassische Bildung, dazu Eifer, große Tätigkeit und Kraft und Förderung des Hauptzweckes... Die Prima leistet jetzt schon mehr als irgendeine der westpreußischen Gelehrtenschulen“ [126]).

Mit Meineke begann der Wiederaufstieg der alten Danziger Bildungsstätte, nachdem sie über 50 Jahre infolge ihrer überlebten Verfassung immer offenkundiger in Verfall geraten war. Ungünstige Umstände, die außerhalb der Macht des Rates und der Professoren lagen, hatten ihren Verfall beschleunigt. Die Not des letzten Jahrzehnts bedrohte sie besonders, als Lehrer und Schüler auseinandergerissen wurden und das alte Schulgebäude verlorenging. Jetzt konnte das Gymnasium, gereinigt von den Fehlern der Vergangenheit, seine Aufgabe als Vorbereitungsanstalt künftiger Gelehrten wieder übernehmen, und wie früher übergaben ihm die Danziger Familien ihre Söhne zu erfolgreicher Erziehung.

[126]) F. Ranke, August Meineke, Ein Lebensbild, Leipzig 1871, S. 57.

Die Neuaufnahmen der Primaner und Sekundaner 1770—1814

oben: Sekunda; unten: Prima.



Gesamtzahl der Schüler in Prima und Sekunda nach ihrer Herkunft geordnet. 1769.

	Klasse	Gesamt	Nobiles	Danzig	Kurland	Livland	Marienburg	Elbing	Thorn	Poln. Preuß.	Polen	Königsberg	Preußen	Pommern	Meklenbg	Brandenbg.	Magdeburg	Sachsen	Braunschwg.	Ungarn	ohne Angabe
1769	I	58	3	29	2	1	1		1	3	1	3	4	6		1		1	1	1	3
	II	24	1																		keine Angabe

Neuaufnahmen der Schüler in Prima und Sekunda nach ihrer Herkunft geordnet. 1769/70.

1769	I	4					2							2							
	II	3		2										1							
1770	I	11	2	3	4		1	1		1			1								
	II	10	1	5						1		(1)			1	1					1

Unter dem Rektor Ver-Portenn (1770/94) ist die Heimat der Schüler nur selten eingetragen; erst seit Gralath die Schülerlisten führt, wird ihre Herkunft häufiger angegeben.

1794	I	1													1						
	II	13		5						1											7
1795	I	2		1						1											
	II	7	1	3						1			1	2							
1796	I	3		2																	1
	II	7		1									1	1		1					3
1797	I	2	2										1	1							
	II	5		2			1														2

Neuaufnahmen der Schüler in Prima und Sekunda nach ihrer Herkunft geordnet

	Klasse	Gesamt	Nobiles	Danzig	Marienburg	Elbing	Poln. Preußen	Polen	Königsberg	Preußen	Pommern	Mecklenburg	Brandenburg	Magdeburg	Sachsen	Braunschweig	Rheinland (Erner, Erzbistum)	ohne Angabe
1798	I	6				1			1		1							3
	II	10	1	1			1		1		1							6
1799	I	2																2
	II	8	1	1	1													6
1800	I	4	2	2														2
	II	5			1										1			3
1801	I	2																2
	II	5		1			1											3
1802	I	2				1											1	
	II	4								1				1				2
1803	I																	
	II	3		1							1			1				
1804	I																	
	II	3		2														1
1805	I																	
	II	6		1		1					1							3
1806	I	1		1														
	II	4		1							1							2
1807	I	1	1	1										1808 keine Einschreibung				
	II	2		1														1
1809	I	2																2
	II	(18?)	1	1														(?17)
1810	I	1																
	II	2		1						1								1
1811	I														1 als civis honorarius			
	II	1		1														
1812	I																	
	II	9		8			1											
1813	I																	
	II	4	1	4														
1814	I	3		3														
	II	(3)2		2							(1)							

Die Abiturienten des akademischen Gymnasiums in den Jahren 1802 bis 1806.

Lfd. Nr.	Name	Geburtsjahr	Geburtsort	Religion	Stand des Vaters	Studienrichtung	Stipendiat	Reifezeugnis	Gewählte Universität	
1	Daniel Friedrich Warneck	1780, 16.11.	Danzig		Planken-Bracker	Theologie	ja	nein	Königsberg	1802 8. Juli Vorsitzender Kriegsrat Haag
2	St. Carl v. Gralath	1784, 26. 3.	Danzig		Kgl. Pr. Kriegsrat u. oberster Polizei-Bürgermeister in Danzig	Jura	—	ja	Königsberg	
3	Daniel Gottl. Graß	1782, 21. 7.	Danzig	ev.	Lohgerber	Jura	ja	ja	Königsberg	
4	Aug. Wilh. Weiß	1782, 31.10.	Danzig		Kapitän, vorm. Kommandant der Festung Weichselmünde	Jura	ja	ja	Königsberg	
5	Georg S. Havemann	1782	Köslin		Akzise-Kontrolleur	Jura	ja	ja	Königsberg	meldete sich später zum Examen
6	Sam. Gottl. C. Thiel	1783, 3. 2.	Danzig	ev.	Kgl. Pr. Justiz-Commissionsrat und Aktuarius, †	Theologie	ja	ja wegen Krankheit abgelegt am 15. 3. 03		1803 25. Januar Vorsitzender Stadtrat Jantzen
7	G. Wilh. Cosack	1785, 15. 6.	Danzig	ev.	Professor am Gymn. †	Theologie	ja	ja	Halle	
8	W. Frommholz	1785, 19.11.	Lobsens im Netze-Distrikt		Akzise-Einnehmer in Lobsens	Jura	ja	ja	Halle	
9	A. W. Huray	1785, 4. 7.	Koblenz		Schauspieler	Jura	ja	nein	—	
10	G. B. Bartoldi	1778	Danzig		Perückenmachermstr.	Jura	ja	ja	Königsberg	

11	Christian Gottfried Brzoskowicz	1783	Danzig	ev.	Handlungsdiener	Theologie	ja	zieht Bewerbung zurück		1803 28. Juli Vorsitzender Haag u. Jantzen
12	Christian E Deschner	1781	Danzig	ev.	Schulkollege u. Kantor zu St. Marien	Jura	ja	ja	Halle	
13	J. C. L. A. v. Krockow	1786	Danzig	ev.	Graf v. K., ehem. Kgl. poln. General der Armee	Jura	—	ja	Königsberg	
14	Jakob W. Lemon	1785	Danzig	ev.	Schwerdfeger-Mstr.	Jura	ja	ja	Königsberg	
15	Peter L. Wemmer	1782	Köslin	ev.	Tor-Akzise-Einnehm.	Theologie	ja	ja	Halle	
16	Fr. W. Christ	1783	Marienburg	ev.	Büchsen-Schäfter	Jura	ja	ja	Königsberg	
17	Joh. Ephr. Teschner	1779	Elbing		Justizkommissar	Jura	ja	zieht Bewerbung zurück		
18	Christian Gottfried Brzoskowicz	1783	Danzig	ev.	Handlungsdiener	Theologie	ja	ja	?	1804 22. August Vorsitzender Haag u. Jantzen
19	Joh. Ephr. Teschner	1779	Elbing	ev.	Justizkommissar	Jura	ja	ja	?	
							vgl. auch Nr. 11 und 17			
20	Joh. L. F. Rindfleisch	1785	Neufahrwasser	ev.	Direktor d. Kgl. Salzwesens	Jura	ja	ja		1805 21. August Vorsitzender Haag u. Jantzen
21	Carl Chr. A. Heidfeld	1785	Magdeburg	ev.	Ober-Akzise-Zollrat	Jura	ja	ja		
22	Christian L. Pulewka	1785	Usdau im Erbhpt-amtGilgenbgOstpr.	ev.	Prediger im Dorfe Usdau	Jura u. Mathematik	ja	ja		
23	Joh. G. Claaßen	1785	Danzig	ref.	Kaufmann, †	Theologie	ja	ja		1806 12. März Vorsitzender Haag u. Jantzen
24	Joh. Fr. Nicolai	1781	Danzig	ev.	Schneidermstr., †	Theologie	ja	ja		
25	Leop. H. P. Hartmann	1786	Krockow b. Neustadt	ref.	Prediger a. d. Gut Krockow	Theologie	ja	ja		
26	Fr. A. Kabrun	1785	Danzig	ref.	Kaufmann	Medizin	ja	ja		
27	Christ. F. Wernsdorf	1786	Groß-Zünder	ev.	Prediger, †	Jura	ja	ja		1806 21. August Vorsitzender Haag u. Jantzen

Die jährlichen Zugänge des Gymnasiums seit 1769—1808; Prima bis Quinta.

1769	15 seit August		
70	53	1790	33
71	33	91	29
72	43	92	23
73	36	93	15
74	33	94	29
1775	39	1795	27
76	48	96	24
77	34	97	21
78	62	98	28
79	48	99	22
1780	48	1800	20
81	44	01	30
82	24	02	12
83	36	03	23*
84	34	04	22
1785	27	1805	19
86	37	06	28
87	41	07	8
88	28	08	12
1789	16		

*) 1803 werden die unteren Klassen des Gymnasiums in eine Deutsche Bürgerschule umgewandelt.

Inhaltsübersicht

Seite

I. **Das akademische Gymnasium von 1558 bis 1758** ..... 5—18

Das Gymnasium im Zusammenhang mit den Schulgründungen der Reformation — die bevorzugte Stellung des Gymnasiums — sein Verhältnis zum Collegium Scholarchale — das Collegium Scholarchale — die Lehrziele

Die Rektoren des Gymnasiums als religiöse und politische Kämpfer Jacob Fabricius 1580—1629 — Joh. Botsack 1631—1643 — Abraham Calov 1643—1650 — Ägidius Strauch 1670—1682

Danziger Geistesleben im 17. Jahrhundert und das Gymnasium

Pietismus und Aufklärung — ihre Wirkungen in Danzig — Schelwigs Kampf gegen den Pietismus

Erziehungslehren der Aufklärung und des Pietismus

Der Vorrang der Naturwissenschaften und der schönen Literatur — Gesellschaftsgründungen der Aufklärung in Danzig — Hanow als Wortführer der Aufklärung — die Naturforschende Gesellschaft in Danzig

II. Die Zweihundertjahrfeier des Akademischen Gymnasiums am 13. Juni 1758 ..... 18—22

Die Festreden der Professoren als Bekenntnis zu den Forderungen der neuen Zeit — Die Jubelfeier als Mittel zur Werbung für die Gelehrtenschule — der äußere Verlauf der Feierlichkeiten

III. **Die Reformversuche von 1765 bis 1793** ..... 22—34

Die Untersuchung des akademischen Gymnasiums durch Ehler, Zernecke und Lengnich 1765

Der Prüfungsbericht — die Vernehmung des Rektors — Gralath — Wernsdorf — Sendel — Hanow — Die Aussagen der übrigen Lehrer — das Ergebnis der Vernehmung — die Leistungen an den Danziger Stadtschulen

Die Vorschläge der Professoren zur Umgestaltung des Gymnasiums Bertlings „Gedanken über die Verbesserung des Gymnasii" — die Universitätspläne Wernsdorfs und Hanows — Beurteilung dieser Vorschläge

Die Ratsverordnung zur Erneuerung des Gymnasiums — ihre Aufnahme bei den Professoren — Beurteilung der Ratsverordnung

Versuche zur Verbesserung des Schulwesens in anderen Städten

Bremen — Leipzig — Marienburg — Elbing

Die Einrichtung deutscher Bürgerschulen in Danzig

IV. **Das Gymnasium als Stätte der Wissenschaft** ..... 34—56

Ernst August Bertling — Michael Christoph Hanow — Gottlieb Wernsdorf — Daniel Gralath

V. **Einrichtungen und Zustände des Gymnasiums** ..... 56—70

1. Verfassung und Aufbau des Gymnasiums

Die Hörsäle — die Vorlesungen — der Rektor — die Professoren — der Schuldiener — die Schüler

2. Innere Einrichtungen und Bräuche des Gymnasiums

Die Schulgesetze — die Schulstrafen — neue Gesetze — die Chöre der Portanten, Sänger und Kalendisten — Schulgebräuche — die Redeübungen — die Prüfungen

3. Danziger Schülerleben im 18. Jahrhundert

Akademische Gewohnheiten — zeitgenössische Zeugnisse: Gerber — Soermans — Falk — Cosak — der Einbruch westlichen Geistes: Mnioch und Bartholdy

Seite

VI. Die Schülerlisten des Gymnasiums ..... 70—71

VII. Die Einkünfte der Professoren und die Wirtschaftsführung des Gymnasiums ..... 71—75

VIII. Das Gymnasium 1793—1817 ..... 75—94

1. Das Gymnasium in der Zeit der ersten preußischen Herrschaft
   Die vorbereitenden Maßnahmen — die Einrichtung des Kirchen- und Schulkollegiums — die Besichtigung von 1802 — das Lehrerseminar Trendelenburgs
   Pläne um das Gymnasium
   Handelsschule oder Exerzierhalle — die Absichten der Regierung: das Gymnasium als einzige Gelehrtenschule — die Berichte Gralaths und Trendelenburgs
2. Die Einführung der Reifeprüfung in Danzig 1802
   Das Reglement vom 23. Dezember 1788 — seine Voraussetzungen — die Prüfung der Kantonpflichtigen — weitere Verordnungen — die Reifeprüfung in Danzig von 1802—1806 — ihre Leistungen im Vergleich mit den Ergebnissen in Jenkau — Thorn — Elbing — Stettin
3. Das Gymnasium in der Zeit der Fremdherrschaft 1807—1814
   Die Fortführung der preußischen Entwürfe in schwerer Zeit. — Trendelenburg als Sachwalter der preußischen Regierung
4. Die Vereinigung des Akademischen Gymnasiums mit der Marienschule und die Neugründung des Städt. Gymnasiums 1817
   Der Neuhumanismus und die Erneuerung des preußischen Staatsgedankens als Grundlage der Erziehung — Süverns Lehrplan — das Conradinum in Jenkau als erste neuhumanistische Bildungsanstalt in Danzig — die Übergabe des Städt. Gymnasiums durch Trendelenburg — August Meineke, der erste Rektor des Gymnasiums

Tabellen ..... 95—100

Danzig in der Vorgeschichte zur Zweiten Teilung Polens

Von Hans Hopf.

In den Jahren nach der ersten Teilung Polens beschäftigte das Problem Danzig mehr als je die Diplomatie Preußens, Rußlands und Englands. Über das Verhältnis Danzigs zu Preußen nach der ersten Teilung Polens hat der Danziger Schulrat Dr. R. Damus im Heft 20 der Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins (1887) einen längeren Aufsatz veröffentlicht. Während Damus sehr ausführlich auf die zwischen Preußen und Danzig zur Zeit Friedrichs des Großen schwebenden Fragen eingegangen ist, hat er die Politik Preußens gegenüber Danzig in der Regierungszeit Friedrich Wilhelms II. nur im Überblick dargestellt. In jenem Aufsatz hat Damus bereits die allgemeine Bedeutung Danzigs berührt, indem er auf die Haltung Rußlands und Englands zu den preußisch-Danziger Streitfragen hingewiesen hat. Dennoch ist die Danziger Frage im Zusammenhang mit der großen Politik der Jahre vor der zweiten Teilung Polens noch nicht näher untersucht und zusammenfassend dargestellt worden. Dieses soll die Aufgabe der vorliegenden Arbeit sein, die sich insbesondere auf die Berichte des preußischen Kabinetts in den Jahren 1788—1792, auf die in der Sammlung des polnischen Historikers Dembinski veröffentlichten „Documents rélatifs au second Partage de la Pologne" und auf die im Danziger Staatsarchiv befindlichen Berichte der Danziger Residenten in Warschau, Petersburg und London stützt.

Danzig nach der ersten Teilung Polens

Durch den Einspruch Rußlands war es 1772 Friedrich dem Großen nicht gelungen, nebst den anderen Gebieten von Westpreußen mit Ausnahme von Thorn auch Danzig zu erwerben, obgleich Danzig ein freies deutsches Staatswesen war; die Stadt hatte 1454 den König von Polen lediglich als Schutzherrn anerkannt. Solange die Danziger ihre Selbständigkeit genießen konnten, hatte es nicht in ihrem Interesse gelegen, den bestehenden Zustand zu ändern. Nachdem aber die Rechte der polnischen Könige durch die Reichstage stark eingeschränkt worden waren, hatte auch die Stadt Danzig eine Beschränkung ihrer Privilegien befürchtet und scharf betont, nur dem Könige von Polen gehuldigt zu haben, nicht aber einer Republik Polen. Geschickt hatte es Rußland verstanden, die Lage der Stadt auszunutzen. Um die Befürchtungen Danzigs zu zerstreuen und um die Stadt unter russischen Einfluß zu bekommen, erneuerte Katharina II. 1764 eine schon von der Zarin Anna übernommene Garantie der Privilegien Danzigs, und in der Urkunde vom 24. März 1767 versprach die Zarin der Stadt Schutz, damit sie „in ihren bisherigen Rechten, Freiheiten, Privilegien usw. besonders in dem Besitz ihrer Ländereien und Gründen, in dem See-, Handlungs-, Hafen-, Münz- und Festungsrecht ohne einige Verkürzung erhalten werden möge"[1]. Katharina hatte daher als Beschützerin der Stadt auftreten können, um 1772 Friedrich an ihrer Erwerbung zu hindern, und Friedrich hatte nicht Danzigs wegen die Verhandlungen mit Ruß-

[1]) D. St. A. 300, 53 Fasc. 437.

land scheitern lassen wollen. Er begnügte sich mit der Rückerwerbung des ehemaligen Gebietes des deutschen Ritterordens auch ohne Danzig; ausgenommen wurde auch die Stadt Thorn.

Auf allen Seiten war durch die Grenzziehung von 1772 das Danziger Gebiet von preußischem umgeben worden, und auch die Ländereien des Abtes von Oliva, die sich bis zur Meeresküste erstreckten und auf deren Grund und Boden der Danziger Außenhafen lag, waren Friedrich zugefallen. Auf die Rechte, die Preußen auf den Danziger Außenhafen besaß, war Friedrich der Große durch den preußischen Residenten in Danzig namens Tietz aufmerksam gemacht worden[2]). Er begründete sie in einer gedruckten Deduktion vom 14. Dezember 1772 unter dem Titel „Preuves et Défenses des Droits du Roi sur le Port et le Péage de la Vistule", die er an die preußischen Gesandten in den an der Stadt Danzig und ihrem Handel interessierten Ländern Rußland, England, Frankreich und Holland schicken ließ. Am Eingang zum Hafen ließ er eine preußische Lizenzkammer errichten, die von den passierenden Schiffen Zölle erhob.

Neben Schweden und Holland war vor allem England am Danziger Handel beteiligt. Rund 12% aller durch den Sund unter englischer Flagge fahrenden Schiffe gingen in den Jahren um 1770 nach Danzig[3]). Zwar war in jenen Jahren der Handel zwischen Danzig und Schweden und Danzig und Holland lebhafter als der Handel zwischen Danzig und England, als aber Trevor Corry, der englische Konsul in Danzig, seiner Regierung von den Vorgängen im Danziger Außenhafen berichtete, versuchte diese, die der Teilung Polens neutral gegenüber gestanden hatte, nun sofort auf diplomatischem Wege gegen die Maßnahmen Friedrichs vorzugehen. Am Anfang des Jahres 1773 wurde von Gunning, dem englischen Gesandten in Petersburg, dem Grafen Panin eine Verbalnote überreicht mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Intervention des russischen und englischen Hofes in dem preußischen Streit mit Danzig zur Wiederherstellung der alten alleinigen Rechte der Stadt Danzig an ihrem Hafen[4]). Panins Antwort allerdings entsprach nicht den englischen Vorschlägen: Die Zarin werde die Rechte Danzigs anerkennen, falls keine dritte Macht Anspruch darauf habe[5]). Den Danzigern wurde von dem russischen Bevollmächtigten in Danzig dringend geraten, Friedrich als Herrn des Hafens

[2]) G. St. A. Kabinettsbericht vom 14. 6. 1791: „... Wir müssen dem Tietz das Zeugnis geben, daß er zu Danzig vielen Eifer, Tätigkeit und Geschicklichkeit bewiesen, und dem Staat einen sehr wesentlichen Dienst geleistet, wofür er keine Belohnung erhalten, denn wie im Jahre 1773 durch die bekannte Teilung von Polen das polnische Preußen occupiert wurde, so war er derjenige, der dem hiesigen Ministerium die uns ganz unbekannte Tatsache anzeigte, daß der Hafen von Danzig, oder das sogenannte Neufahrwasser, nicht zum Territorio der Stadt Danzig, sondern der Abtei Oliva gehörte, und daß der Danziger Magistrat selbigen nur von der Abtei Oliva in Zeitpacht habe..."

[3]) Nach den von Nina Bang herausgegebenen Sundzollregistern.

[4]) Politische Correspondenz Friedrichs d. Gr. Bd. 33, Nr. 21 791. F. K. Wittichen („Preußen und England in der europäischen Politik von 1785/88") hat in diesen Vorstellungen der englischen Regierung in Petersburg einen Versuch Englands gesehen, über die russische Garantie von Danzig, Rußland zu einem Bruch mit Preußen zu bringen.

[5]) Damus: a. a. O. S. 49.

anzuerkennen und jährlich eine bestimmte Summe an ihn für die Benutzung des Hafens zu zahlen[6]). Und auch die englischen Vorschläge mußten jetzt ähnlich lauten.

Durch das Edikt vom 11. Mai 1774, in dem Friedrich dem englischen Handel nach Polen weitgehende Vergünstigungen gewährte, die denen der preußischen Untertanen gleich waren[7]), wurde dann England aus dem Streite ganz ausgeschaltet. Auch waren Maßnahmen getroffen worden, durch die für den direkten Handel zwischen Danzig und England Erleichterungen geschaffen wurden. Nach diesen entgegenkommenden Schritten Friedrichs erlitt der englische Handel durch die preußischen Zollmaßnahmen kaum eine Schädigung. Zum Beweise mag die Tatsache dienen, daß in den der preußischen Besitzergreifung des Danziger Außenhafens folgenden Jahren die Zahl der in Danzig einlaufenden englischen Schiffe sich nicht verminderte, während die Gesamtzahl aller Danzig aufsuchenden Schiffe um rund 70% sank[8]).

Ja selbst Polen, dessen König in mehrfachen Schreiben den Danziger Rat zur Ablehnung der preußischen Forderungen ermahnte, wurde während der preußisch-polnischen Commerzverhandlungen, die von 1773/75 in Warschau geführt wurden, der preußischen Politik gefügig. Die Polen versuchten bei jener Gelegenheit durch Aufhebung des ihnen verhaßten Danziger Stapelrechtes Danzig für einen Freihafen erklären zu lassen, was aber von Benoit, dem preußischen Gesandten in Warschau, abgelehnt wurde. Darauf gingen die polnischen Vertreter auf den preußischen Vorschlag ein, bei ihrem Import und Export die preußischen Handelsplätze wie Pillau und Elbing unter Umgehung Danzigs zu begünstigen. Zunächst wurden die Zollsätze für den direkten Verkehr zwischen Polen und Preußen auf 4%, der Transitzoll aber für polnische Waren, die durch preußisches Gebiet nach dem Auslande gingen, auf 8% festgesetzt, wodurch Danzig besonders schwer getroffen wurde. Als dann Benoit eine Ermäßigung des preußisch-polnischen Grenzzolles auf 2% gegen eine Erhöhung des Transitzolls auf 12% vorschlug, gaben die Polen dazu ebenfalls ihre Einwilligung[9]).

Da der Danziger Rat die russischen und englischen Vorschläge, Friedrich als Herrn des Hafens anzuerkennen, ablehnte und zu Gegenmaßnahmen gegenüber den preußischen Zollbestimmungen überging, dauerten die Zollstreitigkeiten jahrelang fort und führten zu einer preußischen Blockade Danzigs. 1785 kam durch Vermittlung Rußlands zwar ein Vergleich zustande, die Lage des Danziger Handels aber besserte sich dadurch kaum. Wenige Monate später

---

[6]) Über Rußlands Haltung beim Hafenstreite vgl. H. Hoffmann: „Danzig und Rußland bei der ersten Teilung Polens", Diss. Danzig 1936.

[7]) Michael: Englands Stellung zur ersten Teilung Polens. Habilitationsschrift Berlin 1890. S. 88/89.

[8]) Nach den Schiffahrtstabellen in den „Danziger Wöchentlichen Anzeigen". — Vergl. auch W. Vogel „Beiträge zur Statistik der deutschen Seeschiffahrt im 17. und 18. Jahrhundert", Hansische Geschichtsblätter Jahrg. 1932.

[9]) Über den preußisch-polnischen Handelsvertrag vergl. Margot Herzfeld: „Der polnische Handelsvertrag von 1775" in Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Bd. 32 u. 36.

begannen die Zollstreitigkeiten von neuem und zogen sich bis nach dem Tode Friedrichs des Großen hin [10]).

So hatte Friedrich der Große durch die unmittelbar gegen Danzig gerichteten Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg erzielen können. Sein Minister Hertzberg klagte in einem seiner Briefe: „So verlieren wir Schritt für Schritt den Ruf der Stärke und der Festigkeit, den wir einst hatten und der die einzige Grundlage bildet für unsern Staat von mittlerem Range“ [11]). Viele Mühe hat der Minister seitdem auf die Lösung des Problems Danzig verwandt. Auf dem Wege der großen Politik versuchte er sein Ziel zu erreichen.

I.

Danzig und die Politik des Grafen Hertzberg

Der Plan Hertzbergs und die politische Lage Europas zu Beginn des Jahres 1788.

Nach dem Tode Friedrichs des Großen blieb die Leitung der preußischen Außenpolitik fünf Jahre lang in den Händen der von ihm hinterlassenen Kabinettsminister, der Grafen Finkenstein und Hertzberg, wobei dem jüngeren Hertzberg die bedeutendere Rolle zufiel. Sie jedoch waren nicht die alleinigen außenpolitischen Ratgeber Friedrich Wilhelms II. Dieser König war bei seiner wankelmütigen Natur leicht vielen Einflüssen zugänglich und schenkte gern manchen anderen Ratgebern Gehör.

Schon gelegentlich des bayrischen Erfolgekrieges hatte Hertzberg den Plan eines Ländertausches entwickelt, durch den Preußen in den Besitz von Danzig kommen sollte [12]). Sein Vorschlag war damals von Friedrich dem Großen abgelehnt worden. Erneut bot sich für Hertzberg eine günstige Gelegenheit, um mit seinem Plane hervorzutreten, als im August des Jahres 1787 die Türkei Rußland den Krieg erklärte, in den am Anfang des Jahres 1788 auch Österreich hineingezogen wurde. Hertzbergs System ging darauf hinaus, das Problem Danzig verbunden mit dem Problem Galizien durch die Orientkrisis zu lösen.

Der Minister wollte Preußen Gebiete verschaffen, die es zu einer Abrundung nötig hatte, eine Stadt, in der die Bevölkerung und Sprache deutsch war, die vom preußischen Gebiete ringsherum umgeben war, aber unter der Oberhoheit eines fremden Königs stand. Polen sollte Gebiete, die es einst in Besitz genommen hatte, von Österreich zurückerhalten; Österreich konnte sich dafür durch weite noch zu kultivierende Gebiete entschädigen. Nicht durch eine Teilung Polens wollte Hertzberg Preußen in den Besitz dieser Stadt bringen, sondern auf dem friedlichen Wege eines Tausches, der nach seiner aufrichtigen Überzeugung zur Herstellung des europäischen Gleichgewichts beitragen sollte.

Am 19. Januar 1788 unterbreitete Hertzberg ausführlich dem König seinen Plan [13]). Preußen sollte in der Orientkrisis als Vermittler zwischen den sich streitenden Staaten auftreten. Da die größte Wahrscheinlichkeit für den Sieg

[10]) Über die Zollstreitigkeiten zwischen Preußen und Danzig im einzelnen vergl. Damus: a. a. O.

[11]) R. Krauel: „Graf Hertzberg als Minister Friedrich Wilhelms II.“ S. 25.

[12]) Bailleu: „Graf Hertzberg“, Historische Zeitschrift, Bd. 42.

[13]) G. St. A. R. 96, 147 C. Hertzberg an den König 19. 1. 1788.

der kaiserlichen Heere über die Pforte sprach, müsse man, meinte Hertzberg, die Türken dazu bringen, dem Kaiser die Moldau und Walachei abzutreten, Gebiete, deren Besitz für die Pforte nur sehr unsicher und ohne wirklichen Vorteil waren. Rußland müsse von den Türken die Krim, die jene ohnehin nicht mehr besaßen, Oczakow und Bessarabien erhalten, jedoch unter der Bedingung, daß Preußen und andere Mächte der Türkei ihre Besitzungen jenseits der Donau und Unna (Save) für ewig garantierten. Für seinen Gebietszuwachs sollte der Kaiser Lodomerien und Pokutien an Polen abtreten, damit das Gleichgewicht unter den Mächten erhalten blieb. Polen sollte für diesen durch Preußens Vermittlung zustandegekommenen Wiedergewinn von galizischen Gebieten Danzig, Thorn und ein Stück von Großpolen, — auf das man aber preußischerseits bald verzichtete, — Preußen überlassen [14]).

Bei der Durchführung seines Planes hoffte Hertzberg auf eine Unterstützung durch England, die ein Gegendienst dafür sein sollte, daß Friedrich Wilhelm durch sein militärisches Eingreifen in die holländischen Wirren einige Monate vor dem Ausbruch der Orientkrisis und durch die Wiederherstellung der Statthalterschaft in Holland dieses Land dem französischen Einfluß zugunsten des englischen entzogen hatte. Hertzberg dachte nun daran, daß England dem preußischen Vermittlungsangebot während der Orientkrisis an den Kaiserhöfen den nötigen Nachdruck verleihen könnte, ferner Preußen den Rücken gegen Frankreich decken würde, im Falle Friedrich Wilhelm bei einer Nichtannahme der preußischen Vermittlung die Kaisermächte mit den Waffen bedrohen müßte, und schließlich auch den Türken die Garantie ihrer Besitzungen jenseits der Donau und Unna schmackhafter machen würde. Von einer offiziellen Allianz Preußens mit England aber riet Hertzberg ab, da dadurch eine engere Verbindung zwischen Rußland und Österreich und Frankreich hervorgerufen werden könnte [15]).

---

[14]) Unter den späteren Historikern fand der Plan Hertzbergs nur in den Brüdern Paul und Karl Wittichen Verteidiger, die sich allerdings weniger auf die Natur des Planes selbst und die Möglichkeit seiner Durchführung eingelassen haben. Sie versuchten zu beweisen, daß der Plan an den Persönlichkeiten Friedrich Wilhelms, Ewarts und der Gegner Hertzbergs scheiterte, wobei sie weniger die politische Lage Polens und schließlich auch die Englands in Betracht gezogen haben.

Dietrich Gerhard hingegen („England und der Aufstieg Rußlands" S. 218/219) sieht in dem Plane Hertzbergs nur „ein eigentümliches Gemisch von weitschauenden politischen Erkenntnissen, von Argumentationen der Studierstube und von schwächlich-erpresserischen Methoden." Dann einige Zeilen weiter kann Gerhard sich der Meinung nicht verschließen, daß der Plan „eine weitreichende Konzeption war, gewiß noch keine Lösung des polnischen Problems, aber den Notwendigkeiten und den natürlichen Entwicklungstendenzen des preußischen Staates allerdings angemessen und durchführbar doch nur bei ungewöhnlicher Gunst der Umstände von einer vorsichtig zurückhaltenden straffen, im entscheidenden Augenblick zu rücksichtslosem Einsatz der Machtmittel entschlossenen Politik." Und bei der Darstellung, wie Friedrich Wilhelm nach dem Zusammenbruch des Hertzbergschen Systems dem Minister Vorwürfe machte, stellt Gerhard die Frage (S. 370): „Hatte nicht erst die Indolenz des Königs die Hertzbergschen Pläne sich derart entwickeln lassen und hatte er sich nicht dann in den entscheidenden Monaten der Politik des Ministers versagt, sodaß diese doch nie recht auf die Probe gestellt worden war?"

[15]) G. St. A. (R. 96, 147 C) Hertzberg an den König 7. 1. 1788.

Auch England konnte hoffen, aus einem gemeinsamen Vorgehen mit Preußen Vorteile zu ziehen. Denn Englands Einfluß war in Rußland seit 1781, als es das von Rußland aufgestellte neue Seerecht nicht anerkannt hatte, mehr und mehr durch den Frankreichs verdrängt worden. Den Höhepunkt hatte die englisch-russische Entfremdung erreicht, als mit dem Jahre 1786 der englisch-russische Handelsvertrag abgelaufen und durch einen russisch-französischen abgelöst worden war. Von einem gemeinsamen Vorgehen mit Preußen in Petersburg konnte sich England versprechen, wieder zu seinem alten Einfluß in Rußland zu gelangen. Solche Gedanken leiteten insbesondere den ehrgeizigen englischen Gesandten in Berlin, Ewart, dessen Programm darin bestand, eine große Allianz zwischen England und den Nordstaaten Europas, natürlich unter Führung Englands, zu bilden. Geschickt verstand er es, seine eigene wie auch die preußische Regierung für seine Politik zu gewinnen. Zu diesem Zweck trat er in enge Verbindung nicht nur mit Hertzberg, dem Leiter der preußischen Außenpolitik, sondern auch mit dem Ordensbruder Bischofswerder, dem Günstling des Königs, um durch diesen auf Friedrich Wilhelm selbst einen Einfluß ausüben zu können. Er verstand es, über alle politischen Verhandlungen zwischen Friedrich Wilhelm und seinen Ratgebern, über alle Depeschen, selbst über die geheimsten, sich zu unterrichten[16]). Auf seinen Einfluß wird es dann besonders zurückzuführen sein, daß die preußische Regierung, obgleich sie in den entscheidenden Augenblicken und in der Danziger Frage von England verlassen wurde, sich nicht entschließen konnte, einen eigenen Weg zu gehen, sondern an England gefesselt blieb[17]).

Bereits im Januar des Jahres 1788 erfuhr Ewart von den preußischen Erwerbungsabsichten. Hertzberg hatte ihn bei seiner Eitelkeit in den ganzen Plan eingeweiht[18]). Ewart teilte ihn als „ausschweifend und unpraktisch bei den gegenwärtigen Umständen" seiner Regierung mit[19]). Nach der bisherigen englischen Haltung im Streite Friedrichs des Großen mit der Stadt Danzig entsprach eine preußische Erwerbung Danzigs nicht den Interessen Englands. Da aber das Zusammengehen der Kaisermächte mit Frankreich immer drohender wurde, wurde für England eine enge Verbindung mit Preußen zu einer politischen Notwendigkeit[20]). Daher wollte England nicht den Schein aufkommen lassen, daß es Preußen an der Erwerbung von Danzig hindern würde. Der englische Vertreter in Danzig soll sogar nach einigen Nachrichten aus Danzig den Danzigern empfohlen haben, die Oberherrschaft des Königs von Preußen anzunehmen[21]). Auch erwiesen sich in den nächsten Monaten die Bemühungen des Danziger Geschäftsträgers in London, Anderson, die

[16]) Vergl. Luckwaldt: „Zur Vorgeschichte der Konvention von Reichenbach" in Delbrück-Festschrift S. 236. [17]) Vergl. Gerhard: a. a. O. S. 247.

[18]) Vergl. Luckwaldt: „Die englisch-preußische Allianz von 1788" in Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Bd. 15, S. 99. [19]) ebenda.

[20]) Vergl. Ranke: „Die deutschen Mächte und der Fürstenbund", S. 330.

[21]) D. St. A. (300, 9. Bd., 19) Kahlen den 10. 3. 1788: „außerdem hat mir noch gestern der Herr Unterkanzler, den ich des Nachmittags beim Herrn Ambassadeur angetroffen hatte, angezeigt, wie es lt. einigen aus Danzig anhero überschriebenen Nachrichten heißet, es vornehmlich der englische Kommissar sein solle, welcher jetzt die Einwohner in Danzig zu fomentieren und ihnen die Oberherrschaft des Königs von Preußen anzuempfehlen pflegte."

englische Regierung zu tatkräftigem Eintreten für Danzig am preußischen Hofe zwecks Aufhebung der preußischen Zollmaßnahmen zu bewegen, als nutzlos. Carmarthen, der englische Außenminister, erklärte Anderson gegenüber, der englische Hof könne nicht direkt für Danzig eintreten und „jetzo vielleicht weniger als vorhin des guten Verständnisses mit Preußen wegen“ [22]). Carmathen war mit einer Zusammenarbeit mit Preußen zum Zwecke der Wiederherstellung des Friedens im Orient einverstanden. Ja, er erklärte sogar, es wäre sehr wünschenswert, wenn jede Machterweiterung der Gegner der Pforte durch ein dem König von Preußen passendes Äquivalent ausgeglichen werde [23]). Während es aber bereits Mitte April 1788 zu einem Defensivvertrag zwischen Preußen und Holland kam, verzögerte sich der Abschluß einer englisch-preußischen Allianz noch um einige Monate, da man beiderseits sich vorläufig nicht über die zu gewährende Truppenhilfe einigen konnte.

Russisch-österreichische Maßnahmen gegen den preußischen Erwerbungsplan. Die erste Sendung von Alopeus nach Berlin.

Solange die russische Regierung nicht einer tatkräftigen Unterstützung durch Österreich in dem Kriege gegen die Pforte sicher war, war sie bemüht, die Beziehungen zu Preußen möglichst günstig zu erhalten. Im November 1787 war der Stadt Danzig von russischer Seite geraten worden, einen von Preußen aufgestellten Handelstarif anzuerkennen, in dem eine Verminderung der preußischen Zölle für die von und nach Danzig gehenden Waren in Aussicht gestellt wurde [24]). Da die Danziger als Äquivalent ihre eigene Zollerhebung einstellen sollten, wären dadurch die städtischen Einnahmen geschmälert worden, und der Rat ging daher auf ein solches Handelsabkommen nicht ein.

Dennoch wurde innerhalb der Danziger Kaufmannschaft der Gedanke an den Anschluß an Preußen immer deutlicher [25]), sodaß der König von Polen den geheimen Rat Sartorius nach Danzig sandte, der die Kaufmannschaft von ihren Plänen abbringen sollte. Sartorius selbst, wie auch einige Warschauer Regierungsmitglieder, hatten vorher an einem Plane gearbeitet, dem König von Preußen Danzig zu überlassen. Man fürchtete jedoch dabei, daß auch der Kaiser neue Landabtretungen von Polen verlangen könnte, wenn Danzig zu Preußen kommen würde [26]). Auch Lindenowski, der preußische Resident in Danzig, berichtete, er könne jeden Augenblick die Unterwerfung der Danziger Bürgerschaft erreichen, sobald man ihn ermächtigte, sie anzunehmen. Hertzberg schrieb darauf an den König: „Euer Majestät kann auf keinen Fall

[22]) D. St. A. (300, 9. Bd. 377) Anderson den 9. 5. 1788.

[23]) G. St. A. (R. 96, 147 C) Auszug aus einer Depesche, Carmathens an Ewart 14. 5. 1788 (Beilage zu Finkenstein und Hertzberg an den König 29. 5. 1788): il seroit certainement fort à souhaiter, que la Porte fût en état de rejetter tous les termes qui pourroient affaiblir ses moyens futures de défense, et en tout cas, que toute accession de force à ses rivaux fût s'il étoit possible, contrebalancée par un équivalent convenable à S. M., le Roi de Prusse.

[24]) D. St. A. (300, 93, Nr. 457) Ostermann an den russischen Geschäftsträger in Danzig 8. 11. 1787. [25]) Vergl. Damus a. a. O. S. 146.

[26]) G. St. A. Rep. 96, 147 Vol. 8. Extrait d'une lettre du Sr. Buchholz au Ministre d'Etat C. de Hertzberg (Beilage zum Bericht Hertzbergs an den König 30. 1. 1788).

ohne Zustimmung des russischen Hofes und der Republik Polen die freiwillige Unterwerfung der Stadt annehmen“ [27]). Lindenowski dürfe nichts unternehmen, wodurch Preußen verdächtigt werden könnte, daß es die Danziger Bürgerschaft zu gewinnen versuche.

Im Februar 1788 nahm plötzlich die russische Regierung eine völlig veränderte Haltung Danzig und Preußen gegenüber an. Der russische Resident in Danzig ermahnte jetzt die Kaufmannschaft, ihre Pläne zurückzustellen, versuchte, dem Rat auf russische Unterstützung gegen Preußen Hoffnung zu machen [28]) und beschuldigte sogar den preußischen Hof, bei den Unruhen, die innerhalb der Danziger Bürgerschaft gegen den Rat entstanden waren, seine Hand im Spiele gehabt zu haben, wogegen man natürlich von Berlin aus protestierte [29]). Der Grund für die plötzliche Wendung der russischen Politik war die am 9. Februar 1788 erfolgte Kriegserklärung Österreichs an die Pforte. In Wien hatte man einige Zeit vorher von den preußischen Erwerbungsabsichten erfahren. Hertzberg hatte nämlich Jacobi, dem preußischen Gesandten in Wien, ausführlich seinen Tauschplan in einem Brief entwickelt, der Kaunitz in die Hände gekommen sein soll [30]). Auch dem Fürsten Reuß, dem österreichischen Gesandten in Berlin, soll Hertzberg Mitteilungen über seinen Plan gemacht haben [31]). Jedenfalls war der österreichische Gesandte in Petersburg, Graf Cobenzl, am 7. Dezember 1787 angewiesen worden, dem russischen Hofe vorzuschlagen, gemeinsam mit Österreich sich allen Erwerbungen Preußens im Osten zu widersetzen. Und als Österreich sich entschloß, mit ganzer Heeresmacht Rußland gegen die Pforte zu unterstützen, erhielt der russische Gesandte in Berlin die Weisung, die von Preußen angebotene Friedensvermittlung abzulehnen. Ja, es gelang dem österreichischen Gesandten in Petersburg, Katharina zu einer geheimen Deklaration zum Schutze der polnischen Republik zu bewegen (am 21. Mai 1788). Darin verpflichtete sich die Zarin, daß sie vereint mit Österreich den König von Preußen von jeglichen Erwerbungsgelüsten, die er unter den gegenwärtigen Umständen auf die Besitzungen der Republik Polen haben könnte, abzubringen versuchen werde. Sollten alle Vorstellungen fruchtlos sein, so versprach Katharina gemeinsam mit dem Kaiser mit allen Kräften, soweit es die Sicherheit und Verteidigung ihres eigenen Reiches zuließen, den preußischen Erwerbungsplänen entgegenzutreten [32]). Diese Deklaration wurde weder in Berlin noch in Warschau bekannt. Stark bedrohte sie das Gelingen des preußischen Erwerbungsplanes.

Inzwischen nahm der Türkenkrieg nicht den von Rußland erwarteten Verlauf. Den Heeren der Kaisermächte war es bis jetzt noch nicht gelungen, Erfolge den Türken gegenüber zu erzielen. Fürst Potemkin, der Befehlshaber der russischen Heere, war unzufrieden mit der vorsichtigen Kriegführung Öster-

[27]) G. St. A. (P. 96, 147 C) Hertzberg an den König 8. 2. 1788.
[28]) Ostermann an den Präsidenten von Danzig 15. 2. 1788 zitiert bei Damus: a. a. O. S. 148 — vgl. auch G. St. A. R. 96, 147 C) Finkenstein und Hertzberg an den König. [29]) Damus a. a. O. S. 146.
[30]) Kalinka: „Der 4jährige polnische Reichstag“, Bd. 1, S. 47 ff.
[31]) F. K. Wittichen a. a. O. S. 133.
[32]) Der Text dieser Deklaration veröffentlicht bei Lord: „The Second Partition of Poland“ S. 509.

reichs, riet der Zarin, es lieber mit Preußen zu halten und Friedrich Wilhelm die Stadt Danzig zu überlassen[33]). Katharina wollte zunächst nichts davon hören und verstand geschickt, Potemkin von solchen Ideen abzubringen.

Dennoch wollte sie jegliche ernsthafte Differenzen mit Preußen vermeiden, insbesondere da Schweden als Verbündeter der Pforte mit einem Angriff auf Rußland drohte. Sie schickte den russischen Gesandten am Cutiner Hof, Alopeus, einen geschickten Diplomaten, nach Berlin, der dort als ihr geheimer Gesandter wirken sollte. Seine Aufgabe bestand darin, zu Friedrich Wilhelm von einer freundschaftlichen Gesinnung der Zarin zu sprechen. Sie sei geneigt, Freundschaft mit Preußen zu pflegen[34]), werde ihren bisherigen Gesandten in Berlin den Grafen Rumjanzow, der ein gutes Verhältnis zwischen Rußland und Preußen zu beeinträchtigen schien, abberufen, bitte den König aber zugleich um Abberufung des Baron Keller. Zu Hertzberg sprach Alopeus viel von den Danziger Angelegenheiten. Die Zarin wünsche, sagte er, um endlich diesen Stein des Anstoßes zu beseitigen, daß Friedrich Wilhelm die Zölle zugunsten Danzigs vermindere und der Bürgerschaft erklären lasse, er würde niemals ihre Unterwerfung annehmen. Hertzberg hütete sich natürlich, irgendwelche diesbezügliche Zusagen zu machen[35]).

Die Not der Stadt Danzig machte sich Katharina indessen zunutze. Durch ihren Beauftragten in Danzig ließ sie Danziger Bürger zur Auswanderung nach Rußland überreden[36]). Der Niedergang des Danziger Handels brachte den russischen Häfen Vorteil, da die Polen infolge der durch Preußen erhobenen Zölle, einen Teil ihres Getreides über Riga ausführten. Und in dem drohenden Kriege mit Schweden gedachte Katharina Danzig als Verproviantierungsplatz für russische Kriegsschiffe zu benutzen[37]). Sie ermahnte durch den russischen Bevollmächtigten in Danzig den Danziger Rat zur Treue gegen den König von Polen und zur Absendung von Deputierten nach Warschau, wo unter der Leitung des einflußreichen russischen Botschafters, Stackelberg, weitere Zollverhandlungen zwischen Preußen und Danzig geführt werden sollten[38]). Es ist möglich, daß auch Alopeus, der nach einem Berichte Kahlens, des Danziger Geschäftsträgers in Warschau, seine Reise von Petersburg nach Berlin nicht seiner Gewohnheit gemäß über Warschau, sondern über Danzig zurückgelegt hatte[39]), dem Rate Hoffnung auf ein russisches Eintreten für

[33]) Vgl. Kalinka a. a. O. Bd. 1, S. 21.

[34]) G. St. A. (R. 96, 147 C) Hertzberg an den König 7. 7. 1788: „Ayant éte fort lié avec M. de Hüttel, il (Alopeus) lui a confié les circonstances suivantes qu'il était chargé par l'Imperatrice même de pendre une audience de V. M., et de Lui donner les assurances les plus positives de ses dispositions invariables de cultiver l'amitié de V. M . . ."

[35]) G. St. A. (R. 96, 147 C) Hertzberg an den König 8. 7. 1788.

[36]) D. St. A. (300, 9 Bd. 563) Wernsdorf (Dzg. Sekretär) an Wiggers 22. 5. 1788.

[37]) D. St. A. (300,9) Kahlen 5. 6. 1788.

[38]) D. St. A. Rats-Rezeß v. 21. 5. 1788.

[39]) D. St. 300,9 Bd. 190, Kahlen d. 16. 6. 1788.
In den „Wöchentlichen Danziger Anzeigen" allerdings, wo die Namen der durchreisenden Fremden angeführt werden, ist die Durchreise des Alopeus nicht bekannt gemacht. Doch scheinen diese Register nicht vollständig zu sein, und es ist auch wahrscheinlich, daß Alopeus, der geheime Aufträge von Katharina gehabt haben wird, unter anderem Namen Danzigs Tore passierte, bezw. daß es vom Rate verboten war, seine Durchreise öffentlich bekannt zu machen. —

Danzig in Berlin zu machen hatte, damit nicht dieser — entmutigt durch die gleichgültige Haltung, die Rußland während der letzten Monate den Danziger Angelegenheiten gegenüber gezeigt hatte — den Stimmen von Bürgern nachgab, die den Anschluß an Preußen forderten.

Der russisch-polnische Allianzplan und sein Scheitern.

Zu derselben Zeit, da Alopeus von der freundschaftlichen Gesinnung Katharinas in Berlin sprach, hatte die Zarin Allianzverhandlungen mit Polen begonnen. Sehr überrascht war Hertzberg, als Katharina Ende August durch Buchholz den preußischen König über einen russischen Allianzvorschlag an Polen benachrichtigen ließ [40]).

Jedoch nicht, wie man am preußischen Hofe glaubte, war Katharina die Urheberin des Bündnisplanes gewesen, sondern sie hatte die vom König von Polen nach ihrer Hilfe ausgestreckte Hand ergriffen. Bereits 1783, als ein Krieg zwischen Rußland und der Pforte bevorstand, hatte Stanislaus August der Zarin seine Unterstützung angeboten. Auch jetzt hätte er Polen gern an dem russisch-türkischen Krieg teilnehmen lassen, um durch Wiedererweckung des kriegerischen Geistes die in den oberen Klassen seines Volkes ausgebrochene Streitsucht um Ämter und Würden zu hemmen und um sein Land für die durch die erste Teilung verlorenen Gebiete zu entschädigen [41]).

Im September 1787 hatte Stanislaus August an seinen Gesandten in Petersburg, Deboli, das Projekt eines Defensivvertrages geschickt, in dem Polen und Rußland die Integrität ihres Besitzes sich gegenseitig zusichern sollten [42]). Nachdem Katharina im Mai 1788 Österreich die Erklärung abgegeben hatte, die polnische Republik gegen preußische Erwerbungsgelüste zu schützen und da sie ohnehin in Warschau als Beschützerin Polens gelten wollte, um auf dem Wege der friedlichen Durchdringung Polen zu ihrem Vasallenstaat zu machen, ging sie auf das polnische Bündnisangebot ein. In einem Gegenprojekt aber zu den Vorschlägen des Königs von Polen sprach Katharina den Polen nicht nur die erhofften Subsidien, den Anteil am Oberbefehl der Truppen und an den Eroberungen ab, sondern stellte sogar die Bedingung, daß Rußlands Vertreter im Ausland auch Polen vertreten sollten [43]). Daß Katharina die Erfüllung dieses Punktes den Polen zumutete, ist ein deutlicher Beweis für ihre wahren Absichten Polen gegenüber und für die Schwäche der Republik zu jener Zeit, da doch sogar eine Stadt wie Danzig das Recht hatte, ihre eigenen Vertreter im Ausland zu haben.

Auf eine preußische Protestnote gegen den polnisch-russischen Bündnisplan, wozu Preußen nach dem Artikel IX des Teilungsvertrages berechtigt war, unterbrach Katharina ihre Verhandlungen mit Polen. Damit war die Gefahr

[40]) Bericht Hertzbergs an den König 3. 8. 1788 (G. St. — S. 96, 147 C).

[41]) Kalinka a. a. O. Bd. 1, S. 58.
Es entspricht somit nicht den Tatsachen, wenn Heidrich in seinem Werke „Preußen im Kampf gegen die französische Revolution bis zur zweiten Teilung Polens" (Stuttgart und Berlin 1908) S. 165 geschrieben hat, daß bereits jetzt Stanislaus August an die Spitze der polnischen patriotischen Bewegung trat, „ohne auf seine alte Verbindung mit Katharina zu achten". Auch hat sich Stanislaus August an der Spitze dieser Bewegung nie befunden.

[42]) Kalinka a. a. O. S. 58. [43]) Kalinka S. 97.

für Polen, zu einer russischen Kolonie herabzusinken, gehemmt worden, und der Weg zu einem freundschaftlichen Verhältnis mit seinem westlichen Nachbarn zu gelangen, stand für Polen offen. Solange allerdings die deutschen Städte Danzig und Thorn außerhalb der Grenzen Preußens lagen, war naturgemäß ein ungetrübtes Verhältnis zwischen den beiden Staaten nicht denkbar.

Die Polen für den Tausch Galiziens gegen Danzig, Thorn und Teile von Großpolen zu gewinnen, wurde zur Aufgabe des Marquis Lucchesini, der Mitte Oktober 1788 nach Warschau geschickt wurde. Ursprünglich war Lucchesini als preußischer Gesandter nach Petersburg bestimmt worden, um Keller zu ersetzen, mit dessen Tätigkeit man in Berlin unzufrieden war. Hertzberg hoffte, daß Lucchesini mit mehr Erfolg sich für eine Annäherung zwischen Preußen und Rußland einsetzen werde [44]). Jedoch Lucchesini sollte nicht nach Petersburg kommen, da auch Warschau ein sehr wichtiger Posten wurde, der eines geschickteren Gesandten, als es Buchholz war, bedurfte. Warschau war ja nun das Zentrum des diplomatischen Kampfes zwischen Rußland und Preußen geworden. Bereits im Juli 1788 hatten polnische Magnaten Friedrich Wilhelm um Schutz angefleht „gegen den Despotismus der russischen Regierung und ihres Gesandten in Polen" und ihn gebeten, denselben Einfluß auf die polnischen Angelegenheiten auszuüben wie der russische Gesandte, nur natürlich im antirussischen Sinne [45]).

Am 6. Oktober wurde in Warschau jener berühmte sog. vierjährige Reichstag eröffnet, der nach Ablauf seiner sechswöchigen Sitzungsperiode immer wieder eine Verlängerung erfuhr, da ihm immer neue Aufgaben gestellt wurden. Am 7. Oktober wurde er in eine Konföderation umgewandelt, deren Hauptzweck die Vermehrung des Heeres und Ausschreibung neuer Steuern war. Gleich in den ersten Tagen nach der Eröffnung machte sich eine starke Opposition gegen den König und die russische Partei bemerkbar. Zu ihr zählten alle Freunde und Parteigänger des Fürsten Adam Czartoryski, verschiedene andere adlige Familien und „die nicht geringe Zahl der Abgeordneten aus Galizien, welche Österreich und Rußland abgeneigt waren und darum Preußen zugetan" [46]).

Als am 13. Oktober dem Reichstag von Buchholz eine preußische gegen das russisch-polnische Allianzprojekt gerichtete Note vorgelegt wurde, die drohend gegen Rußland gerichtet war, „gegen die Republik aber höflich, wie es sich einer unabhängigen Macht gegenüber schickte — einen solchen Ton hatte man in den Noten des russischen Gesandten schon lange vermißt" [47]), — war hier zum ersten Mal auch von einem Bündnis zwischen Preußen und Polen die Rede. Es wurde von Friedrich Wilhelm angeboten, falls seine Vorstellungen gegen das Bündnis mit Rußland in Polen kein Gehör finden

[44]) G. St. A. Hertzberg an den König 8. 7. 1788.

[45]) G. St. A. Hertzberg an den König 20. 7. 1788: „ . . . Le Prince Sulkowski prétend que ses Palatinats (de Podolie et de Bracklaw) réclament la protection de V. M. contre le despotisme de la Cour de Russie et de son Ambassadeur en Pologne et désirent que V. M. ordonne à son Ministre à Varsovie de prendre le même ton et la même influence dans les affaires de Pologne comme le Ministre de Russie."

[46]) Kalinka a. a. O. Bd. I, S. 164. [47]) ebenda S. 168.

sollten. Von der antirussischen Partei wurde die Erklärung des preußischen Hofes aufs freudigste begrüßt. Der Reichstag hielt sich nun für „den freien Herrn seiner Handlungen, wie es der höchsten Behörde eines zahlreichen tapferen Volkes zukam“ [48]). Man fühlte sich befreit von der russischen Fessel und der Reichstag nahm am 20. Oktober den Antrag an, das Heer auf 100 000 Mann zu vermehren.

Die Schwierigkeiten, die Polen den preußischen Wünschen gefügig zu machen, erkannte Lucchesini gleich während der ersten Tage seines Warschauer Aufenthaltes. Derjenige Teil der Nation, schrieb er am 21. Oktober 1788, welcher gegenwärtig und seit der preußischen Deklaration zu Preußen halte, möchte zwar seine Pläne mit Hilfe Preußens durchsetzen, kein Pole aber würde zulassen, daß der König von Preußen in den Besitz der erstrebten Gebiete gelange. Sollten aber die Ereignisse Friedrich Wilhelm zu einem Kriege zwingen, so würde Polen den Preußen nützlich werden, „denn sobald die preußische Armee gegen Rußland und Österreich aufmarschiert, wird auch die ganze polnische Nation mit ihr gehen, Galizien wird mit Freuden die Lasten des Krieges teilen und dann könnte von etwaiger territorialer Cession die Rede sein...“ [49]).

Bald setzte sich die Oppositionspartei in Warschau, an ihrer Spitze die Anhänger des Fürsten Czartoryski, mit Lucchesini in Verbindung. Ihre Führer gingen sogar so weit, Lucchesini zu sagen, sie würden Friedrich Wilhelm um einen sofortigen Einmarsch preußischer Truppen bitten, falls Stanislaus August in Folge ihrer Schritte zu einer Auflösung des Reichstages schreiten werde. Sie ließen Friedrich Wilhelm bitten, an der Grenze sein Heer bereit zu halten, damit es ihnen gegebenenfalls sofort helfen könne [50]). Weiterhin verlangten sie von Friedrich Wilhelm, er solle ihnen ihre Grenzen garantieren, ihnen wieder zu den Salzbergwerken von Wieliczka verhelfen und die Zölle auf der Weichsel ermäßigen. Dafür versprach man, ihm außer der Garantie Westpreußens eventuell Danzig und Thorn anzubieten [51]).

In der entscheidenden Reichstagssitzung vom 3. November ergab sich eine Mehrheit für die Einrichtung einer besonderen Kriegskommission gegen den Willen Stanislaus Augusts und Rußlands, und der König von Polen mußte sich diesem Beschluße fügen. Der russische Einfluß in Polen hatte damit einen weiteren starken Abbruch erlitten trotz der großen Geldsummen, die der russische Hof nach Warschau sandte [52]). Aber noch war der Süden Polens ein Durchzugsgebiet für russische Truppen und sollte auch ihr Winterquartier werden. Diese Tatsache gab der patriotischen Partei einen neuen Anlaß, gegen Rußland vorzugehen. Preußischerseits erinnerte man Rußland daran, daß es ebenfalls im Jahre 1746 Einspruch gegen den Durchzug preußischer Truppen durch Sachsen erhoben hatte [53]).

Noch einmal machte Rußland den Versuch, auf friedlichem Wege seinen alten Einfluß in Polen wiederherzustellen. Stackelberg ließ durch Nesselrode den preußischen Hof auffordern, mit Rußland zusammenzuwirken, um die Be-

[48]) Czartoryski: „Leben von Niemcewicz“, S. 35, zitiert bei Kalinka, Bd. I, S. 168.
[49]) Originalbericht bei Kalinka a. a. O. Bd. I, S. 186.
[50]) Kalinka a. a. O. Bd. I, S. 211. [51]) ebenda S. 212.
[52]) Hertzberg an den König 30. 9. 1788, G. St. A. R. 96, 147 C.
[53]) G. St. A. R. 96, 147 C, Friedrich Wilhelm 28. 10. 1788.

geisterung der polnischen Patrioten zu hemmen und dem Reichstag ein Ende zu machen, was aber sofort von dem preußischen Kabinett abgelehnt wurde [54]). Auch preußischerseits hätte man zwar eine Auflösung des polnischen Reichstages gern gesehen, jedoch wollte man sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens enthalten.

Obwohl Stackelberg den Polen mit dem Abbruch der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland drohte, verlangte dennoch der Reichstag die Räumung Südpolens von russischen Truppen. Sofort bemerkte Katharina, daß nur die Hoffnung auf eine preußische Unterstützung die Polen zu diesem Widerstande, den die Zarin in Warschau zu finden nicht gewöhnt war, ermutigt hatte. Sie sah im preußischen Hofe ihren Rivalen. Sie hegte jedoch die Hoffnung, daß Frankreich als vermittelnde Macht auftreten und dem preußischen Vermittlungsplan ein Ende machen werde [55]), wofür sich besonders der französische Gesandte in Petersburg, Graf Segur, und der österreichische Gesandte, Graf Cobenzl, eingesetzt hatten. Beide genossen ein besonderes Ansehen bei Katharina und natürlich auch bei der sogenannten österreichischen Partei am russischen Hofe, die s. Zeit das Bündnis mit dem Kaiser zustande gebracht hatte. Diese stand jetzt unter der Führung des Grafen Woronzow, Präsidenten des Kommerz-Kollegiums und geheimen Ratgebers der Zarin. Stark wurde Katharina durch sie beeinflußt. Ein Gegner dieser Partei war Fürst Potemkin, der die Verbindung mit Österreich als unheilvoll bezeichnete und Katharina riet, nicht mit Preußen zu brechen. Zudem sei auf Frankreich kein Verlaß, denn, so schrieb er: „La France est en delire und wird nie zurechtkommen, sondern es wird immer schlechter und schlechter mit ihm gehen" [56]).

Vieles ließ dennoch in den letzten Monaten des Jahres 1788 auf einen Krieg mit Rußland schließen. Eine starke preußische Truppenzusammenziehung fand in Ostpreußen statt. Bezeichnend war es auch, daß die preußische Regierung sich nicht beeilte, den Baron Keller durch einen energischen Gesandten zu ersetzen, da man es jetzt kaum noch für notwendig hielt [57]). Der neue russische Gesandte in Berlin, Graf Nesselrode, behielt seinen Aufenthalt im Hotel bei, woraus man schloß, daß er nicht lange in Berlin bleiben werde [58]). Die kriegerische Stimmung aber, die in Rußland gegen Preußen bestand, wurde durch Österreich gehemmt, das keinen Krieg gegen Preußen und die Pforte gleichzeitig führen und daher augenblicklich jeden Zwist mit Preußen vermeiden wollte, sowie auch durch den Oberbefehlshaber des russischen Heeres, Fürsten Potemkin, der, wie Hertzberg durch Nesselrode erfuhr, dem russischen Vizekanzler Bezborodko Vorwürfe gemacht haben soll, das preußische Vermittlungsangebot ausgeschlagen zu haben. Gleichzeitig teilte der Gesandte Hertzberg mit, daß das Vorgehen Friedrich Wilhelms in Polen großes Aufsehen erregt hätte und eine russische Kriegserklärung an Preußen nur durch den Grafen Schuwalow und den Fürsten Potemkin vermieden worden sei. Aber auch in Berlin bestand zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Rußland in diesem

[54]) G. St. A., Finkenstein und Hertzberg an den König d. 13. 11. 1788.
[55]) Dembinski: „Documents relatifs au 2ième partage de la Pologne" Nr. 344, Hertzberg an Luccheſini d. 25. 11. 1788.
[56]) Sſolovjev: „Geschichte des Falles von Polen", Übers. Gotha 1895, S. 203.
[57]) G. St. A. Finckenstein und Hertzberg an den König 5. 11. 1788.
[58]) D. St. A. Bericht des Danziger Geschäftsträgers in Berlin v. Wever 5. 11. 1788.

Augenblick keine rechte Neigung. Die Jahreszeit war vorgeschritten. Hatte es auch nach den Ausführungen Lucchesinis den Anschein, daß bei einer preußisch-russischen Auseinandersetzung Polen auf der Seite Preußens sein würde, so war es lediglich die patriotische Partei, die solche Zusicherungen gemacht hatte. Als Anfang Dezember von dieser Partei in Berlin angefragt worden war, ob sie hoffen könnte, daß Friedrich Wilhelm eine Allianz mit Polen nicht verwerfen werde, ließ Hertzberg mit Recht die ausweichende Antwort geben: Man müsse zunächst das Ende und das Ergebnis des Reichstages abwarten, um zu sehen, welche Partei die vorherrschende bleiben würde und ob Friedrich Wilhelm mit einer Mehrheit der Republik und nicht mit einzelnen etwas abschließen könnte[59]). Ferner erlitt seit dem Abschluß des Berliner Vertrages vom 13. August 1788, der vor allem auf den Antrieb Ewarts hin zwischen Preußen und England zustandegekommen war, die preußische Außenpolitik Hemmungen durch die englische. Im Geheimartikel IV des Vertrages verpflichteten sich England und Preußen in Fragen der Orientkrisis in vollkommenem Einverständnis zu handeln und ihre Vermittlung bei jeder dazu günstigen Gelegenheit anzuwenden. Auch versicherte Ewart wiederholt, daß England bereit sein werde, in engster Verbindung mit Preußen hinsichtlich der Angelegenheiten Polens zu handeln[60]). Aber seine Regierung war nicht dazu geneigt, Polens wegen ein neue Mißstimmung zwischen England und Rußland aufkommen zu lassen und die Hoffnung auf Wiedererneuerung des alten Handelsvertrages mit Rußland aufzugeben. Es blieb daher bei den inoffiziellen Zusicherungen des englischen Gesandten, ohne daß sich England zu wirksamen Maßnahmen entschließen konnte. Und in Polen selbst arbeitete der dortige englische Gesandte, wie aus den Berichten des Danziger Geschäftsträgers in Warschau hervorgeht, gegen die Erwerbung Danzigs durch Preußen.

Polen sucht in England Schutz. — Die Ablehnung der Hertzbergschen Politik durch England. — Die Ziele des englischen Gesandten in Warschau.

Um zu verhüten, wieder Objekt bei künftigen europäischen Verhandlungen zu werden, strebte Polen darnach, auf einem etwaigen Friedenskongreß vertreten zu sein. In Berlin sollte sich dafür Czartoryski, der dort im Januar 1789 außerordentlicher Gesandter wurde, einsetzen[61]). Ferner suchte man in dieser Frage Unterstützung bei England. Hieß es doch am polnischen Hof, daß die englische Regierung der preußischen erklärt habe, Danzig müsse unter der polnischen Schutzherrschaft bleiben[62]). Dem nach London zurückgehenden außerordentlichen Gesandten Bukaty wurde die Instruktion erteilt, er solle darauf hinwirken, daß „die Republik Polen durch die Mitverwendung des königlich Großbritannischen Hofes auf dem künftig zu haltenden Friedenskongreß unter

[59]) G. St. A. Hertzberg an den König 7. 12. 1788.
[60]) G. St. A. Finckenstein und Hertzberg an den König 5. 11. 1788.
[61]) D. St. A. 300,9, Bd. 199 Instruktion an Czartoryski 7. 1. 1789 (Kopie, Anlage zu Kahlens Bericht v. 12. 1. 1789). — Dazu Kahlen 12. 1. 1789: „. . . Indessen kann und darf ich es hier schlechterdings niemanden merken lassen, daß mir der Inhalt dieser geheimen Instruktion bekannt geworden sei . . ."
[62]) D. St. A. Kahlen 4. 12. 1788.

den jetzt kriegführenden Mächten ihre Repräsentanten habe und in diesem künftigen Friedenstraktat mit eingeschlossen werden könne“ [63]). Auch wurden im Reichstag Pläne entworfen, Danzig durch Schmälerungen seiner Privilegien mehr und mehr an die Republik zu fesseln, wogegen der Danziger Rat aufs schärfste Widerstand leistete. So unterstand die Stadt z. B. bisher nur der Gerichtsbarkeit von sog. Assessorialgerichten, die nur von den Kanzlern Polens gehalten werden durften. Jetzt beabsichtigte man, diese besonderen Gerichte abzuschaffen und alle rechtlichen Angelegenheiten den polnischen Gerichtshöfen zu überweisen [64]). Ferner verlangte man im Reichstag, daß neben den polnischen Städten auch Danzig und Thorn Vertreter zum Reichstag schicken sollten, wogegen man aber von Danziger Seite sofort protestierte, da Danzig sich nicht als polnische Stadt behandelt wissen wollte [65]).

Dem Danziger Geschäftsträger in Warschau wurde geraten, sich mit dem englischen Gesandten Hailes in Verbindung zu setzen, da dieser dem preußischen Gesandten Buchholz gesagt habe, daß der englische Hof sich für die Existenz der Stadt Danzig zu interessieren nicht aufhören werde [66]). Und auch in einem Berichte Kahlens vom 30. März 1789 heißt es: „Ferner hat man mich gestern versichert, wie Serenissimus neuerdings ganz zuverlässige Nachrichten erhalten habe, daß der englische Hof sich von neuem für die Existenz von Danzig und für die Erhaltung des Handels kräftigst verwenden wolle und daß auch daher gewisse Instruktionen bereits an Herrn von Bukaty hier deshalben abgefertigt wären“ [67]).

Wirklich versuchte Pitt im April 1789 endgültig den Hertzbergschen Plan zu durchkreuzen. Er hatte mit dem französischen Botschafter in London eine Unterredung zu gunsten einer allgemeinen Pazifikation auf der Basis des Status quo, was aber vom französischen Außenminister Montmorin kühl abgewiesen wurde [68]). Um nicht den Schein aufkommen zu lassen, Preußen gegenüber vertragbrüchig zu werden, stellte nun das Londoner Kabinett die preußischen Absichten als „weit über den Geist des Allianzvertrages hinausgehend dar. In keiner Weise verpflichte die Allianz England, ein System offensiver Natur zu unterstützen, dessen Ziel eher Vergrößerung als Sicherheit zu sein schien“, hieß es in einer Depesche an Ewart [69]). Jene Worte sowie die ganze Haltung Englands und seines Gesandten in Warschau in der Danziger Frage während jener Monate sind so recht typisch für die englische Politik aller Zeiten, die weit davon entfernt ist, gegebene Versprechungen zu halten, sondern einzig und allein durch eigenen Gewinn bestimmt wird. Als der Danziger Rat seinen Geschäftsträger in London Anderson über jene günstigen Berichte Kahlens, in denen von einem Interesse des englischen Hofes an Danzig die Rede war, in Kenntnis gesetzt hatte, antwortete jener, daß die Mitteilungen des Warschauer Geschäftsträgers auf einem Mißverständnis beruhen müßten. Denn die Stadt könne sich von England keinen Beistand, sondern nur das Wohl-

[63]) D. St. A. Kahlen d. 26. 1. 1789.
[64]) Wernsdorf an Wiggers d. 17. 1. 1789, D. St. A. 300,9, Bd. 65.
[65]) D. St. — Kahlen d. 15. 1. 1789.
[66]) D. St. — Kahlen d. 29. 1. 1789.
[67]) D. St. — Kahlen d. 30. 3. 1789.
[68]) F. Salomon: „William Pitt der Jüngere“, S. 449.
[69]) Leeds to Ewart 24. 6. 1789, zitiert bei Salomon, S. 451.

wollen des englischen Hofes versprechen[70]). Auch Kahlen hatte jetzt den Eindruck, daß er sich in dem englischen Gesandten getäuscht hatte[71]), da Hailes sich nach den Zusicherungen, die er im Winter in der Danziger Frage gemacht hatte, nunmehr sehr zurückhaltend verhielt. Die polnische Regierung begann darauf der Danziger Angelegenheit gegenüber gleichgültig zu werden[72]). Sie plante, sich einen Ersatz für Danzig zu schaffen und an dem schmalen Küstenstrich von Samogitien in der Gegend von Polangen mit englischer Hilfe einen Hafen auszubauen. Dieser Vorschlag wurde durch Bukaty im Mai 1789 der englischen Regierung in einer Denkschrift gemacht, wobei zugleich das gemeinsame Interesse Polens und Englands an einer engen Handelsverbindung betont wurde[73]). Pitt lehnte es ab, im gegenwärtigen Augenblick darauf einzugehen.

Hailes dagegen versuchte, die Polen von ihrem Plane abzubringen und wieder auf Danzig hinzuweisen, denn im Juni berichtete Kahlen, daß sich der Gesandte wieder für Danzig und den Weichselhandel sehr interessiere[74]). Nach reiflicher Prüfung der kommerziellen Lage Polens war Hailes zu der Ansicht gekommen, daß er jenes Land mit Hilfe eines Handelstraktes den Interessen Englands nützlich machen könne. Im Juli sprach man in Warschau bereits davon, daß England beabsichtigte, mit den preußischen wie auch mit polnischen Untertanen einen Transithandel durch den Danziger Hafen zu führen, der nur mit sehr geringen preußischen Zöllen belastet werden sollte[75]), ein

---

[70]) D. St. A. Anderson d. 8. 5. 1789.

[71]) Kahlen den 1. 6. 1789, D. St. A.: „ . . . Leider läßt sich jetzt aus allen Umständen abnehmen, daß dasjenige, was Herr Anderson wegen des englischen Hofes schreibt, je länger je mehr für völlig gegründet gehalten werden müsse . . ."

[72]) D. St. A. 300,9, Nr. 555 Wiggers d. 29. 6. 1789 (Chiffre): „ . . . Ich habe schon meine Zweifel gegen die Gesinnung der Republik Polen für Danzig geäußert, was mich in diesem Zweifel bestärkt, ist, daß Herr von Deboli (polnischer Gesandter in Petersburg) sich hier gegen einen ausgelassenen: Preußen würde vielleicht Polen in der Absicht der Abtretung der Stadt nicht sehr schwierig finden.

[73]) „Idées relatives aux liaisons de commerce qui pourraient être formées entre la Grande Betragne et la Pologne", zitiert bei Gerhard a. a. O. S. 304, vergl. auch Kalinka a. a. O. Bd. 2, S. 243.

[74]) D. St. A. Kahlen d. 26. 6. 1789.

[75]) Kahlen den 16. 7. 1789 (D. St. A.): . . . „dagegen ist jetzt bereits, leider eine ganz andere Unterhandlung im Werke, die allerdings der Stadt Danzig einen neuen sehr empfindlichen Stoß beibringen muß. Es ist nämlich Ew. Wohledl. schon seit einiger Zeit bekannt, daß man sich hier von der wunderbaren Idee eines zwischen der englischen und polnischen Nation zu errichtenden unmittelbaren Transit-Commercii habe einnehmen lassen. An der Ausführung nun dieses Projekts wird jetzt ernstlich gearbeitet, und der englische Gesandte Herr Hailes, ist hauptsächlich mit zu dieser Absicht von hier nach Berlin abgegangen. Es soll nämlich die englische Nation die Freiheit erlangen, ein förmliches Transit-Commerzium durch den Danziger Hafen mit den polnischen sowohl als auch den preußischen Untertanen zu führen, welches gedachte Transit-Commerzium nur mit sehr mäßigen Königlichen preußischen Transitzöllen belegt werden soll . . . überhaupt würde wohl, wie es scheinet hierdurch nicht nur der der Stadt Danzig durch die Konvention von 1785 zustandene ausschließliche Exportationhandel wieder genommen, sondern die Stadt Danzig würde auch hierdurch beinahe noch des Überrestes ihrer bisherigen Handlung gänzlich schon beraubet werden . . ."

Projekt, dessen Ausführung für die Stadt Danzig, der von Friedrich dem Großen durch die Konvention von 1785 der polnische Seeexporthandel, soweit er auf der Weichsel und durch Danziger Gebiet ging, überlassen worden war, höchst unvorteilhaft gewesen wäre. Hailes hatte erkannt, daß nur nach Beseitigung der hohen preußischen Zölle Polen für England ein nützlicher Handelspartner werden könne, wozu das Zustandekommen eines neuen preußisch-polnischen Handelsvertrages notwendig war, in dem Danzig zu einem Freihafen für den polnisch-englischen Handelsverkehr erklärt werden konnte. Er versuchte zunächst, den Polen deutlich zu machen, daß eine kommerzielle Verbindung mit Preußen für sie wichtig sei. Politische Absichten, die die Polen durch die Annäherung an England verfolgten, lehnte er ab; denn als Fürst Sapieha, Großmarschall von Litauen, im Juli 1789 zu Hailes von der Aufnahme Polens in die zwischen England, Preußen und Holland bestehende Allianz sprach, erwiderte der Gesandte, daß zunächst ein Handelsvertrag zwischen Polen und Preußen bestehen müsse [76]).

Die zweite Sendung von Alopeus nach Berlin.

Noch einmal wurde von Berlin aus der Versuch gemacht, um zu einer Verständigung mit Rußland zwecks Wiederherstellung des Friedens zwischen den kämpfenden Mächten zu gelangen. Im Mai 1789 wurde Graf Leopold Heinrich v. d. Goltz nach Petersburg geschickt, um Keller zu ersetzen. Zunächst sollte er sich mit dem Grafen Ostermann in Verbindung setzen, der an der Spitze des Ressorts für auswärtige Angelegenheiten stand, und zu ihm von dem Wunsche seines Königs sprechen, zwischen Preußen und Rußland eine enge Verbindung herzustellen [77]). Auch mit Potemkin sollte er gegebenenfalls Verhandlungen in derselben Richtung anzubahnen versuchen. Genau zu unterrichten hatte sich Goltz ferner über die Streitigkeiten, die im Laufe der Jahre zwischen Danzig und Preußen bestanden hatten und an denen Rußland einen großen Anteil gehabt hatte, um zu verhüten, daß sich solches nach dem Friedensschluß etwa wieder ereignete [78]). Auch Katharina war Friedrich Wilhelm so weit entgegengekommen, daß sie die Quartiere ihrer Truppen in Südpolen räumen ließ. Und als der Danziger Rat seinen Geschäftsträger in Petersburg beauftragte, sich mit Ostermann in Verbindung zu setzen, da es den Anschein hatte, daß die Stadt Gegenstand von Unterhandlungen werden würde, „die angestellt werden dürften, um das Gleichgewicht in das europäische System zurückzubringen“ [79]), berichtete dieser, daß man in Petersburg von den Danziger Angelegenheiten augenblicklich nichts wissen wollte [80]). Der Rat wurde an den Warschauer und Berliner Hof verwiesen, da die russische Regierung nicht dazu bereit war, am preußischen Hofe für Danzig Partei zu ergreifen.

---

[76]) Kalinka a. a. O. Bd. 1, S. 617, vgl. Herrmann a. a. O., S. 236/237. Hier liegt also bereits der Anfang zu dem sogenannten Pittschen System, Polen durch die Vorteile einer Handelsallianz mit England zum Verzicht auf Danzig und Thorn zu bewegen.

[77]) Dembinski a. a. O., Nr. 159, Instruktion für Goltz 10. 5. 1789.

[78]) ebenda.

[79]) Missiv an Wiggers d. 27. 5. 1789 (D. St. A. XXVII, 146).

[80]) Wiggers d. 13. 7. 1789 D. St. A

Nochmals wurde Alopeus nach Berlin geschickt, um Friedrich Wilhelm neue Hoffnungen auf eine Annäherung an Rußland zu machen. Offiziell teilte Alopeus dem Grafen Hertzberg mit, das Ziel seiner Sendung sei, Friedrich Wilhelm zu hindern, sich bei den drohenden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Rußland und Schweden für den König von Schweden zu erklären. Er sei beauftragt, darüber mit dem Minister vertraulich zu verhandeln[81]). In Wirklichkeit beabsichtigte er aber, Hertzberg, der dafür eintrat, die russische Regierung vor eine kurzfristige Erklärung zu stellen, auszuschalten und sich über Bischoffwerder einen direkten Weg zu dem König zu eröffnen[82]). Schon Mitte Juli konnte Alopeus dem Grafen Ostermann mitteilen, er habe durch Bischoffwerder die Absicht Hertzbergs und auch Ewarts, den russischen Hof vor eine entscheidende Erklärung zu stellen, vereitelt[83]). Seit der zweiten Sendung von Alopeus nach Berlin im Jahre 1789 ist das Hertzbergsche nicht mehr das die preußische Politik allein beherrschende System[84]). Friedrich Wilhelm hatte durch Bischoffwerder und Alopeus mit Katharina in Verhandlungen zu treten begonnen, die hinter dem Rücken des Ministers geführt wurden. Noch aber zeigte der König dabei eine recht schwankende Haltung. Denn zu gleicher Zeit dachte er an eine Allianz mit Polen und der Pforte.

Denselben Weg über Bischoffwerder schlug auch Ewart ein, um einen Einfluß auf Friedrich Wilhelm zu gewinnen. Nach dem Plan Hertzbergs sollte bei der Herstellung des Friedens unter den kämpfenden Mächten Österreich für seinen Verzicht auf Teile von Galizien durch die Moldau und Walachei entschädigt werden, was den Absichten der englischen Regierung, die auf einen Frieden auf der Basis des status quo ante hinausgingen, zuwider lief. Und Ewart erreichte von Bischoffwerder die Zusage, daß man über die Moldau und Walachei nicht verhandeln würde[85]). In einer Instruktion, die von Hertzberg an den im Juli nach London entsandten Generalleutnant von Schlieffen aufgesetzt worden war, ließ Friedrich Wilhelm die Worte, Preußen beabsichtige die Türken zu veranlassen, die Moldau und Walachei abzutreten, streichen[86]). Ewart verstand es, sich dabei auch den außerordentlichen polnischen Gesandten in Berlin, den Fürsten Czartoryski, dienlich zu machen[87]), der ver-

[81]) Vgl. Hertzberg an den König 19. 6. 1789, G. St. A.

[82]) Dembinski a. a. O., Nr. 18, Alopeus an Ostermann 18. 7. 1789: „J'ai réussi au moins à ouvrir une voye qui peut conduire au Roi, tout ce qu'on voudra, sans avoir recours à l'entremise de M. Hertzberg . . ."

[83]) Dembinski a. a. O., Nr. 18, Alopeus an Ostermann 18. 7. 1789.

[84]) Nicht erst wie die folgenden Berichte von Alopeus zeigen werden, seit Reichenbach, wie es bei L. Sevin heißt. (Diss. 1903, Berlin, „Das System der preußischen Geheimpolitik von 1790/91"). L. Sevin unterscheidet seit Reichenbach drei Systeme der preußischen Politik: Das System Friedrich Wilhelms, das in vorläufiger Anlehnung an England, Polen und die Türkei sich um die Freundschaft einer Großmacht bemühte. Das System Hertzbergs, das Danzig und Thorn aus der gegenwärtigen Situation für Preußen herausschlagen wollte. Das Kompromißsystem zwischen der Hertzbergschen und der Kabinettspolitik, wie es sich uns in den offiziellen Gesandtschaftsinstruktionen darstellt. Bereits seit Juli 1789 sind diese drei Systeme bemerkbar.

[85]) Vgl. Luckwaldt: Delbrück-Festschrift (a. a. O.) S. 255.

[86]) P. Wittichen a. a. O., S. 23.

[87]) Vgl. Hertzberg an Lucchesini 3. 10. 1789 bei Dembinski a. a. O., Nr. 382.

lauten ließ, daß die Polen wohl Galizien wieder haben möchten, sie aber jenes Land lieber dem Kaiser lassen würden, als ihn in der Moldau zum Nachbarn zu haben[88]). Gleichzeitig aber setzte er sich für die Schürung des Aufstandes in Galizien ein[89]), in der Hoffnung, daß Galizien an Polen kommen könnte, ohne daß der Kaiser die Moldau und Walachei und Preußen als Äquivalent dafür Danzig und Thorn gewann[90]).

Völlig ablehnend aber verhielt sich der Wiener Hof einem Verzicht auf Teile von Galizien gegenüber, wie die Unterredungen, die Hertzberg mit dem Wiener Hofrat Birkenstock im Oktober 1789 in Berlin hatte, zeigten[91]). Auch die Zarin konnte einer Verdrängung Österreichs aus Galizien, als ihr von Alopeus, der inzwischen nach Petersburg zurückgekehrt war, der preußische Vermittlungsplan unterbreitet worden war, nicht zustimmen. Dagegen hatte sie, nach den Berichten des neuen preußischen Gesandten in Petersburg, Goltz, und des Legationsrats Hüttel[92]), gegen eine Erwerbung von Danzig und Thorn durch Preußen anscheinend nichts einzuwenden. Nach der Darstellung von Alopeus war die Stimmung am russischen Hof für den Frieden: man habe eingesehen, daß man ihn schwer ohne preußische Vermittlung werde schließen können. Alopeus mag sich aufrichtig für eine russisch-preußische Annäherung eingesetzt haben[93]), dennoch war eine Einigung zwischen Rußland und Preußen nicht zu erzielen.

Keine Lösung der Danziger Frage bei den preußisch-polnischen Bündnisverhandlungen. — Das Bündnis vom 28. März 1790.

In Warschau bemühte sich der ehrgeizige Lucchesini, dem Wunsche der Preußen freundlichen Partei nachzukommen und eine Allianz zwischen Preußen und Polen zustandezubringen. Da Friedrich Wilhelm zunächst den weiteren Verlauf der Reichstagsverhandlungen abwarten wollte, bevor er sich in wich-

---

[88]) Hertzberg an den König 11. 8. 1789, G. St. A.

[89]) Hertzberg an den König 18. 9. 1789, G. St. A.

[90]) Dennoch schreibt Kalinka (a. a. O., Bd. 1, S. 627), daß die Polen blind auf das Hertzbergsche System eingingen, weil ihnen verborgen blieb, welchen endgültigen Zweck er damit verfolgte. R. Damus (a. a. O., S. 149) bringt in diesem Zusammenhang die Reichstagssitzung, die der polnischen Regierung jede Gebietsabtretung verbot, mit dem Datum vom 6. u. 7. Sept. 1789. Diese Sitzung fand aber erst am 6. September 1790 statt.

[91]) Veröffentlicht von Schlitter nach Aufzeichnungen Birkenstocks in: Beiträgen zur neueren Geschichte Österreichs (Bd. 1907).

[92]) Hüttel an Hertzberg 1. 9./21. 8. 1789 bei Dembinski a. a. O., Nr. 179.

[93]) Vgl. Hüttel an Hertzberg 4. 9./24. 8. 1789, Nr. 18.
Es bestehen darüber verschiedene Auffassungen zwischen Dembinski und Askenazy. Während der Jude Askenazy die Meinung vertritt, daß Alopeus von Preußen bezahlt wurde, tritt Dembinski dafür ein, daß Alopeus sich aufrichtig für eine Versöhnung zwischen dem preußischen und dem russischen Hof eingesetzt hat. Zu letzterer Auffassung neigt auch Lord (a. a. O., S. 111, Anm. 2). Zu ihrer Bestätigung trägt die oben zitierte Depesche Hüttels an Hertzberg bei, ferner die Worte von Alopeus in einem Briefe an Ostermann vom 20. 3. 1790 (bei Dembinski, Nr. 51): „ . . . Accoutumé à éprouver des revers et ayant fourni depuis nombre d'années une carrière herissée, de mille difficultées, je suis résigné à tout convaincu qu'on ne saurait me ravir le seul bien que j'ai, le témoignage de ma conscience d'avoir toujours agi en homme d'honneur qui aime sa patrie et cela, j'ose le prétendre dans toute l'étendue du terme rigoureusement pris."

tige Verhandlungen mit Polen einließ, berichtete der Gesandte nach Berlin, um den Abschluß des Bündnisses zu beschleunigen, „die Neigung in Polen sei allgemein, Danzig und Thorn um den Preis einer Allianz mit Preußen abzutreten“ [94]). Ende November berichtete auch Kahlen nach Danzig, daß „sehr viele Personen dem König von Preußen die Besitznehmung der Stadt Danzig anzubieten für dienlich erachten“ [95]). Selbst Hertzberg trat jetzt wohl oder übel für eine Allianz mit Polen ein, da er sich nach der Abschwenkung des Königs von seinem System und bei der ablehnenden Haltung Österreichs in der Ausführung des Tauschplanes unsicher fühlte. Sobald die neue polnische Verfassung durch den Reichstag beschlossen worden sei, sollte Friedrich Wilhelm in einem Allianzvertrag mit Polen die Verfassung garantieren. Wenn dann Preußen den Polen außerdem noch Handelsvorteile gewährte, so rechnete Hertzberg darauf, daß die Polen der preußischen Erwerbung von Danzig und Thorn zustimmen würden. „In einem geheimen Artikel“, lauteten die weiteren Überlegungen Hertzbergs, „könnte man gegenseitige Verpflichtungen übernehmen, um den Polen wieder zu Galizien zu verhelfen und Euer Majestät zu einem entsprechenden territorialen Äquivalent“ [96]). Allerdings müsse man noch vor dem Abschluß der Allianz sicher sein, daß die Polen auch wirklich zu einem Verzicht auf Danzig und Thorn bereit sein würden.

Währenddessen hatten die Führer der polnischen Patrioten, die ungeduldig wegen der Verzögerung der preußisch-polnischen Allianz wurden, Lucchesini gefragt: „Was soll aus Polen werden, wenn ein Friede im Orient zustande kommt, bevor wir mit Preußen formell verbündet sind? Wie soll Polen ohne Hilfe des Königs von Preußen die Rache der Kaisermächte von sich abwenden“ [97]). Anfang Dezember 1789 konnte endlich Lucchesini in einer Konferenz mit der Deputation für Auswärtige Angelegenheiten eine aus Berlin erhaltene Depesche vorlesen: Der König von Preußen sei bereit, engere Verbindungen mit Polen aufzunehmen, wünsche aber darüber benachrichtigt zu werden, welcher Art die neue Regierungsform, die man in Polen einzuführen beabsichtige, sein werde, um mit Sicherheit auf die Dauer der mit Ploen einzugehenden Verbindungen bauen zu können. Während in dieser Depesche aber nur von „Liaisons“ gesprochen und das Wort „Alliance“ sorgfältig vermieden worden war, hieß es dagegen in einem Schreiben der polnischen Regierung an die Auswärtige Deputation bereits, daß der König von Polen das Angebot Friedrich Wilhelms hinsichtlich einer mit Preußen abzuschließenden „Defensivallianz“ annehme [98]). Zugleich hatte Lucchesini die Deputationsmitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß dem König von Preußen die Städte Danzig und Thorn aus Erkenntlichkeit abgetreten werden möchten [99]). Sofort aber

[94]) Lucchesini an Hertzberg 4. 11. 1789 bei Dembinski a. a. O., Nr. 388.

[95]) Kahlen 30. 11. 1789 D. St. A. — Kalinka, der sich bemüht, die preußische Politik gegenüber Polen als möglichst hinterlistig darzustellen, schreibt dagegen (a. a. O., S. 631), daß Lucchesini in seinen Unterredungen niemals vermuten ließ, daß der König von Preußen von Polen ein Zugeständnis für sich verlangen würde.

[96]) Hertzberg an den König 16. 11. 1789, G. St. A.

[97]) Lucchesinis Bericht vom 21. 10. 1789, zitiert bei Kalinka a. a. O., Bd. 1, S. 638.

[98]) Traduction de l' intimation des deux Marechaux de la Confederation adressée à la Deputation des affaires etrangées“, Anlage zu Kahlens Bericht v. 14. 12. 1789, D. St. A.

[99]) Vgl. Kahlen, den 14. 12. 1789, D. St. A.

versuchte die preußenfeindliche Partei die Öffentlichkeit gegen die Abtretung von Danzig aufzureizen. Man fand in Warschau an mehreren Stellen einen Auktionsanschlag, der die Versteigerung von Danzig ankündigte [100]).

Stanislaus August und die meisten der polnischen Regierungsmitglieder waren damals noch nicht geneigt, wie man nach den Berichten Luccheſinis von Anfang November vermuten konnte, den preußischen auf Danzig gerichteten Wünschen nachzukommen [101]). Wie es sich in den folgenden Monaten zeigte, ging ihre Politik darauf aus, nach dem Abschluß einer Allianz mit Preußen nur deren Vorteile zu genießen. Durch die in Aussicht gestellte Herabsetzung der preußischen Zölle hofften sie auch für die Stadt Danzig Vorteile zu erwirken, wodurch die Stadt, deren Handel mehr und mehr zu Grunde ging, wieder aufblühen, dabei allerdings weiterhin unter der polnischen Schutzherrschaft bleiben sollte [102]). Ende November 1789 mußte Luccheſini berichten, daß die Landboten Großpolens, die ebenso zahlreich auf dem Reichstag vertreten waren wie die des übrigen Polens mit Litauen [103]), den preußischen Wünschen den stärksten Widerstand entgegensetzten.

Einen regen Feind hatte Luccheſini natürlich in Stackelberg, dessen Einfluß in Polen seit dem Auftreten des preußischen Gesandten immer mehr zurückgegangen war. Der russische Botschafter versuchte den König von Polen mit der Drohung einzuschüchtern, daß Rußland alles, nur nicht eine Allianz zwischen Preußen und Polen, dulden werde. Es werde sie als polnische Kriegserklärung ansehen [104]). Daher vermutete Stanislaus August, daß Stackelberg bei dem vorher erwähnten Auktionsanschlage bezüglich der Städte Danzig und Thorn seine Hand im Spiele gehabt hatte [105]). Allerdings wird dabei Stackelberg kaum auf Instruktionen aus Petersburg hin gehandelt haben [106]). Wenn auch Kahlen Mitte Januar 1790 nach Danzig schrieb, daß die russische Regierung

---

[100]) Anlage zu demselben Berichte Kahlens. Der Text des Anschlages lautete in französischer Übersetzung: „On fait sçavoir que le 14 du courant il sera publiée une Licitation pour la Vente de Danzig, Thorn et autres Vendibilia laquelle licitation sera continuée pendant les autres jours suivants au Palais Patriotique sous le signe de l'Aigle Noir pour l'argent comptant ou pour des sûres Speranda". Dazu Kahlen: „Der darinnen angezeigte heutige Montag zu dieser vorzunehmenden Auktion ist wahrscheinlicherweise aus dem Grunde darin angesetzt worden, weil heute die ferneren Beratschlagungen auf dem Reichstage wegen der abschließenden Allianz vorgenommen werden sollen . . ." Den Auktionsanschlag erwähnt auch Kahlinka nach einem Briefe Stanislaus Augusts an Deboli a. a. O., S. 644.

[101]) Vgl. Kalinka: a. a. O., Bd. 1, S. 631.

[102]) D.St.A. Kahlen d. 28. 12. 1789. „Höchstdieselben (der Kron-Großkanzler) sagten . . . da jetzt die Unterhandlungen mit dem Königl. Preuß. Hofe über die Allianz vor sich gehen sollen, so hätten U. A. K. u. H. Maj. aus höchst eigner Bewegung bereits daran gedacht, daß für das Commerz sowohl als auch namentlich für die Stadt Danzig etwas Gutes zugleich bewürket und festgesetzt werden möchte. S. Exc. wollten es einem hochweisen Rat hiermit angeraten haben, daß Höchstderselbe auf das förderſamste ein abermaliges Schreiben an U. A. K. o. Hn. Maj. ablassen, und allerhöchst demselben die Vorsorge für die Angelegenheiten der Stadt bestens empfehlen möchte . . ."

[103]) Luccheſini an Hertzberg 30. 11. 1789 b. Dembinski a. a. O., Nr. 392.

[104]) Nach Kalinka: A. a. O. — S. 644.

[105]) ebenda.

[106]) Kahlen d. 14. 1. 1790, D. St. A.

der preußischen erklärt habe, „wenn Preußen durchaus Krieg verlange, Rußland sich solches wiewohl ungern gefallen lassen müsse, alsdann aber keine anderen Truppen als mit brennenden Fahnen in der Hand nach den preußischen Staaten hinabzusenden genötiget seyn werde", so ist dieses die Sprache Stackelbergs, da diese Worte nicht der russischen Haltung Preußen gegenüber zu dieser Zeit entsprachen[107]). Katharina, empört über den polnischen Reichstag, verhielt sich gleichgültig den preußisch-polnischen Verhandlungen gegenüber. Weder nach Warschau noch nach Berlin erließ sie irgendwelche Instruktion zur Verhinderung derselben. Vielleicht dachte Katharina bereits jetzt an eine Teilung Polens, denn Ostermann und Bezbrodko hatten einmal zu Cobenzl, dem österreichischen Gesandten in Petersburg, geäußert, daß eine Allianz zwischen Preußen und Polen in Krieg und Frieden für Rußland gleich nachteilig wäre, weil sie die Macht von Preußen um vieles vergrößere. In solchem Falle ziehe es Rußland vor, Polens Teilung herbeizuführen, als einziges Mittel, das Gleichgewicht zu erhalten[108]). Das Gelingen eines solchen russischen Planes hing augenblicklich von Polen selbst ab. Denn jetzt hatte Polen sich zu entscheiden, ob es durch Befriedigung der preußischen Interessen sich einen wirklichen dauerhaften Schutz durch Preußen erwerben oder ob es nur zum Nutzen seiner eigenen Interessen mit Preußen einen Defensivvertrag abschließen sollte, der für Preußen nichts als eine Last sein würde, der es sich früher oder später würde entledigen müssen. Denn Preußen konnte von einem Bündnis mit Polen sich keinerlei Hilfe in einem Kriegsfalle versprechen. Heißt es doch in einem zeitgenössischen Bericht eines Franzosen: „Es ist zu hoffen, daß Lucchesini nicht weiß ..., daß jenes Heer von viertausend Mann in Wirklichkeit nicht existiert, daß die Hälfte weder bewaffnet noch bekleidet ist, daß die Werbungen gewalttätig zugegangen sind, daß das beständige Desertieren die Zahl täglich vermindert." Und weiter heißt es in dem Bericht, kein Regiment sei aus Mangel an Ausrüstung imstande, einen Feldzug mitzumachen, der Staatsschatz sei leer, nichts sei unsicherer als die Erhebung von neuen Steuern, und die ungeordneten Zustände sollten zwar durch eine Verfassung geregelt werden, die aber noch nicht bestehe, sondern erst vorgesehen sei[109]).

Wie im vorhergehenden Jahre, so machte auch jetzt der Reichstag wieder Versuche, die Stadt Danzig noch enger an die Republik zu binden. Es wurde geplant, der Stadt das Stapelrecht zu nehmen[110]), ein Gedanke, der natürlich von den am Danziger Transithandel interessierten Staaten wie England und Schweden lebhaft begrüßt wurde.

Lucchesini aber hoffte, trotz der sich ergebenden Schwierigkeiten die Polen dennoch zum Verzicht auf Danzig und Thorn bewegen zu können. Selbst ein vertrauter Freund von Stanislaus August wie der polnische Gesandte in Petersburg, Deboli, glaubte an einen Erfolg Lucchesinis[111]). Man hatte sich zu diesen Vermutungen durch Äußerungen von Mitgliedern der Deputation

---

[107]) Vgl. Friedrich Wilhelm an Goltz 28. 12. 1789 b. Dembinski, Nr. 220.
[108]) Bericht v. Cobenzl v. 15. 4. 1789, zitiert b. Kalinka a. a. O., Bd. 1, S. 387.
[109]) Aubert an Montmorin 20. 1. 1790 b. Dembinski, Nr. 457.
[110]) D. St. A. Kahlen d. 18. 1. 1790, 24. 4. 1790.
[111]) D. St. A. Wiggers, d. 23. 3. 1790, — Alopeus an Ostermann, 9. 3. 1790 bei Dembinski a. a. O., Nr. 46.

für Auswärtige Angelegenheiten verleiten lassen, während man der Stimmung im Reichstag nicht die gebührende Beachtung schenkte. Am 24. Februar 1790 machte Lucchesini Vorschläge für den Handelsvertrag und für ein Schutzbündnis zwischen Preußen und Polen. Friedrich Wilhelm sei bereit, den Weichselzoll auf polnische Waren um die Hälfte zu ermäßigen und eine Landstrecke an der Grenze bei Goplo an Polen abzutreten. Er verlange dagegen von Polen: Danzig, Thorn und die Starostei Dybow bei Thorn [112]). Erst die Vereinigung dieser Fragen konnte die Grundlage für ein dauerhaftes Schutzbündnis schaffen, das auf der Zusage von gegenseitigem gleich starken militärischen Beistand beruhen sollte. Bei dem Zustand der Schwäche, in dem sich Polen gegenüber Rußland befand, hätte sich ein solches Schutzbündnis allein zum Vorteil Polens ausgewirkt. Nach einem Berichte Kahlens wurden von der Deputation für Auswärtige Angelegenheiten die preußischen Vorschläge und die preußische Erwerbung von Danzig und Thorn befürwortet [113]). Nur konnten Lucchesini keine entscheidenden Zusagen gemacht werden. In der folgenden Reichstagssitzung wurde heftig gegen den Verzicht auf die beiden Städte vorgegangen und am 27. Februar wurden in der polnischen Komödie eine Menge Zettel verteilt, auf denen zu lesen war: „Quod Latinis offert improbus Jugurtha, hoc Polonis dederat Borussus" [114]). Nicht schwer ist es, den Herausgeber dieser Flugblätter zu erraten, der sicherlich Stackelberg gewesen sein wird, unter dessen Einfluß der König und ein Teil der Reichstagsmitglieder immer noch standen [115]). Und am selben Tage erhielt Lucchesini die Antwort von der Deputation, sie könne nicht auf der von Preußen vorgeschlagenen Grundlage verhandeln und bitte Friedrich Wilhelm um neue Vorschläge.

Hertzberg versuchte weiterhin auf Lucchesini einzuwirken, den Polen vorzustellen, von welchem geringen Nutzen die Städte Danzig und Thorn für sie seien und daß es in ihrem eigenen Interesse liegen müsse, diese Städte an

---

[112]) Kalinka a. a. O., Bd. 2, S. 27.

[113]) D. St. A. Kahlen d. 25. 2. 1790 (Chiffre): „ . . . es ist nämlich gestern eine Konferenz zwischen dem Marquis Lucchesini und der Deputation für Auswärtige Angelegenheiten gehalten worden, wobei der Marquis Lucchesini ein Contreprojekt zur Allianz übergeben und hierbei um die Abtretung der Stadt Danzig an Preußen angehalten haben soll. Man hat mich zugleich versichert, daß die Deputation für Auswärtige Angelegenheiten mit Vergnügen aufgenommen und daß nunmehr die preußische Besitznehmung von Danzig unvermeidlich sei, jedoch aber der König von Preußen der Stadt all ihre Rechte bestätigen wolle, und England und Holland solches garantieren werden, wiewohl nur mit Ausnahme des Danziger Stapelrechtes, welches den Polen zum Gefallen aufgehoben werden sollte." Nach der Darstellung Kalinkas hingegen stießen die Vorschläge Lucchesinis auf völlige Ablehnung bei der Deputation für Auswärtige Angelegenheiten. Kalinka gibt leider keine Quelle für seine Ausführungen an. Aus der ablehnenden Haltung einzelner Mitglieder wie des Fürsten Sapieha schließt Kalinka auf eine allgemeine Verwerfung der preußischen Vorschläge durch die Deputation. Die Ablehnung ist jedoch erst erfolgt, nachdem die Deputation an den folgenden beiden Tagen erfahren mußte, wie man im Reichstag und in der Öffentlichkeit zu der preußischen Erwerbung Danzig und Thorn stand. Vgl. Bericht Kahlens v. 28. 3. 1790.

[114]) D. St.-A., Kahlen, d. 28. 3. 1790.

[115]) Lucchesini an Hertzberg 27. 2. 1790, bei Dembinski, Nr. 398.

den König von Preußen gelangen zu lassen, um einen Alliierten und Freund zu gewinnen, der ihnen ebenso notwendig wie nützlich sei[116]). Seine Bemühungen aber blieben fruchtlos. Lucchesini hielt es für zwecklos, im Augenblick dem Reichstag den Verzicht auf Danzig und Thorn vorzuschlagen. Die Bündnisverhandlungen wollte er aber nicht abbrechen, da er fürchtete, dadurch Stackelberg und De Caché, dem österreichischen Gesandten in Warschau, das Feld räumen zu müssen. Er stellte Friedrich Wilhelm dar, wie bei einem Verzicht Preußens auf das Bündnis die Polen in die Arme des Kaisers getrieben werden würden, da dieser den Polen ebenfalls ein Bündnis vorzuschlagen beabsichtige[117]). Und er vermochte durch seine Berichte einen stärkeren Einfluß auf den König auszuüben als Hertzberg. Noch während die Anhänger der Preußen freundlichen Partei in Warschau für den Verzicht auf die beiden Städte rege Propaganda machten — sie wußten zu beweisen, daß Danzig in seiner jetzigen Lage für Polen keinen Wert habe, daß die Zollvergünstigungen in der Tat ein Entgelt für die Abtretung der beiden von Preußen geforderten Städte seien, der Besitz von Danzig und Thorn sei nominell und man tue wohl, auf denselben freiwillig zu verzichten, bevor diese Städte selbst sich von Polen lossagten[118]) — erklärte sich Friedrich Wilhelm bereit, auch ohne die augenblickliche Erwerbung von Danzig und Thorn, auf das Schutzbündnis mit Polen einzugehen. Es kam am 29. März 1790 zustande. In späteren Commerzverhandlungen sollte die Danziger Frage wieder behandelt werden. Wird auch der Besitz Polens garantiert, hieß es in dem zweiten Artikel des Vertrages, so wird dadurch indessen nicht die Regelung einiger Streitpunkte verhindert werden, die vor dem Abschluß des Vertrages bezüglich der noch nicht abgerundeten Grenzen bestanden. Wie schwach aber die Aussicht war, daß der Reichstag in Polen jemals zu jener in Aussicht genommenen Regelung bereit sein werde, zeigt folgende Äußerung, die um diese Zeit in einer Gesellschaft von Landboten fiel: „Wie? Wir sollen Danzig abtreten? Das wird nimmermehr geschehen. Denn Danzig ist nur das einzige Fenster, durch welches die entfernteren Mächte jetzt zu uns hereinschauen. Wenn wir aber dieses Fenster verlieren, so werden wir hier gleichsam in der Wildnis bleiben, keine auswärtige Nation wird mehr zu uns hereinschauen können, und wir werden nur den einzigen Anblick der uns umgebenden Mächte uns überlassen befinden“[119]). Hartnäckig verschloß man sich der Einsicht, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen diese Verbindung Polens mit den europäischen Mächten durch Danzig, das ja überdies gar nicht zum polnischen Staatsgebiete gehörte, mehr und mehr vernichtet wurde, daß nur durch den Verzicht auf die Schutzherrschaft über Danzig die Weichsel für Polen wieder von wirklichem Nutzen werden konnte. Dieser Vertrag mit Polen sowie die um die gleiche Zeit durch den preußischen Gesandten in Konstantinopel abgeschlossene Offensiv- und Defensivallianz mit der Pforte trugen einige Monate später zu der diplomatischen Niederlage Preußens in Reichenbach bei.

---

[116]) Hertzberg an Lucchesini, 3. 3. u. 6. 3. 1790, bei Dembinski, Nr. 399 u. 400.
[117]) Berichte Lucchesinis v. 24. u. 27. 2. 1790, b. Kalinka, Bd. 2, S. 30.
[118]) Kalinka a. a. O., Bd. 2, S. 53.
[119]) D. St.-A., Kahlen, d. 25. 3. 1790.

Preußisch-österreichische Verhandlungen. — Die Haltung Polens verhindert eine Lösung der Danziger Frage in Reichenbach.

Nach dem Tode Josephs II. am 20. Februar 1790 ergab sich ein günstiger Augenblick für die Durchführung des preußischen Vermittlungsplanes, als Leopold II., der Bruder und Nachfolger des Kaisers, nach Berlin mitteilte, daß er den Frieden mit der Pforte und bessere Beziehungen zu Preußen wünsche [120]). Eine dem Brief beiliegende Denkschrift gab als Grundlage für die Friedensverhandlungen mit den Türken die Herstellung der 1718 zu Passorowitz festgesetzten Grenzen an. Leopold hatte damit den Weg zu Verhandlungen geöffnet. Nunmehr mußte er nach dem Hertzbergschen Plane dazu bestimmt werden, auf Galizien zu verzichten, die Pforte mußte dazu gebracht werden, sich mit den Passorowitzer Grenzen zu begnügen und vor allem mußte Polen zum Verzicht auf die Schutzherrschaft über Danzig und Thorn bereit sein. Da aber der preußische Gesandte in Warschau voraussah, daß der Reichstag dazu nicht zu bewegen sein werde, versuchte er Hertzberg von dem Wege der Verhandlungen abzubringen und betonte in einem Schreiben vom 21. April [121]), daß Preußen nur durch ein militärisches Vorgehen gegen die Kaisermächte im Orientkonflikt Erwerbungen machen könne.

Auch zwischen Österreich und England waren Verhandlungen zwecks Herstellung eines österreichisch-türkischen Separatfriedens angebahnt worden. Noch kurz vor dem Tode Josephs hatte der österreichische Gesandte in London, Graf Rewitzki, von Kaunitz eine Depesche erhalten, in der von der Neigung Österreichs zu einem Separatfrieden mit der Pforte auf Grund der 1718 zu Passorowitz festgesetzten Grenzen die Rede war. Rewitzki wurde beauftragt, den englischen Hof um die Vermittlung zu bitten. Da ein solcher Vorschlag den englischen Plänen entgegenkam, ließ am 26. Februar 1790 Pitt die Instruktion Ewart zugehen, er solle den König von Preußen bewegen, zusammen mit England und den Generalstaaten auf eine Pacifikation auf der Basis des Status quo bei den kriegführenden Mächten hinzuwirken. Würden die Bemühungen der Alliierten erfolglos bleiben, so würde England bereit sein, Friedrich Wilhelm bei der Einleitung von Schritten zur Erreichung des angegebenen Zwecks gegen Angriffe von Frankreich oder Dänemark zu schützen [122]). Kurze Zeit darauf erhielt Ewart die weiteren Weisungen, er solle jegliche Gedanken der preußischen Regierung an einen Ländertausch beseitigen, da Österreich nur sehr schwer mit einer Abtretung Galiziens einverstanden sein würde, während es doch das Wesentlichste sei, überhaupt einen Frieden zustande zu bringen [123]).

Ferner hatte man um die Zeit des Todes Josephs II. Leopold in Florenz mit dem dortigen englischen Gesandten Lord Hervey Verhandlungen eingeleitet und hatte dabei seine Bereitwilligkeit zu einem Frieden mit der Pforte auf Grund des Status quo geäußert. Darauf wurde Keith, der englische Gesandte in Wien, beauftragt, sich für diesen Gedanken nach allen Kräften ein-

120) Jener Brief Leopolds ist oft zitiert worden, so von Ranke („Die deutschen Mächte und Fürstenbund"), Sybel („Geschichte der Revolutionszeit") Duncker in Hist. Zeitschrift, Bd. 37.

121) Lucchesini an Herzberg, 21. 4. 1790, bei Dembinski a. a. O., Nr. 402.

122) Nach Lecky a. a. O., S. 255.

123) Leeds to Ewart, 30. 3. 1790, zitiert bei Lecky a. a. O., S. 256..

zusetzen. Die Basis des Status quo, hieß es in der Instruktion an ihn vom 16. März 1790, würde eine viel sichere Perspektive auf eine dauernde Ruhe eröffnen, als eine Kombination, die sich auf einen Ländertausch oder irgendeine Veränderung in den gegenseitigen Machtverhältnissen der kriegführenden Mächte gründete[124]), was natürlich allein den Interessen Englands entsprach.

Während allerdings Kaunitz bei Eröffnung der Verhandlungen von einer Verständigung mit Preußen weit entfernt war und lediglich Zeit für Rüstungen gegen Preußen zu gewinnen hoffte, hatte Leopold keine Nebenabsichten, als er die Verhandlungen mit England und Preußen zur Wiederherstellung des Friedens anbahnte[125]). Nicht wie Kaunitz beunruhigte ihn der Gedanke, daß Preußen Danzig und Thorn durch Verhandlungen zu erwerben beabsichtigte, da ja dabei Österreich die Passarowitzer Grenzen, vielleicht noch etwas mehr erlangen konnte. Was Galizien anbetraf, so hätte er allerdings lieber Polen durch türkische Gebiete, wie durch Chocim und durch Schiffahrtsrechte auf dem Dniester entschädigt gesehen[126]). Zunächst ließ er keine eindeutige Erklärung bezüglich der Abtretung galizischer Landstücke nach Berlin ergehen.

Die preußische Regierung kam Leopold soweit entgegen, daß nach der Verbalnote vom 11. Mai Österreich nur den westlichen Teil Galiziens, der zwischen dem Dunajec und Schlesien lag, und die Stadt Brody an Polen abtreten, sich dafür allerdings nur mit einem Teil der durch den Frieden von Passorowitz erhaltenen Gebiete begnügen sollte. Als Ursache für dieses Nachgeben der preußischen Regierung ist der Einfluß Bischoffwerders auf die preußische Politik vermutet worden[127]). Sicherlich hatte auch Ewart hierbei seine Hand im Spiele gehabt, da er stark an dem Zustandekommen eines friedlichen Ausgleichs zwischen Preußen und Österreich interessiert war und den Berliner Hof zur Herabsetzung seiner Forderungen zu bewegen versuchte. Endlich wird auch Hertzberg selbst gehofft haben, durch ein preußisches Nachgeben wenigstens einige Stücke Galiziens für Polen zu erlangen. Gleichzeitig erging an Ewart eine Note, in der die preußische Regierung eindeutig zum Ausdruck brachte, daß sie hinsichtlich Galiziens an der Grenze des Nachgebens war. Die englische Regierung erteilte darauf Keith, ihrem Gesandten in Wien, die Instruktion, den österreichischen Hof zu veranlassen, ebenfalls seine Forderungen herabzusetzen[128]).

Mitte Juni 1790 verließ die österreichische Politik die Bahnen des Fürsten Kaunitz. Das Konferenzministerium kam am 15. Juni zu dem Entschlusse, Danzig und Thorn Preußen zu überlassen, wofür die Polen, wenn nicht durch einige türkische Gebiete, so durch Stücke von Galizien entschädigt werden sollten[129]). Von Seiten Österreichs schienen demnach der Politik Hertzbergs keine weiteren Hindernisse mehr im Wege zu stehen. Nur kam es jetzt noch auf die Haltung Polens an.

---

[124]) Leeds to Ewart, 30. 3. 1790, zitiert bei Lecky a. a. O., S. 256.

[125]) Der Gegensatz, der zwischen der Politik Leopolds und seines Kanzlers bestand, ist ausführlich von Ranke behandelt worden in: „Die Deutschen Mächte und der Fürstenbund", 27. Kap.

[126]) Vgl. Kalinka: a. a. O., Bd. II, S. 90, Ranke: a. a. O., S. 426.

[127]) P. Wittichen a. a. O., S. 58.

[128]) F. Salomon: Habilit. Schrift a. a. O., S. 33.

[129]) Vgl. Ranke a. a. O., S. 426.

Kurz bevor die eigentlichen Unterhandlungen in Reichenbach begannen, kam in das Hauptquartier Friedrich Wilhelms zu Schönwalde der polnische Magnat Graf Morski und versicherte im Namen eines galizischen Komitees, daß „man in Polen die preußischen Forderungen, Thorn und Danzig und einen weiteren Bezirk bis an die Obra und Warthe bewilligen werde, sofern der König den Polen Galizien verschaffe." Die Gebietszugeständnisse an Preußen würden im Verhältnis zu dem Maße der Landerwerbungen stehen, die Polen in Galizien machen werde[130]). Morski hatte für diese Erklärung die Vollmacht einer Zahl von Reichstagsmitgliedern, die eingesehen hatten, daß den Polen bei weitem mehr geboten als von ihnen verlangt wurde[131]). Nur riet Morski bei der Unmöglichkeit, mit dem ganzen Reichstag ein Abkommen zu treffen, lieber eine Verabredung mit dem Warschauer Geheimen Komitee zustande zu bringen. „Polen hätte", wie Ranke es ausgedrückt hat, „eine haltbare Stellung gewonnen und bei der Tripleallianz, an die es alsdann mit starken Banden geknüpft worden wäre, Schutz gefunden"[132]). Und „Österreich und Preußen würden beide nicht unbedeutende Vorteile erlangt haben, und zwar solche, auf die es dem gemeinsamen deutschen Interesse eben ankam." Jedoch sollten sich in Warschau, wie Lucchesini es vorausgesehen hatte, diejenigen polnischen Großen und Landboten durchsetzen, die gegen die preußische Erwerbung von Danzig und Thorn waren. Noch kurz vor und nach der Eröffnung der Reichenbacher Verhandlungen warnte Lucchesini nochmals Hertzberg vor der Hoffnung, daß Polen bei der Erwerbung von kleineren Teilen Galiziens einer preußischen Besitznahme von Danzig zustimmen werde. Er nahm sogar an, daß die Schwierigkeiten, die Polen bereiten werde, Österreich nicht unbekannt waren, und daß der Kaiser nur aus diesem Grunde den preußischen Plänen entgegenkam[133]). Österreich, nicht Preußen, werde durch die Verhandlungen einen Gewinn haben, da Preußen durch nutzlose Rüstungen einen Teil seines Schatzes ausgebe. „Auch England wird darüber sich nicht ärgern, weil je ärmer wir sind, wir uns um so weniger von seiner Abhängigkeit befreien können, in der es uns halten will"[134]).

Friedrich Wilhelm war entschlossen, seine Forderungen gegenüber Österreich gestützt auf sein Heer durchzusetzen. Natürlich mußte dabei die Verpflegung des Heeres sichergestellt sein. Da es den Anschein hatte, daß die Ernte allgemein schlecht und schlechter in den österreichischen Staaten sein werde[135]), wurde eine

[130]) ebenda, S. 427.

[131]) In einem polnischen Aufsatz, dessen Verfasser unbekannt war und im Juni 1790 unter die Regierungsmitglieder Polens verteilt wurde, wurde geraten, die Stadt Danzig als ein beschwerliches durchaus unnützes und von Polen entferntes Besitztum gegen eine Ermäßigung des Fordoner Zolles um 6 Prozent, abzutreten. (Anlage zu Kahlens Bericht v. 28. 6. 1790).

[132]) Ranke a. a. O., S. 400.

[133]) Lucchesini an Hertzberg 6. 6. 1790, bei Dembinski, Nr. 405, Ranke schreibt zwar, daß Lucchesini sich schmeichelte, die Polen zur Abtretung von Danzig und Thorn zu bringen. Anscheinend waren ihm die Berichte Lucchesinis noch unbekannt. Dagegen schreibt Duncker in seinem Aufsatz „Friedrich Wilhelm II. und Graf Hertzberg" (Hist. Zeitschrift, Bd. 37, 1877), S. 24: „Die Berichte Lucchesinis aus Warschau hinterließen kaum einen Zweifel, daß die Republik die Abtretung Danzigs und Thorns verweigern werde."

[134]) Lucchesini an Hertzberg 13. 6. 1790, b. Dembinski, Nr. 407.

[135]) Hertzberg an Lucchesini 25. 6. 1790, bei Dembinski, Nr. 413.

Getreideausfuhr durch Königsberg, Elbing und Memel bei der gegenwärtigen Lage natürlich verboten. Polen, das mit Preußen durch ein Schutz- und Trutzbündnis verbunden war, hätte nach besten Kräften das preußische Heer unterstützen müssen. Entweder handelte die preußische Regierung in dieser Meinung, oder die Grenzbeamten in Fordon hatten ihren Befehl überschritten, jedenfalls kam es vor, daß bei Fordon polnische Schiffe, die die Weichsel nach Danzig hinunterfuhren, angehalten und gezwungen wurden, ihr Getreide dort oder in Elbing zu verkaufen [136]), worüber die Landboten sich entrüsteten. Wurde das Verbot auch bald wieder aufgehoben, so trug es doch dazu bei, den Widerstand des Reichstages gegen den Verzicht auf Danzig und Thorn noch zu verstärken [137]).

In Berlin machte Hertzberg den Fürsten Jablonowski, den Nachfolger Czartoryskis, mit den geplanten Verhandlungen mit Österreich bekannt und teilte ihm mit, daß man über Galizien verhandeln würde, wenn auch nicht von ganz Galizien die Rede sein könnte. Als Jablonowski darüber nach Warschau berichtete, lehnte nun auch die Deputation für Auswärtige Angelegenheiten die preußischen Erwerbungspläne ab, indem sie anführte, daß „die Wendung der Dinge, nach welcher nur ein geringer Teil von Galizien als Tauschobjekt für ihre Concession an Preußen in Frage käme, die Nachteile nicht aufwog, welche die Republik durch die Verletzung eines so mächtigen Nachbarn, wie Österreich es war, sich zuziehen könnte" [138]). Während die Deputation für Auswärtige Angelegenheiten ursprünglich dem Verzicht auf Danzig und Thorn gegen Handelsvorteile oder Landgewinn Polens nicht entgegen gewesen war, hatte sie nun der Stimmung im Reichstag Folge geleistet [139]). Der Marschall Ignatz Potocki war als einziger der Meinung, daß die Erwerbung Danzigs durch Preußen den Interessen Polens nicht schaden, sondern ihnen im Gegenteil nützlich sein würde, aber er hütete sich, seine Gedanken öffentlich kundzugeben, da er die Abneigung gegen einen solchen Vorschlag kannte [140]).

Gering war auch die Aussicht auf eine Unterstützung Preußens durch Polen im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Österreich. Der Reichstag genehmigte zwar den Durchmarsch preußischer Truppen durch polnisches Gebiet, wünschte aber die Neutralität zu wahren. Und der preußische General Kalkreuth wußte sich während seines Warschauer Aufenthalts von der völligen Untauglichkeit der polnischen Truppen zu überzeugen [141]). So kamen Friedrich Wilhelm und Hertzberg bald zu der Überzeugung, daß es am besten sein werde, Preußen allein ohne polnische Unterstützung handeln zu

---

[136]) Kalinka a. a. O., Bd. II, S. 142.

[137]) Vgl. Kahlen (D. St.-A. 300,9, Bd. 192): „ . . . dieses gab also Veranlassung, daß verschiedene Herren Reichssenatoren und Landboten . . . gegen die vom Kgl. Preuß. Hofe unlängst vorgeschlagene Abtretung der Stadt Danzig nachdrücklich deklarieret haben, weil, wenn dieselbe erfolgen möchte, alsdann der polnische Handel gänzlich den eigenmächtigen Dispositionen des Kgl. Preuß. Hofes überlassen sein würde . . ."

[138]) Kalinka a. a. O., Bd. II, S. 143.

[139]) Vgl. Kalinka a. a. O., S. 147.

[140]) Aubert an Montmorin 14. 7. 1790, bei Dembinski, Nr. 486.

[141]) Kalinka, S. 147.

lassen, auch würde es kaum möglich sein, die polnische Grenze gegen einen russischen Einfall zu verteidigen[142]). Ja, — der König wollte jetzt sogar Danzig und Thorn fallen lassen und dachte lieber daran, schlesisches Gebiet, das im österreichischen Besitz war, zu erwerben. Hertzberg aber hielt an seinem Plane, Galizien für Polen zu gewinnen, fest, „um die gutwillige Cession von Danzig und Thorn und einiger Abrundungen zu erlangen, welche der Monarchie eine Erweiterung auf Seite von Westpreußen gestatten würde"[143]). Und unter dem Einfluß Morskis beschritt der König noch einmal den Weg seines Ministers.

Am 17. Juni erklärte Leopold dem preußischen König, daß er sich nicht einer preußischen Erwerbung von Danzig und Thorn widersetzen werde. Nur dürfe Österreich dabei nicht benachteiligt werden. Es müsse mehr erhalten, als eine bloße Entschädigung für eventuelle Gebietsabtretungen in Galizien[144]). Friedrich Wilhelm befahl, die Verhandlungen nicht länger als drei Wochen auszudehnen. Als Druckmittel diente der Bündnisvertrag mit der Pforte, der am 23. Juni mit einigen Änderungen ratifiziert wurde. Nach Ablauf der vom König für die Verhandlungen mit Österreich festgesetzten Frist mußte die Ratifikation in Konstantinopel ankommen.

Am 26. Juni begannen die Verhandlungen in Reichenbach zwischen Hertzberg und den österreichischen Bevollmächtigten, dem Referendar Spielmann und dem Grafen Reuß[145]). In der ersten Konferenz bot Spielmann nur wenige und sehr arme Landstriche Galiziens an. Hertzberg verlangte wenigstens Brody und die Salzwerke von Wieliczka, ferner die Kreise Zamosc und Zolkiew — das war ungefähr die Hälfte von Galizien —, wofür Österreich sich bis zu den Grenzen des Vertrages von Passarowitz mit Ausnahme Belgrads und türkisch Kroatiens vergrößern sollte. Die österreichischen Bevollmächtigten aber versuchten auf der Erwerbung Belgrads zu bestehen, und im Widerspruch zu den Absichten des Königs gab Hertzberg zu verstehen, daß man eine Abtretung Belgrads vielleicht zulassen werde, wenn die Befestigungswerke der Stadt geschleift werden würden. Vor dem König versuchte Hertzberg seine Nachgiebigkeit zu entschuldigen, indem er ihn darauf aufmerksam machte, daß Belgrad zu den Gebieten gehöre, die die Pforte im Frieden zu Passarowitz abgetreten habe und daß Türkisch-Kroatien wertlos sei; falls Preußen aber auf den vollen Status quo zurückgehe, so sei die Aussicht auf die Erwerbung von Danzig und Thorn verloren[146]).

In der Zeit, bis die Antwort aus Wien auf die Hertzbergschen Vorschläge eintraf, siegte dennoch der Einfluß, den andere auf Friedrich Wilhelm ausübten, über den seines Ministers. Da Hertzberg wußte, daß Ewart sich bemühen werde, im Sinne seiner Regierung für den Status quo einzutreten, falls Österreich nicht ohne weiteres den preußischen Ausgleichsplan annahm,

142) Hertzberg an den König 16. 6. 1790.
143) Hertzberg aus Reichenbach 19. 6. 1790, bei Kalinka, Bd. II, S. 150.
144) Text des Briefes b. Herrmann a. a. O., S. 301/03.
145) Der Verlauf der Reichenbacher Unterhandlungen ist bisher oft dargestellt worden. Hier soll lediglich nur noch einmal Hertzbergs Ziel bei den Verhandlungen, die Erwerbung Danzigs und Thorns, verfolgt werden.
146) b. Dunker a. a. O., S. 23.

versuchte er zunächst den Gesandten von Reichenbach fernzuhalten[147]), was ihm aber nicht gelang. Denn indem Ewart auf den bekannten Geheimartikel des Berliner Vertrages hinwies, betonte er, daß England ein Hauptteilnehmer an den Unterhandlungen sei. Der englische Gesandte erhielt Anfang Juli von seiner Regierung die Weisung, den Status quo als einzige Grundlage für eine Verständigung zwischen den kriegführenden Parteien zu betrachten. England würde dazu beitragen, Preußen die Städte Danzig und Thorn auf dem Wege eines Handelsvertrages mit Polen zu verschaffen[148]). Deutlich sind in jener Instruktion an Ewart die Pläne des englischen Gesandten in Warschau, Hailes, die wir noch kennenlernen werden, zu erkennen. Und Ewart konnte sich später rühmen, daß Friedrich Wilhelm sich durch seine Argumentationen bestimmen ließ, den Hertzbergschen Plan fallen zu lassen[149]).

Außer den Erklärungen Ewarts wirkten auf Friedrich Wilhelm die Vorstellungen Lucchesinis ein. Am 6. Juli hatte Lucchesini aus Warschau dem König gemeldet: „Die Polen würden nie und nimmer Danzig und Thorn gutwillig aus der Hand lassen, selbst dann nicht, wenn sie den ganzen Norden von Galizien samt der Saline von Bochnia erhielten“[150]). Dasselbe wiederholte er nach seiner Ankunft in Schönwalde, und gleichzeitig trat er, der kaum einen Monat vorher Hertzberg geschrieben hatte, „der Status quo leert unseren Schatz durch nutzlose Kriegsvorbereitungen und rettet Österreich“[151]), jetzt für die Herstellung des Status quo ein. Und um so leichter gab Friedrich Wilhelm den Vorstellungen Lucchesinis und Ewarts nach, als am 11. Juli aus Wien auf die zwischen Spielmann und Hertzberg erörterten Vorschläge eine Antwort einlief, die den preußischen Forderungen nicht entsprach. Während Hertzberg mit Spielmann noch verhandelte, erhielt er jenes Schreiben, worin der König ihm befahl, auf Danzig und Thorn zu verzichten und auf die Annahme des strengen Status quo zu dringen. In der Audienz, zu der Hertzberg am folgenden Tage vom König vorgeladen wurde, setzte er noch einmal an Hand von Karten dem König seinen Tauschplan auseinander. Es gelang ihm aber nicht mehr, Friedrich Wilhelm umzustimmen, der zur Annahme des Status quo von Lucchesini unterstützt wurde[152]). Letzterer erklärte, daß die Polen nie auf Danzig und Thorn, ohne die Salzsalinen von Wieliczka zu erhalten, verzichten würden. Und zur Abtretung jener Salzwerke hatte sich Österreich noch nicht bereit gefunden. Jedoch wird Hertzberg immer noch die Absicht, seinen Plan in den folgenden Verhandlungen durchzusetzen, nicht aufgegeben haben, denn er lehnte eine Hinzuziehung Lucchesinis zu den Unterhandlungen ab. Seine Hoffnungen aber wurden endgültig zunichte gemacht, als der König ihm am Nachmittage des 14. Juli befahl, den Status quo strikte Österreich vorzuschlagen[153]). So forderte denn Hertzberg in der Konferenz vom 15. Juli zur

---

147) Herrmann a. a. O., S. 305/306.
148) Depesche an Ewart v. 25. 6. 1790, zitiert b. Kalinka a. a. O., Bd. II, S. 160/61, P. Wittichen a. a. O., S. 63.
149) Vgl. P. Wittichen, S. 63.
150) Diss. P. Ritter a. a. O.
151) Lucchesini an Hertzberg 15. 6. 1790, b. Dembinski, Nr. 409.
152) Bemerkung Hertzbergs zu dem Schreiben des Königs v. 14. 7. 1790, bei Ranke: a. a. O., S. 552.
153) Vgl. Dunker a. a. O., S. 30.

Überraschung der Österreicher den vollen Status quo; von einer preußischen Erwerbung von Danzig und Thorn auf dem Wege eines Gebietsaustausches sollte nicht mehr die Rede sein.

Es würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen, auf die weiteren Unterhandlungen zwischen den Alliierten und Österreich einzugehen. Am 27. Juli wurden die Erklärungen unterschrieben, der Waffenstillstand zwischen Österreich und der Pforte habe bis zu einem Kongreß zu dauern, auf dem endgültig der Friede auf Grund des Status quo festgesetzt werden sollte. Österreich mußte alle Eroberungen mit Ausnahme von Chocim der Pforte wieder herausgeben. „Es ist schwer zu sagen," hat sich später Bismarck über Reichenbach geäußert[154]), „ob die damalige Situation nach Maßgabe der Ansichten und Fähigkeiten der in Österreich und Rußland leitenden Persönlichkeiten der preußischen Politik die Möglichkeit bot, nützlichere Wege einzuschlagen als den des Veto gegen die Orientpolitik seiner beiden östlichen Nachbarn .... Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß dieses Veto ein Akt unfruchtbaren Selbstgefühls nach Art des französischen prestige war, in welchem die von Friedrich dem Großen geerbte Autorität zwecklos verpufft wurde, ohne daß Preußen einen anderen Vorteil von dieser Kraftleistung gehabt hätte, als den einer befriedigten Eitelkeit über Betätigung seiner großmächtlichen Stellung den beiden Kaisermächten gegenüber, show of power."

Auf dem von England vorgeschlagenen Wege, Danzig und Thorn durch ein Handelsabkommen mit Polen zu erwerben, hoffte nun die preußische Diplomatie, für ihre Zugeständnisse in Reichenbach entschädigt zu werden.

II.

Danzig und der englische Ausgleichsplan

Die Bemühungen der englischen Regierung in Warschau um einen Verzicht Polens auf Danzig und Thorn. — Der Reichstagsbeschluß vom 6. 9. 1790.

Bis zu dieser Zeit hatte sich Pitt, der englische Premierminister, einem Abschluß des von Polen so erstrebten Allianz- und Handelstraktes gegenüber sehr vorsichtig verhalten[155]). Auf die Vorschläge, die Bukaty, der polnische Gesandte in London, Pitt im Mai 1789 gemacht hatte, hatte der englische Premier erklärt, er müsse aus politischen Gründen alle Verhandlungen in dieser Frage auf einen späteren Zeitpunkt vertagen[156]). Pitt hatte es abgelehnt, unter Umgehung Preußens mit Polen enge Handelsbeziehungen einzugehen, worauf ja Bukatys Vorschlag abzielte, da er fürchtete, den Einfluß, den England auf den Berliner Hof durch den Gesandten Ewart ausübte, zu verlieren. Ebensowenig war Pitt damals geneigt gewesen, mit der preußischen Regierung über einen Handelsvertrag mit Polen zu verhandeln, da dadurch das Problem Danzig und Thorn hätte erörtert werden müssen, während ja

154) Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen", Ges. Werke XV, S. 184.
155) D. St.-A. Kahlen, d. 2. 1. 1790: „ . . . der englische Hof hingegen scheinet, wie der Kanzler hinzusetzte, weder in eine Allianz noch in einen Commerztraktat mit Polen sich für diese Zeit wieder einlassen zu wollen".
156) Kalinka a. a. O., S. 244.

Pitts Bemühungen darauf ausgingen, solange die Friedensvermittlung im Orient nicht zustandegekommen war, diese Frage aus der Politik Preußens auszuschalten. Dagegen hatte Hailes, der englische Gesandte in Warschau, ohne Instruktion der Regierung seine Bemühungen, eine für die englisch-polnischen Handelsbeziehungen günstige Lage zu schaffen, fortgesetzt. Da Danzig das Tor zu dem englisch-polnischen Handel bildete, behielt er aufmerksam diese Stadt im Auge. Kräftigst hatte er den Plan, Danzig das Stapelrecht zu nehmen, unterstützt [157]). Endlich aber schien Hailes eingesehen zu haben, daß alle Handelsschwierigkeiten behoben sein würden, wenn Danzig zu Preußen komme. Als Kahlen ihn um Schutz für die Stadt Danzig bei den geplanten Commerzverhandlungen bat, hatte er gesagt: „Schließlich kann doch nichts anders geschehen, als daß Polen endlich die Stadt Danzig an Preußen abtreten muß." Kahlen glaubte, Hailes nicht richtig verstanden zu haben, und als er die Worte des Gesandten fragend wiederholte, antwortete Hailes: „Ja, Polen muß endlich die Stadt Danzig an Preußen abtreten, wie bald aber, das weiß ich nicht, vielleicht in einem halben Jahr, vielleicht auch früher oder später. Denn Danzig ist eigentlich für Polen von keinem Nutzen und die Stadt selbst wird unter preußischer Herrschaft erst recht blühend werden" [158]).

Nachdem nun in Reichenbach der Weg zu einer Friedensvermittlung im Orient, wie sie England wünschte, geöffnet war, konnte Pitt auf den Plan seines Gesandten in Warschau eingehen. Über die Vorteile, die sich aus einer engen polnisch-englischen Handelsverbindung für England ergaben, hatte Pitt durch Durno, den englischen Konsul in Memel, der von ihm beauftragt worden war, sich über den polnischen Transithandel durch Preußen zu informieren, genaue Kenntnis erhalten. Pitt erteilte Hailes die Instruktion, Stanislaus August und der Deputation für Auswärtige Angelegenheiten mitzuteilen, England und Holland seien bereit, falls die Republik freiwillig auf Danzig und Thorn verzichten wollte, die Garantie für alle übrigen Gebiete der Republik zu übernehmen und das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit dem Berliner Hofe zu vermitteln [159]). Hailes unterbreitete den Vorschlag der Deputation für Auswärtige Angelegenheiten, den Reichstagsmarschällen und in einer Audienz dem König Stanislaus August. Dieser erwiderte, es sei ihm sehr peinlich, daß ein solcher Vorschlag von einem Staate käme, für den er die größte Neigung hege, und es sei um so peinlicher jetzt, da Preußen die Abtretung Danzigs nicht mehr forderte. Es sei möglich, daß die Stadt in ihrer gegenwärtigen Lage für Preußen mehr Wert habe als für Polen, aber Polen müsse auch wissen, daß die Erhaltung und Verteidigung von Gibraltar für England eine kostspielige und drückende Last sei und daß Spanien oft vorteilhafte Tauschangebote gemacht habe. „Und obwohl alle überzeugt sind," sagte

[157]) Vgl. D. St.-A. Kahlen 7. 1. 1790.
[158]) D. St.-A. Kahlen 18. 3. 1790.
[159]) Gerhard a. a. O., S. 304. Über die Interessen, die Durno als Memeler Holzhändler an dem Zustandekommen eines preußisch-polnisch-englischen Handelsvertrages gehabt haben soll, s. Gerhard, S. 299 ff. Wurde Durno nur durch eigene Interessen bewogen, so bleibt allerdings dabei die Frage offen, ob es ihm wirklich erwünscht sein konnte, wenn der bestehende Zustand Danzigs geändert wurde, da ja gerade der Aufschwung Memels zum Teil eine Folge des Niederganges Danzigs war. Kalinka a. a. O., Bd. 2, S. 244.

der König, daß der englische Handel im Mittelmeer ganz gut ohne Gibraltar bestehen könne, wagt doch keiner von Euren Ministern die spanischen Angebote der englischen Nation zur Annahme zu empfehlen, weil sie wohl wissen, welche Abneigung gegen eine solche Cession bestehe." Hailes gab darauf zu verstehen, daß sein Vorschlag nicht etwa durch den König von Preußen veranlaßt sei. Denn die Handelsfreiheit des polnischen Staates sei für England fast ebenso notwendig wie für Polen selbst. Stanislaus August stellte darauf folgende Fragen: „Werden Sie für diese Cession uns die Aufhebung des Ius stapulae nicht nur in Danzig, sondern auch in Königsberg sichern? Ist es ganz sicher, daß Holland in dieser Frage mit England einig ist? Wird in der von England und Holland übernommenen Garantie der Fall vorgesehen, daß wir genötigt sein könnten, dem König von Preußen den Krieg zu erklären, falls er den Transit in Danzig erschwert und wieder Zollplackereien einführt? Endlich wird auch die Durchfuhr nach Sachsen und Deutschland gesichert, wie dieselbe noch in dem Vertrage von 1775 stipuliert wurde?" [160]) Hailes gab zwar keine bestimmte Antwort, versicherte aber, daß England gegen Preußen Krieg führen würde, falls letzteres die von England garantierten Verträge brechen sollte. England habe an dem zu schließenden Handelsabkommen ein ebenso starkes Interesse wie Polen selbst, da es in Polen den Markt für alle Erfordernisse seiner Marine wie Bauholz, Masten, Leinen, Hanf, Teer, Harz und Roheisen finden würde. Diese Materialien könne Polen sogar vorteilhafter als Rußland liefern, aber „die Handelsbeziehungen mit Polen, welche der Republik Millionen einbringen würden", schloß Hailes, „sind nicht möglich, solange das Danziger Stapelrecht besteht. Das wird sich nur dadurch machen lassen, daß man Danzig dem König von Preußen überläßt und ihn zwingt, die Plackereien auf der Weichsel zu unterlassen" [161]).

Zu gleicher Zeit ließ auch Hertzberg, sicherlich ohne Einwilligung Friedrich Wilhelms, durch den Fürsten Jablonowski raten, Polen möchte freiwillig Danzig und Thorn dem König von Preußen anbieten, damit endgültig die Commerzangelegenheiten zwischen Polen und Preußen geregelt werden könnten.

Bereits durch die Berichte aber, die während der Reichenbacher Verhandlungen nach Polen kamen, war die Sorge des großpolnischen und masowischen Adels gewachsen, daß die Deputation für Auswärtige Angelegenheiten der Erwerbung von Danzig und Thorn durch Preußen zustimmen werde. Auch der wolhynische Landtag stand dieser Frage nicht gleichgültig gegenüber. An demselben Tage, als Hertzberg in Reichenbach auf den Status quo hatte zurückkehren müssen, war in der Sitzung des polnischen Reichstages vom wolhynischen Landboten Hulewicz der Antrag auf die Annahme eines besonderen Verfassungsparagraphen gestellt worden, nach dem keine Gebiete Polens mehr abgetreten werden sollten [162]). Dieser Antrag war vom König und von der Mehrheit der Reichstagsmitglieder abgelehnt worden. Man hatte den Grund für die Ablehnung in der Tatsache gesehen, daß die Polen noch nicht sicher gewesen waren, ob es nicht etwa zu einem Kriege gegen Österreich kommen

[160]) Kalinka: a. a. O., Bd. 2, S. 246/47.
[161]) ebenda.
[162]) ebenda S. 249.

würde [163]). Jedenfalls hatte es sich dabei gezeigt, daß noch die Meinung der verständigeren Regierungsmitglieder einen stärkeren Einfluß auf den Reichstag ausübte, als die jener sich ereifernden Parlamentarier, die ihr Vaterland dadurch zu retten gedachten, daß sie die Regierungsgewalt durch Reichstagsbeschlüsse beschränkten.

Trotz der Ablehnung, die ihr Antrag erfahren hatte, hörten dennoch die wolhynischen Landboten nicht auf, etwaige Absichten der Regierung, auf Danzig zu verzichten, zu durchkreuzen. So hieß es in einem Beschluß der Landtage von Wolhynien und Czernichowien: „...wofern auch nur das kleinste Stück Landes, welches der Republik, es sei mit welchem Recht es wolle, angehört, etwa abgetreten und irgendetwas zur Schmälerung der Kardinalrechte, der Freiheiten und Integrität der Nation beschlossen werden sollte, so verlangen wir, daß die erlauchten Landboten in solchen Fällen feierlichsten Protest in unserer Wojewodschaft Namen einlegen mögen" [164]).

Die Propaganda des englischen Gesandten für den Verzicht auf Danzig gab den Reichstagsabgeordneten aufs Neue Veranlassung, auf den von Hulewicz im Juli gestellten Antrag zurückzukommen. Gelegenheit dazu gab die Erörterung der Grundgesetze der neuen Verfassung, von denen das fünfte sich auf die Unantastbarkeit und Unteilbarkeit des polnischen Reiches und des Großfürstentums Litauen bezog. Es wurde der Antrag auf Zusatzparagraphen gestellt zur Verhinderung des Verkaufes und der Verpfändung von Gütern an Angehörige der Nachbarstaaten. Schließlich beantragte der Abgeordnete Swientoslawski, in der Verfassung einen Beschluß zu verankern, durch den allen Reichstagen in Zukunft verboten werden sollte, irgendein Gebiet des polnischen Staates zu vertauschen oder vom Ganzen zu trennen. Diese Paragraphen wurden durcheinander in der Reichstagssitzung am 3. September erörtert. Es fehlte nicht an Abgeordneten, die gegen den Antrag Swientoslawskis auftraten. Seweryn Potocki machte darauf aufmerksam, daß es doch früher oder später zum Verzicht auf Danzig und Thorn kommen müsse, weil diese Städte umringt von fremden Gebieten einem sicheren Untergang entgegensähen. Und Ignatz Potocki führte u. a. aus: „Die Fesseln, welche uns einige auflegen möchten, sind fiktive und können nicht bestehen; sollte die Republik in die Lage kommen, sich vor einem unglücklichen Kriege durch Abtretung oder Tausch einzelner Gebiete schützen zu müssen, so verbiete das verlangte Gesetz solches und zwänge sie den Krieg weiterzuführen [165]). Auch der König, der an die Verhandlungen mit Hailes dachte, betonte in seiner Rede, daß Umstände denkbar

[163]) Kalinka a. a. O., S. 244.

[164]) D. St.-A. Kahlen, d. 16. 8. 1790, erwähnenswert ist in diesem Zusammenhange ein Brief des Krongeneralfeldzeugmeisters Polens, des Grafen Stanislaus Potocki an Hulewicz vom 25. 8. 1790 (übersetzt als Anl. zu Kahlen 4. 11. 1790, D. St.-A.): „ . . . nachdem aber die Mißhelligkeiten zwischen Österreich und dem Berliner Hof sind beigelegt worden, so kann es wohl geschehen sein, daß Preußen auf Veranlassung des jetzt abgeänderten Systems bei der ferneren in Europa zu erfolgenden Pazifikation sich wiederum etwas bei dem englischen Hofe ausbedungen habe. In der Tat scheint doch England uns solches zumuten zu wollen. Allein lasset uns nur dreist genug sein, hierauf zu antworten: wir werden nichts geben, so wird auch die englische Nation selbst und ganz Europa uns dafür hoch zu schätzen wissen . . ."

[165]) Kalinka a. a. O., Bd. II, S. 251.

seien, bei denen die äußerste Gefahr oder auch ein wirklicher Vorteil eine Gebietsabtretung oder -tausch erfordern könnten. Er forderte den Reichstag auf, einen dauerhaften Beschluß zu fassen, der es Polen ermöglichte, die Schutzherrschaft über Danzig zu behaupten, solange als nicht der eigene Vorteil es gebiete, diese Stadt aufzugeben. Mehrere Abgeordnete sprachen darauf in demselben Sinne. Bemerkenswert sind dabei die Worte des Abgeordneten Zielinski, daß Danzig für Polen eine Kuh darstelle, welche Polen bei den Hörnern halte, während der Nachbar dieselbe für sich melke. „Was soll uns diese Kuh? Ist es nicht besser, dieselbe vorteilhaft zu verkaufen?" [166]) Schließlich wurde nach heftiger Diskussion der Beschluß gefaßt, daß Polen und Litauen cum omnibus annexis mit allen Städten und Häfen beisammen und ungeteilt zu verbleiben habe.

Aber schon in der folgenden Reichstagssitzung am 6. September wurde der Antrag Swientoslawskis erneut gestellt, die Reichstage für alle Zukunft an einen Beschluß zu binden, keine Gebietsabtrennung oder -tausch vorzunehmen. Wieder kam es zu äußerst erregten Erörterungen. Durch Reden, in denen auf die Gefahren hingewiesen wurde, die Polen von Rußland, Preußen und Österreich her drohten, wurde unter der Mehrzahl der Abgeordneten Begeisterung für den Antrag entfacht. Schließlich verstieg sich ein Anhänger Swientoslawskis zu der Äußerung, Polen habe nach der ersten Teilung seine besten Hoffnungen auf Danzig und Thorn gesetzt. Kein Gebiet könne diese beiden Städte an Wert übertreffen. Nichts nützten die Gegenreden, auch nicht der König vermochte dieses Mal den Antrag zu Fall bringen, indem er in seiner Rede die Frage stellte: „Wenn uns eine fremde Macht für ein unbedeutendes Gebiet ein viel größeres anbieten wollte, sollte es dann nicht für die Republik nachteilig sein, eine solche Anerbietung nicht annehmen zu können, ja geradezu abschlägig beantworten zu müssen?" Diejenigen, die sich für den Antrag einsetzten, sollten bedenken, daß sie unwissentlich ihrem Vaterland verhängnisvolle Schwierigkeiten bereiteten und den Weg zu Vorteilen versperrten, ohne deswegen das Land zu sichern, da ein solches Gesetz keine Sicherheit gewähre [167]). Auf den Vorschlag Czartoryskis hin, den Antrag in der Weise abzuändern, daß der Reichstag keine Gebietsabtretung beschließen dürfe ohne den Willen der Nation, wurde der Wortlaut verlangt, „ohne den einstimmigen Willen der Nation." Nach weiteren mehrstündigen Verhandlungen wurde ohne Abstimmung als Grundgesetz beschlossen: „Es wird keinem Reichstag und niemandem sonst erlaubt, einen Teil der Republik auszutauschen und noch weniger vom Staatskörper zu trennen" [168]). Gerne hätte Stanislaus August noch vorher dem Reichstag die Handelsvorteile vorgestellt, die Polen durch den Verzicht auf Danzig bekommen konnte, doch ließ er sich von seinen Ministern überzeugen, daß solche Erklärungen vor dem Reichstag keinen Zweck mehr haben würden [169]).

---

[166]) ebenda, S. 253, Anmerkung.
[167]) ebenda, S. 255/56.
[168]) ebenda S. 257.
[169]) „Der Reichstagsbeschluß vom 6. September zum Grundgesetz und Verfassungsartikel erhoben", schreibt Kalinka (Bd. 2, S. 266), „versperrte den Weg jedweder Verhandlung mit Preußen in der Frage der Cession der beiden oft genannten Städte." Und dieser polnische Historiker kann der Einsicht sich nicht verschließen,

Die Sendung Oginskis nach London. — Russische Intrigen in Warschau.

Der Reichstagsbeschluß vom 6. September hinderte die polnische Regierung nicht, sich noch einmal mit England in Verhandlungen über Danzig einzulassen, denn man erkannte bald, daß der vom Reichstag aufgestellte Verfassungsartikel nicht auf Danzig bezogen zu werden brauchte, da ja Danzig kein eigentlicher Teil des polnischen Staates war, sondern lediglich unter dem Schutze des polnischen Königs stand [170]).

Zunächst allerdings wollte die Deputation für Auswärtige Angelegenheiten versuchen, eine Regelung des Handelsverkehrs mit Preußen herbeizuführen, auch ohne dadurch die Danziger Frage zu berühren. Als nun ein polnisches Projekt, das die Wünsche Danzigs gar nicht berücksichtigte, in der Stadt bekannt wurde, schickte die dritte Ordnung Abgesandte nach Warschau mit einem Schreiben an den König von Polen, worin das maßlose Elend, das in der Stadt herrschte, geschildert wurde. Vergebens hatte der Rat sie von diesem Vorhaben abzuhalten versucht, da er ihre Neigung zu einem Anschlusse an Preußen kannte. Wirklich waren solche Bestrebungen, wenn auch versteckt, in jenem Schreiben angedeutet worden [171]). Darauf wurde ein neues Handelsabkommen, in dessen einem Artikel auch von Handelsvorteilen, die Danzig genießen sollte, die Rede war [172]), entworfen.

Schließlich wurde im November 1790 der Deputation ein geschickter Ausweg, um aus ihrer schwierigen Lage herauszukommen, von Hailes gezeigt: die englische Regierung mußte dazu bewogen werden, offiziell Polen einen handelspolitischen Vertrag anzubieten [173]). Ewart, der sich im Herbst und Winter 1790 in London aufhielt, tat sein Möglichstes, um die englische Regierung zu diesbezüglichen Schritten zu veranlassen [174]). Das gleiche Ziel hatte die Sendung des Fürsten Oginski, des polnischen Gesandten im Haag, nach London. Natürlich mußte auch hier des Reichstages wegen vorsichtig vorgegangen werden. Oginski erhielt keine amtliche Instruktion. Wenn er behauptet hat, daß er von der Deputation zu seinen Verhandlungen mit Pitt beauftragt worden war [175]), so wird dieses nur auf nicht amtlichem Wege geschehen sein,

---

daß dieser Weg der einzige war, den die Regierung der Republik hätte beschreiten müssen: „durch die Abtretung Danzigs das politische System, welches der vierjährige Reichstag ins Leben gerufen hatte, aufrechtzuhalten, andernfalls fiel die wesentlichste Grundlage dieses Systems, und die Republik verlor den einzigen Verbündeten, der ihr die Auferstehung im Innern und eine gewisse Bedeutung nach Außen sichern konnte."

170) Obgleich diese Überlegung nach der Incorporationsurkunde von 1454 und nach der Danziger Verfassung durchaus berechtigt war, sieht Kalinka (S. 267) darin nichts weiteres als „eine Spitzfindigkeit und einen Advokatenkniff" der Reichstagsmitglieder, die die Regierung unterstützten.

171) Das Schreiben gedruckt bei Damus. Anh. Nr. 23.

172) Anlage zu Kahlen d. 20. 9. 90: Entwurf eines Kommerz-Traktates, Art. 16: „S. M. Prussienne déclare, que le passage du canal occidental à l'embouchure de la Vistule sera pleinement libre et exempt de tous droits pour les productions et marchandises, soit exportées, soit importées par les citoyens de la ville de Danzig par mer."

173) Vgl. Kalinka: a. a. O. Bd. 2, S. 267.

174) D. St. A. 300, 9 Bd. 377. Bericht Andersons v. 31. 12. 1790.

175) Oginski: Denkwürdigkeiten, S. 55.

vielleicht sogar ohne Wissen des Kanzlers Malachowski [176]). Nach einem Bericht de Cachés, des österreichischen Gesandten in Warschau [177]), und Kahlens [178]) soll er von Ignatz Potocki, dem Vorsitzenden der Deputation, seinen Auftrag erhalten haben, was bei der Lage, in der sich die Deputation gegenüber dem Reichstage befand, nicht unglaubwürdig erscheint. Die Öffentlichkeit aber ließ man zunächst im Glauben, daß Oginski eine Privatreise nach London gemacht habe und beauftragt worden sei, bei dieser Gelegenheit sich am englischen Hofe zu bemühen, daß Polen auf einem allgemeinen künftigen Friedenskongreß seinen Vertreter haben könnte [179]).

Ausführlich sind vom Fürsten Oginski selbst seine beiden Unterredungen mit Pitt dargestellt worden [180]). Zunächst legte Oginski dem englischen Premierminister eine Denkschrift von Amsterdamer Kaufleuten vor, in der die Polen ermahnt wurden, Danzig nicht an Preußen abzugeben; Oginski selbst sagt über diese Denkschrift: „Es waren höchst durchdachte und scharfe Ansichten darin, aber dennoch sah man bei jeder Phrase den Geist der Opposition gegen das preußische System und eine entschiedene Parteilichkeit" [181]). In der zweiten Unterredung mit Oginski widerlegte Pitt geschickt alle Argumente, die gegen die Abtretung von Danzig an Preußen sprachen. „Welche Vorteile", fragte er, „ziehen Sie von diesen beiden Ausflußkanälen (Danzig und Thorn) ihrer Erzeugnisse bei der Schwäche und Ohnmacht, in welcher Sie sich bisher befunden haben, in dem Sie unter Rußlands aufgedungener Garantie seufzen? Der König von Preußen zeigt Ihnen jetzt, indem er Ihnen seine Freundschaft und ein Bündnis anbietet, Mittel und Wege aus diesem Zustande der Erniedrigung hervorzugehen, und dies allein reicht schon hin, die Opfer zu vergüten, die man von Ihnen verlangt und die der Berliner Hof als Bedingung für einen Handelstraktat aufstellt." Dann stellte er die Handelsvorteile dar, die Polen durch das Zustandekommen eines Commerz-Traktates mit Preußen und England genießen würde, indem er gleichzeitig auf die Städte im Innern Polens, vor allem auf Kowno hinwies, in denen in früherer Zeit englische und holländische Kaufleute Handelsniederlassungen hatten. Dort hatte man den Polen an Ort und Stelle ihre Erzeugnisse abgekauft und ihnen die Mühe erspart, sie zu den Handelsplätzen an der Ostsee zu bringen. „Was war, kann wieder hergestellt werden", sagte Pitt, „und wenn der Handels-Traktat mit Polen stattfindet, glauben Sie da nicht, daß wir imstande sein werden, Sie vor allen Plackereien der Danziger Zollbeamten zu schützen, indem wir in das Innere Ihres Landes gehen, um uns Ihre Erzeugnisse aus der ersten Hand zu verschaffen" [182]).

Im Januar 1791 wurde darauf Hailes von seinem Kabinett zu der Erklärung ermächtigt, daß England mit Polen nur unter der Bedingung politische und Handelsbeziehungen anknüpfen werde, wenn auch Preußen daran

[176]) Vgl. Kalinka, S. 268 Anm.
[177]) Zitiert b. Kalinka, S. 268.
[178]) D. St. A. Kahlen, d. 3. 2. 1791.
[179]) D. St. A. Kahlen, d. 3. 1. 1791.
[180]) Oginski: a. a. O., S. 56.
[181]) Oginski: a. a. O., S. 50.
[182]) Oginski: a. a. O., S. 62. — Sjolovjev: a. a. O., S. 216. — Kalinka: a. a. O., S. 270

beteiligt sein würde. Nur durch den Verzicht auf Danzig würde ein freier Handelsverkehr durch Preußen möglich sein[183]). In einer Denkschrift über die gegenwärtigen Interessen Polens, die unter dem Namen eines polnischen Edelmannes erschien[184]), versuchte Hailes die Polen von der Notwendigkeit einer Erwerbung von Danzig durch Preußen zu überzeugen. 1773 sei Danzig, hieß es darin, nur auf die Vermittlung Englands hin bei Polen verblieben, jetzt aber erfordere das Interesse beider Länder eine Abtretung der Stadt. „Polen wird dann hoffen können, daß es eingeladen wird, dem großen Bündnissystem beizutreten, das einen langen Frieden unserem Erdteil sichern muß. Es wird in den Rang der unabhängigen Mächte Europas gestellt werden... Endlich kann Polen ruhig und furchtlos hinsichtlich seiner politischen Existenz und der Unversehrtheit seiner Besitzungen an der Verbesserung seiner Verfassung arbeiten und sich die Regierungsformen geben, die es für zweckmäßig erachtet... Aber Polen müsse, um die Handelsfreiheit zu erlangen, etwas opfern, was ihm kaum gehört: Eine Stadt, die von ihrem Hafen getrennt ist, die durch seine Oberherrschaft unglücklich und verzweifelt gemacht wird, endlich eine Stadt, zu der die Verbindung durch die Weichsel nach Verlauf von einigen Jahren völlig abgeschnitten sein wird, durch jene Sandbänke, die zu entfernen ihre große Armut, in die sie gekommen ist, ihr nicht mehr erlaubt." Gleichzeitig machte Hailes darauf aufmerksam, daß im Falle einer Weigerung der Polen, auf den englischen Vorschlag einzugehen, England die Produkte für seine Industrie in Rußland suchen müsse, was nur zum Schaden der Republik geschehen und politische Nachteile herbeiführen würde.

Das Zustandekommen eines englisch-polnischen Handelsvertrages und der damit verbundene Verzicht Polens auf Danzig entsprachen jedoch keineswegs den Interessen der Zarin, da mit Recht für Rußland zu befürchten war, daß dadurch Polen endgültig dem russischen Einfluß entzogen und unter dem Schutze Preußens die neue polnische Verfassung durchgesetzt werden würde. Der Stadt Danzig wurde durch den russischen Residenten wieder Hoffnung auf eine Unterstützung gegen preußische Erwerbungsabsichten gemacht, damit sie sich nicht etwa freiwillig Preußen unterwarf[185]). Und der neue russische Gesandte Bulhakow in Warschau versäumte nicht, bei jeder Gelegenheit Mißtrauen gegen den preußischen Hof zu säen und sparte nicht an den nötigen Bestechungsgeldern[186]). Besonders ließ er den Landtagen in Großpolen und Wolhynien viel Geld zugehen. Wagten auch seine Anhänger, ihn nur in der Nacht zu besuchen, so merkte dennoch Bonneau, der französische Legationssekretär, wie sich mehr und mehr das Vertrauen der Polen zu Preußen verminderte, „trotz der Allianz, die man mit Preußen geschlossen hatte, und obgleich man die Hilfe Preußens, um sie sich zu erhalten, so nötig hatte"[187]).

---

[183]) Kalinka, S. 271.

[184]) D. St. A. Anl. zu Kahlen, d. 27. 1. 1791.

[185]) Friedrich Wilhelm an Goltz 10. 9. 1790, b. Dembinski, Nr. 280: „... Je viens d' apprendre de Danzig que l'agent de cette ville à Petersbourg a rapporté au magistrat que l'Impératrice avoit fait déclarer aux ministres d'Autriche et de Pologne qu'elle ne permettroit jamais que la ville de Danzig me soit cedée..."

[186]) Vgl. Herrmann: a. a. O., Bd., S. 328.

[187]) Bonneau an Montmorin 27. 11. 1790, b. Dembinski, Nr. 504.

Öffentlich mischte sich Bulhakow niemals in die Reichstagsangelegenheiten ein, jedoch bewirtete er jeden Polen, der ihn besuchte, sehr zuvorkommend, um Anhänger für eine Konföderation gegen die geplante neue polnische Verfassung zu finden[188]) und um die Polen dadurch Preußen zu entfremden.

Auf die Denkschrift des englischen Gesandten antworteten mannigfaltige Gegenschriften, die unter dem Einfluß des russischen Gesandten entstanden waren[189]). Sie erschienen unter verschiedenartigen Titeln in polnischer oder französischer Sprache[190]). Die Polen wurden darin gewarnt, auf Danzig zu verzichten, da sie dadurch völlig Preußen ausgeliefert werden würden; durch den Verzicht auf Danzig würden sie ihren einzigen Zugang zum Meere verlieren, undankbar würde Polen der Stadt Danzig gegenüber sein, die jahrhundertelang den Ackerbau und Handel Polens aufblühen lasse, wenn es nun der freien Stadt seinen Schutz entzöge. Und noch mit vielen anderen Argumenten wurde gegen den Vorschlag des englischen Gesandten gearbeitet. Auf die Frage des Danziger Residenten in Warschau, ob es nicht besser wäre, wenn sich die Stadt Danzig selbst unter die preußische Herrschaft stellte, anstatt daß sie sich von Polen und England an Preußen verhandeln lasse, erwiderte Bulhakow, daß aus der Erwerbung der Stadt durch Preußen nichts werden würde[191]).

Ebenso wurde von gewisser polnischer Seite in derselben Weise gegen den Verzicht Polens auf die Schutzherrschaft über Danzig agitiert. Einen solchen Zweck verfolgte z. B. Graf Adam Rzewuski, der Kastellan von Witebsk, in seinem „Mémoire sur les affaires actuelles de la Pologne" und der Graf Czacki, der Landbote von Czernichowien, in seiner Denkschrift „Rzut Myśli"[192]), worin der Vorschlag gemacht wurde, Danzig von den Zahlungen, die es bisher an den König von Polen geleistet hatte, zu befreien, dafür aber ein polnisches Handelskontor in Danzig einzurichten und eine polnische Garnison in die Stadt zu legen, um Danzig um so enger an Polen zu fesseln. An ein anderes Mittel, um das Verhältnis Danzigs zu Polen enger zu gestalten, wurde im Reichstag gedacht. Hier entstand der Plan, mit der bevorstehenden neuen Verfassung Polens auch Danzig und Thorn eine neue Verfassung zu geben und zu einem gewissen Zwecke wie für die kurländischen Städte auch für die sog. preußischen Städte eine besondere Deputation einzuberufen, die ihre Rechte und Privilegien untersuchen sollte[193]). Derartige Pläne waren natürlich durchaus nicht im Interesse Danzigs und wurden von der Stadt daher abgelehnt.

---

188) Kalinka: a. a. O., S. 263, vgl. Herrmann a. a. O., S. 335.

189) D. St. A. Kahlen 7. 3. 1791.

190) „Examen d'une brochure intitulée Mémoire sur les affaires actuelles de la Pologne" (D. St. A. Anl. zu Kahlen 7. 3. 1791), „O Gdańsku" (D. St. A. Anl. zu Kahlen 24. 3. 1791), Rozmowa Polska Rossyanina y Anglika w okolicznosci Gdanska Na Kloppie w Warszwie 1791 (Anl. zu Kahlen 7. 4. 91), Supplément à l'examen, pour servir de réponse à la Republique de l'Auteur du Mémoire sur les affaires actuelles de la Pologne (Anl. z. Kahlen, d. 25. 8. 1791).

191) D. St. A. Kahlen 3. 2. 1791, zitiert auch b. Damus: a. a. O., S. 163.

192) D. St. A. Anl. zu Kahlen 14. 3. 1791.

193) D. St. A. Kahlen, d. 24. 3. 1791.

Hailes bemühte sich in verschiedenen Gegenschriften die Argumente, die gegen den Verzicht Polens auf Danzig erhoben wurden, zu widerlegen[194]). Es gelang ihm aber nicht, gegen die Reichstagsopposition und gegen den Einfluß Bulhakows aufzukommen.

Gespannte Lage zwischen Rußland und Preußen im Herbst 1790. — Gleichgültigkeit Friedrich Wilhelms der Danziger Frage gegenüber.

Unerwartet war am 14. August 1790 zwischen Rußland und Schweden der Friedensschluß zustandegekommen. Katharina hatte dadurch freiere Hand bekommen, dem mit Polen verbündeten Preußen entgegenzutreten, um ihre alte Stellung in Polen wieder zu gewinnen. Wirklich erschien Ende September auf der Danziger Reede eine russische Fregatte, die sich allerdings bald wieder entfernte[195]).

Auf ein erneutes Vermittlungsangebot Friedrich Wilhelms zu einem allgemeinen Friedenskongreß ließ die Zarin keine entscheidende Antwort geben. Goltz, der preußische Gesandte in Petersburg, mußte bald einsehen, daß Preußen auf friedlichem Wege nichts am russischen Hofe erreichen werde[196]). Russischerseits wurde die Truppensammlung, die Friedrich Wilhelm in Ostpreußen hatte vornehmen lassen, durch militärische Maßnahmen in Livland beantwortet. Schon setzten die Polen alle ihre Hoffnungen auf den drohenden Kriegsausbruch, der allein sie retten sollte. Sie wollten dabei ruhige Zuschauer bleiben und waren überzeugt, von den Unbilden des Krieges verschont zu bleiben, um ruhig ihre Regeneration vornehmen zu können[197]). In Warschau hatte die Nachricht von dem russisch-schwedischen Frieden niederschlagend gewirkt. Nicht mit Unrecht hatten hier manche vorausgesehen, daß Rußland in derselben Weise mit der Pforte Frieden schließen könnte, um dadurch den Hoffnungen der Polen, in Ruhe ihrem Lande eine neue Verfassung zu geben, den letzten Stoß zu erteilen[198]).

Dennoch versuchte die russische Regierung, so lange wie möglich eine kriegerische Auseinandersetzung mit Preußen aufzuschieben. Ostermann gab Goltz zu verstehen, daß die Zarin immer noch auf eine Verständigung mit Preußen hoffte, nur müsse Friedrich Wilhelm von dem Vermittlungsplane Abstand nehmen und sich auf seine guten Dienste der Zarin gegenüber beschränken[199]). Als Goltz darüber nach Berlin berichtete, schlug Hertzberg einen neuen Ausgleichsplan vor. Die Pforte müsse dazu gebracht werden, gegen die Zurückerstattung des Bezirks von Oczakow und die Garantie ihrer anderen Ländereien am Schwarzen Meere auf die Krim zu verzichten. Rußland sollte dann der Besitz der Krim garantiert werden. Als Kompensation für diese Garantie

---

[194]) D. St. A. (Anlage zu Kahlen, d. 21. 3. 1791) „Réplique à l'examen du Mémoire sur les affaires actuelles de la Pologne 1791", par l'auteur du Mémoire. — (Anl. zu Kahlen 14. 7. 1791) „Observations sur l'échange proposé des villes de Danzig et de Thorn."

[195]) G. St. A. Hertzberg an d. König 28. 8. 1790.

[196]) Goltz an Friedrich Wilhelm 10. 9. 1790, b. Dembinski, Nr. 281.

[197]) Aubert an Montmorin 27. 11. 1790, b. Dembinski, Nr. 449.

[198]) Aubert an Montmorin 28. 8. 1790, b. Dembinski, Nr. 449.

[199]) Goltz an Friedrich Wilhelm 15. 10. 1790, b. Dembinski, Nr. 233.

und den annehmbaren Frieden mit der Pforte sollte die russische Regierung sich verpflichten, ihre Partei in Polen zu veranlassen, die Polen nicht weiterhin gegen den Verzicht auf die Städte Danzig und Thorn aufzuwiegeln [200]). Ostermann verkannte nicht den guten Willen Hertzbergs, eine Verständigung zwischen Rußland und Preußen herbeizuführen. Jedoch, schrieb er, handle es sich nicht allein um die Erwerbung von Oczakow für Rußland, sondern um die Gewinnung des ganzen türkischen Gebietes bis zum Dniestr. Im ganzen sprach aus seiner Antwort eine Ablehnung gegen die preußischen Vermittlungsversuche [201]).

Die Bemühungen Hertzbergs hatten um so geringeren Erfolg, da sie von der eigenen Regierung keine Unterstützung erfuhren. Obgleich Goltz von den Kabinettsministern beauftragt worden war, der russischen Regierung zu verstehen zu geben, daß sie sich Friedrich Wilhelm für seine guten Dienste, durch die Rußland die Krim erhalten würde, in Polen dankbar erweisen müsse [202]), wurde in einem Immediatschreiben, das von des Königs Hand unterzeichnet war, derselbe Gesandte davon in Kenntnis gesetzt, daß die Instruktion der Kabinettsminister nicht der Politik des Königs entspreche [203]).

Der neue Kurs der preußischen Politik. — Polens Haltung und die englische Ostpolitik im Frühjahr 1791.

Seit den letzten Monaten des Jahres 1790 kann man keinen entscheidenden Einfluß Hertzbergs auf die preußische Außenpolitik mehr bemerken. Einen neuen Kurs hatte Friedrich Wilhelm eingeschlagen, wozu ihm nicht zuletzt die Haltung Englands neben der Polens Veranlassung gegeben hatte.

In dem Reichstagsbeschluß vom 6. September hatte Friedrich Wilhelm ein gegen sich gerichtetes Werk gesehen und wollte von nun an den Angelegenheiten in Polen freien Lauf lassen [204]). Aus Mitteilungen des preußischen Legationssekretärs in Warschau, Goltz, schloß Essen, der sächsische Gesandte in Warschau, Friedrich Wilhelm mißtraue den Polen so sehr, daß er sie sogar für fähig halte, sich mit einem der Nachbarstaaten zu verbinden, um die 1773 verlorenen Gebiete wiederzuerlangen [205]). Daß ein solches Mißtrauen Friedrich Wilhelms nicht unberechtigt gewesen wäre, beweist ein Spottgedicht der preußenfeindlichen Partei in Polen, worin ihm offen der Kampf angesagt wurde, sobald wieder Ruhe unter den Nachbaren Polens hergestellt sein würde [206]).

---

[200]) Hertzberg an Friedrich Wilhelm 28. 10. 1790, b. Dembinski, Nr. 297.

[201]) Ostermann an Alopeus 11. 11. 1790, bei Dembinski, Nr. 72.

[202]) Finckenstein und Hertzberg an Golz 19. 11. 1790, bei Dembinski, Nr. 308.

[203]) Friedrich Wilhelm an Golz (bei Dembinski, Nr. 309): „ . . . Ce serait s'adresser selon moi fort mal que de vouloir prendre la Russie pour mon agent en Pologne. Je vous avertis en conséquence que je ne suis de l'avis du comte de Hertzberg touchant cette assurance de quelque reconnaissance en Pologne . . ."

[204]) Vgl. Kalinka, S. 261.

[205]) Hermann: a. a. O., S. 329. — Kalinka, S. 262.

[206]) D. St. A. Anlage zu Kahlens Bericht vom 7. 10. 1790, „Wiersz na Potencya": Gdy się Szwed ocuci, Gdy się Turkom rozum wróci, — Gdy Leopold na oczy dobrze wyzdrowieje, — A Polak opuszczone na się portki wdzieje, — Carowa jak wstanie na nogi, Król Pruski weźmie batogi." (Wenn der Schwede zur

Und was England anbetraf, so hatte Pitt, als es im September 1790 zwischen England und Spanien wegen des Nootka-Sundes zum Konflikt gekommen war, mit dessen friedlichem Ausgang kaum zu rechnen war [207]), sich die Unterstützung Preußens sichern wollen, indem er dem Grafen Reedern, dem Nachfolger von Alvensleben in London, die mündliche Zusage machte, er werde Preußen im Falle eines Krieges durch eine Flotte in der Ostsee unterstützen; er hütete sich aber, irgendeine zahlenmäßige Stärke der Flotte anzugeben [207]). Wirklich hatte auch Friedrich Wilhelm England eine Unterstützung gegen Spanien zugesagt [208]). Nachdem aber dann Spanien sich in weitere Unterhandlungen mit England eingelassen hatte, nahm die englische Regierung in der Vermittlungsfrage wieder eine zögernde Haltung an, was wiederum durch die Unsicherheit eines Erfolges der Bemühungen Pitts, einen Handelsvertrag mit Polen zustandezubringen, bedingt wurde; denn im Falle eines Bruches mit Rußland war ja England auf ein anderes Land angewiesen, das ihm die Materialien für seine Flotte lieferte. Pitt ließ dem preußischen Kabinett erklären, er sichere die Mithilfe seines Gesandten in Petersburg bei den Verhandlungen und den Beistand einer Flotte im nächsten Frühjahr zu. Zu irgendwelchen tatkräftigen Maßnahmen Rußland gegenüber wollte er sich nicht bestimmen lassen, bevor nicht ein Handelsabkommen mit Polen abgeschlossen war. In Berlin aber hatte man deutlichere und bestimmtere Erklärungen Englands erwartet [209]).

Friedrich Wilhelm mußte jetzt danach streben, wenigstens mit einer der Kaisermächte freundschaftliche Beziehungen anzubahnen, damit Preußen nicht zwei großen Reichen gegenüber isoliert blieb. Der Kaiser war Preußen selbst entgegengekommen. Kaunitz hatte nicht mehr seinen alten Einfluß am österreichischen Hofe, und die Verbindung zwischen Österreich und Rußland war seit Reichenbach loser geworden. Denn Leopold war wenig geneigt, Krieg zu führen, damit die Zarin ihre Eroberungen in der Türkei behalten könne, während er selbst auf Erwerbungen verzichtet hatte [210]). Er dachte nunmehr an eine Defensivallianz der beiden Kaisermächte mit England und Preußen gegen die Umtriebe des revolutionären Frankreichs in Europa [211]).

Besinnung kommt, wenn den Türken der Verstand wiederkommt, wenn Leopolds Augen gesund werden, und der Pole, vernachlässigt, die Hosen anzieht, wird die Zarin dann auf den Beinen stehen, der preußische König aber wird mit der Peitsche bekommen.)

[207]) Anderson 29. 10. 1790 (D. St. A. 300, 9, Nr. 377, Schr. 162): „. . . Mit Rußland ist dieser Hof in einem sehr schlechten Verständnis und scheinet man zu glauben, daß wenn die Irrungen mit Spanien nicht friedlich sollten beigelegt werden, es unfehlbar zwischen Rußland und Preußen zum Bruch kommen müßte und dieser Ursache siehet man nicht gerne die Wahrscheinlichkeit eines guten Verständnisses zwischen Rußland und Polen . . ."

[208]) G. St. A. Abschrift der Depesche Reederns v. 12. 10. 1790, Anl. zu Hertzberg an den König 22. 10. 1790.

[209]) Vgl. Hertzberg an den König 18. 10. 1790: „. . . (Nous estimons qu'on pourra combiner ces deux objets) pour faire assurer à V. M. une assistance réelle et suffisante de l'Angleterre contre la Russie en retour de celle que la Cour de Londres demande pour le cas de sa guerre avec l'Espagne et qui ne pourra consister qu'en argent . . ."

[210]) Vgl. Lord: a. a. O., S. 172.

[211]) Vgl. Herrmann: a. a. O., S. 398/400.

Die Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung, die zu einer Neugestaltung der Beziehungen zwischen Preußen und Österreich führen sollten, wurden von Friedrich Wilhelm dem Obersten Bischoffwerder übertragen. Ihm war es mit Lucchesini endgültig gelungen, Hertzberg von der preußischen Außenpolitik auszuschalten. Ohne Wissen des Ministers fuhr Bischoffwerder nach Wien, wo er dem Vizekanzler Cobenzl die Bildung eines preußisch-österreichischen Bündnisses unter Einbeziehung von England und Holland vorschlug. Diese Allianz sollte sich bemühen, auf einen für die Pforte günstigen Frieden mit Rußland hinzuwirken, Rußland von den deutschen Angelegenheiten auszuschließen und den russischen Einfluß in Polen zu vernichten, ferner zu einem Übereinkommen bezüglich der Maßnahmen gegen die Auswirkung der französischen Revolution in Europa führen und endlich eine Regelung betreffs der Erwerbungen treffen, die Österreich und Preußen auf friedlichem Weg zu machen beabsichtigten [212]). Was nun die Danziger Frage anbetraf, so führte Bischoffwerder aus, daß sein König die Erwerbung jener Stadt lebhaft wünsche; er sei bereit, Polen durch Handelsvorteile zu entschädigen. Friedrich Wilhelm sei überzeugt, daß nach dem Abschluß eines Bündnisses mit Österreich der Kaiser nichts gegen diese preußische Erwerbung haben werde. Preußischerseits könnte man dafür bei den Unterhandlungen in Sistowa von dem Status quo abweichen und Österreich einige Territorien auf türkischem Gebiet zugestehen. „Wir sind überzeugt", sagte Bischoffwerder, „daß Rußland einwilligen wird (in die preußische Erwerbung), wenn wir einwilligen, an seinen gegenwärtigen Bestrebungen mitzuwirken" [213]).

In scheinbarem Widerspruch stehen diese letzten Worte Bischoffwerders zu den Ausführungen, die er am Anfang seiner Unterredung gemacht hatte und die eine starke antirussische Tendenz hatten. Zur Aufklärung trägt eine Unterredung bei, die Bischoffwerder kurz vor seiner Abreise nach Wien mit Alopeus hatte. Bischoffwerder hatte eine geheime Konvention zwischen Preußen und Rußland dem russischen Gesandten vorgeschlagen, durch die Friedrich Wilhelm sich verpflichten würde, sich einer russischen Erwerbung von Oczakov und des Gebietes bis zum Dniestr nicht zu widersetzen; ja der König könnte sogar versuchen, die Pforte durch freundschaftliche Vorstellungen zu dieser Abtretung zu bestimmen. Dafür müßte die Zarin die ehemaligen freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen nach dem Abschluß des Friedens mit der Pforte wieder aufnehmen. Bischoffwerder hatte dabei Alopeus versichert, daß er diesen Vorschlag ohne Wissen seines Königs gemacht habe [214]), was Alopeus allerdings bezweifelte. Entweder dachte Friedrich Wilhelm wirklich daran, eine Annäherung an Rußland, unabhängig von seiner Politik gegenüber dem Wiener Hofe, zu erreichen, oder aber Bischoffwerder trieb seine eigene Politik, für die er dann später den König gewann. Für die letztere Annahme spricht die Instruktion, die Friedrich Wilhelm Ende Mai Bischoffwerder vor dessen Abreise nach Mailand erteilte. Eine Teilnahme Rußlands an den Verhandlungen Preußens mit Österreich erschien hiernach dem König als unvereinbar mit dem Ziele, das man durch eine österreichisch-preußische Allianz ver-

[212]) Lord: a. a. O., S. 174.
[213]) Sfolovjev: a. a. O., S. 222.
[214]) Alopeus an Ostermann 19. 2. 1791, bei Dembinski, Nr. 92.

folgte[215]). Die Annahme oder Ablehnung dieser Bedingung sollte sogar dafür entscheidend sein, ob der Kaiser der Verbündete oder Feind Preußens sein werde[216]). Danach hätte also Bischoffwerder die antirussischen Erklärungen in Wien im Auftrage Friedrich Wilhelms abgegeben, dann aber auf sein eigenes politisches Ziel der Annäherung Preußens an Rußland hingewiesen, als er einsah, daß die Wiener Regierung auf eine antirussische Politik nicht eingehen wollte. Konnte Bischoffwerder auch keine bindende Verpflichtung der österreichischen Regierung hinsichtlich der Wünsche seines Königs erreichen, so kündete ihm der Kaiser an, er sei bereit, eine Allianz mit Preußen zu schließen.

Friedrich Wilhelm hatte sich nun zu entscheiden, ob er Rußland an der Erwerbung des türkischen Gebietes bis zum Dniestr hindern oder aber den Weg zu einer Verständigung mit Rußland anbahnen sollte. Noch bevor Bischoffwerder aus Wien zurückgekehrt war, war von Finckenstein und Hertzberg eine Note an Jackson, der Ewart in Berlin vertrat, und Reedern aufgesetzt worden, durch die bei der englischen Regierung angefragt wurde, ob Preußen mit Sicherheit im April auf die Sendung einer englischen Flotte in die Ostsee rechnen könne. Durch bewaffnete Demonstrationen Preußens und Englands sollte Rußland gezwungen werden, auf Verhandlungen einzugehen[217]). Am 9. März sollte die Note überreicht werden. Die Übergabe aber wurde bis zu der am 10. März erfolgten Rückkehr Bischoffwerders aufgeschoben, und es wurde eine kürzere aber schärfere Note abgefaßt: Da der Kaiser erklärt habe, er würde Rußland in einem Kriege, der durch die Weigerung der Zarin, einen Frieden auf Grund des Status quo anzunehmen, entstehe, nicht unterstützen können, sei es das Beste, Rußland durch eine sofortige Demonstration zu Wasser und zu Lande zu zwingen, einen Frieden auf Grund des Status quo zu schließen. Könne England sich nicht zu tatkräftigen Maßnahmen entschließen, so würde eine Abtretung von Oczakov an Rußland die natürliche Folge sein, wodurch Rußland die Übermacht gegenüber der Pforte gewinnen würde[218]). Die Note verfehlte nicht ihre Wirkung. Pitt schien entschlossen zu sein, wirksame Maßnahmen gegen Rußland zu treffen, denn von einer Vergrößerung Rußlands durch Oczakov mochte er nichts hören, da dadurch Rußland zur Beherrscherin des Schwarzen Meeres gemacht wurde, und dazu durch die Umzingelung Polens im Süden die alleinige Herrschaft über die großen europäischen Handelswege erhielt[219]).

Allerdings, noch war der von Pitt ersehnte Handelsvertrag mit Polen nicht zustandegekommen, und nur wenig Erfolg versprachen die wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen Hailes und der Deputation für Auswärtige Angelegenheiten. Ein großes Hindernis sah der englische Gesandte in der Abhängigkeit der polnischen Regierung vom Reichstag, dessen Mitglieder

---

[215]) Vgl. Herrmann: a. a. O., S. 427. Dennoch stellt Lord es als „fast gewiß" dar, daß der Vorschlag Bischoffwerders die Zustimmung des Königs hatte (a. a. O., S. 161).

[216]) Vgl. Ewart 31. 5. 1791 b. Herrmann: „Die österreichisch-preußische Allianz vom 7. 2. 1792 und die zweite Teilung Polens", S. 85/86.

[217]) G. St. A. Finckenstein und Hertzberg an den König 6. 3. 1791.

[218]) Gedruckt bei Salomon: „W. Pitt, der Jüngere", S. 514.

[219]) Vgl. Sfolovjov: a. a. O., S. 224. — Vgl. Gerhard: a. a. O., S. 329; über die Bedeutung Oczakovs, siehe Gerhard: S. 324 ff.

meist keine Kenntnis von der Lage ihres eigenen Landes oder den Interessen eines anderen hatten. „Mißtrauen und Argwohn", schrieb Hailes an Leeds [220]), „die Folge der äußersten Unkenntnis der Geschäfte, herrscht fast in allen Gemütern vor und das Beispiel der Einsichtsvolleren ist weit davon entfernt, die übrigen zu ermutigen." Vergeblich hob Hailes die politischen Vorteile hervor, die Polen aus der Teilnahme an der Föderation, die sich zwischen den Staaten von Großbritannien bis Konstantinopel bilden würde, haben würde [221]). England sei es gar nicht recht, äußerte sich Hailes in den Konferenzen mit der Deputation für Auswärtige Angelegenheiten, wenn Rußland alle zwanzig Jahre einen Vorstoß nach Westen unternehme. „Wird der Weg, den Ihr ihm offenhaltet, versperrt", sagte Hailes, „so bleibt der Moskauer Riese im Norden und im Orient und wird gezwungen, sich ruhig zu verhalten. Polen kann dabei nur gewinnen, da es dann auch Ruhe hat. Wenn Ihr aber Euren Vorteil nicht begreifen wollt, und das Übereinkommen mit uns verschmäht, so werden wir wohl eine Verständigung mit Rußland suchen müssen und uns um seine Freundschaft mit unseren Rivalen um die Wette bemühen, wenn auch zu Eurem größten Schaden. Alles hängt von Eurem raschen Entschluß ab, denn bald könnte es für eine Entscheidung zu spät sein" [222]).

Die Deputation für Auswärtige Angelegenheiten forderte nun ihrerseits die Abschaffung des Danziger Stapelrechtes, falls die Stadt an Preußen kommen würde, und ein Verzicht auf Thorn sollte gar nicht in Frage kommen [223]). Friedrich Wilhelm erklärte sich bereit, die freie Ein- und Ausfuhr aller Waren durch den Danziger Hafen zu gestatten, den Fordoner Zoll von 12% auf 4% herabzusetzen und einen neuen Zolltarif mit Polen zu vereinbaren. Der Stadt Danzig aber mußte dabei das Stapelrecht erhalten bleiben, damit sie nicht zu einer englisch-polnischen Faktorei gemacht würde. Friedrich Wilhelm bestand ferner darauf, mit demselben Rechte wie Danzig auch Thorn seinem Staate einzuverleiben. Auch diese Stadt liege in Preußen und Polen habe von ihr keinen Nutzen. Dafür war er gern bereit, an Polen ein Stück Land am Goplosee, sowie Tauroggen und Sereje, die den Hohenzollern als Hausbesitz zugefallen waren und ihnen jährlich 2000 Taler einbrachten, abzutreten [224]). Unter anderen Bedingungen wollte er lieber gegenwärtig auf Danzig verzichten. Noch einmal war es die Sprache Hertzbergs, in der die betreffende Depesche an Golz, den preußischen Legationssekretär in Warschau, abgefaßt worden war.

Um den Handelsvertrag mit Preußen allen Schwierigkeiten zum Trotz zustandezubringen, stellten nun einige polnische Regierungsmitglieder [225]) und der englische und holländische Gesandte in Warschau Golz vor, es sei an der Zeit, die Danziger Angelegenheiten zu einem Ende zu bringen, da man jetzt

[220]) Am 8. 1. 1791, zitiert bei Hermann: a. a. O., S. 333.
[221]) Kalinka: a. a. O., S. 272.
[222]) Kalinka: a. a. O. S. 272.
[223]) Ebenda S. 275/276.
[224]) Ebenda. S. 276 nach Ministerialreskript an Golz 4. 2. 1791.
[225]) Damus ist daher im Unrecht, wenn er sich auf einen Bericht Kahlens stützend schreibt (a. a. O. S. 153), daß der Antrag des englischen Gesandten im März „sowohl in der Deputation wie auch im Reichstag" eine entschiedene Ablehnung erfuhr. Kahlen mag darüber von polnischer Seite schlecht unterrichtet worden sein.

noch der Mehrheit im Reichstag sicher sei; schiebe man sie aber noch länger auf, so würden die Polen glauben, Preußen wolle ihnen mit Hilfe fremder Mächte Danzig entreißen [226]). Und ein geschicktes Mittel, um die Reichstagsopposition zu brechen, war inzwischen von der Deputation für auswärtige Angelegenheiten angewandt worden. Franz Potocki, der polnische Gesandte in Konstantinopel, hatte im Februar 1791 dem preußischen Gesandten in Konstantinopel vorgeschlagen, die Pforte zu verpflichten, in dem geplanten polnisch-türkischen Allianztraktat die Abtretung von Danzig und Thorn an Preußen zu fordern gegen Gewährung von Handelsvorteilen an Polen auf dem Schwarzen Meere [227]).

Das Scheitern der englisch-polnischen Verhandlungen. — Der 3. Mai 1791 — Englands Rückzug im Osten.

Anfang März 1791 berichtete Wojna, der polnische Gesandte in Wien, seiner Regierung, Jacobi habe dem Wiener Ministerium mitgeteilt, daß der König von Preußen bereit sei, österreichische Erwerbungen in Polen zuzulassen, wenn der Kaiser den König von Preußen nicht hindern würde, Danzig und Thorn zu erwerben. Nach den vorangehenden Ausführungen ist es nicht möglich, daß Friedrich Wilhelm oder Hertzberg ein solches Anerbieten in Wien hatte machen lassen. Auch waren die bereits oben behandelten Unterredungen Bischoffwerders in Wien weder in jenem Wortlaut noch Sinne gehalten. Als Bischoffwerder auf eine österreichische Entschädigung für die beabsichtigte preußische Erwerbung hingewiesen hatte, war von türkischen Gebieten die Rede gewesen. Jene Mitteilung Wojnas war also nichts weiter als eine Erfindung, die ihren Urheber in Kaunitz gehabt haben wird [228]). Da gerade jetzt wider den Willen des Kanzlers eine österreichisch-preußische Verständigung angebahnt wurde, versuchte er diese mit allen Mitteln zu verhindern. Natürlich ließ er die Mitteilungen auch nach Petersburg machen, um auch von dieser Seite in Warschau unterstützt zu werden. Golizin, der russische Gesandte in Wien, zweifelte nicht daran, daß jenes Gerücht völlig erfunden war, doch er dachte nicht daran, es zu dementieren, da es ihm als geeignetes Mittel erschien, um in Polen Mißtrauen gegen Preußen zu säen [229]). Die Entfremdung Polens von seinen Alliierten war ja das Ziel der polnischen Politik Rußlands. „Mir scheint", schrieb Ostermann an Golizin, „daß unser Interesse es verlangt, die Polen hinsichtlich dieses falschen Berichtes in ihren jetzigen falschen Vermutungen zu lassen, damit sie einen Abscheu bekommen vor dem Wohlwollen und den guten Absichten des preußischen und englischen Hofes" [230]). Mitte März instruierte dann Kaunitz den Gesandten in Petersburg, Ludwig Cobenzl, Rußland und Österreich müßten dem Berliner Hofe die gleiche Abneigung zeigen, mit ihm separat über Gegenstände zu verhandeln, die sie gleichmäßig interessierten, insbesondere hätten sie dahin zu wirken, daß dem Könige

[226]) G. St. A. Hertzberg an Laspeyres 21. 3. 1790.
[227]) G. St. Hertzberg an den König 20. 3. 1791.
[228]) Dieses ist auch die Annahme Kalinkas.
[229]) Golizin an Ostermann 26. 3. 1791 bei Dembinski Nr. 451.
[230]) Ostermann an Golizin zum Berichte Golizins vom 26. 3. 1791 bei Dembinski Nr. 452.

von Preußen nicht die Städte Danzig und Thorn zufielen, während Österreich ohne Entschädigung bliebe [231]).

Die polnischen Regierungsmitglieder und alle verständigen wirklichen Patrioten glaubten an die Wahrheit der Mitteilungen ihres Gesandten in Wien nicht [232]), doch konnten sie den Bericht Wojnas dem Reichstag nicht verheimlichen, wo er seine Wirkung nicht verfehlte und das bestehende Mißtrauen gegen Preußen steigerte, obgleich Friedrich Wilhelm versicherte, daß kein wahres Wort darin sei. In seiner passiven Haltung, die Friedrich Wilhelm den Commerzverhandlungen mit Polen gegenüber einnahm, wurde er durch die Wirkung, die die Mitteilungen aus Wien in Polen ausgeübt hatten, jetzt noch bestärkt [233]).

Nach dem Bekanntwerden jenes Berichtes über eine angeblich beabsichtigte erneute Teilung Polen wuchs die Opposition im Reichstag natürlich auch gegen Hailes, und schließlich traten daher die Minister für eine Vertagung der Commerzverhandlungen ein, um sie zu gegebener Zeit fortzusetzen. Als Hailes dennoch einen endgültigen Entschluß von ihnen verlangte, unterbreiteten sie die ganze Angelegenheit dem Reichstag. Noch einmal warnten Ignaz Potocki und Matuszewic, Anhänger der preußischen Partei, die Reichstagsmitglieder davor, die Mächte, die jetzt bereit waren, für Polen einzutreten, abzustoßen. Verzichte die Republik jetzt nicht auf Danzig und Thorn, so werde sie den Nutzen des Bündnisses mit Preußen aufgeben müssen [234]). Auch der König wies eindringlich auf die Vorteile eines freien Handelsverkehrs mit England hin. Starr aber hielt die Mehrzahl der Abgeordneten an jenem Grundgesetz vom 6. September 1790 fest und lehnte den Verzicht auf die Schutzherrschaft über Danzig ab. In der außerordentlich erregten Sitzung vom 1. April setzten sich Ignaz Potocki und mehrere Abgeordnete für den Plan des Landboten Matuszewic ein, der nunmehr darauf hinauslief, die Verhandlungen mit England fortzusetzen, die Stadt Danzig aber des polnischen Schutzes zu versichern. Als schließlich der Landbote von Podolien, Zajonczek, erklärte, die Opposition gegen die Ansicht der Mehrzahl in der Deputation komme lediglich von Seiten der russischen Kabalen, gingen mehrere Landboten mit gezogenem Säbel auf Zajonczek los [235]). Die preußenfreundliche Partei wurde dadurch mutlos. Dennoch kam wenigstens der Beschluß zustande, Hailes mitzuteilen, über Danzig sei noch nichts beschlossen, die Fortsetzung der Commerzverhandlungen sei aber gebilligt. Einige Tage darauf wurde auf Wunsch des Reichstages der Stadt Danzig durch den Krongroßkanzler Malachowski der weitere Schutz der Republik zugesichert. Auch durch die geplante neue Verfassung, nach der die polnischen Städte das Recht erhalten sollten, Abgeordnete zum Reichstag zu senden, gedachte man Danzig enger mit Polen zu verbinden. Der Danziger Resident versuchte natürlich, indem er sich mit den maßgebenden Persönlichkeiten in Verbindung setzte, eine Erwähnung Danzigs im Zusammenhang mit den anderen polnischen Städten zu vereiteln. Es gelang ihm zwar

[231]) Sšolovjov: a. a. O., S. 223.
[232]) Bonneau an Montmorin 16. 3. 1791 b. Dembinski Nr. 516.
[233]) Vgl. Kalinka a. a. O. S. 278 ff.
[234]) Kalinka: a. a. O. Bd. 2, S. 284.
[235]) D. St. A. Kahlen 7. 4. 1791 — vgl. auch Kalinka: S. 284/286

zu verhindern, daß die Stadt in dem Städteprojekt den Städten Polens gleichgesetzt wurde, aber es wurde am 18. April 1791 im Reichstag beschlossen, folgende Erklärungen nach Danzig abgehen zu lassen: „Und wenn unsere Städte Danzig und Thorn sich in der Notwendigkeit befinden werden, irgend etwas uns vorzutragen, so werden sie solches entweder durch ihren Sekretarium, vermittels einer dem Reichstagsmarschall überreichten Schrift, oder auch durch besondere Delegierte bewerkstelligen können, als welchen letzteren der Reichstagsmarschall die Befugnis zu sprechen und einen solchen mündlichen Vortrag zu tun, nicht wird abschlagen dürfen“ [236]). Die Bemühungen des englischen Gesandten in Warschau waren somit endgültig gescheitert. Noch einmal riet jetzt Hertzberg seinem König, direkt und offen mit den Polen zu verhandeln, ihnen die Interessen Preußens und Polens auseinanderzusetzen [237]). Aber die Ratschläge des Ministers hatten keine Wirkung mehr. Die preußische Gesandtschaft in Warschau ließ erklären, daß sie an den englischen Vorschlägen nicht beteiligt sei [238]). Von preußischer Seite wurde auf die Danziger Angelegenheit nicht mehr eingegangen. Man ließ den Dingen in Polen völlig freien Lauf, die preußische Politik hatte jetzt wichtigere Aufgaben zu lösen.

Das Scheitern der polnisch-englischen Commerzverhandlungen verfehlte nicht seine Wirkung auf die weitere Haltung Englands Rußland gegenüber, da ja die englische Politik zunächst durch Handelsinteressen geleitet wurde. Für die maßgebenden Kreise der City war die Aussicht auf ein Polengeschäft, das das für sie althergebrachte Rußlandgeschäft gegebenenfalls ersetzen sollte [239]), durch den polnischen Reichstag zunichte gemacht worden. Während Pitt es Anfang März 1791 erreicht hatte, daß sein Kabinett und selbst der König die Einwilligung zu einem Ultimatum an Rußland zwecks Annahme des preußisch-englischen Vermittlungsvorschlages gaben und sich auch im Parlament trotz der Opposition von Fox eine stattliche Mehrheit für die Regierung ergab — es war daraufhin bereits ein Expreßbote nach Berlin abgeschickt worden — kam der Premier am 31. März plötzlich zu dem Entschluß, den Rückzug anzutreten. Noch rechtzeitig traf in Berlin der zweite Expreßbote ein, der Jackson den Befehl brachte, eine Konvention mit Preußen bezüglich der Festsetzung der gegenseitigen Truppenstärke wie auch die Absendung des Ultimatums bis

---

[236]) D. St. A. Anl. zu Kahlen 18. 4. 1791 (Übersetzung des Residenten).

[237]) G. St. A. Hertzberg an den König 6. 4. 1791: „Après avoir fermé les rapports de ce soir le chasseur vient d'arriver de Varsovie et d'apporter la dépêche ci-point par laquelle V. M. daignera voir, que malgré toutes les éspérances du ministre anglais et de notre parti, la Diette n'a pas voulu prendre une resolution sur la cession de Dantzig, mais l'a renvoyée, ce qui vaut à un nouveau refus et à mon avis une nouvelle raison qu'il serait inutile de faire une Convention avec l'Angleterre sur la cession de Dantzig et le commerce de la Pologne. V. M. n'y parviendra jamais qu'en traitant directement avec les Polonais en leur exposant franchement, ce qu'on peut faire pour eux et quel est le véritable intérêt de part et d'autre, ce qui est ignoré jusqu'ici tant par les Polonais que par les Anglais...“

[238]) Damus: a. a. O. S. 154 nach Kahlen 25. 4. 1791. Wenn Damus geschrieben hat, daß der preußische Gesandte es leugnete, irgendwelchen Anteil an den englischen Vorschlägen zu haben, so ist dieses unrichtig. Nach den obigen Ausführungen war die Haltung der preußischen Regierung tatsächlich passiv.

[239]) Gerhard: a. a. O. S. 354.

auf weiteres aufzuschieben[240]). Zehn Tage später beschloß das englische Kabinett, einen Vergleich zwischen Rußland und der Pforte auf Grund des modifizierten Status quo herbeizuführen.

Wider Erwarten verhielt man sich in Berlin nicht ablehnend der Schwenkung der englischen Politik und den neuen englischen Vorschlägen gegenüber. Einige Tage vorher hatte Bischoffwerder eine Unterredung mit Alopeus gehabt. Ihm war von dem russischen Botschafter der Inhalt einer Depesche Ostermanns eröffnet worden, nach der die Zarin einem Bündnisvertrag mit Preußen nach Abschluß des Friedens mit der Pforte nicht abgeneigt war: In einem geheimen Abkommen sollten sich zunächst Preußen und Rußland verpflichten, nach Beendigung des russisch-türkischen Krieges das ehemalige freundschaftliche Verhältnis, wie es bis zum Jahre 1788 bestanden hatte, zu erneuern. Dafür hatte Friedrich Wilhelm zu versprechen, daß er sich einem Frieden Rußlands mit der Pforte auf Grund der Abtretung Oczakows mit den Ländereien bis zum Dniestr nicht widersetzen, sondern die Pforte zur Annahme dieser Friedensbedingungen zu bewegen versuchen werde[241]). Bischoffwerder bedauerte lebhaft, daß er nicht zehn Tage früher davon in Kenntnis gesetzt worden sei. Dann aber hatte er gesagt: „Unverzüglich werde ich nach Potsdam zurückkehren. Wird es auch etwas spät sein, um den König aufzusuchen, so macht das nichts; noch heute abend werde ich ihn von allem in Kenntnis setzen. Der englische Kurier, der die Erklärung nach Petersburg bringt, geht morgen ab. Was ist zu tun, wenn es nicht möglich ist, ihn zurückzuhalten? Schicken Sie bitte morgen eine Stafette ab, um Ihren Hof zu veranlassen, keinen tatkräftigen Entschluß zu fassen und unsere Erklärungen nicht zu beantworten, bevor Sie nicht einen zweiten Bericht gemacht haben“[242]). — Ja, Bischoffwerder ging sogar soweit, Alopeus gegenüber zu erklären, daß Anfang des Monats März die Depesche nach London (vom 11. 3.) nicht abgegangen wäre, wenn er nicht abwesend gewesen wäre[243]). Man habe sie einige Tage vor seiner Rückkehr abgeschickt, was allerdings den Tatsachen keineswegs entsprach. Der englische Kurier ging nicht nach Petersburg, da inzwischen Jackson den Gegenbefehl von seiner Regierung erhalten hatte. Auf den Einfluß Bischoffwerders, der noch an dem selben Abend nach der Unterredung mit Alopeus eine Besprechung mit dem König gehabt zu haben scheint, kann es zurückgeführt werden, daß die plötzliche Änderung der englischen Politik keine unfreundliche Beurteilung durch Friedrich Wilhelm erfuhr.

Niederschlagend aber wirkte die Nachricht von jenem Rückzuge Pitts in Warschau[244]). Eine neue Teilung Polens drohte, wenn sich Rußland, Preußen und Österreich verständigten. Nicht unberechtigt war die Furcht der Polen vor Rußland, da in Petersburg Potemkin sich lebhaft erneut für den Gedanken eingesetzt hatte, durch die Teilung Polens einen Krieg mit Preußen zu ver-

---

240) Vgl. Gerhard: a. a. O. S. 365.

241) Ostermann an Alopeus 14. 4. 1791. Veröffentlicht b. Lord a. a. O. Anhang V. S. 519 — Dembinski (vgl. a. a. O. S. 121, Anm. 1) hatte diese Depesche noch nicht gefunden.

242) Alopeus an Ostermann 8. 4. 1791 b. Dembinski Nr. 99.

243) Alopeus an Ostermann 13. 4. 1791 b. Dembinski Nr. 102.

244) Vgl. Herrmann: a. a. O. 344.

meiden[245]). Plötzlich kamen im April zwei Kuriere der polnischen Gesandten in Petersburg und Wien nach Warschau mit der Meldung, daß die beiden kaiserlichen Höfe dem Berliner Hofe eine neue Teilung Polens vorgeschlagen hätten auf der Basis, daß Preußen Danzig, Thorn, einen Teil von Großpolen und die Küste von Samogitien erhalten, Rußland dagegen seine Eroberungen an türkischem Gebiete bis zum Dniestr behalten sollte, wozu der polnische Teil der Ukraine hinzugefügt werden würde; der Kaiser würde dafür durch Belgrad und die Moldau und Walachei entschädigt werden[246]). Und diese Nachrichten, wie der Rückzug Englands und ein gleichzeitiger Verrat der geplanten polnischen Verfassungsänderungen gaben die Veranlassung zu der schnellen Ausführung des Staatsstreiches vom 3. Mai 1791.

Zu Beginn jener denkwürdigen Reichstagssitzung am 3. Mai wurden die Berichte verschiedener polnischer Gesandten vorgelesen. Zunächst jener bekannte Bericht Wojnas, dann eine Warnung des polnischen Gesandten in Paris, eine neue Teilung sei im Gange, selbst aus dem Haag wurde berichtet, der Berliner Hof habe die Zarin um ihre Einwilligung zur Besitznahme von Danzig und Thorn gebeten. Aus Berlin riet Jablonowski zur schnellen Annahme einer neuen Regierungsform, da dadurch Polen großes Ansehen erlangen könnte. Endlich machte Deboli aus Petersburg darauf aufmerksam, wie wenig man Rußland trauen könne, das sehr feindliche Absichten gegen Polen hege[247]). Durch jene Berichte, die nach der Ansicht Kahlens zum Teil auf Veranlassung der polnischen Regierung selbst geschrieben worden waren, wurde endlich die Majorität des Reichstages trotz starker Opposition bewogen, die neue Verfassung anzunehmen. Durch sie sollten die Mißstände, die zur Schwächung des polnischen Staates beigetragen hatten, wie die Königswahl, das liberum veto und die Bildung von Konföderationen beseitigt werden, die Regierung durch Erweiterung der königlichen Machtbefugnisse gestärkt, und der zwischen Adel und Bürgertum bestehende Gegensatz ausgeglichen werden. Das Heer, das bereits durch den Reichstagsbeschluß vom 20. Oktober 1788 von 18 000 auf 100 000 Mann vermehrt worden und einer von der Regierung unabhängigen Kriegskommission unterstellt worden war, sollte von jetzt an fortdauernd unmittelbar dem Könige unterstehen[248]).

Segensreich wären die Wirkungen jenes Staatsstreiches für Polen gewesen, wäre er zu jener Zeit ausgeführt worden, da Polen zu seinen Nachbarn oder wenigstens zu einem der Nachbarstaaten wirklich feste Beziehungen angebahnt hätte. Und gerade durch die Danziger Angelegenheit hätte Polen das mit Preußen eingegangene Bündnis festigen können. Der Reichstag aber hinderte die polnische Regierung an der Gestaltung eines durch nichts getrübten freundschaftlichen Verhältnisses zu dem Nachbarstaate, indem er es nicht zu-

[245]) Lobenzls Bericht vom 19. 4. 1791 zitiert b. Lord: a. a. O. S. 180. Lord stellt es als fast gewiß hin, daß beide kaiserlichen Höfe einer neuen Teilung Polens zugestimmt hätten, wenn sie gegenwärtig von Friedrich Wilhelm vorgeschlagen worden wäre. „Aber", schreibt Lord, „es war bedauerlich, daß Friedrich Wilhelm nicht in der Lage und in der Tat nicht in der Stimmung war, irgendeinen solchen Vorschlag zu machen." (S. 182.)

[246]) Vgl. Bonneau an Montmorin 30. 4. 1791 b. Dembinski Nr. 525.

[247]) D. St. A. Kahlen d. 4. 5. 1791.

[248]) Vgl. Kalinka Bd. 2, S. 750.

ließ, daß sie auf eine Stadt verzichtete, die Polen nicht gehörte. Und Polen stand jetzt isoliert da, zu einer Zeit, da es sich eine neue Verfassung gegeben hatte, die Rußland aufs Äußerste zuwider war und da es durch den Plan zu einer neuen Teilung von jener Seite her bedroht wurde.

Bis zu dem für Polen unheilvollen Frühjahr des Jahre 1793 wird Danzig in der diplomatischen Korrespondenz der europäischen Staaten kaum mehr erwähnt. Polen hatte die Möglichkeit, mit Hilfe der Danziger Frage seine außenpolitische Stellung selbst zu ordnen und zu festigen, durch eigene Schuld vorübergehen lassen. Sein Bestehen hing jetzt nur noch von der Entwicklung der Beziehungen zwischen seinen Nachbarn ab.

III.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Preußen, Österreich und Rußland 1791/92. — Die zweite Teilung Polens

Am Tage vor der Sitzung des 3. Mai hatte der polnische Reichstag selbst sich an das Gesetz gebunden, keinen Teil der Republik loszureißen oder abzutreten, was bisher nur der Regierung untersagt worden war. Nach den Denkwürdigkeiten Oginskis kam dieses Gesetz um so leichter zustande, „als die ganze Oppositionspartei hierbei mit Vergnügen voraussah, daß Preußen durch diese Maßregel, die alle weiteren Verhandlungen über Danzig und Thorn abbrach, sich beleidigt fühlen würde“ [249]). Diesen Beschluß des Reichstages betrachtete Oginski als übereilt, „da man mit einem Federzuge sich hier aller Hoffnungen beraubte, Rußland mit Preußens Hilfe widerstehen zu können.“

Obwohl zwar Friedrich Wilhelm Anfang April durch Bischoffwerder für die Anbahnung von freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland bestimmt worden war, hatte er den Gedanken, Rußland zur Annahme der preußischen Vermittlungsvorschläge zu bestimmen, nicht aufgegeben, insbesondere da Ewart nunmehr durch Finckenstein und Schulenburg, der jetzt ebenfalls mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Preußens betraut wurde, um später an die Stelle von Hertzberg zu kommen, Friedrich Wilhelm für den Plan zu gewinnen suchte, Österreich eine Defensivallianz mit der Triple-Allianz vorzuschlagen, unter der Bedingung, daß es in Petersburg die Vermittlungsvorschläge der Alliierten unterstütze und selbst die Friedensverhandlungen in Sistowa mit dem Ergebnis des Status quo strikte beendige [250]). Wieder bestand Friedrich Wilhelm auf der Sendung einer englischen Flotte in die Ostsee, die den Friedensvorschlägen den nötigen Nachdruck verleihen sollte. Wieder wurde seine Forderung von England abgelehnt. Engere Beziehungen zu Österreich wurden daher für Preußen um so notwendiger.

Die zweite Sendung Bischoffwerders zum Kaiser trug noch einen antirussischen Charakter. Die Vorschläge, die Bischoffwerder am 11. Juni 1791 dem Kaiser in Mailand machte, liefen auf die Erhaltung und Sicherung der Pforte und Polens gegenüber Rußland hinaus. Zusammen mit Preußen und

[249]) Oginski: a. a. O. S. 79.
[250]) G. St. A. R. 96, 147 F Kabinettsminister an den König 3. 5. 1791.

England sollte der Kaiser sich bemühen, den Kurfürsten von Sachsen zu veranlassen, die polnische Krone, die ihm von der polnischen Regierung für seine Tochter angeboten worden war, anzunehmen. Und eine andere Spitze gegen Rußland enthielt der achte Artikel der Instruktion Bischoffwerders, der die Wichtigkeit hervorhob, Rußlands Teilnahme an den gegenwärtigen Friedensverhandlungen zu Sistowa zu verhindern[251]). Der Vorschlag Bischoffwerders bezüglich Polens entsprach durchaus der Meinung der österreichischen Regierung. Am Wiener Hofe wurde der Staatsstreich vom 3. Mai gelobt, und besonders Kaunitz war zufrieden, da er in der neuen polnischen Verfassung ein gegen die preußischen Interessen gerichtetes Werk sah. Aber eine völlige Abkehr von dem Bundesgenossen seines Landes, Rußland, und eine Erstarkung Polens allein unter preußischem Schutz, lag nicht in der Absicht des Kaisers, und es kam Leopold hierbei zustatten, daß er mit Bischoffwerder zu verhandeln hatte, der, wie es sich bereits bei seiner ersten Sendung nach Wien gezeigt hatte, unter dem Einfluß von Alopeus seine eigene Politik trieb[252]). Die Präliminarien zu einer preußisch-österreichischen Defensiv-Allianz gegen revolutionäre Umtriebe in Europa, die am 25. Mai 1791 in Wien unterzeichnet wurden, fielen daher im Sinne der Politik Leopolds aus. Durch die Artikel, die Polen betrafen, wurde Rußland keineswegs von der Regelung der polnischen Frage ausgeschlossen. Man verpflichtete sich zwar, nichts gegen die Integrität und die freie Verfassung Polens zu unternehmen, doch wurde eine gemeinschaftliche Beratung mit Rußland über die polnischen Angelegenheiten zugelassen[253]). Während Friedrich Wilhelm anscheinend zufrieden mit den Wiener Präliminarien war, war Schulenburg jenen Abmachungen gegenüber sehr mißtrauisch. Zu Ewart sagte er, der Kaiser würde ein Vorschreiten Rußlands nicht aufhalten können und daher mit Rußland sich zu einem Teilungsplan verbinden müssen, von dem sich auch Preußen würde nicht ausschließen können, da es dessen Ausführung nicht werde verhindern können[254]).

---

[251]) Ausführlich b. Herrmann: die österreichisch-preußische Allianz vom 7. Februar 1792 und die zweite Teilung Polens, S. 23/24, Lord a. a. O. S. 210.

[252]) Daß eine Unterhandlung mit Bischoffwerder für Leopold ein günstiger Umstand war, hat Herrmann schon deutlich erkannt (die österreichisch-preußische Allianz usw. a. a. O. S. 22). Lord führt die Nachgiebigkeit Bischoffwerders auf die schmeichelhafte Aufnahme, die ihm von der österreichischen Regierung bereitet wurde, zurück (a. a. O. S. 211).

[253]) Vgl. Herrmann a. a. O. S. 34.
Herrmann hat in der Zulassung Rußlands zu den polnischen Angelegenheiten durch Leopold ein Reaktionsprinzip des Kaisers gegen die polnisch-französischen Revolutionsbestrebungen gesehen (a. a. O. S. 7). Sybel dagegen war der Meinung, daß Leopold eher ein Beschützer der polnischen Verfassung vom 3. Mai war, da es nur Österreich zugute kommen konnte, wenn Polen ein erbliches Königreich unter dem Österreich ergebenen sächsischen Hause war (Sybel: Kaiser Leopold der Zweite. H. Z. Bd. 10, S. 422). Sybel hat daher den Wortlaut der Präliminarien dahin ausgelegt, daß nicht nur Österreich und Preußen jeden Angriff gegen die polnische Verfassung unterlassen, sondern auch Rußland zu gleichem Verhalten auffordern sollten. Lord endlich schreibt jenen Artikel der Konvention vor allem der Furcht Österreichs zu, sich Rußland durch den Ausschluß von den polnischen Angelegenheiten zu entfremden (a. a. O. S. 213).

[254]) Ewart 4. 10. 1971 zitiert b. Herrmann die preußisch-österreichische Allianz usw. a. a. O. S. 36.

Natürlich wurde die russische Regierung nicht gerade angenehm berührt, durch die in der Wiener Konvention aufgestellte Bestimmung, daß die drei Nachbarstaaten Polens sich verpflichten sollten, sich nicht ohne gemeinsames Einverständnis in die polnischen Angelegenheiten zu mischen[255]). Dennoch beabsichtigte die Zarin, nicht zu früh gegen die Verfassung vom 3. Mai vorzugehen. Auch sie sah in dem Kurfürsten von Sachsen als Kandidaten für den polnischen Thron die Persönlichkeit, die am meisten den russischen und österreichischen Interessen entsprach. In einem Briefe an Potemkin aber, der drei Monate nach dem Staatsstreich vom 3. Mai geschrieben worden war[256]), hatte sich die Zarin bereits über ein russisches Vorgehen in Polen geäußert. Der Gedanke an die Bildung einer Gegenkonföderation der polnischen Unzufriedenen stand hierbei im Vordergrunde, und eine erneute Teilung Polens zwischen den drei Nachbarmächten wurde angedeutet. Nach der Beendigung des Türkenkrieges sollte gehandelt werden, doch so, daß die polnischen Unzufriedenen sich an Katharina um Schutz und Hilfe wandten. Vorher aber gedachte die Zarin sich mit dem Kaiser zu verständigen, um dann sofort mit energischen Mitteln in Polen eingreifen zu können. „Von der Situation," schrieb sie, „in der wir uns dem König von Preußen gegenüber befinden werden, wird unser Verhältnis zu ihm abhängen. Denn in diesem Falle gebietet die Vernunft notwendig, auf den Berliner Hof Rücksicht zu nehmen und denselben von einer uns feindlichen Teilnahme abzuziehen, wenigstens so lange, als sich unsere Partei an Menschen und Mitteln gekräftigt hat." Neben der Bildung einer freien Konföderation hielt es die Zarin für unbedingt notwendig, daß in Warschau Proteste gegen die Verfassung vom 3. Mai erhoben werden sollten unter der Betonung der russischen Garantie für die polnische Freiheit. „Da die freie Regierungsform der polnischen Republik und ihre Grundsätze vor allem durch unsere Garantie geschützt waren, so können sich die polnischen Patrioten anfangs unter unsere Protektion begeben und durch uns eine solche von unserem Verbündeten, dem Kaiser, erlangen[257])".

Durch die Vorgänge, die sich inzwischen in Frankreich abgespielt hatten, die Flucht und Gefangennahme des Königs, wurden der Kaiser und Friedrich Wilhelm zum gemeinsamen Handeln veranlaßt. Nachdem endlich nach langwierigen Verhandlungen am 5. August 1791 der Friede zwischen dem Kaiser und der Pforte auf Grund des Status quo, mit der einzigen Ausnahme, daß Österreich Orsowa gewann, zu Sistowa unterzeichnet worden war, dachte Leopold an militärische Demonstrationen zu Gunsten Ludwig XVI. gegen die französische Revolution; einen Krieg gegen Frankreich wollte er vorläufig vermeiden. In diesem Sinne war auch die Deklaration, die Ende August von Leopold und Friedrich Wilhelm zu Pillnitz unterzeichnet wurde, gehalten,

---

[255]) Sbornik Bd. 29, S. 63, Bezborodko an Potemkin 2. 9. 1791: ...es ist schade, daß man hier einen Artikel über Polen hereingebracht hat, in dem man im voraus sagt, daß in die polnischen Angelegenheiten alle drei benachbarten Staaten ohne gemeinsames Einverständnis sich nicht mischen sollen. Man hätte diesen Artikel zunächst, ohne ihn hereinschreiben, unserer Beurteilung vorlegen sollen... (aus dem Russischen übersetzt).

[256]) Ibid. Katharina an Potemkin 29. 7. 1791.

[257]) Katharina an Potemkin 29. 7. 1791 (zitiert b. Liske): „Zur polnischen Politik Katharinas II." in Hist. Zeitschr. Bd. 30.

nach der zunächst alle europäischen Mächte zur Mitwirkung gegen die französische Revolution eingeladen werden sollten, bevor man ernstlich gegen Frankreich vorging[258]). Und was Polen anbetraf, kamen die beiden Monarchen nochmals überein, den Kurfürsten von Sachsen zur Annahme der polnischen Krone zu bewegen.

Mit großem Eifer setzte sich darauf die Zarin beim Kaiser und durch Alopeus bei Friedrich Wilhelm für ein militärisches Eingreifen in Frankreich ein, um durch einen preußisch-österreichischen Krieg gegen Frankreich freie Hand in Polen zu bekommen[259]). Denn jetzt, nachdem am 11. August 1791 die Friedenspräliminarien zwischen Rußland und der Pforte zu Galaz unterzeichnet worden waren, konnte Katharina mit Nachdruck sich der polnischen Frage widmen. Der Widerstand, den Österreich ihren Bestrebungen in Polen entgegenzusetzen drohte, wurde dadurch beseitigt, daß die Zarin nunmehr eine freundliche Haltung gegenüber Preußen einnahm und in Wien die Furcht vor einer russisch-preußischen Annäherung mit Ausschluß Österreichs zu erwecken verstand[260]). Im Dezember 1791 ließ die österreichische Regierung in Petersburg erklären, daß die Wiederherstellung der alten polnischen Verfassung, die auch von Österreich garantiert worden sei, nicht behindert werden würde[261]). Und als am 7. Februar 1792 die Unterzeichnung des preußisch-österreichischen Defensivvertrages erfolgte, war darin von einer Garantie der polnischen Verfassung nicht mehr die Rede, lediglich in einem Artikel wurde festgesetzt, daß Österreich und Preußen nichts unternehmen würden, was der Aufrechterhaltung einer freien Verfassung in Polen widerspreche[262]).

Nachdem bereits in den ersten Tagen des Februar 1792 Goltz in Petersburg erfahren hatte, daß die Zarin beabsichtigte, Polen besetzen zu lassen, und, falls Österreich und Preußen sich widersetzen würden, sie ihnen entweder eine Entschädigung oder eine Teilung der Republik vorschlagen würde, eröffnete am 28. Februar Ostermann dem preußischen Gesandten, die Zarin wünsche mit dem König von Preußen und dem Kaiser übereinzukommen „in Bezug auf den Grad von Konsistenz, welcher dem Königreich Polen zu bewilligen sei“[262a]). Schon des öfteren hatte ja Potemkin an eine erneute Teilung Polens gedacht. Jetzt nach seinem Tode war es Bezborodko, der der Zarin zu einem solchen Schritte riet. Er stellte Katharina vor, daß die Bestrebungen Preußens, Danzig und Thorn zu gewinnen, zwar gefährlich seien, doch könne die Zarin ihre Ziele in Polen durch ein Übereinkommen der drei Nachbarmächte zu einer Teilung Polens auf der Basis der vollkommenen Gleichheit erreichen[263]). Er versuchte dabei die Zarin von der Notwendigkeit zu überzeugen, für Ruß-

---

[258]) Sybel: „Geschichte der Revolutionszeit“, Bd. 3, S. 280. Vgl. Heidrich: „Preußen im Kampfe gegen die französische Revolution bis zur zweiten Teilung Polens“, S. 23/24.

[259]) Vgl. Sybel: a. a. O. Bd. 2, S. 278/79.

[260]) Vgl. Lord: a. a. O. S. 221.

[261]) Herrmann: „Die preußisch-österreichische Allianz usw.“ a. a. O. S. 45.

[262]) Vgl. Lord: a. a. O. S. 236.

[262a]) Herrmann: „Die preußisch-österreichische Allianz usw.“ a. a. O. S. 52/53. — Vgl. Lord: a. a. O. S. 237.

[263]) Vgl. Lord: S. 252.

land die Ukraine und andere polnische Gebiete zu erwerben[264]). Friedrich Wilhelm aber ließ sich vorläufig durch die russischen Eröffnungen nicht bewegen, seine passive Haltung aufzugeben; unbestimmt war die Antwort gehalten, die er darauf geben ließ[265]).

Die Pläne der Zarin schienen endlich nun auch in Warschau bekannt geworden zu sein. Jetzt schlugen die Anhänger der neuen Verfassung den Verzicht auf Danzig und Thorn vor, um Polen die Hilfe Friedrich Wilhelms gegen Rußland zu sichern. Sofort aber setzten Hetzreden der Anhänger Rußlands gegen Preußen ein. Wieder wurde mit einer ebenso eifrigen Propaganda wie seinerzeit gegen den Vorschlag Hailes gearbeitet. Es erschienen anonyme Druckschriften, in denen dargestellt wurde, daß Preußen durch Vernachlässigung der Schleusen an der Montauer Spitze die Weichsel von Danzig durch die Nogat nach Elbing ableiten könne[266]). Und schon hieß es in Warschau, Preußen zerstöre die Werke an der Montauer Spitze[267]), was den Tatsachen keineswegs entsprach. Gerade im Gegenteil konnte Durno, der jene Angelegenheit nachprüfte, feststellen, daß die preußische Regierung eine Kommission eingesetzt hatte, die die alten Werke prüfen sollte, damit diese eventl. durch neue ersetzt würden, um die eignen Ländereien vor einer Überschwemmung zu schützen[268]). Durch jene Gerüchte beunruhigt, wandten sich einige führende Mitglieder des Warschauer Bürgertums an den Danziger Residenten und ließen durch ihn dem Danziger Rate nahelegen, doch endlich von dem Recht Gebrauch zu machen, Deputierte zum Reichstag zu senden, um bei dieser Gelegenheit „eine ganz innige und genaue Verbindung mit der Stadt Danzig verabreden zu können." „Wenn der Königlich-Preußische Hof", sagte der Präsident von Alt-Warschau zu Kahlen, „erst die Verbindung der Stadt Danzig mit dem ganzen so zahlreichen Bürgertum in Polen gesehen haben würde, er alsdann auch gegen eine solche erfolgte ziemlich bedeutende Vereinigung sich werde nachgebender bezeugen wollen[269])". Eine solche Verbindung mit den polnischen Städten war aber keineswegs im Interesse Danzigs, und der Rat ließ daher sich nicht bewegen, eine Abordnung nach Warschau zu schicken.

Während also die Warschauer Kaufmannschaft aus eigennützigen Gründen gegen die Abtretung von Danzig arbeitete, erachteten einige Regierungsmitglieder und die Landboten, die sich für die Schaffung der neuen Verfassung eingesetzt hatten, es von Tag zu Tag für notwendiger, um jeden Preis ihr Werk und ihr Land vor Rußland zu schützen. Zu Anfang des Jahres 1792 brachte Stanislaus August selbst Lucchesini gegenüber die in Vergessenheit geratenen polnisch-preußischen Handelsfragen zur Sprache. Er fragte den Gesandten, „ob man in Berlin noch eine verborgene Hoffnung hege, Danzig zu erwerben" oder ob es noch ein anderes Kompensationsmittel für eine Herabsetzung der Zölle gebe[270]) Als Lucchesini davon Mitteilung nach Berlin

---

[264]) ebenda S. 278.
[265]) Herrmann: s. oben S. 55.
[266]) Nach Bericht Durnos, Anlage zum Bericht Kahlens v. 19. 9. 1791. D. St. A.
[267]) D. St. A. Kahlen d. 19. 9. 1791.
[268]) Bericht Durnos (s. oben).
[269]) D. St. A. Kahlen d. 22. 9. 1791.
[270]) G. St. A. R. 9. 27 Lucchesini an Friedrich Wilhelm 7. 1. 1792.

machte, lehnte die preußische Regierung es ab, auf die Verhandlungen mit Polen einzugehen. In der Depesche vom 17. Februar 1792 schrieb der König an Lucchesini[271]): „Sie können hinzufügen, wenn ein Handelsabkommen mit Polen nicht weiter fortgeschritten ist, so ist es der alleinige Fehler der Republik, die jedes Mal unannehmbare Bedingungen in den Vordergrund gestellt hat, indem sie alles für sich wollte und nichts zuzugestehen gedachte. Bei einer neuen Verhandlung über jene Frage wird die Republik ebenso einseitig sein."

Es war natürlich ein trauriges Zeichen, daß die polnische Regierung sich nicht imstande fühlte, allein die neue Verfassung zu verteidigen. Wie aber sah es in der Vertretung der Stände Polens aus? Konnte die Regierung sich darauf verlassen, daß wenigstens die Mehrzahl der Landboten gewillt waren, bis zum Äußersten für die Verfassung einzutreten? Lassen wir hier wieder den Danziger Residenten sprechen: einige Monate nach dem gefeierten 3. Mai hatte Stanislaus August in der Reichstagssitzung vom 15. September versichert, er sei bereit, die neue Verfassung, die er beschworen habe, bis auf den letzten Blutstropfen zu verteidigen. Er hatte darauf den ganzen Reichstag aufgefordert, seinerseits durch ein lautes Zgoda! seine Beistimmung zu geben. Aber es sollen, wie Kahlen berichtete, nur wenige Landboten, sondern größtenteils Zuschauer, die gar kein Recht dazu hatten, Zgoda! gerufen haben[272]). Und über den im Februar 1792 in Warschau abgehaltenen Landtag des polnischen Adels schrieb Kahlen: „Vor dem Schluß desselben wurde angetragen, daß der sämtlich auf demselben versammelte Adel die Konstitution vom 3. Mai vorigen Jahres feierlich beschwören möchte. Dieser geschehene Antrag aber wurde von ungefähr drei Viertel des versammelten Adels laut und völlig verworfen, wobei zugleich dem Landboten von Warschau, Szamocki, da derselbe öffentlich bekannt machte, wie er zu seiner Zeit nebst mehreren anderen Landboten eine förmliche Manifestation in dem Grod gegen die gedachte Konstitution vom 3. Mai eingelegt habe, ein lautes Vivat! zugerufen wurde . . ."[273]). Der Boden für die von Katharina geplante Gegenkonföderation war somit äußerst fruchtbar.

Mitte April setzte der Kron-Unterkanzler Kollątay dem Danziger Residenten offen auseinander, wie es für Polen das Beste sei, sich der beiden Städte Danzig und Thorn zu entledigen. Häufig hörte man in Warschau, daß „die Stadt Danzig überhaupt der Republik ganz abgeneigt sei", und zwar deswegen, weil sie nicht den Gesetzen der Republik gehorchen, und nicht gleiche Abgaben an die Republik erledigen, wie auch die polnischen Produkte nicht hoch genug bezahlen wolle[274]). Endlich wurde bei dem Abbé Piattoli, dem Vertrauten des Königs, in einer langen geheimen Konferenz von den Landboten beschlossen, dem König von Preußen Danzig und Thorn unter der Bedingung abzutreten, daß derselbe der Republik Polen zwecks Einhaltung der Verfassung vom 3. Mai gegen alle etwaigen Angriffe Rußlands Hilfe leistete[275]). Gleichzeitig aber erfuhr Kahlen, daß der Kron-Großkanzler, der

---

271) G. St. A. A. R. 9. 27 Friedrich Wilhelm an Lucchesini 16. 1. 1792.
272) D. St. A. Kahlen d. 19. 9. 1791.
273) D. St. A. Kahlen d. 23. 2. 1792.
274) D. St. A. Kahlen d. 16. 4. 1792 zitiert auch bei Damus: a. a. O. S. 155.
275) D. St. A. Kahlen d. 16. 4. 1792.

Fürst-Primas, der Kron-Großmarschall und der russische Gesandte bereits anfingen, „Gegenminen anzulegen, damit der gedachte Vorschlag wieder scheitern möge," und daß auch bereits an verschiedenen Reden gearbeitet wurde, die über die Danziger Angelegenheit auf dem Reichstage gehalten werden sollten, und es erging vorläufig kein Danzig betreffender Vorschlag nach Berlin.

Bei der drohenden Gefahr eines russischen Einmarsches in Polen gelang es den Patrioten, im Reichstag einen Beschluß herbeizuführen, durch den der König eine fast diktatorische Gewalt bekam. Jetzt endlich sollte der Beschluß vom Oktober 1788, das Heer auf 100 000 Mann zu verstärken, in die Tat umgesetzt werden. Als Friedrich Wilhelm diese Verteidigungsmaßnahmen bekanntgemacht wurden, ließ er am 14. Mai 1792 durch Lucchesini erklären, er könne von jenen Anordnungen keine Kenntnis nehmen [276]). Bereits in einer Note vom 4. Mai hatte er den Polen zu verstehen gegeben, daß er sie nicht werde unterstützen können, falls sie die neue Verfassung mit den Waffen verteidigten [277]). In Petersburg waren inzwischen Vereinbarungen der Zarin mit den drei heftigsten Gegnern der neuen Verfassung, Felix Potocki, Branicki und Rzewuski, getroffen worden, und den Umtrieben dieser drei gelang es, am 14. Mai die Konföderation von Targowice zustande zu bringen, die das Schicksal Polens besiegeln sollte.

Jetzt kam Ignaz Potocki nach Berlin mit einem Schreiben von Stanislaus August, worin dieser Friedrich Wilhelm an sein Bündnis mit Polen erinnerte [278]). Offen setzte nun Friedrich Wilhelm in seiner Antwort dem Könige von Polen auseinander, daß die politische Lage seit dem Abschluß des Bündnisses sich geändert habe, vor allem aber seien die durch die Verfassung vom 3. Mai hervorgebrachten Erscheinungen nicht anwendbar auf die in jenem Bündnis eingegangenen Verpflichtungen, nie sei es ihm eingefallen, die neue Verfassung, die ohne sein Wissen und seine Teilnahme entstanden war, zu unterstützen [279]).

---

[276]) Oginski: a. a. O. S. 121/122.

[277]) Vgl. Herrmann: „Die preußisch-österreichische Allianz usw." a. a. O. S. 80.

[278]) G. St. A. R. 96, 147 G. Stanislaus an Friedrich Wilhelm 31. 5. 1792. — Oginski S. 123/124. Damus, der sich auf einen Bericht Kahlens vom 31. 5. 1792 stützte, schreibt (a. a. O. S. 156), daß Ignaz Potocki zugleich Danzig und Thorn angeboten habe. Davon steht allerdings weder etwas in den Kabinettsberichten noch in einer Darstellung Oginskis. Es bleibt daher ungewiß, ob es sich hierbei nur um eine Vermutung Kahlens handelte, dem Ignaz Potocki als Verteidiger des Planes, Danzig und Thorn an Preußen abzutreten, bekannt war, oder ob Ignaz Potocki mündlich wirklich die beiden Städte angeboten hat, was von Schulenburg nicht weiter beachtet wurde.

[279]) Oginski: a. a. O. S. 125.
Da im Vertrage von 1790 Friedrich Wilhelm sich verpflichtet hatte, Polen militärische Hilfe zu leisten, falls sich eine fremde Macht in die inneren Angelegenheiten der Republik mischen würde, hat Lord versucht (a. a. O. S. 286), Preußen einer Vertragsverletzung zu beschuldigen. Jedoch er vergaß dabei, daß der zweite Artikel des preußisch-polnischen Defensivvertrages die Regelung einiger Streitpunkte, die vor dem Abschluß des Vertrages bezüglich der nicht abgerundeten Grenzen bestanden, betraf. Und diese Regelung war von polnischer Seite immer wieder aufgeschoben worden.

Kaum war die Bildung der Konföderation von Targowice zustande gekommen, als ihre Beschützerin, die Zarin, ihre Truppen in Polen einmarschieren ließ. Damit wurden ihre Pläne, die sie bereits ein Jahr früher Potemkin mitgeteilt hatte, Wirklichkeit. Der am 9. Januar 1792 zu Jassy erfolgte Abschluß ihres Friedens mit der Pforte auf Grund der von Preußen und England gebilligten Bedingungen und die Kriegserklärung Frankreichs an Österreich vom 20. April 1792 hatten die Ausführungen ihres Planes begünstigt. Wie tapfer die polnischen Soldaten und die Offiziere auch kämpften, dennoch mußten sie, gezwungen durch die Übermacht der Russen und auf Befehl ihres Königs, der mehr und mehr unter den Einfluß der Konföderierten geriet, sich zurückziehen[280]). Vergebens bemühten sich die Patrioten, den König zu bewegen, sich an die Spitze des polnischen Heeres zu stellen. Stanislaus August ließ sich durch die Briefe und Erklärungen der Zarin einschüchtern, schließlich gehorchte er Katharina, deren Günstling er einst war, und unterzeichnete die Konföderationsakte von Targowice, um, wie er sagte, Polen vor einer zweiten Teilung zu bewahren. Dem Heere befahl er, die Feindseligkeiten einzustellen und die Konföderation anzuerkennen, wodurch den Russen der Weg nach Warschau geöffnet wurde.

Die Tatsache, daß die Zarin allein gegen Polen vorging, beunruhigte stark Kaunitz. Wie beim Ausbruch des Krieges gegen die Türken, so wollte er auch jetzt nicht Rußland allein die Beute des Sieges, den alleinigen Einfluß in Polen, zugestehen. Die Zarin müsse daher, meinte er, ein Abkommen unterzeichnen, durch das sich die drei Höfe verpflichteten, nichts in Polen ohne gegenseitige Zustimmung zu unternehmen[281]). Zunächst sollte die Konföderation von Targowice veranlaßt werden, ebenfalls um den Schutz Preußens und Österreichs zu bitten. Kaunitz und Spielmann traten daher in Verhandlungen ein mit Jacobi und Haugwitz, der seit Oktober 1791 in Wien war und dessen politische Laufbahn in dieser Zeit begann. Haugwitz ging dabei sogar so weit, eine bewaffnete Demonstration Preußens und Österreichs vorzuschlagen, um dadurch die Zarin zum Einstellen ihres Vorgehens in Polen zu zwingen, bis die drei Höfe eine Einigung über die polnischen Angelegenheiten erzielt hatten[282]). Ein solch scharfer Ton Rußland gegenüber entsprach natürlich nicht der augenblicklichen Politik des Berliner Hofes, und auf die Vorschläge des österreichischen Kanzlers wurde eine ausweichende Antwort gegeben.

Mehr kam den preußischen Interessen ein anderer Plan entgegen, über den bereits im Februar des Jahres 1792 hinter dem Rücken von Kaunitz zwischen Bischoffwerder, Jacobi und Spielmann verhandelt worden war. Der alte österreichische Plan, durch die Erwerbung von Bayern Österreich nach Westen hin abzurunden, und den Kurfürsten von Bayern durch die österreichischen Niederlande zu entschädigen, war wieder zur Sprache gekommen. Als Entschädigung für die österreichische Vergrößerung und für die im Kriege gegen Frankreich zu leistende Hilfe sollte Preußen durch die Erwerbung von Danzig, Thorn und der sich anschließenden Distrikte eine Abrundung zuge-

[280]) Vgl. Oginski: a. a. O. S. 127 ff, Lord: a. a. O. S. 296.
[281]) Lord: a. a. O. S. 300.
[282]) ebenda S. 302.

standen werden. Razumowski, der russische Gesandte in Wien, hatte diesem Plan Vorschub geleistet[283]). Ihm erschien jener Tauschplan als eine günstige Gelegenheit für seine Regierung, sich mit Preußen und Österreich über die polnischen Angelegenheiten zu einigen, und er empfahl den Plan seiner Regierung[284]). An dem Zustandekommen des bayrisch-polnischen Entschädigungsplanes war Katharina höchst interessiert, weil sie hoffte, daß Österreich durch Bayern von Polen abgelenkt werden würde[285]). Da ebenfalls Friedrich Wilhelm und Schulenburg, der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Preußens, den Tauschplan billigten, wurden die Verhandlungen darüber zwischen dem Berliner und dem Wiener Hofe unter dem Ausschluß von Kaunitz begonnen. Wieder aber machte sich dabei die alte Eifersucht Habsburgs auf Preußen bemerkbar. Erweiterte Friedrich Wilhelm sein Gebiet durch Danzig, Thorn und polnische Distrikte, so wollte Österreich sich nicht mit einer bloßen Abrundung begnügen, zumal der Besitz Belgiens in finanzieller Hinsicht vorteilhafter war als der Bayerns. Ansbach und Bayreuth, Gebiete, die einige Monate vorher Friedrich Wilhelm zugefallen waren, wurden von der österreichischen Regierung als Entschädigung verlangt.

Bereits Anfang Juli hatte Alopeus sich bemüht, Preußen von einer Erwerbung im Westen, wie man sie zu Beginn des Krieges mit Frankreich durch Jülich und Berg zu machen beabsichtigte, abzubringen. Gleichzeitig hatte die Zarin durch Alopeus ihre Mithilfe zu einer Entschädigung Preußens ankündigen lassen, sobald sich die preußische Regierung über jene Fragen geäußert haben würde[286]). Alopeus hatte versichert, daß die Zarin nur im Einverständnis mit Preußen die polnische Verfassung ändern werde. Und als Schulenburg den russischen Gesandten darauf auszuforschen suchte, ob sein Hof Erwerbungen in Polen zu machen oder sich allein auf den Umsturz der Verfassung zu beschränken beabsichtige, antworte ihm Alopeus, die Zarin erkenne das Recht Preußens auf eine völlige Entschädigung für die Kosten, die der Krieg gegen Frankreich verursacht hatte, an. Er habe den ausdrücklichen Befehl, Friedrich Wilhelm um Mitteilung zu bitten, welche Entschädigung er wünsche[287]). Als im August der bayrisch-polnische Entschädigungsplan durch die Uneinigkeit der österreichischen und preußischen Regierung zu scheitern schien, erhielten Alopeus und Razumowski die Instruktion, in Berlin und Wien vorzustellen, daß eine endgültige Regelung der polnischen Angelegenheiten nicht länger aufgeschoben werden könne, da die Besetzung Polens der russischen Regierung ungeheure Summen koste. Die Zarin wünsche, daß die Verbündeten alle Fragen möglichst schnell unter sich regelten und ihre Gesandten in Petersburg zum Abschluß einer Konföderation ermächtigten[288]). Bald darauf teilte Friedrich Wilhelm Katharina mit, sein Gesandter habe bereits den Auftrag, die preußischen Forderungen zu überreichen[289]).

---

283) Vgl. Lord: a. a. O. S. 263.
284) Razumowski an die Zarin 11./22. 3. 1792 bei Lord, Anh. 12.
285) Vgl. Sybel: a. a. O. Bd. 2, S. 186.
286) G. St. A. Schulenburg an Friedrich Wilhelm 3. 7. 1792.
287) G. St. A. Schulenburg an Friedrich Wilhelm 3. 7. 1792.
288) Lord: a. a. O. S. 379.
289) Heidrich: a. a. O. S. 399 nach Martens „Recueil des Traités et Conventions conclus par la Russie avec les puissances etrangères" Bd. 164.

Anfang November aber stellte der Einfall Dumouriez' in Belgien die geplante Entschädigung für Österreich für den Kurfürsten von Bayern in Frage. Vorläufig verhielt sich daher Katharina äußerst zurückhaltend und abwartend. Sie gedachte, die Einigung mit Österreich und Preußen jetzt möglichst aufzuschieben, damit Österreich nicht etwa mit Forderungen auf polnische Gebiete hervortrat [290]).

In Polen setzte darauf eine rege französische Propaganda ein. Dumouriez ließ in Warschau verbreiten, Polen sei gerettet, wenn Frankreich siegen würde. Überall bildeten sich geheime Verbindungen zur Befreiung des Vaterlandes. Die russischen Offiziere wurden von der Warschauer Gesellschaft gemieden. Uneinig unter sich waren die Führer der Targowicer Konföderation [291]). Auch aus der Türkei kamen Nachrichten von französischen Umtrieben, mit dem Ziele, die Pforte zu einem neuen Kriege gegen Rußland aufzureizen. Während noch am 23. Dezember die preußischen Minister sich in Ungewißheit über die künftige Haltung der Zarin befanden [292]), wie sie dem König berichteten, hatte schon eine Woche vorher die Zarin dem preußischen Gesandten ihren Entschluß mitteilen lassen. Sie stimmte einer sofortigen preußischen Besetzung des Gebietes bis zur Linie Czenstochau, Rawa, Soldau, Danzig und Thorn einbegriffen, zu; für sich beanspruchte sie die östlichen Gebiete Polens von Semgallen bis zur galizischen Grenze. Bei der Langsamkeit der österreichischen Regierung, sich über ihre Absichten zu äußern [293]), sollte eine Einwilligung Österreichs nicht erst abgewartet werden. Am 27. Dezember kam die Depesche des preußischen Gesandten in Petersburg nach Berlin. Obgleich bei dem Teilungsvorschlag Rußland gegenüber Preußen im Vorteil war, rieten dennoch die Kabinettsminister dem König, ihn anzunehmen [294]).

Am 23. Januar 1793 wurde der Teilungsvorschlag von den russischen und preußischen Bevollmächtigten unterzeichnet. Die Zarin wurde, ohne aktiv an dem Krieg gegen Frankreich teilgenommen zu haben, durch ein Gebiet, das fast dreimal so groß war wie das Preußen zugestandene, „entschädigt."

Wenige Jahre vorher hatte Preußen den bloßen Verzicht Polens auf die Schutzherrschaft über Danzig und Thorn verlangt. Jetzt fiel ihm neben jenen beiden Städten das ganze Gebiet bis zur Linie Czenstochau—Rawa—Soldau zu. Was Danzig anbetraf, so fürchtete die dortige Kaufmannschaft eine Erhaltung der Stadt unter den augenblicklichen Verhältnissen mehr als eine preußische Besitznahme [295]). Jedoch traf der Rat, als die preußischen Truppen gegen Danzig vorrückten, Sicherheitsmaßnahmen, um die Stadt nicht einer plötzlichen Besetzung preiszugeben. Nicht aus Anhänglichkeit zu Polen fügte sich der Rat ungern einer preußischen Besitznahme, sondern ihm war vielmehr der Gedanke unangenehm, die selbständige Stellung der Stadt aufzugeben und damit mit der mittelalterlichen Vergangenheit endgültig zu brechen. Von einem

---

290) Dieses war die Annahme Schulenburgs (G. St. A. Kabinettsminister an Friedrich Wilhelm 1. 12. 1792).
291) Sybel: a. a. O. Bd. 11. S. 194 ff. — Lord S. 384 f.
292) G. St. A. Kabinettsminister an den König 23. 12. 1792.
293) Die Haltung der österreichischen Regierung zu jener Zeit ist ausführlich behandelt bei Heidrich: a. a. O. S. 432.
294) G. St. A. Kabinettsminister an den König 27. 12. 1792.
295) Damus: a. a. O. S. 160.

starken Widerstande aber, den die Stadt nach einigen Darstellungen den preußischen Truppen entgegengesetzt haben soll[296]), kann nicht die Rede sein. Nachdem am 8. März 1793 General von Raumer, der Befehlshaber der Danzig blockierenden preußischen Truppen, die Räumung der Außenwerke gefordert hatte, wurde sie ihm nach Beratung der Danziger Körperschaften drei Tage später zugestanden. Bei der Besetzung der Außenwerke begannen zwar ungezügelte Elemente des Pöbels nebst einigen Stadtsoldaten gegen den Willen der regierenden Körperschaften auf die preußischen Truppen zu schießen, aus Furcht, sich unter der preußischen Regierung einer straffen Disziplin unterwerfen zu müssen. Von den Bürgern selbst und der Stadtgarnison von den Wällen getrieben, begannen sie dann aus Rache die Speicher der Kaufleute anzuzünden[297]). Am 7. April wurde den preußischen Truppen der Einzug in die Stadt vom Rate eingeräumt. Und einige Monate danach konnte der Danziger Sekretär Döring schreiben: „Alle Umstände scheinen der Stadt wieder glückseligen Wohlstand in allen Gewerben und die glücklichsten Zeiten für die Zukunft zu verkünden“[298]). Danzigs deutsche Bevölkerung, die sich unter den Verhältnissen des Mittelalters unter die Schutzherrschaft eines fremden Staates gestellt hatte, gehörte jetzt wieder einem deutschen Staate an.

In den Jahren von 1789/91 war von den Landboten in Warschau zum Unglück für ihr Land der bloße Verzicht Polens auf die Schutzherrschaft über zwei Städte verhindert worden. Jetzt mußte der Reichstag zu Grodno unter dem Drucke Rußlands in seiner „stummen“ Sitzung vom 25. September 1793 einer Teilung Polens zustimmen, durch die dem Staate weite Gebiete im Osten und Westen verlorengingen.

---

[296]) Wie nach der Darstellung v. Lord (S. 394) und des Juden Askenazy (S. 93). Letzterer behauptet, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu den Waffen geeilt sei, um gegen die Preußen vorzugehen. Nach dem Berichte des holländischen Konsuls Roß waren es dagegen Stadtsoldaten, die gegen den Befehl ihrer Offiziere auf Preußen feuerten. Sie hatten sich einst nach Danzig geflüchtet, um sich ihrer Militärpflicht in preußischen Regimentern zu entziehen, und fürchteten jetzt, von Preußen bestraft und in den Krieg gegen Frankreich geschickt zu werden. (Ausführlich b. Keyser: „Die Besetzung Danzigs durch Preußen im Jahre 1793“. Deutscher Volksrat 1921/22, S. 129.)

[297]) Vgl. dazu Damus: a. a. O. S. 163.

[298]) Vgl. dazu Damus: a. a. O. S. 163.

Zusammenfassung

Gerade dadurch, daß Katharina in dem Teilungsvertrag von 1772 Friedrich dem Großen die Städte Danzig und Thorn vorenthalten hatte, hatte sie unbewußt und wider ihren Willen Polen ein letztes Mittel gelassen, um wieder zur Unabhängigkeit zu gelangen. Denn in der Politik des preußischen Ministers Hertzberg waren ja Danzig und Thorn als Kompensationsobjekte für die Sicherung der Integrität des polnischen Staates durch Preußen vorgesehen. Der Ausbruch der Orientkrisis im Jahre 1788 hatte Gelegenheit zur Ausführung des Hertzbergschen Planes gegeben.

Natürlich wurde seitens der Kaisermächte dem politischen Systeme des preußischen Ministers sofort nach dessen Bekanntwerden entgegengearbeitet. Österreich, dessen Politik vom Fürsten Kaunitz, dem preußenfeindlichen Kanzler aus der Zeit Maria Theresias, geleitet wurde, sah eifersüchtig jeglichem preußischen Gebietszuwachs entgegen. Und die Zarin fürchtete mit Recht ihren Einfluß in Polen zu verlieren. Um dieses zu verhindern, und um Polen noch enger in ihre Abhängigkeit zu bringen, ging sie auf das Bündnisprojekt des polnischen Königs ein. Leicht gelang es der preußischen Diplomatie, das Zustandekommen jenes Bündnisses zu vereiteln, worauf sich die russische Regierung von den polnischen Angelegenheiten zurückzog. Ungestört konnten jetzt die Polen die Regeneration ihres Landes vornehmen, was die Hauptaufgabe des 1788 zusammengetretenen Reichstags wurde.

Die preußische Politik mußte nunmehr danach streben, die Kaisermächte zur Annahme des Hertzbergschen Vermittlungsplanes und die Polen zum Verzicht auf die Schutzherrschaft über Danzig und Thorn zu bewegen. Zur Lösung der einen Aufgabe bedurfte es eines energischen Auftretens der preußischen Regierung, und das Gelingen der anderen, mit der Lucchesini betraut wurde, war vor allem von der Einsicht der Polen abhängig. Wiederholt wurde Friedrich Wilhelm von der preußenfreundlichen Partei in Polen gebeten, ein Bündnis mit Polen zum Schutze gegen Rußland abzuschließen, und sein Gesandter in Warschau mußte gleich am Anfang seiner Tätigkeit feststellen, daß Polen nur gegen diesen Preis zum Verzicht auf Danzig und Thorn zu bewegen sein werde.

Eine Hemmung für die preußische Außenpolitik war das unglückliche Bündnis Preußens mit England, das auf Veranlassung Ewarts bei der unselbstständigen Haltung Friedrich Wilhelms zustandegekommen war. Das Ziel der englischen Diplomatie beim Abschluß des Berliner Vertrages lief darauf hinaus, England aus der isolierten Stellung, in der es sich damals befand, herauszubringen, es im Osten und Norden Europas eine Rolle spielen zu lassen und Preußen sowie die Staaten des Ostens und Nordens unter englischen Einfluß zu bekommen. Der Schwäche der preußischen Diplomatie jener Zeit ist es zuzuschreiben, daß es zum Abschluß jenes Vertrages gekommen ist, in dessen Geheimartikel sich Preußen und England verpflichteten, in Fragen des Krieges, den die Pforte und Schweden gegen die kaiserlichen Mächte führten, in vollkommenem Einverständnis zu handeln und gemeinsam ihre Vermittlung bei jeder dazu günstigen Gelegenheit anzubieten. Die englische Diplomatie hatte es erreicht, sich in die Verhältnisse des Ostens und Nordens einmischen zu können, wobei sie allerdings nicht dazu bereit war, auf die In-

teressen ihres Vertragspartners Rücksicht zu nehmen, sondern diesem außerordentlich hinderlich wurde. Die englische Regierung wollte einer Friedensvermittlung auf der Grundlage, wie sie von Hertzberg angestrebt wurde, keineswegs zustimmen. Anstatt mit wirksamen Mitteln die Annahme der preußischen Vermittlung bei den Kaisermächten durchzusetzen oder aber deren Interesse an neuem Landerwerb nach der Türkei hin abzulenken und sich in Polen Zugeständnisse machen zu lassen, ließ die preußische Regierung günstige Augenblicke verstreichen, indem sie sich durch Ewart, der eine Einigung zwischen Preußen und England herbeizuführen suchte, hinhalten ließ. Sie schloß dann Bündnisse mit Polen und der Pforte ab, die in militärischer Hinsicht für Preußen wertlos waren. Die einzige Gegenleistung Polens für den Schutz, den es nunmehr durch Preußen genoß, sollte in dem Verzicht auf die Schutzherrschaft über Danzig, die es in Wirklichkeit gar nicht ausübte, und auf Thorn bestehen.

Als nach dem Tode Josephs II. Leopold im Frühjahr 1790 die Regierung in Österreich übernahm, war dieser zu einem Frieden mit der Pforte, ja selbst zur Abtretung von Teilen Galiziens an Polen bereit. Zur Zeit der Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich in Reichenbach aber bestand in Warschau kaum irgendwelche Aussicht darauf, daß Polen auf Danzig und Thorn gegen die Rückgewinnung von Galizien verzichten würde. Ewart versprach Friedrich Wilhelm, daß England Preußen die Städte Danzig und Thorn vermittels eines Handelsvertrages mit Polen verschaffen werde. Friedrich Wilhelm ließ sich dazu bestimmen, den Tauschplan Hertzbergs fallen zu lassen und begnügte sich in der Konvention von Reichenbach mit dem bloßen Triumph, einen Waffenstillstand zwischen Österreich und der Pforte hergestellt zu haben.

Am 6. September 1790 nahm der polnische Reichstag einen Beschluß an, der seiner Regierung verbot, irgendwelche Gebiete abzutreten oder gegen andere auszutauschen. Friedrich Wilhelm, der in diesem Beschlusse eine Maßnahme der Polen sah, um sich ihrer Gegenleistung für den Abschluß des Bündnisses mit Preußen zu entziehen, zog sich seit dieser Zeit mehr und mehr von Polen zurück.

Die englische Regierung aber, die bisher einer Erwerbung Danzigs durch Preußen stets entgegen gewesen war, war durch Hailes, ihren Gesandten in Warschau, und Durno, ihren Konsul in Memel, darauf aufmerksam gemacht worden, daß Polen ein guter Handelspartner für England werden könnte, was für dieses gerade jetzt um so wichtiger war, nachdem das englisch-russische Verhältnis seit dem Jahre 1781, als England das von Katharina aufgestellte neue Seerecht nicht anerkannt hatte, eine merkliche Abkühlung erfahren hatte. Nach der Meinung von Hailes und Durno war eine günstige Entwicklung der englisch-polnischen Handelsbeziehungen nur in dem Falle möglich, daß das Danziger Stapelrecht beseitigt wurde und alle Zollschwierigkeiten, die zwischen Polen und Preußen bestanden, gelöst worden waren, wozu der Verzicht Polens auf die Schutzherrschaft über Danzig als notwendig erschien. Um also weiterhin gute Geschäfte im Osten machen zu können, ließ die englische Regierung Hailes für eine rege Propaganda, die Polen zum Verzicht auf Danzig zu bewegen, freie Hand. Die Mehrzahl der polnischen Regierungs-

mitglieder sah wohl ein, daß eine Erwerbung Danzigs durch Preußen für ihr Land durchaus vorteilhaft sein könnte. Da der Zarin aber natürlich eine Festigung des preußisch-polnischen Bündnisses keineswegs recht war, ließ sie durch ihren Gesandten in Warschau die öffentliche Meinung gegen einen Verzicht auf Danzig beeinflussen. Und nachdem im März 1791 jener lügenhafte Bericht des polnischen Gesandten in Wien über eine erneute Teilung Polens in Warschau bekannt geworden war, wurde in der Reichstagssitzung vom 1. April der Verzicht auf die Schutzherrschaft über Danzig endgültig abgelehnt. Damit war der Abschluß des Handelsvertrages zwischen Polen und England gescheitert, was nicht ohne Rückwirkung auf die gesamte englische Ostpolitik blieb. In kühler wirtschaftlicher Berechnung ließ die englische Regierung den im März 1791 gefaßten Entschluß, zusammen mit Preußen die Zarin vor ein Ultimatum zu stellen, die englische und preußische Vermittlung in dem Kriege gegen die Pforte anzunehmen, wieder fallen, wodurch darauf eine endgültige Änderung der Politik Preußens erfolgte.

Zunächst kam eine Annäherung Preußens an Österreich zustande. Der Kaiser selbst kam Preußen entgegen, da er Friedrich Wilhelm gegen die Umtriebe der französischen Revolution in Europa zu gewinnen hoffte. Mit den Verhandlungen in Wien wurde Bischoffwerder beauftragt, der nach dem Scheitern der Politik Hertzbergs einen starken Einfluß auf die preußische Politik gewonnen hatte. Schon lange war er von Alopeus für den Gedanken einer preußisch-russischen Annäherung gewonnen worden. Leicht gab er daher in Wien dem Kaiser nach, als dieser die Zulassung Rußlands zu etwaigen Verhandlungen über die polnischen Angelegenheiten wünschte, was für Polen äußerst gefährlich war.

Denn Katharina hatte sofort nach dem Bekanntwerden des Staatsstreiches in Polen vom 3. Mai 1791 den Entschluß gefaßt, in Polen energisch vorzugehen, um die alte Verfassung wiederherzustellen. Die Bildung der Targowicer Konföderation gab der Zarin die willkommene Veranlassung, ihre Truppen in Polen einmarschieren zu lassen, was jetzt um so leichter geschehen konnte, nachdem im Januar 1792 der Friede zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossen worden war und es der russischen Diplomatie gelungen war, freundschaftliche Beziehungen zu Preußen anzubahnen. Dazu kam, daß jetzt die beiden deutschen Mächte im Westen beschäftigt waren.

Als die Polen durch den Einmarsch der russischen Truppen in höchste Gefahr gerieten, boten sie Friedrich Wilhelm die Städte Danzig und Thorn an. Doch jetzt war es zu spät. Friedrich Wilhelm, der seine Truppen gegen Frankreich marschieren ließ, konnte sich nicht mit Rußland der Errettung Polens wegen wieder entzweien.

Als nun auch in Warschau jakobinische Umtriebe begannen und der Republik die Unterstützung Frankreichs zugesagt wurde, hielt Katharina den Augenblick für gekommen, unter Übergehung Österreichs, das sich mit Preußen über die Entschädigung der durch den Feldzug gegen Frankreich entstandenen Kosten nicht einigen konnte, Preußen die erneute Teilung Polens vorzuschlagen, was von Preußen jetzt nicht zurückgewiesen wurde. Damit war das Schicksal Polens entschieden.

Zum Schaden für Polen war durch das polnische Parlament so lange ein Anschluß Danzigs an Preußen verhindert worden. Ein im Innern so wenig gefestigter Staat, wie es Polen damals war, bedurfte, um bestehen zu können, des Beistandes anderer Staaten. Preußen, das gewillt war, in engere Beziehungen zu Polen zu treten, wurde Polen dadurch wieder entfremdet, daß der Reichstag ein Recht, das ihm gar nicht zustand, für sich in Anspruch nahm; denn nicht er hatte in der Danziger Frage zu entscheiden, da Danzig nicht zum Gebiet der Republik Polen gehörte. Und die polnische Regierung selbst war zu schwach, dem Reichstag gegenüber ihren Willen durchzusetzen.

Wäre die preußische Politik jener Jahre entschlossener und tatkräftiger durchgeführt worden, so hätte sich Preußen bereits während der Orientkrisis in den Besitz von Danzig setzen können, zumal der überwiegende Teil der Bürgerschaft einem Anschluß an Preußen nicht abgeneigt war. Statt dessen hatte sich Preußen durch Versprechungen Englands hinhalten lassen, das schließlich Preußen ebenso wie Polen im Stiche ließ, als seinem Handel im Osten eine Schmälerung drohte.

Quellenverzeichnis

Akten:

Berichte des Kabinetts Friedrich Wilhelms II. 1788/92 (Geheimes Preußisches Staatsarchiv Rep. 96, 147 C—G).

Berichte der Danziger Residenten in Warschau, Petersburg und London 1788/92 (Staatsarchiv Danzig Abt. 300, 9 Nr. 190/4, 569/71; Abt. 300, 9 Nr. 522/56; Abt. 300, 9 Nr. 377).

Danziger Ratsrezesse 1788/92 (Staatsarchiv Danzig Abt. 300, 31 Nr. 73/77).

Missiv-Concepte des Danziger Rats 1788/92 (Staatsarchiv Danzig Abt. 300, 27 Nr. 486/95).

Politische Correspondenz Friedrichs des Großen, Bd. 33.

Documents relatifs à l'histoire du deuxième et troisième partage de la Pologne, veröffentlicht von B. Dembinski, Lemberg 1902.

Sbornik Imperatorskogo russkogo Istoriczeskogo Obszczestwa, Bd. 21, 23, 29.

Literatur:

Bailleu: „Graf Hertzberg", Histor. Zeitschrift, Bd. 42 (1879).

Beer: „Die erste Teilung Polens, Wien 1873.

Beer: „Die orientalische Politik Österreichs seit 1744", Prag 1883.

Damus: „Die Stadt Danzig gegenüber der Politik Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms II." Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins, Heft 20 (1887).

Duncker: „Friedrich Wilhelm II. und Graf Hertzberg." Histor. Zeitschrift, Bd. 37 (1877).

Gerhard: „England und der Aufstieg Rußlands." München und Berlin, 1933.

Görtz: „Denkwürdigkeiten", Stuttgart und Tübingen 1827/29.

Heidrich: „Preußen im Kampfe gegen die französische Revolution bis zur zweiten Teilung Polens." Stuttgart und Berlin, 1908.

Herrmann: „Geschichte des russischen Staates, Bd. 6. Hamburg u. Gotha, 1860.

Herrmann: „Die österreichisch-preußische Allianz vom 7. Februar 1792 und die zweite Teilung Polens." Gotha, 1861.

Herzfeld: „Der polnische Handelsvertrag von 1775." Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Bd. 32 u. 36.

Hoffmann: „Danzig und Rußland bei der ersten Teilung Polens." Diss. Danzig 1936.

Kalinka: „Der vierjährige polnische Reichstag." Deutsche Ausgabe, Berlin 1898.

Krauel: „Graf Hertzberg als Minister Friedrich Wilhelms II." Berlin 1899.

Lecky: „A History of England in the Eighteenth Century." London 1878/90.

Lengnich: „Ius Publicum Civitatis Gedanensis." Herausgegeben von Otto Günther. Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens, Bd. 1.

Liske: Zur polnischen Politik Katharinas II." Histor. Zeitschrift, Bd. 30.

Lord: „The Second Partition of Poland." Cambridge Harvard University Press 1915.

Luckwaldt: Die englisch-preußische Allianz von 1788." Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Bd. 15.

Luckwaldt: „Zur Vorgeschichte der Konvention von Reichenbach: Englischer Einfluß am Hofe Friedrich Wilhelms II.", Delbrück-Festschrift 1908.

Michael: „Englands Stellung zur ersten Teilung Polens." Habilitationsschrift Berlin 1890.

Ranke: „Die deutschen Mächte und der Fürstenbund." Leipzig 1875.

Ritter: „Die Konvention von Reichenbach." Diss., Berlin 1898.

Schlitter: „Die Sendung Birckenstocks nach Berlin." Beiträge zur neueren Geschichte Österreichs, Jahrgang 1907.

Sevin: „Das System der preußischen Geheimpolitik vom August 1790 bis zum Mai 1791." Diss. Berlin 1903.

Sslowjoff: „Geschichte des Falles von Polen." Übers. Gotha 1895.

Sybel: „Kaiser Leopold II." Histor. Zeitschrift, Bd. 10.

Sybel: „Geschichte der Revolutionszeit", Düsseldorf 1854.

Vogel: „Beiträge zur Statistik der deutschen Seeschiffahrt im 17. und 18. Jahrhundert." Hansische Geschichtsblätter, Jahrgang 1932.

F. K. Wittichen: „Preußen und England in der europäischen Politik von 1785/88." Heidelberg 1902.

P. Wittichen: „Die polnische Politik Preußens 1788/90." Göttingen 1899.

Abkürzungen:

G. St. A. Geheimes Preußisches Staatsarchiv, Berlin.

D. St. A. Staatsarchiv Danzig.

Inhaltsübersicht

Seite

Danzig nach der ersten Teilung Polens ..... 103—106

I. Danzig und die Politik des Grafen Hertzberg ..... 106—133

Der Plan Hertzbergs und die politische Lage Europas zu Beginn des Jahres 1788

Russisch-österreichische Maßnahmen gegen den preußischen Erwerbungsplan. — Die erste Sendung von Alopeus nach Berlin

Der russisch-polnische Bündnisplan und sein Scheitern

Polen sucht bei England Schutz. — Die Ablehnung der Hertzbergschen Politik durch England. — Die Ziele des englischen Gesandten in Warschau

Die zweite Sendung von Alopeus nach Berlin

Keine Lösung der Danziger Frage bei den preußisch-polnischen Bündnisverhandlungen. — Das Bündnis vom 28. März 1790

Preußisch-österreichische Verhandlungen. — Die Haltung Polens verhindert eine Lösung der Danziger Frage in Reichenbach

II. Danzig und der englische Ausgleichsplan ..... 133—153

Die Bemühungen der englischen Regierung in Warschau um einen Verzicht Polens auf Danzig und Thorn. — Der Reichstagsbeschluß vom 6. September 1790

Die Sendung Oginskis nach London. — Russische Intrigen in Warschau

Gespannte Lage zwischen Rußland und Preußen im Herbst 1790. — Gleichgültigkeit Friedrich Wilhelms der Danziger Frage gegenüber

Der neue Kurs der preußischen Politik. — Die englische Ostpolitik im Frühjahr 1791

Das Scheitern der englisch-polnischen Verhandlungen. — Der 3. Mai 1791. — Englands Rückzug im Osten

III. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Preußen, Österreich und Rußland 1791—1792. — Die zweite Teilung Polens ..... 153—163

Zusammenfassung ..... 164—167

Quellenverzeichnis ..... 168—169

Westpreußens erste Lehrerbildungsanstalt
(1801—1807)

Von Erich Hoffmann.

Unser Gegenstand versetzt uns nach Danzig, und zwar in eine Zeit, da im Geistesleben des Unterweichsellandes „Altes und Neues, altständischer Freiheitsgedanke und Fritzischer Geist, deutschvölkische Stimmungen und altpreußisches Stammesgefühl" durcheinanderwogten. Ähnlich wie anderswo im ehemaligen Deutschordensgebiet taten sich zu Ende des 18. Jahrhunderts auch in der alten Hansestadt Spannungen vor allem auf zwischen den während der Bindung an das polnische Königtum erstarrten politischen Formen und den geistig-kulturellen Kräften[1]), die jederzeit, auch durch staatliche Grenzen nicht gehindert, vom Mutterlande her in diesen Bereich des deutschen Volkstums einströmten. So war auf der einen Seite, im Gegensatz zum absoluten Staat Friedrichs des Großen, eine im deutschen Genossenschaftsgeist wurzelnde Selbstverwaltung in Kraft, deren Grund vor mehr als einem halben Jahrtausend gelegt worden war, während uns auf der anderen Seite Gedankengut der Aufklärung in ähnlicher Ausprägung wie im benachbarten Preußen entgegentritt.

Das überschattende geschichtliche Ereignis jener Zeit für Danzig war der Übergang an das Hohenzollernreich im Jahre 1793. Er stellte die einheitliche politische Front im altpreußischen Raum wieder her, die 1454 auseinandergebrochen war, und ließ die von der Gefahr der Kleintümmelei bedrohten Bürger am Leben eines Großstaates teilnehmen. Die aufrüttelnde Kraft der Einordnung war geradezu handgreiflich im Aufblühen des Wirtschaftslebens zu packen; doch darf diese Tatsache die Leistung nicht verdunkeln, die im Neuaufbau der Verwaltung zutage trat.

Auffallend erscheint, daß die preußischen Behörden das Unterrichtsfach zunächst nicht beachteten. Das lag nun keineswegs daran, daß es nicht nötig gewesen wäre, dem Erziehungswesen frisches Blut zuzuführen. Im Gegenteil, ähnlich wie in anderen Bezirken war hier gleichfalls vieles veraltet und verschlackt. Wohl hatte die Stadt während der Zeit ihrer glänzenden Handelsblüte bei der Förderung der angestammten Kultur und des deutschen Bildungswesens in vorderster Reihe gestanden und durch diese Ruhmestat an einer Kulturleistung von großer geschichtlicher Tragweite entscheidend mitgearbeitet: an der Gewinnung und Bewahrung der Gebiete um die Mündungsarme der Weichsel für das deutsche Volk. Der wirtschaftliche Niedergang des Weichselhafens im ausgehenden 17. und im 18. Jahrhundert, der die Geldmittel für Neu- und Umgestaltungen zusammenschmelzen ließ, sowie der streng am Alten hängende Sinn der Bürger hatten im Gefolge, daß die Unterrichtsanstalten vielfach in ihrem ursprünglichen Gewande beharrten, auch als die Dinge und Zustände, für welche die einstigen Ordnungen galten, andere geworden waren. Bald entsprachen die Bildungsstätten nicht mehr den Anforderungen der Zeit und verfielen. Überdies hatte keine ordnende Hand Planmäßigkeit in den Auf-

[1]) Theodor Schieder, Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande. (Einzelschriften der Hist. Kommission für ost- und westpr. Landesforschung 8) Königsberg/Pr. 1940, S. 169 f.

bau des Erziehungswesens gebracht. Bei der Eingliederung Danzigs in den preußischen Staat stand alles so beziehungslos oder gar mit sich durchkreuzenden Befugnissen nebeneinander, wie es im Laufe der Geschichte nach jedesmaligen Bedürfnissen oder sich zufällig bietenden Gelegenheiten gestiftet worden war [2]).

Wenn sich dem Unterrichtsfach bald die besondere Aufmerksamkeit zuwandte, so gab allerdings weniger seine Reformbedürftigkeit als die allgemeine Erneuerungsstimmung in Preußen nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. den unmittelbaren Anstoß dazu. Vier Monate nach der Thronbesteigung des jungen Königs machte der Sturz Wöllners, „des intriganten Pfaffen", die Bahn für eine Neuausrichtung des Erziehungswesens frei [3]).

Daß nun die Wellen der Reformbewegung in der alten Hansestadt kräftiger als anderswo brandeten, bewirkte zum guten Teil die politische Beharrungskraft des eben in die Hohenzollernmonarchie eingereihten bürgerlichen Gemeinwesens. Vier Jahre nach der Einordnung kam es zum Putschversuch eines Gymnasiasten. Gewiß lag hier nur ein Rückstoß gegen das im ganzen überraschend schnelle Einleben in die andersartigen staatlichen Verhältnisse vor. Politisch war die angezettelte Verschwörung bedeutungslos. Vom erzieherischen Standpunkt hingegen verdiente sie um so größere Beachtung [4]).

Die erhöhte Aufmerksamkeit der preußischen Unterrichtsverwaltung bezeugt die Einsetzung einer obersten Schulaufsichtsbehörde in Danzig, des Kirchen- und Schulkollegiums. Auf alle Zweige des öffentlichen Unterrichts richtete die neue Körperschaft ihr Augenmerk. Um die inneren Verhältnisse der städtischen Schulen zu prüfen, wurde aus ihrer Mitte eine dreigliedrige Kommission eingesetzt. Das Ergebnis der Untersuchung legte sie im Jahre 1801 in einem umfangreichen Gutachten nieder.

Die Erneuerungsvorschläge lassen ein Durcheinanderströmen pädagogischer Richtungen erkennen, zeigen aber zugleich, daß die Erziehungsgrundsätze der Aufklärung mit ihrem Zug aufs Praktisch-Nützliche und der Gedanke des Ständestaates mit seiner Gesellschaftsordnung nach Klassen im Vordergrund standen. Den Endzweck einer gut eingerichteten Schule sah man darin, das „Individuum für seine künftige Bestimmung so geschickt als möglich zu machen". Hierbei dachte man in erster Linie an die Anforderungen des jeweiligen Standes, in den man den einzelnen hineingeboren wähnte. „Für jede

[2]) G. St. A. Berlin R 76 alt I Nr. 289 a; Schwartz, Paul, Die Schulen der Prov. Westpreußen unter dem Oberschulkollegium 1787—1806. (Zeitschr. für Geschichte d. Erz. u. d. Unterrichts, 16. Jahrg.) Berlin 1928, S. 84 ff, 123; Schwartz, Paul, Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Oberschulkollegium 1787—1806 und das Abiturientenexamen I. (MGP. 46) Berlin 1910, S. 270 ff; Löschin, Gotthilf, Aus dem Leben eines Amtsjubilars. Danzig 1865, S. 5 ff; (F. K. G. Duisburg) Danzig, eine Skizze in Briefen. Amsterdam u. Hamburg 1808, S. 74 f; Falk, Johannes Daniel, Jugendgeschichte des Johannes von der Ostsee, hg. von L. Mahlau, Danzig 1922, S. 33 ff; Foß, R., Erinnerungen eines Schulmannes Danzig 1902, S. 31.

[3]) Hintze, Otto, Preußische Reformbestrebungen vor 1806. (Histor. Zeitschrift 76) S. 413 ff; Heubaum, A., Die Geschichte des ersten preuß. Schulgesetzentwurfs. (Monatsschr. f. höhere Schulen 1902) S. 20.

[4]) Keyser, Erich, Die Verschwörung des Danziger Gymnasiasten Bartholdy im Jahre 1797. ZWGV. 62, S. 73 ff.

Klasse von Staatsbürgern", so wurde betont, „müßte gesorgt werden und also auch die Verschiedenheit der Schulen der Verschiedenheit der Stände angemessen sein." Man forderte Gewerks-, Handels- und Navigationsschulen, in welche die Schüler gleich mit erreichtem schulpflichtigen Alter eintreten sollten [5]).

Wenn der Oberkonsistorialrat Zöllner dem Vorhaben auch widersprach, die Berufsschulung der allgemeinen Menschenbildung voranzustellen, und im übrigen als Gipfelgedanken herausstellte: „Das gesamte Schulwesen in Danzig muß ein Ganzes ausmachen, so daß in allen Schulen nach einem vorgeschriebenen, übereinstimmigen Plan gelehrt wird", so fand wiederum der damalige Leiter des preußischen Unterrichtswesens, Minister von Massow, an den Reformplänen der städtischen Kommission bei seiner Anwesenheit in Danzig im Sommer des Jahres 1802 nicht viel zu erinnern. Ausschlaggebend waren in Berlin ebenfalls der Gesichtspunkt der Nützlichkeit und der Grundsatz der ständischen Gliederung; doch trat dort das Bemühen um eine Verbreiterung und Vereinheitlichung des Bildungswesens mehr in den Vordergrund als in Danzig [6]).

Von den Neugestaltungsplänen des Erziehungswerkes her strahlten Triebkräfte auf das Teilgebiet der Lehrerbildung aus. Es hat freilich tiefere Ursachen, daß von den vielen einzelnen Verbesserungsvorschlägen vor allem die Begründung eines Lehrerseminars verwirklicht wurde. Bei der Neuformung der Unterrichtsarbeit hatte die Frage der Lehrerbildung die Schlüsselstellung inne, und dazu standen die Mißstände auf diesem Gebiet bombenfest. Noch beherrschte weite Kreise die Ansicht, wer lesen und schreiben könne, dürfe den Beruf eines Volksschullehrers ergreifen. Am besten war es dann bestellt, wenn Lehrer ihre Söhne für das Schulamt bestimmten und nach bestem Vermögen selbst vorbereiteten. Im übrigen meldeten sich zum Jugendwerk „fast bloß verdorbene Handwerksgesellen, Bediente und andere mehrenteils schon bejahrte Leute, welche die Schule nur als Hospital und als letzten Zufluchtsort gegen ihre mißliche Lage betrachten". Bei den meisten Stellenbesetzungen blieb den Schulaufsichtsbehörden lediglich die Möglichkeit, unter „schlechten Bewerbern die besten auszuwählen" [7]).

Entscheidend für das Einschlagen eines neuen Weges in der Lehrerbildungsfrage war, daß sich hier das Gewicht der Sache und die Dringlichkeit mit dem Reformwillen bei den städtischen Körperschaften und den obersten preußischen Behörden vereinten. Ein königlicher Erlaß hatte schon im Jahre 1798 dazu aufgefordert, „für gute Lehrer, die im Seminar gebildet werden, zu sorgen". Im August 1802 beantragte der Oberkonsistorialrat Zöllner in einem Bericht über das Danziger Schulwesen, zwei Lehrerbildungsanstalten einzurichten: ein Seminar für Stadtschullehrer, das mit der in eine Mittelschule umzuwandelnden Marienpfarrschule verbunden werden sollte,

[5]) Opitz, Paul, Vorschläge für die Verbesserung des Schulwesens in Danzig aus dem Jahre 1801. (Preuß. Schulblatt 1886 Nr. 51 f). E. Jasse hat diesen Bericht größtenteils übernommen in seinen Aufsatz: „Die Entwicklung des Danziger Volksschulwesens in der Neuzeit." (Festgabe der Danziger Schulzeitung 1926, S. 84 ff.); Schwartz, a. a. O. S. 97.

[6]) R. A. D. 300 R R Nr. 2140; G. St. A. Berlin R 76 alt I Nr. 289 a.

[7]) R. A. D. K S Nr. 442.

und ein Landschullehrerseminar für das Gebiet der Stadt [8]). Von den Mitgliedern der erwähnten dreigliedrigen Kommission war namentlich der Professor Trendelenburg vom akademischen Gymnasium „der festen Überzeugung, daß die meisten gegenwärtigen Mängel der Volksschulen ihren vorzüglichsten Grund in der Unvollkommenheit der Lehrer haben, welche zu ihrem Amt selten gehörig vorbereitet sind, und daß alle Schulordnungen und Schulverbesserungen fruchtlos bleiben, wenn nicht Lehrer vorhanden sind, welche jene zu befolgen und diese auszuführen verstehen" [9]).

Trendelenburg, von sämtlichen Lehrkräften des Gymnasiums „unstreitig der schätzbarste, sowohl von seiten der Gelehrsamkeit als des Geistes und des Charakters" [10]), eröffnete Anfang Mai 1801 mit 5 Zöglingen eine Lehrerbildungsanstalt für die Stadt Danzig und ihr Landgebiet, ohne über eigene Geldmittel zu verfügen. Wie es der mißglückte Versuch einer Seminargründung im 1772 preußisch gewordenen Westpreußen gezeigt hatte [11]), wäre man auf dem üblichen bürokratischen Wege in den nächsten Jahren nicht über allgemeine Erörterungen hinausgekommen. Der Einsatz eines Mannes, der von Begeisterung für den Gedanken der allgemeinen Volksbildung erfüllt war, mußte wegbahnend wirken. Auf diese Weise waren im 18. Jahrhundert die ersten Lehrerseminare im Hohenzollernstaate erstanden.

Tatbereite Pädagogen wie August Hermann Francke, der Berliner Oberkonsistorialrat Hecker und der märkische Edelmann Eberhard von Rochow mögen Trendelenburg zu seinem Unternehmen angeregt haben. Insbesondere gab ihm und seinen Gehilfen die Schule Rochows in Rekahn „ein Ideal von Schulen, dergleichen auf dem Lande allgemein zu wünschen wären und welchen vorstehen zu können, sie ihre Schüler gern fähig machen möchten" [12]).

Im übrigen wurde die Ausgestaltung von der reichsstädtischen Überlieferung beeinflußt und atmete in bezeichnenden Einzelzügen den Geist des bürgerlichen Danzigs. Das Seminar lehnte sich an das akademische Gymnasium an, die stolzeste Schöpfung auf dem Gebiet des Altdanziger Bildungswesens. Im opferbereiten Gemeinsinn des Bürgertums war es verwurzelt. Mit anderen gemeinnützig denkenden Männern erteilte Trendelenburg den Unterricht un-

[8]) G. St. A. Berlin R 76 alt I Nr. 289 a.

[9]) Trendelenburg, J. G., Nachricht an das Publikum über die Einrichtung und die Fortschritte des hiesigen Schullehrer-Seminarii, Danzig 1803, S. 4.

[10]) Urteil des Oberkonsistorialrats Zöllner aus dem Jahre 1802; G. St. A. Berlin R 76 alt I Nr. 289 a. Trendelenburg, Johann Georg, Sprößling einer altdeutschen Gelehrtenfamilie, * Lübeck 22. 2. 1757, studierte in Göttingen Theologie. 1779 übernahm er, noch als Student, am akademischen Gymnasium in Danzig die Professur für griechische und morgenländische Literatur. Seine reichen Gaben stellte er in den Dienst der Gemeinschaft. Bei der Begründung der Freien Stadt Danzig im Jahre 1807 ernannte ihn Rapp zum Senator. Nach der Wiedervereinigung Danzigs mit dem preußischen Staat im Jahre 1814 bekleidete Tr. das Amt eines Stadtrats. Jetzt erstreckte sich seine vielseitige Tätigkeit neben dem Schulwesen auf die Wasserbauten und die ausgedehnten städtischen Forsten. † auf einer Reise in Goysk, Polen, 11. 3. 1825. Schrieb „Anfangsgründe der griechischen Grammatik." Danzig 1782, 1788, 1790, 1796. Vgl. Allgemeine Deutsche Biographie 38, S. 572 f.

[11]) Schwartz, Paul, Der erste Kulturkampf in Preußen um Kirche und Schule. (MGP. 58) Berlin 1925, S. 414 f.

[12]) R. A. D. K S Nr. 442.

entgeltlich. Freiwillige Beiträge aus allen Ständen der Bevölkerung brachten die Geldmittel auf für die Einrichtung und Unterhaltung der Anstalt sowie die Versorgung der größtenteils mittellosen Zöglinge mit Büchern, freier Wohnung und Beköstigung. Auch darin folgte man altväterlichem Brauche, daß man die Bedürfnisse der Landschulen weitgehend berücksichtigte. Um sie hatte man sich schon in den vorangegangenen Jahrzehnten bemüht, und zu Ausgang des 18. Jahrhunderts waren sie an und für sich besser eingerichtet als die der benachbarten Gebiete einschließlich Ostpreußens. Dreiviertel der Seminaristen stammte vom Lande. Samt und sonders wurden die Zöglinge auf Wunsch der Naturforschenden Gesellschaft in der Gärtnerei, vornehmlich im Gemüsebau und in der Baumzucht, praktisch geschult.

Wir erkennen hier einen Zug zum Lebensnahen und Wirklichen, wie er dem Wesen der „Danziger großen Realisten" entsprach. Zugleich spüren wir die Berührung mit dem Nützlichkeitsgedanken der Aufklärungszeit, deren Geist damals die Bildungsschicht noch weithin erfüllte. Vor aller Augen lag die Beziehung zur Aufklärung in der Stoffauswahl. Man nahm Gegenstände eigens in den Lehrplan auf, um den angehenden Lehrern das geistige Rüstzeug für den Kampf gegen den Aberglauben unter den Landleuten zu geben. Bezeichnend ist es ferner, daß man bei jeder Maßnahme vom Einzelwesen und seiner eigentümlichen Entfaltung ausging, mit keinem Wort des Gliedhaften gedachte. Lehnte man sich auch an Geistesströmungen der Zeit, an die städtische Überlieferung und an preußische Vorbilder an, so hatte man in Danzig doch mit dem Vorhaben, Lehrer für die deutschen Schulen in Stadt und Land zu bilden, pädagogisches Neuland betreten. Der Lehrkörper des Seminars stand vor dornigen und zwiespältigen Aufgaben. Einmal mußte er den ungleichartig und teilweise mangelhaft vorgebildeten Zöglingen die unumgänglich erforderlichen Kenntnisse vermitteln und sie in den Fertigkeiten üben, die man mit Recht als allgemein bekannt hätte voraussetzen sollen. Es erwies sich als notwendig, die Seminaristen fehlerfrei schreiben und mit angemessener Betonung lesen zu lehren, ihnen die Aussprachefehler abzugewöhnen und sie mit den Wortarten vertraut zu machen. Der Anregung, die polnische Sprache, die seit alters her in den Danziger Schulen nur ein Schattendasein führte, zum allgemeinen Lehrgegenstand zu machen, folgte Trendelenburg nicht. Er wußte aus eigener Erfahrung, daß die meisten der künftigen Lehrer weder in der Stadt noch in den Dörfern des Danziger Landgebiets je Gelegenheit hätten, das Polnische zu gebrauchen[13]). Der pflichtmäßige Unterricht erstreckte sich auf Religion, Deutsch, Erdkunde, Rechnen, Naturkunde, Gartenbau, Schreiben, Zeichnen, Gesang und Orgelspiel. Geschichte fehlte gänzlich. Die Lehrstunden wurden von Fachleuten erteilt, wie dem Konrektor Treuge, den Kandidaten Rösner, Pobowski und Schultz, dem Prediger Röhr, dem Arzt Dr. Kleefeld, dem Kapellmeister Siewert, dem Organisten Eggert.

Neben dem Erfordernis, eine Allgemeinbildung zu vermitteln, ergab sich das Bedürfnis, die Zöglinge in der Methodik des Unterrichts zu schulen, sei es

[13]) R. A. D. K S Nr. 442; Faber, Walther, Die polnische Sprache im Danziger Schul- und Kirchenwesen von der Reformation bis zum Weltkrieg. (ZWG. 70, Danzig 1930, S. 125 ff.)

in Einzelfragen, wie sie etwa die Einführung in das Lesen stellt, sei es in der allgemeinen didaktischen Ausrichtung. Hier galt es, den Blick für das Grundsätzliche im Lehrverfahren zu öffnen. Vor allem suchte man mit dem Vorurteil aufzuräumen, das Hauptgeschäft des Lehrers sei, bloß Lesen und Schreiben zu lehren und den Katechismus auswendig lernen zu lassen. Dabei wandte man sich, dem Wesen des Rationalismus entsprechend, gegen die damals übliche einseitige Gedächtniskultur und trat dem „elenden Mechanismus" entgegen. Als beherrschenden Gesichtspunkt stellte Trendelenburg in Anlehnung an Pestalozzi heraus: Es kommt beim Jugendunterricht in erster Linie auf Weckung und Übung der Seelenkräfte an. Beispiele führten vor Augen, wie man in einzelnen Fällen praktisch zu verfahren habe, und eigene Unterrichtsversuche boten den Seminaristen Gelegenheit, durch Übung hineinzuwachsen in ihr künftiges Hauptarbeitsgebiet, das Wirken in der Schule. Öfter wurden Kinder in die Lehrstunden mitgebracht, und jedem Seminaristen übergab man ein Kind völlig zur Unterweisung. Wenn man darüber hinaus einige an den behördlich nicht genehmigten Privatschulen, den sogenannten Winkelschulen, Hand anlegen ließ, so wollte man dadurch nicht nur die künftigen Lehrer in ihre einstige Berufsarbeit einführen, sondern außerdem die tiefstehenden, aber um 1800 noch unentbehrlichen Winkelschulen heben.

Für den Ausbau des Seminars war es wesentlich, daß es durch das Heer, die andere große Erziehungsmacht im preußischen Staat, gefördert wurde. Beide Stellen gingen Hand in Hand, um Anwärter für den Volksschullehrerberuf heranzuziehen, dem es wegen der kärglichen Besoldung an Bewerbern mangelte. Die Militärbehörde erteilte mehreren Kantonisten Erlaubnisscheine zum Seminarbesuch und sicherte ihnen den Regimentsabschied zu, falls sie sich bewährten und im Schulamt angestellt würden. Im Jahre 1803 besuchten zwölf Zöglinge die Anstalt. Sie erreichte damit eine Schülerzahl, die der Durchschnittsziffer in den preußischen Lehrerbildungsanstalten jener Zeit entsprach[14]).

Daß Trendelenburg am richtigen Ende angefaßt hatte, trat auch im innern Leben des Seminars in Erscheinung. Wohl mußte er dann und wann einen Ungeeigneten aus der Anstalt entfernen; bei den meisten jedoch konnte er mit dem Erfolg zufrieden sein. Der neue Geist, der sich regte, offenbarte sich in erster Linie darin, daß die Seminaristen „anfingen zu urteilen, nach Gründen zu fragen, selbst wohl Entwürfe zu machen".

Schon nach 2 Jahren konnten einige Zöglinge als Lehrer oder Hilfslehrer an Schulen nach Tiegenort, Bohnsack, Steegen und Danzig entlassen werden. Der Lehrkörper des Seminars stand den Jungerziehern weiterhin beratend zur Seite und war um ihre Fortbildung bemüht. Insbesondere ließ man sie von Zeit zu Zeit gute Bücher durcharbeiten, wobei ihnen die während der Seminarzeit empfangene Anleitung zustatten kam[15]).

Die gedeihliche Entwicklung der Anstalt wurde dadurch beeinträchtigt, daß sie im Aufbau des Danziger Schulwesens, dessen Grundmauern in einer fernen Vergangenheit ruhten, einen Fremdkörper darstellte. Es erwies sich nämlich als unmöglich, den Generalplan zur Verbesserung des städtischen Bildungs-

[14]) R. A. D. K S Nr. 442; Trendelenburg, Nachricht a. a. O.
[15]) ebenda.

werkes durchzuführen. Den umfassenden Neugestaltungsplänen standen einmal tief eingewurzelte Standesvorurteile entgegen. Sodann bildeten die Frage der Geldbeschaffung sowie die verschiedenartigen städtischen Aufsichts-, Stiftungs- und Patronatsrechte unübersteigbare Hindernisse. Vor allem widersprachen die Vorsteher der selbständig dastehenden „Freischulen" und der reformierten Schule zu St. Petri und Pauli, weil sie mit ihren Anstalten unabhängig bleiben wollten. Ohne zweckmäßige Umformung des Ganzen konnte sich aber kein Glied voll entfalten. Überdies war Trendelenburgs Seminar auf schwankendem Boden errichtet. Es war bloß als ein Versuch gedacht, den man zunächst auf drei Jahre bemessen hatte. Diese Frist wurde zwar um weitere drei Jahre verlängert; hingegen blieb es dabei, daß die Anstalt sich auf die ehrenamtliche Betätigung gemeinnützig denkender Männer und die freiwilligen Beiträge vermögender Privatpersonen gründete. So hing sie von deren Lebensdauer sowie ihren dem Wandel unterworfenen Gesinnungen und äußeren Verhältnissen weitgehend ab.

Es fehlte die feste Grundlage und finanzielle Sicherung, die auf die Dauer nur der Staat zu geben vermag. Dieser versuchte es in den Jahren vor Tilsit auf den verschiedenartigsten Gebieten mit Reformen, jedoch ohne den Willen zu unbedingtem Einsatz. Bald spornte er die Regungen frischer Kräfte an, bald wartete er vorsichtig ab. Für seine Haltung ist es bezeichnend, daß er es ablehnte, Trendelenburgs Seminar in eine „allgemeine Provinzialanstalt" umzuwandeln. Vielmehr sollte es für Danzig und die umliegende Gegend bleiben, was es war, da es zweckmäßiger erschien, „mehrere kleinere Bildungsanstalten dieser Art der Lokalität und einem bestimmten Zwecke gemäß einzurichten als allgemeine, für das Ganze berechnete Institute zu fördern" [16]).

Es kann nach allem nicht wundernehmen, daß Trendelenburgs Bemühen, seinem Privatseminar eine festere Gestalt zu geben, bloß teilweise Erfolg hatte. Wohl wies der König im Mai 1806 die Danziger Kämmereikasse an, jährlich einen Zuschuß von 200 Talern zu zahlen, solange wie die freiwilligen Beiträge in Höhe von 400 Talern aus der Bürgerschaft flossen. Indessen waren die Verhandlungen über den Plan, die Anstalt nach dem Schlosse zu Herrengrebin zu verlegen, noch nicht beendet, als der Ausbruch des unglücklichen Krieges die friedliche Aufbauarbeit lähmte [17]). So bedeutete der Ablauf der sechs Versuchsjahre während der Belagerung Danzigs durch die Franzosen im Frühjahr 1807 zugleich das Ende des Trendelenburgischen Seminars. Um es aufrecht zu erhalten, mangelte es einmal an Geld — die schwer gebrandschatzten Bürger vermochten nicht, in ihren Zuwendungen zu beharren —, dann aber blieben auch die Schüler aus. Die einst lockend gewesene Kantonfreiheit hatte nämlich infolge der veränderten staatlichen Verhältnisse nach dem Tilsiter Frieden ihren Wert verloren.

Mit dem Seminar Trendelenburgs sank nur bedingt Zukunftträchtiges dahin. Die politische Blickrichtung war hier, wie bei allen Neugestaltungsplänen im Schulwesen, mehr dem niedergehenden Altdanziger bürgerlichen Zeitalter als dem emporsteigenden neuen zugewandt. Zwar stand Trendelen-

[16]) G. St. A. Berlin R 76 alt I 289 a, b.
[17]) R. A. D. K S Nr. 442.

burg vielseitigen Einflüssen offen; allein es springt in die Augen, daß seine Schöpfung nicht im Boden eines einheitlichen Volksgefühls wurzelte, sondern so recht eigentlich im Geist des Ständestaates und der Klassenerziehung verhaftet war. Durch die Ausbildung geeigneter Lehrer wollte man einen Stoßtrupp bereitstellen, um „auf die untere Klasse des Volkes desto kräftiger wirken zu können“ [18]). Zudem bewegte man sich unter dem Einfluß des Nützlichkeitsstandpunktes der Aufklärungszeit im wesentlichen in der Richtung auf Kenntnisse, die im Leben praktisch verwertbar waren. Es fehlte die fortreißende Kraft einer großen Idee. Die Hauptbedeutung dieser ersten westpreußischen Pflanzstätte für Volksschullehrer, die in einer Zeit des Umbruchs pädagogischen Regungen des Danziger Bürgertums und dessen bewährtem Gemeinsinn entsprossen war, liegt im Auflockern des Bodens für den Gedanken der planmäßigen Erzieherschulung im deutschen Nordosten. Jedoch haben die Lehrerbildungsanstalten erst während des schöpferischen Zeitraums, der nach dem Zusammenbruch der Monarchie Friedrichs des Großen die Neuformung des preußischen Staates in die Wege leitete, eine Ausprägung erhalten, die in eine größere Zukunft wies.

---

[18]) ebenda.

Kleinere Beiträge und Mitteilungen

Die Geheime Deputation von 1758*)

Von Heinz W. Hoffmann.

Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Rat und der Dritten Ordnung.

Die Stadt Danzig, die im Siebenjährigen Kriege mitten im preußisch-russischen Kampfgebiet lag, hatte damals schwer um ihre Neutralität zu kämpfen. Zwar gelang es der vorsichtigen Politik des Rates, einigermaßen unangefochten durch die ersten 1½ Kriegsjahre hindurchzusteuern, aber die Stadt fühlte sich bedroht, als die Russen im Frühjahr 1758 Ostpreußen besetzt hatten und über Elbing ins Werder vorstießen[1]). Der russische Oberbefehlshaber, General Fermor, wollte jetzt Danzig besetzen, um hier Magazine für seine Armee anzulegen. Dieses wurde dem Rat im April durch den russischen Residenten, Mussin Puschkin, bekanntgemacht. In Danzig war man zur Ablehnung fest entschlossen, mußte aber, wenn nicht mit kriegerischen, so doch bestimmt mit politischen Auseinandersetzungen rechnen. Es galt daher, schnellstens „Patrone und Freunde" zu erwerben. Sie sollten im diplomatischen Lager Polens, vor allem am russischen Hofe und in der russischen Armee für Danzig arbeiten. Dabei mußte die Stadt zu Bestechungen greifen, die in jener Zeit besonders üblich, ja unumgänglich waren. Auf Grund des herrschenden Stadtrechtes war der Rat verpflichtet, die anderen Ordnungen bei größeren Geldentnahmen und wichtigen außenpolitischen Schritten zu befragen. Nun hätte die Verwendung von Bestechungsgeldern der Dritten Ordnung einen erwünschten Anlaß zu öffentlicher Kritik gegeben; mit der Preisgabe des Geheimnisses wäre aber der Erfolg des Geldaufwandes zunichte geworden. Der Rat versuchte, sich aus dieser Zwickmühle dadurch zu retten, daß er sofort nach dem Eintreffen von Puschkins Note den Antrag stellte, eine „Geheime Deputation" aus allen Ordnungen zu ernennen, die über Fragen der äußeren Politik verhandeln sollte. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen stimmten die Quartiere[2]) dem Vorschlag zu; 12 Mitglieder, davon 2 Ratsherren, 2 Schöffen sowie 8 Vertreter der Dritten Ordnung wurden in die Deputation gewählt. Jedoch bald darauf bedauerten die Quartiere den übereilten Beschluß und fühlten sich anscheinend vom Rat überlistet. Sie versuchten, das soeben Begonnene zu hintertreiben. Auf ihren Einfluß hin trat die Geheime Deputation während des Jahres 1758 nicht zusammen, obwohl der Rat mehrmals dazu aufforderte und sich im Dezember auf den ausdrücklichen Wunsch König Augusts III. berief[3]). In ihrer Eifer-

*) Diese Arbeit ist aus Studien über Danzigs Geschichte im 7jähr. Krieg entstanden.

[1]) Rz. 13. und 20. 3. 58, 3. 4. 58.

[2]) Bezeichnung f. Dritte Ordnung; gewählt wurden lt. Rz. 12. 4. 58: Ernst Leuschner, Adrian Gottl. Soehner, Christian Gottl. Roesler, Johann Friedr. Schumann, Friedr. Gottl. Remesson, Gottfr. Hartmann, Adam Tritt, Gottfr. Schwarz, Daniel Seele, Gabriel Schmidt, Joh. Daniel Schmidt, Erdmann Hasse; lt. Rz. vom 4. 12. 58 wurde an Stelle des verstorbenen Roesler Ratsherr G. G. Weickhmann ernannt. [3]) Rz. 15. 12. 58.

sucht gegen den Rat fürchtete die Dritte Ordnung, daß die Geheime Deputation zum Machtmittel des Patriziats werden könne, und sah es lieber, wenn alles „in pleno" verhandelt würde. Der Rat hingegen bemühte sich peinlich, die Wiederkehr der Ereignisse von 1750 [4]) zu vermeiden und — bei Beobachtung aller Verfassungsvorschriften — möglichst freie Hand zu behalten. Nach seinem Willen sollte die Geheime Deputation keineswegs die Außenpolitik führen, sondern lediglich zustimmen, d. h. sie sollte den Ratsbeschlüssen über Bestechungen u. a. die legale Grundlage geben.

Der Rat geht selbständig vor.

Unterdessen verstärkte sich der russische Druck. Außerhalb der Stadttore kümmerte es niemanden, was Rat und Dritte Ordnung miteinander zu rechten hatten. Als oberste verantwortliche Behörde Danzigs konnte der Rat daher nicht das Ende dieses Haders abwarten und solange zögern, bis die volle Einigung zustande käme. Er handelte deshalb aus eigener Macht, ohne die Geheime Deputation zu befragen. — Im November 1758 [5]) erhielten die Ratsherren G. G. Weickhmann und Daniel Gralath den Auftrag, diejenigen Diplomaten zu „devinzieren", die Danzig besonders gegen russische Besetzungsgelüste verteidigt hatten [6]). Höchstwahrscheinlich waren diesen „Freunden" im April und Mai Geldbeträge versprochen worden. Die Kämmereikasse stellte 10 000 fl. zur Verfügung der Verteilungskommission, die aus dem präsidierenden Bürgermeister von Schroeder, dem Syndikus Lengnich, dem Kammerherrn von Leubnitz sowie aus den genannten Ratsmitgliedern bestand. In erster Linie sollte Leubnitz bedacht werden. Ihm wurden 1000 Taler überreicht, „unter konvenablem Kompliment, wie E. Rat sich verbunden hielte, des Herrn Kammerherrn in gegenwärtigen Umständen zum Besten der Stadt angewandte Officia und vielfältige Bemühungen reellement zu erkennen..." [7]). Alsdann folgte der französische Resident Dumont mit 200 Dukaten und merkwürdigerweise Lengnich mit 1000 fl. Auf Anraten von Leubnitz sollten auch den sächsischen Räten von Clauder und von Saul Geldbeträge zuerkannt werden. Als der Kämmerer auf die leeren Kassen hinwies, veranlaßte Bürgermeister Groddeck dennoch, daß an Saul 3000 fl., an Clauder 1200 fl. gezahlt wurden [8]). Leubnitz schlug weiter vor, auch an Premierminister Brühl zu denken; dieses sei um so leichter, als es in aller Öffentlichkeit erfolgen könne. Man brauche nur Brühl als Generalkommissar der Pfahlkammer bei der Vereidigung der Pfahlbeamten nach alter Gewohnheit ein Geschenk „per consilia ordinum" zu überreichen [9]). Der Rat wies den Vorschlag zurück, denn er wünschte in diesen Dingen weder eine Aussprache mit der Dritten Ordnung, noch ein so offensichtliches Vorgehen.

---

[4]) Damals brach ein schwerer Machtkampf zwischen Rat und Dritter Ordnung aus.

[5]) Rz. 3. 11. 58: „...daß es anjetzo wohl dienlich sein möchte, denjenigen Personen, welche der Stadt bei den Troublen besondere Dienste geleistet, eine wirkliche Erkenntlichkeit, dergleichen dem französischen Herrn Residenten versprochen, zu offerieren."

[6]) Rz. Anl. 3. 1. 59. [7]) Rz. Anl. 3. 1. 59. [8]) Rz. Anl. 3. 1. 59.

[9]) Rz. Anl. 3. 1. 59.

Die Tätigkeit der Geheimen Deputation.

Erst Ende Januar 1759 trat die Geheime Deputation wirklich zusammen[10]). In der Instruktion für seine Vertreter — Schumann und Weickhmann — kennzeichnete der Rat seine Absichten gegenüber der Dritten Ordnung: die beiden Ratsherren sollten vor allem auf Verschwiegenheit dringen, keinesfalls jedoch die anderen Mitglieder kopfscheu machen, indem sie zu früh von „bestimmten Summen" oder einem „engeren Ausschuß" sprächen. Wenn aber „in den Nachstimmen dazu Gelegenheit gegeben werden sollte", hätten sie „die Sache dahin einzuleiten, daß wenigstens von der Distribution der festgesetzten Summe nur einige Personen Wissenschaft haben möchten und folglich die Sache desto geheimer geführt werden könnte"[11]). Diese Politik wurde durchgesetzt und brachte dem Rat den ersehnten Erfolg; er liegt darin, daß von der Geheimen Deputation jahrelang kaum etwas zu hören ist. Die Marionette wurde vom Rat wunschgemäß bewegt, und er konnte fortan freier über Bestechungsgelder verfügen! Außenpolitische Probleme gelangten zwar zur Kenntnis der Geheimen Deputation, aber der Rat hatte niemals seine Entschlüsse von ihr abhängig gemacht, sondern hielt es sogar für unnötig, der Deputation vertrauliche Nachrichten mitzuteilen. So führte diese Kommission ein Schattendasein, bis sie im April 1761 auf Antrag ihres Vorsitzenden Johann Friedrich Schumann aufgelöst wurde[12]). Es klingt fast ironisch, wenn dieser Schritt damit begründet wird, daß die Deputation allein durch ihr Bestehen zu „erneuten Zumutungen" anreize. Als die Ordnungen Schumanns Vorschlag genehmigten, stellten sie fest, die Deputierten hätten ihren Zweck erreicht, „nämlich die Abkehrung der androhenden Gefährlichkeit durch gütliche Hilfsmittel mit Vorsichtigkeit und Verschwiegenheit besorgt"[13]).

In der Schlußabrechnung wird die verausgabte Summe von 96 600 fl. und noch einiges mehr genannt[14]). Sie beweist, daß der Rat die Anfangsquote von 10 000 fl. jährlich stark überschritten hat. Eine genaue Aufstellung von Namen und Zahlen liegt nicht vor. Außer den bereits erwähnten sind in Warschau u. a. folgende Diplomaten bedacht worden: Herr von Aloy, Legationsrat von Just, Kammerrat Steinhäuser[15]) sowie der polnische Kronunterkanzler[16]). Der Kronreferendar Podoski erhielt vor seiner Abreise aus Danzig 500 Dukaten[17]). Eine ansehnliche Summe wurde ferner an den sächsischen Legationsrat Prasse in Petersburg entrichtet[18]). Dem russischen Residenten

---

[10]) Rz. 19. 1. 59. Der Rat will: „hiernächst bei den löblichen Ordnungen empfehlen, daß sie zur Gewinnung mehrerer Gönner und Freunde entweder einige 1000 fl., welche bei den E. Rat bekannten Bedürfnissen der Stadtkassen mit aller Behutsamkeit und Menage verwandt werden sollten, in E. Rats Hände stellen oder desfalls nunmehr die Geh. Dep. zusammenkommen lassen wollten."

[11]) Rz. 24. 1. 59. [12]) Rz. 27. 4. 61. [13]) Rz. 27. 4. 61. [14]) Rz. 27. 4. 61.

[15]) Aloy, Just, Steinhäuser, letztere in sächsischen Diensten, übten in Warschau beachtlichen Einfluß aus.

[16]) S. W. 18. 11. und 6. 12. 62.

[17]) Rz. 27. 4. 61.

[18]) Rz. 8. 5. 61. Prasse sollen „außer demjenigen, was er vorhin empfangen, indem er dasselbe, ohne etwas für sich zu behalten, zum Besten der Stadt angewandt hätte, noch etwa 100 Dukaten zugesandt werden. — So berichtete zwar Herr J. F. Schumann, daß dieser Herr eine ansehnliche Summe und zwar mehr, als er verlangt, erhalten hätte."

in Danzig, Kanzleirat Rzyszewski, überreichte der Rat zu Anfang seiner Tätigkeit 1000 fl.; auch sein Vorgänger dürfte Geld empfangen haben. Meistens blieb es nicht bei einmaliger Zahlung, sondern die Diplomaten konnten mit weiteren „Geschenken" rechnen. Eine Menge von kleineren Beträgen ist zweifellos Edelleuten am polnischen Hofe sowie russischen Offizieren ausgezahlt worden.

Weitere Zahlungen Danzigs bis zum Kriegsende trotz Aufhebung der Geheimen Deputation.

Die Bestechungen hoher russischer Offiziere dauerten während des ganzen Krieges an und wurden auch nach Auflösung der Deputation fortgesetzt; sie bestanden in doppelter Form: in „Erfrischungen" und Geldgeschenken, oft war beides miteinander verbunden. Die „Erfrischungen" setzten sich aus Wein, Kaffee, Likör, Gewürzen usw. zusammen und hatten jeweils einen Wert von 700—1000 fl.[19]). Sie stellten demnach eine verfeinerte Form der Bestechung dar. Noch zwischen April und November 1762 werden ca. 6000 fl. an russische Generäle verteilt[20]), davon 3000 an „die beiden vornehmsten Personen" (vermutlich die Generäle und Quartiermeister Chommotoff und von Stoffeln[21]). Sie hatten der Stadt, besonders aber dem Landgebiet viele Unkosten dadurch erspart, daß sie Einquartierungen verhinderten und für Einlösung der den Bauern erteilten Gutscheine sorgten[22]).

Am polnischen Hofe, wo allgemeine Geldverlegenheit herrschte, glaubte man, das reiche Danzig könne nicht genug zahlen. Wenn einmal eine Verteilung an „Freunde" und „Pensionäre" erfolgt war, dann bedankten sich manche dieser Herren beim Sekretär Skubowius und fragten zugleich an, ob sie nicht noch mehr für ihre wertvollen Dienste erhalten könnten. Es kam vor, daß sie im Falle der Ablehnung die Beleidigten spielten. Oftmals versuchten auch Glücksritter, deren Kassen stark erschüttert waren, Streit heraufzubeschwören. Sie hofften dann, ein gutes Geschenk zu erpressen, und waren erbötig, der Stadt aus der künstlich bereiteten Falle zu helfen.

Danzigs Freigebigkeit wurde aber nur selten mißbraucht. Fast alle Genannten haben der Stadt in kritischen Zeiten geholfen. Die Zahl der „Freunde" ist mit ihnen nicht erschöpft, doch ist es unmöglich, jeden einzelnen Fall aufzuspüren. Scheinbar war der Rat bemüht, mit zweitklassigen Diplomaten zu arbeiten, mit Adjutanten, Quartiermeistern, Räten usw. Hochgestellte Persönlichkeiten lassen sich in solchem Zusammenhang schwerer nachweisen. Ein triftiger Grund hierfür mag darin liegen, daß man derartige Fälle besonders verschwiegen behandeln mußte. Immerhin ist als sicher anzunehmen, daß

---

[19]) Rz. 27. 7. 57 u. a.

[20]) Rz. 19. 4. 62 „daß kleinere Geschenke, welche zu einer und der anderen Zeit der Russ. Kais. Generalität an Erfrischungen und sonst gemacht worden, eine gewünschte Wirkung gehabt, indem bisher die hiesigen Ländereien von aller Einquartierung und Verlegung der Pferde in dieselben gänzlich befreit geblieben."

[21]) Rz. 26. 11. 62.

[22]) Rz 26. 11. 62.

Brühl eine Summe empfangen hat, die die erwähnten Zahlen weit übersteigt [23]). Höchstwahrscheinlich haben die Generäle Fermor [24]), Soltykoff [25]) und Buturlin [26]) ebenfalls Geldgeschenke erhalten.

---

[23]) Löschin II, S. 227 „...auch dem Grafen Brühl und den übrigen Großen des Hofes wurden Friedensopfer dargebracht, so daß sich die ganze Summe der Ausgaben (statt 540 000) auf 700 000 fl. belief."

[24]) Maßlowski, Bd. II, S. 299, betont, daß Fermor sich in Petersburg wegen seiner Versprechungen an Danzig zu verantworten hatte. M. sieht hierin einen der Gründe für die Abberufung Fermors, vergl. auch Löschin II, S. 219.

[25]) Löschin II, S. 222 „...und auch an ihn (Soltykoff) wurden Gralath und Weickhmann... abgeschickt, um ihn mit freigebigen Händen der Stadt geneigt zu machen."

[26]) Löschin II, S. 222. Ein Gleiches mußten sie auch im folgenden Jahre in dem ebenfalls zu Marienburg befindlichen Hauptquartier des Grafen Buturlin versuchen.

Abkürzungen:

Rz. = Recessus betr. dasjenige, was bei Gelegenheit der in Deutschland und im Königreich Preußen fortdauernden Kriegsunruhen... an E. Rat gekommen und von E. Hochweisen Rat deshalb verfüget worden. Reichsarchiv Danzig, 300, 31 Nr. 42 a—e.

S. W. = Berichte des Danziger Sekretärs in Warschau. Reichsarchiv Danzig, 300, 9 Nr. 120—127.

Rz. Anl. = Anlage zum Rezeß.

Literatur:

Löschin, G.: Geschichte Danzigs, Bd. II. Danzig, 1825.

Maßlowski: Der siebenjährige Krieg nach russischer Darstellung, Bd. II. Berlin, 1888—1893.

Polnische Novellen in deutscher Sprache

Von Hermann Haßbargen.

Die in den „Mitteilungen" (Jg. 1941. Nr. 1) besprochene Dissertation von Günter Eichhorn „Geschichte des Zeitungswesens im deutschen Ostraum zwischen Frankfurt a. O. und Danzig" hat — anscheinend der Literaturgeschichte Pompeckis folgend — die unrichtige Behauptung wiederholt, daß im Jahre 1656 in Danzig eine Zeitung in polnischer Sprache erschienen sei. Ich habe diesen Irrtum zurückgewiesen und bin jetzt in der Lage, abschließend zu beweisen, daß die in Frage stehenden „Polnischen Novellen" in deutscher Sprache erschienen sind; denn es ist unter den zeitungsgeschichtlichen Beständen der Stadtbibliothek eine Nummer dieses Zeitungsunternehmens des Jakob Weiß erhalten geblieben.

Der verdiente G. Löschin hat wohl zuerst in seiner Geschichte Danzigs von der „polnischen" Zeitung gesprochen. Er sagt: „Seit dem Jahre 1656 erschien in Danzig auch eine polnische Zeitung, die ein gewisser Jakob Weiß redigierte". Dieser Passus war eine hochwillkommene Beute für den jüdisch-polnischen Historiker Simon Askenazy, der in seinem auch ins Deutsche übersetzten Machwerk „Danzig und Polen" diese vermeintliche polnische Zeitung als besonders wichtigen Beweis für die „polnische Kultur" und ihren „organischen" Zusammenhang mit dem slawischen Ursprung der Stadt angesehen wissen wollte.

Diese Fabel hat, was die Zeitung angeht, Hans-Karl Gspann widerlegt in seiner Arbeit „Die Anfänge der periodischen Presse in Danzig" (ZWGV. H. 64. 1923). Auf Grund der im Reichsarchiv erhaltenen Akten über den Streit zwischen dem Herausgeber der „Polnischen Novellen", dem Buchführer Jakob Weiß, und dem Drucker der Zeitung, der Firma Rhete, hat er beweisen können, daß die Bezeichnung „polnische Novellen" nicht, wie Löschin — wahrscheinlich in falscher Auswertung eben dieser Akten — gemeint hat, auf die Sprache und den Charakter der Zeitung weist, sondern auf die Herkunft der zum Abdruck gelangenden „Novellen" oder Korrespondenzen.

Gspann brachte seine Arbeit zum Abschluß vor der Entwicklung neuerer Methoden zur Erforschung der älteren Zeitungsgeschichte. So kommt es, daß er zu seinem Thema zu wenig Vertrauen hat. Er sucht nicht, weil er nicht glaubt, finden zu können. So ist ihm fast die gesamte Frühgeschichte der Danziger Zeitungen verborgen geblieben. Auch die in den erwähnten Akten versteckten Hinweise hat er zum Teil unausgewertet gelassen, so z. B. den Satz: „Ferner und zum andern soll er (Jakob Weiß) den Particularien damit (d. h. mit seinen „Polnischen Novellen") nicht zu nahe kommen, sondern allein dabey bleiben, was im Königreich Pohlen, Littauen, Preußen, Liffland und dazu gehörigen Herrschaften passiret und vorgehet". Im Zeitungskatalog der Stadtbibliothek ist eine Reihe Nummern der Partikular-Zeitung angeführt, deren Entdeckung, Berücksichtigung und Einordnung in die Frühgeschichte der Danziger Presse für die Arbeit fruchtbar gewesen wäre. Auch bei den „Novellen" hätte Gspann durch eine Befragung des alphabetischen Katalogs der Stadtbibliothek Erfolg haben können, wenn er unter dem der Schriftsprache entsprechenden Wort Nouvellen nachgesehen hätte, denn dann hätte er gefunden: „Glaubwürdige Nouvellen Was neulicher Zeit im Königreich

Glaubwürdige
Nouvellen
Was neulicher Zeit
im Königreich Pohlen / Preussen und andern Orten denckwürdiges sich zu getragen.
Insonderheit
Wie stattlich Ihr. Königl. Majest. zu Dännemarcken / alhier auff der Reyde dieser Tage angelangete Krieges-Flotta beschaffen und ausgerüstet gewesen.
ANNO
M. DC. LVII.

Aus Coppenhagen vom 1. Julij Styl. Nov.

Unsere Armee aus Holstein ist albereit nach dem Stifft Brehmen gegangen/ es hat der Reichs Marschall absolute Ordre zu avanciren die Krieges Flotta bestehende in 24. Galliotten ist auch nunmehr in die Ost See gangen / sind trefliche Schiffe / mit Volck/Stücken/Ammunition und aller andern behörlichen Victualien sehr wol versehen ; Unsere militia in Schonen hat sich albereit zu Elsceburg zusammen gezogen/über das haben sich auch 2000 Reuter und 2000 Fuß Knechte conjungiret. die andern folgen/ und samlen sich nach und nach also daß ehestes Tages der Einbruch in das Reich Schweden gewiß geschehen wirdt. Die Schweden mögen von uns reden und halten was sie wollen/ so werden sie es ob GOTT will in kurtzem wol erfahren/ das

Pohlen, Preussen und andern Orten denckwürdiges sich zu getragen. Insonderheit . . ." (folgt die Schlagzeile) „Anno 1657". Nimmt man diesen Druck zur Hand, so erweist er sich sofort als „Zeitung". Die vorliegende, einzige erhaltene Nummer bringt 8 Korrespondenzen auf vier Blättern. Die Korrespondenzorte: Kopenhagen, Thorn (zweimal), Elbing (zweimal), Czenstochau, Danzig (zweimal) und Königsberg lassen, abgesehen von dem aus besonderem Anlaß auftretenden Kopenhagen, erkennen, daß es sich hier tatsächlich um Nouvellen aus Polen und Preußen handelt, wie der Kopf der Zeitung angibt und wie sie die Entscheidung des Rates dem Jakob Weiß herauszugeben erlaubt und die Rhetesche Firma zu drucken verpflichtet hatte. Wenn man nun,

was nach Parallelfällen erlaubt, ja notwendig ist, annimmt, daß der Kopf dieser Zeitung „Glaubwürdige Nouvellen Was neulicher Zeit im Königreich Pohlen, Preussen und andern Orten denckwürdiges sich zu getragen" feststand, also auf jeder Nummer so sich fand, dann dürfte, zumal an der Danziger Herkunft der erhaltenen Nummer kein Zweifel ist, tatsächlich feststehen, daß hier eine Nummer der „Polnischen Novellen" vorliegt.

Dieses Zeitungsunternehmen gehört, wie bereits angedeutet, nicht in die Reihe der regulären Danziger Zeitungen; es ist ganz offenkundig vielmehr eine Gründung ad hoc, d. h. sein Erscheinen begleitete den 1656 ausgebrochenen schwedisch-polnischen Krieg, dessen Fortgang naturgemäß die Danziger als schwer in Mitleidenschaft gezogene, mehr oder minder passive Zuschauer auf das Höchste interessierte. Der rührige Buchhändler Jakob Weiß, den wir uns mit seinem Verkaufsstand vor dem Artushofe vorzustellen haben, hatte diese Situation sich zunutze gemacht und vom Rat die Erlaubnis erwirkt, „glaubwürdige" polnische Novellen herauszubringen. Daß bis dahin das Drucken polnischer Avisen aus Gründen der Staatsräson verboten war, geht aus den mehrfach erwähnten Streitakten eindeutig hervor. Verständlich ist auch der Ärger der Firma Rhete, daß nun ein Außenstehender mit der Herausgabe einer Zeitung sozusagen behördlich beauftragt war, während die Firma selbst, früher im Zeitungsunternehmen auch als Verleger tätig und als Ratsdruckerei privilegiert, nunmehr den Druck befehlsgemäß ausführen mußte. Ob es ihr gelang, dies onus abzuwälzen, ist nicht bekannt. Lediglich als Vermutung möchte ich aussprechen, daß es ihr gelang und daß dann, bald nach Erscheinen der vorliegenden Nummer, die Nachrichten aus dem polnisch-preußischen Gebiet von den Rhetes selbst in laufenden Berichten mit wechselndem Kopf herausgebracht wurden. Der Band Nl. 100 der Stadtbibliothek, in dem unter Nr. 98 die hier abgebildeten „Glaubwürdigen Nouvellen" sich finden, enthält in der Folge zahlreiche Drucke mit laufenden Nachrichten zum schwedisch-polnischen Krieg, die diese Vermutung rechtfertigen. Damit dürfte die Frage der „Polnischen Novellen" endgültig geklärt sein. Es bleibt uns nun noch die Pflicht und in diesem Fall das schmunzelnde Vergnügen, einen Blick hineinzuwerfen. Die Korrespondenz aus Kopenhagen vom 1. Juli 1657 lautet:

„ . . . Die Schweden mögen von uns reden und halten waß sie wollen / so werden sie es ob Gott will in kurtzem wol erfahren / das sie mit großen Worten und Verachtungen ander Nationen nichts gewinnen / sondern gewertig sein müssen waß der Allerhöchste nach seinem heiligen Raht in diesem Werck / über den einen oder andern beschlossen hat."

Buchbesprechungen

Schmauch, Hans, Nicolaus Coppernicus und die preußische Münzreform. (Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Staatl. Akademie zu Braunsberg für das 3. Trimester 1940, S. 1—40.)

Die Literatur über den bedeutendsten westpreußischen Gelehrten, den weltberühmten Astronomen Nicolaus Coppernicus ist, seiner Bedeutung entsprechend, umfangreich. Jeder weitere Beitrag, der über sein Leben und seine Wirksamkeit Auskunft gibt, ist wertvoll und mit Freuden zu begrüßen. Schmauch ist nun in der glücklichen Lage, aus Akten des Danziger Reichsarchivs unsere bisherige Kenntnis über die Mitarbeit des Astronomen an der Reform des verfahrenen preußischen Münzwesens zu erweitern und uns über manchen Punkt dieser Tätigkeit Klarheit zu verschaffen.

Bisher kannten wir als erstes Zeugnis dieser Beschäftigung des C. mit dem preußischen Münzwesen den in deutscher Sprache abgefaßten Text einer Denkschrift aus dem Jahre 1519. (Abgedruckt bei Prowe, Leopold. Nicolaus Coppernicus, Bd. II, S. 21 ff., Berlin 1884). Diese Ausarbeitung trug C. auf der preußischen Ständeversammlung, die seit Montag nach Reminiszere (16. März) in Graudenz tagte, und an der er mit anderen Vertretern des ermländischen Bischofs teilnahm, auf Bitten der Landesräte vor. Wie Schmauch in seiner Arbeit nachweist, hat er ihr dann nachher, offenbar als Folge der Verhandlungen, noch einen kurzen Zusatz über die Angleichung der preußischen Münze an die polnische angefügt. (Abgedruckt bei Schmauch, S. 4.) Außer dem deutschen Text der Denkschrift hat C. einige Jahre später, wahrscheinlich in der Zeit von 1527 auf 1528, noch eine zweite Redaktion in lateinischer Sprache vorgenommen. Sie ist, wie die deutsche, mehrfach abgedruckt und nichts weiter als eine Überarbeitung der ersten. C. übersetzt darin vor allem den größten Teil des deutschen Wortlautes, nimmt aber auch bisweilen Umgruppierungen des Stoffes vor und macht häufig erklärende Zusätze und weitere Ausführungen. Was die Veranlassung zu ihrer Entstehung gewesen ist, wissen wir nicht. Prowe hat in seinem bekannten Werk über Coppernicus gemeint, sie sei für weitere Kreise bestimmt gewesen. Hierfür spricht allerdings die Tatsache, daß C. auf dem Marienburger Landtage vom Mai 1528 persönlich zugegen war und auch an den Verhandlungen über die preußische Münzreform lebhaften Anteil nahm. Es ist daher durchaus möglich, daß er die lateinische Ausarbeitung seiner Denkschrift angefertigt hat, um sie auf dem Landtage zur Kenntnis solcher Abgeordneten zu bringen, die des Deutschen nicht genügend kundig waren. Demgegenüber folgert Schmauch gerade aus der lateinischen Abfassung, daß sie „nicht für weitere Kreise", sondern nur für den Bischof Ferber oder das Frauenburger Domkapitel bestimmt gewesen sei (Fußn. 43). Wessen Meinung das Richtige trifft, ist heute nicht mehr zu entscheiden. Beide Auffassungen sind gut begründet, schließen sich aber auch gegenseitig nicht aus, sondern lassen sich sehr wohl vereinigen. C. kann seine lateinische Ausarbeitung sowohl für den Bischof und das Domkapitel, wie gleichzeitig auch für die Abgeordneten angefertigt haben. Im übrigen ist diese Frage von untergeordneter Bedeutung. Wir wußten also bisher, daß die Reformfrage des preußischen Münzwesens C. etwa 10 Jahre lang beschäftigt hat; denn wenn er seine deutsche Denkschrift 1519 abfaßte, mußte er sich bereits längere Zeit mit dem schwierigen Stoffe beschäftigt haben.

Nun fand sich neuerdings im Danziger Reichsarchiv unter der Signatur 300, 25 Nr. 20 ein Schriftstück, das am Schluß den Vermerk: „N. C. Meditata XV. Augusti anno Domini MDXVII" trägt. Die beiden Buchstaben N. C. löst Schmauch in seiner Abhandlung mit Recht in Nicolaus Coppernicus auf und weist auch aus inneren Gründen einwandfrei die Autorschaft des C. nach. Aus der Gegenüberstellung des lateinischen Entwurfs vom 15. August 1517 und der deutschen Denkschrift von 1519, die Schmauch beide in den Beilagen unter Nr. 1 abdruckt, geht klar hervor, daß diese zum größten Teil eine wörtliche Übersetzung des lateinischen Entwurfs ist. Außerdem zeigt auch besonders der erste allgemeine Teil des Entwurfes im Wortlaut eine sehr starke Übereinstimmung mit dem lateinischen Text der zweiten Redaktion der Denkschrift. Die Datierung des Entwurfs sagt uns, daß C. sich mindestens schon seit 1517, also

reichlich 13 Jahre lang, mit den Münzproblemen beschäftigt hat. Wichtiger ist, daß durch Schmauchs Abhandlung nun erwiesen wird, daß nicht die Denkschrift von 1519 die erste Ausarbeitung gewesen ist, wie Prowe gemeint hatte. Dieser hatte geglaubt, C. habe seine 1519 verfaßte Denkschrift auf Wunsch der preußischen Stände nochmals überarbeitet und 1522 auf dem März-Landtage vorgetragen, während er in Wirklichkeit den ersten Entwurf von 1517 im Jahre 1519 zu seiner Denkschrift überarbeitet und ihr dann nach den Beratungen auf dem Landtage 1522 noch den vorhin erwähnten kurzen Nachtrag hinzugefügt hat.

Durch Schmauchs Veröffentlichung wird weiterhin nach den Akten des Danziger Reichsarchivs 300, 29 Nr. 9, Bl. 188—248 auch die Beteiligung des C. an den Beratungen über die Währungsreform auf dem Marienburger Landtage vom 9. bis 20. Mai 1528 beleuchtet. Nach Festlegung der Grundsätze, nach denen das neue Geld geschlagen werden sollte, mußte der Umrechnungskurs bestimmt werden, nach dem das alte Geld gegen das neue gewechselt werden sollte. Um diese Angelegenheit zu regeln, wurde am 14. Mai ein Ausschuß gewählt. Hierbei interessiert uns nun besonders, daß in diesen von den Landesräten Königlich Preußens neben anderen auch der große Praktiker und Rechenmeister C. gewählt wurde. Bei den Beratungen bereitete der Umrechnungskurs der Schweidnitzer Halbgroschen, die im Lande in großer Zahl umliefen, und der Goldmünzen Schwierigkeiten, so daß die westpreußische Ständeversammlung sich im Jahre 1528 noch dreimal mit dieser Frage zu beschäftigen hatte. Wie Schmauch berichtet, hat C. nach Ausweis des Danziger Rezeßbuches an keiner dieser Tagungen teilgenommen. Dagegen finden wir ihn nach Schmauch (S. 22) wiederum auf dem Elbinger Landtage vom 14. bis 17. Februar 1529. Da die neuen Münzen bei weitem nicht in genügender Zahl ausgeprägt worden und infolgedessen vor allem in den Haupthandelsplätzen des Weichsellandes, Danzig und Elbing, die alten Pfennige und die Schweidnitzer Halbgroschen weiterhin im Kurs geblieben waren, hatte dieser über die Abstellung der Münzverwirrung, die durch das Nebeneinander der alten und neuen Sorten entstanden war, zu beraten. Ob C. auch an der folgenden Marienburger Tagung vom 10. bis 14. Mai teilgenommen hat, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Nach Schmauchs Ausführungen, die sich gegen Prowes Folgerungen richten, ist seine Anwesenheit „nur als möglich, nicht als sicher anzusehen". (Schmauch S. 22, Fußn. 63). Dieser Ansicht wird man unbedenklich zustimmen und des C. Anwesenheit auf dieser Tagung ebensowenig wie auf der Elbinger Tagfahrt vom 12. bis 14. November 1529 als erwiesen ansehen können, wie Prowe es tut. Der Mangel an einheimischem Kleingeld wurde bald darauf durch entsprechende Maßnahmen behoben, und nur noch eine schwierige Frage, die Umwechslung der Goldmünzen gegen das neue Silbergeld, harrte der Erledigung. Diese Angelegenheit kam auf dem nächsten Michaelis-Landtage zu Graudenz 1530 zur Sprache. Da trotz längerer Verhandlungen keine Einigung zu erzielen war, beschloß man wiederum einen Ausschuß aus Vertretern der westpreußischen Stände und aus Abgesandten des Herzogs Albrecht zur Erledigung dieser Angelegenheit zu wählen. Zu ihm gehörte auch der in solchen Fragen sachverständige C. Der Ausschuß begann seine Arbeiten am 28. Oktober 1530 in Elbing. Eine Einigung konnte jedoch auch jetzt nicht erzielt werden. Der Streit drehte sich vor allem um den Umrechnungskurs für den, wie Schmauch bemerkt, in Preußen weit verbreiteten Horngulden, den der Herzog auf 12½ Groschen gesetzt hatte, während die Vertreter von Königlich Preußen ihn etwas höher bewertet wissen wollten.

Im Anschluß an diesen Punkt seien hier vorerst einige Bemerkungen über den Horngulden gemacht. Diese münzwissenschaftliche Frage ist Schmauch dunkel geblieben. Unter Berufung auf W. Schwinkowski, Das Geldwesen in Preußen unter Herzog Albrecht (Phil. Diss. Königsberg. Berlin 1909), sagt er auf S. 23, Anm. 67: „Schwinkowski S. 31 An. 2 leitet den Namen her von dem Lütticher Bischof Johann von Horn (1482—1506)". Das tut nicht bloß Schwinkowski, sondern das geschieht in der Numismatik ganz allgemein, und zwar sind die Goldgulden dieses Bischofs Horn im Gegensatz zu anderen Goldmünzen von dem hohen Feingehalt von etwa 980/1000 bekannt wegen ihres geringen Feingehalts, der bisweilen noch nicht halb so hoch war. Solche minderwertigen Gulden, die Bischof Horn als erster schlagen ließ und die man daher nach ihm „Horngulden" nannte, wurden nach seinem Vorbilde seit-

dem auch von anderen deutschen Fürsten massenhaft geschlagen, so auch im Ordenslande von den beiden letzten Hochmeistern. Die Horngulden Albrechts von Brandenburg hielten etwa 650/1000 Fein. Bei den preußischen Horngulden handelt es sich also gar nicht um Lütticher, wie Schmauch gemeint hat, sondern um Ordensmünzen, die in beiden Teilen Preußens in großer Zahl umliefen. Nur, wenn man dieses weiß, werden die langwierigen und wiederholten Verhandlungen über den Umrechnungskurs der Horngulden verständlich, da eben der Herzog sein eigenes Goldgeld umwechseln und zahlen sollte und daher den Kurs möglichst niedrig halten wollte.

Als über die Frage der Bewertung der Horngulden in der Sondersitzung der Königlichen Räte am 30. Oktober beraten wurde, ergriff auch C. das Wort und setzte in ähnlicher Weise, wie er es schon in der lateinischen Redaktion seiner Denkschrift getan hatte, die allgemeinen Grundsätze auseinander, nach denen die Umwechslung zu geschehen hätte. Nach dem von Schmauch auf S. 25 abgedruckten Bericht im Rezeß (Bl. 348) hätte er gesagt, wenn man den richtigen Metallwert („wird" = Würde) des Goldes erfahren wolle, könne dieses nicht am geschlagenen oder vermünzten Golde geschehen, da man nicht wüßte, wieviel Zusatz es hätte, sondern nur am reinen Golde oder Silber. Es müsse untersucht und scharf erwogen werden, mit wieviel Münze man eine Mark lotigen Silbers oder auch Goldes bezahlen müsse. Hiernach wäre dann weiter der Metallwert des geschlagenen Goldes zu erforschen. Der Elbinger Bürgermeister Johann von Lohe äußerte sich, er wisse hierzu nichts zu sagen, da die Sache „subtil und nicht eyn jeder darinne erfaren" sei, vor allem möge man darauf achten, daß der Horngulden nicht aus dem Lande komme. Demgegenüber trat der Danziger Bürgermeister Edward Nidderhoff für Verschiebung der ganzen Angelegenheit bis auf den Stanislai-Landtag nächsten Jahres ein. Hiervon wollte nun aber wieder der Marienburger Woiwode Georg von Baysen nichts wissen und schlug vor, den Horngulden auf 13 Groschen 1 Schilling zu setzen, so daß 3 Horngulden = 13 · 3 = 39 Groschen + 1 · 3 = 3 Schilling = 1 Groschen, zusammen = 40 Groschen = 2 Mark gewesen wären. Darauf beratschlagte man weiter, ob es besser sei, den Horngulden bei seiner früheren Taxe zu belassen, oder ob man bei den fürstlichen Gesandten beantragen solle, ihn noch ein wenig höher anzusetzen. Außer dem Danziger Kastellan Johann Balinski trat schließlich auch C. dafür ein, daß man ihn bei der vorigen Schätzung belasse. Auch die Vertreter von Danzig und Elbing traten diesem Vorschlage bei. Trotzdem schloß die Beratung des Ausschusses mit einer Vertagung der Angelegenheit. Mit diesen Verhandlungen endigte des C. Mitarbeit an der Regelung des preußischen Münzwesens. Eine Festlegung des Umrechnungskurses der einheimischen Horngulden, nicht der ausländischen Goldmünzen, wie Schmauch S. 26 schreibt, ist trotz des Drängens der herzoglichen Abgesandten weder auf dem nächsten westpreußischen Stanislai-Landtage 1531 zu Marienburg, noch später jemals erfolgt. Die preußischen Horngulden sind in der Folgezeit aber so gründlich von der Bildfläche verschwunden, daß es heute keinen einzigen Horngulden des Hochmeisters Friedrich von Sachsen und nur zwei Stücke des Hornguldens Albrechts von Brandenburg gibt. Unter diesen Umständen zählen beide heute zu den größten numismatischen Seltenheiten. Einer befindet sich heute in der Sammlung der Königsberger Universität, der andere in Wien.

Durch Schmauchs verdienstvolle Arbeit und klare Auseinandersetzung wird mancher bisherige Irrtum richtiggestellt und der Beweis erbracht, daß C. sich reichlich 13 Jahre lang mit dem preußischen Münzproblem beschäftigt hat. Damit hat er den äußeren Rahmen für diese wirtschaftspolitische Tätigkeit des berühmten westpreußischen Gelehrten festgelegt und gezeigt, daß der große Astronom kein weltfremder „Sterngucker" war, wie er 1531 spöttisch von den Elbingern genannt wurde, sondern ein nüchterner Realpolitiker. E. Waschinski.

Wiegand, Berthold, Die antideutsche Propaganda der Polen von 1890 bis 1914. Danziger Verlagsgesellschaft. Danzig 1940. 152 S.

Es ist erstaunlich, daß bisher noch niemand auf den Gedanken gekommen war, das im „Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur" von den preußischen Polizeibehörden zusammengetragene Material, in dem in bequemer, übersichtlicher Weise ein einzigartiger Quellenstoff gesammelt worden ist, zum Gegenstand einer eingehenden

Untersuchung zu machen. Wiegand, der über einen gewandten, journalistisch geschulten Stil verfügt, hat es verstanden, aus dieser Quelle ein gutes Bild von der geschickten propagandistischen Arbeit der Polen, deren Ziel die systematische Zerstörung des an sich nicht schlechten Verhältnisses zwischen den breiten polnischsprechenden Massen und dem preußischen Staate war, zu entwerfen. Es erscheint heute unbegreiflich, daß der Staat diesem Treiben ruhig zuschaute und es nicht wagte, energisch dagegen einzuschreiten.

Vom wissenschaftlichen Standpunkte aus ist es allerdings zu bedauern, daß Wiegand sich fast ausschließlich auf diese eine Quelle beschränkt und daneben nur die schon oft ausgeschriebenen grundlegenden Arbeiten von Bernhard, Laubert und Recke herangezogen hat. Die neuere deutsche Literatur, ganz zu schweigen von der polnischen, ist von ihm überhaupt nicht benutzt worden. Er scheint weder die Arbeit von Perdelwiz über „die Posener Polen von 1815 bis 1914" noch die unmittelbar in sein Gebiet schlagende Leipziger Dissertation von Günzel über „die nationale Arbeit der polnischen Presse in Westpreußen und Posen z. Z. der Kanzlerschaft Bülows 1900—1909" zu kennen. Auch Bużeks bereits 1909 erschienene, aber noch jetzt unentbehrliche „Historja polityki narodowościowej rządu pruskiego wobec Polaków" und die ideengeschichtlichen Untersuchungen Feldmans sucht man bei ihm vergeblich. Es nimmt daher nicht wunder, daß auf die eigentliche Spezialliteratur überhaupt nicht eingegangen wird. Besonders bedauerlich ist es aber, daß er seine Kenntnisse über Oberschlesien ausschließlich aus dem „Polenspiegel" von Wagner-Voß bezogen hat, der wahrlich nicht den Anspruch auf wissenschaftlichen Wert erhebt und zudem völlig überholt ist. Wenn ihm die Arbeit von Ilse Schwidetzki über „die polnische Wahlbewegung in Oberschlesien" (Breslau 1934) bekannt gewesen wäre, hätte er auf den ganzen Abschnitt über Oberschlesien verzichten können, da Schwidetzki die Vorgänge auf Grund eingehender Quellenstudien ausführlicher und richtiger darstellt, während dem Verfasser die oberschlesischen Verhältnisse reichlich fremd geblieben zu sein scheinen.

Aber auch sonst vermissen wir bisweilen die notwendige Vertrautheit mit den politischen Gesamtverhältnissen. Wie hätte er sonst schreiben können (S. 63), Dmowski habe sich während des russisch-japanischen Krieges in Japan aufgehalten, um sich um das Schicksal polnischer Kriegsgefangener zu kümmern! Von dem dramatischen Kampfe, der sich damals zwischen Dmowski und Pilsudski um die Orientierung der polnischen Politik abspielte, weiß der Verfasser augenscheinlich nichts. Daneben wird die Bedeutung des Ostmarkenvereins zweifellos überschätzt (S. 48); bei einer besseren Kenntnis des Schrifttums hätte Wiegand wahrscheinlich auch der Tätigkeit der polnischen Abgeordneten in den deutschen parlamentarischen Vertretungen etwas weniger Bedeutung beigemessen und wäre vermutlich gezwungen gewesen, sich noch etwas kritischer mit Bismarcks Ansichten über die Polenfrage auseinanderzusetzen (S. 10 f.).

Wir sind weit entfernt davon, den Wert einer wissenschaftlichen Arbeit nach der Menge der Fußnoten zu beurteilen, aber etwas gründlichere Beschäftigung mit den gesamten zur Verfügung stehenden Quellen und dem Schrifttum wäre wirklich nicht vom Übel gewesen. Ist es notwendig, Reichstagsdebatten und Wahlergebnisse nach polnischen Pressestimmen zu zitieren? Warum wird der Titel des Buches mit den Ergebnissen der Sienkiewiczschen Enquête über das Enteignungsgesetz nicht angegeben? So kann leicht der Eindruck entstehen, der Verfasser habe das Buch überhaupt nicht in Händen gehabt. Als journalistischer und publizistischer Leistung ist dem Buch ein unverkennbar hoher Wert nicht abzusprechen, wissenschaftlich läßt es jedoch mancherlei zu wünschen übrig. Die Vermutung, daß der Verfasser es unter dem Druck des herannahenden Krieges vorzeitig abgeschlossen und früher der Öffentlichkeit übergeben hat, als er ursprünglich beabsichtigte, liegt nahe und mag zur Erklärung der angedeuteten Mängel beitragen.

Bromberg. Adalbert Hahn.

E. Koßmann, Die Deutschrechtliche Siedlung in Polen. Dargestellt am Lodzer Raum. (Ostdeutsche Forschungen, Band 8), Leipzig 1939.

Der vom Verfasser gewählte Titel umschreibt, wenn man so will, insofern nur unzureichend den Inhalt seines Buches, als nahezu dessen ganze erste Hälfte das eigentliche Thema durch Einbeziehung der landschaftlichen Gegebenheiten und der frühgeschichtlichen Siedlung vorbereitet. Aber diese erweiterte Aufgabenstellung, die die Arbeit zu einer Siedlungsgeschichte des Lodzer Gebiets überhaupt werden läßt, ist methodisch begründet und für K.'s Auffassung seines Themas wesentlich insofern, als er mit Recht meint, daß durch diese Einbettung des deutschrechtlichen Kolonisationsvorganges in die allgemeine Siedlungsentwicklung dieser in seiner Bedeutung erst richtig eingeschätzt werden kann. Der Gedanke, sich auf diese Weise dem viel diskutierten, mit nationalgrundsätzlichen Imponderabilien beschwerten Thema zu nähern, war außerordentlich glücklich, weil es dadurch in seine natürlichen sachlichen Zusammenhänge gestellt ist und so unbefangener behandelt werden kann. Jedenfalls scheint mir dieser Gedanke glücklicher als der, den am Lodzer Raum gewonnenen Ergebnissen immer gleich allgemeinpolnische Bedeutung zuerkennen zu wollen.

Der Reiz der K.'schen Arbeit liegt überhaupt im frischen Anpacken der Probleme, und ihr Wert in den so mit Hilfe neuer Methoden zustandegekommenen Anregungen. K. macht die besondere Eigenart der polnischen Rechtsgeschichte, die es erlaubt, mit einer weitgehenden Besitzkonstanz zu rechnen, und die der kirchlichen Verfassungsgeschichte, die noch im hohen Mittelalter — durchaus abweichend von binnendeutschen Verhältnissen — ein im wesentlichen intaktes Zehntsystem erkennen läßt, weitgehend der Siedlungsgeschichte nutzbar und erzielt hiermit grundsätzlich fruchtbare Ergebnisse. Praktisch wird man jedoch nicht immer Bedenken unterdrücken können, ob nicht zu Gunsten des Grundsatzes im einzelnen die auch vom Verfasser zugegebenen, aber mehr an Beispielen aufgezeigten historischen Möglichkeiten einer Besitzveränderung durch Tausch und Kauf und die bei den verschiedenen territorialen Gewalten vorauszusetzenden Tendenzen der Abrundung und Abstoßung ihres Besitzes genügend in Rechnung gestellt sind. Besonders dienen die Zehntverhältnisse des 16. Jahrhunderts zur Rekonstruktion ursprünglicher Besitzkreise durch vorsichtige Subtraktion der erst neuzeitlichen Veränderungen dieses kirchenrechtlichen Systems. Ihre methodische Verwertung rechnet sich der Verfasser wohl mit Recht als sein besonderes Verdienst an, was ihm auch von Kasiske, der unabhängig von ihm ähnliche Wege ging, nicht bestritten wird.

Auf der anderen Seite dürfte aber nicht jede mehr am Rande gemachte Bemerkung stichhaltig, und nicht jede der manchmal nur angeschnittenen Fragen unbedingt gefördert sein. Ich denke hier etwa an die Ausführungen über den Einfluß der Straßen auf die geographische Lage der Stadtgründungen (S. 177 f.). Denn ebenso wie dieser anzunehmen ist, so ist aber allgemein auch umgekehrt ein Einfluß der Städte auf die Straßen in dem Sinne erwiesen, daß diese erst später von jenen angezogen wurden und dadurch zum Teil erhebliche und wiederholte Verlegungen erfuhren. Es ist daher methodisch nicht gut möglich, den Verlauf der alten Straßenzüge aus der Verteilung der Städte im 16. Jahrhundert ablesen zu wollen! („So wie der Flieger einen Straßenzug bei Nacht dann erkennt, wenn die Straßenlampen eingeschaltet werden, so erkennen wir rückschauend in das 15. Jahrhundert den alten Handelsweg an den im ausgehenden Mittelalter auftauchenden Städten"!!) Gerade die von K. für das Lodzer Gebiet benannten beiden Straßenzüge, von denen der nordsüdliche im wesentlichen ein Wasserscheidenweg (hierzu wäre heranzuziehen gewesen: H. Oesterreich, Die Handelsbeziehungen der Stadt Thorn zu Polen, ZWGV. 28, 1890, 69 ff), der westöstliche dagegen eine die Flußsysteme querende Straße ist, gehören ihrer Natur nach vermutlich verschiedenen Straßensystemen und Verkehrsepochen an, so daß sie in ihrer Bedeutung für die Entstehung von Städten verschieden einzuschätzen sein dürften.

Für das Ergebnis seiner Forschungen hinsichtlich des Kolonisationsvorganges des Lodzer Gebietes beziehe ich mich hier auf die bereits in größerer Anzahl, zum Teil von Spezialkennern, vorliegenden Würdigungen des K.'schen Buches (Kuhn, DMP. 5, 1939; Semrau, Mitt. d. Copp.-Ver. 47, 1939; Lattermann, DWZ. für Polen 36,

1939; Conze, Altpr. Forschungen 17, 1940; Kasiske, HZ. 162, 1940; Hahn, FBPG. 53, 1940).

Der Stil der Arbeit verdient, namentlich bei Berücksichtigung des spröden Stoffes, als lebendig und anschaulich besonders hervorgehoben zu werden, wofür gewisse Entgleisungen, wie das oben angeführte Zitat, oder ein gewisses Schwelgen in dem Lieblingswort „Bild" („Der Raum beherbergt ein Siedlungsbild", „das Siedlungsbild stagniert", „das Zehntbild ist ein regionales Problem", „wie verhält sich das Namensbild?", „Beständigkeit des Besitzbildes", „Ausstattungsbild der Kirche", „das Flurnamenbild gibt dem Gegenstand Farbe und Konturen") in Kauf genommen werden können. Wenn übrigens an einer Stelle (S. 29) von einer Störung des „Bildes" und im Zusammenhang damit von „untergeordneten Ausnahmemöglichkeiten" gesprochen wird, so drückt sich hier stilistisch die oben hervorgehobene Gefahr einer zu schematischen Verwendung der neugewonnenen methodischen Grundsätze aus.

Danzig. E. Crusius.

Deutsche Gestalter und Ordner im Osten. In Verbindung mit zahlreichen Mitarbeitern von **Kurt Lück**. Posen. Historische Gesellschaft im Warthelande/Verlag Hirzel in Leipzig. 1940. XII u. 341 S.

Unter schwersten äußeren Verhältnissen hat eine kleine Gruppe deutscher Historiker in den 20 Jahren polnischer Herrschaft in den 1919 abgetrennten Gebieten ausgehalten und allen Schwierigkeiten zum Trotz wertvolle Arbeit zur Erhellung der Geschichte der deutschen Volksgruppe und der großen Leistungen des deutschen Volkstums im ehemaligen Polen geleistet. Besonders Kurt Lück hat durch seine beiden großen Werke über „die deutschen Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens" und den „Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur" vorbildliche Pionierarbeit vollbracht und der Forschung z. T. ganz neue Wege gewiesen. Das vorliegende Werk ist eine Gemeinschaftsarbeit jüngerer und älterer Historiker aus dem Wartheland und führt uns durch 1000 Jahre deutsch-polnischer Geschichte. Ein bunter Reigen von deutschen Staatsmännern, Kaufleuten, Künstlern, Gelehrten, Handwerkern und Industriellen gleitet an unserem geistigen Auge vorüber und vermittelt uns einen tiefen Eindruck von der Größe des Kulturschaffens deutscher Menschen, die sich dem Dienst dieses Landes gewidmet haben. Es war ein glücklicher Gedanke, die „Aufbaukräfte", in denen die Fülle des Stoffes uns oft fast zu erdrücken droht, durch dieses Buch zu ergänzen, in dem die große Leistung des gesamten deutschen Volkstums an einer Anzahl ausgewählter, bedeutender deutscher Männer und Frauen gleichsam versinnbildlicht wird. Manche Schicksale wirken fast wie ein Roman, und oft erscheint das alte Polen wie ein zweites Amerika, das tüchtigen Menschen unbegrenzte Möglichkeiten gewährt. Nur wenige der geschilderten Persönlichkeiten gehören zu den Menschen, die entscheidend in die politischen Schicksale des Landes eingegriffen haben und deshalb auf der ersten Seite der Geschichtsbücher erscheinen. Aber auf unendlich vielen Gebieten waren sie Bahnbrecher und Wegweiser und haben als Kulturträger im wahrsten Sinne des Wortes den Polen Neuland erschlossen und ihnen den Zugang und Anschluß an die europäische Kultur vermittelt. Es wird für alle Zeiten eines der großen Rätsel der Geschichte bleiben, warum sich nicht aus dieser engen Kulturgemeinschaft, die besonders im ausgehenden Mittelalter blühte, ein inniges Verstehen beider Völker entwickelt hat, sondern sich bei den Polen ein einzigartiger Haß gegen alles Deutsche herausbildete, der sie schließlich in die große Katastrophe ihres völkischen Daseins verstrickte, die wir heute miterleben.

So wenig die Polen sonst auch von den Deutschen wissen wollten, große Leistungen deutschblütiger Menschen, die in ihrem einstigen Staatsgebiet wohnten, haben sie immer gerne anerkannt und sich nicht gescheut, sie als Leistungen des eigenen Volkstums in Anspruch zu nehmen. Wir wollen dabei nicht wieder die Diskussion um Coppernicus und Veit Stoß aufleben lassen, die bereits verdrießlich zu werden begann, sondern wollen uns freuen, daß Lück und seine Mitarbeiter neues Leben in die Debatte gebracht und sich neuen Zielen zugewandt haben.

Schon vorher hatte Retinger mit seinem Buche über die Polen in der Zivilisation der Welt *) versucht, das Problem zu erweitern. Es ist jedoch nur ein kläglicher Ver-

*) Retinger, Polacy w cywilizacją świata.

such gewesen, die Unfruchtbarkeit der Polen mit fremdem Verdienst zu verdecken, indem in souveräner Verachtung jeglichen wissenschaftlichen Beweismaterials alle in Polen lebenden bedeutenden Menschen ohne Rücksicht auf Blut und Volkstum zu Nationalpolen gestempelt wurden. Um so dankbarer begrüßen wir es, wenn jetzt ein Werk von deutscher Seite vorgelegt wird, in dem, wesentlich auf polnische Quellen und polnisches Schrifttum gestützt, an 35 Einzelbeispielen die Größe und der Umfang des deutschen Einflusses auf das polnische Geistes-, Kultur- und Wirtschaftsleben verdeutlicht wird. Wohl hat es die Tragik der deutschen Geschichte mit sich gebracht, daß, wie in so vielen anderen Fällen, bei dem Fehlen eines gesamtdeutschen politischen Bewußtseins ihre Leistung dem deutschen Volk verlorenging und dem Polentum zugute kam. Trotzdem dürfen wir stolz darauf sein, welchen Reichtum an tüchtigen Menschen das deutsche Volk hergeben konnte, ohne daß seine eigenen schöpferischen Kräfte darunter zu leiden brauchten, und daß kraftvolle deutsche Menschen inmitten einer Welt von Unordnung und Verfall Unvergängliches geschaffen haben und auf unendlich vielen Gebieten zu Lehrern und Wegweisern ihres Gastvolkes geworden sind.

Drei Städte vornehmlich wurden zu Mittelpunkten des deutschen Lebens: Krakau im späten Mittelalter und Warschau und Wilna am Ende des 18. und im Anfang des 19. Jahrhunderts. Vor allen weist Krakau, die große Handelsmetropole und Universitätsstadt, eine Reihe glanzvoller deutscher Namen auf, die Wirsing und Thurso, Boner und Dietz, den Stadtschreiber und Humanisten Heydecke, den Begründer des Buchdrucks in Polen, Heller, und den letzten Universitätsrektor großen Formates, Andreas Schoneus. Besonders verdienstvoll ist der Versuch, den hervorragenden Deutschen in den beiden letzten Jahrhunderten nachzugehen, denn die Taten des älteren Deutschtums sind zwar für immer in die Geschichte eingegangen, aber der Tätigkeit deutscher Menschen in den beiden letzten Jahrhunderten polnischer Geschichte kommt eine besondere Bedeutung zu, die bis in unsere Gegenwart hineinreicht. Es ist auffällig, daß gerade in der Zeit, als das alte Polen seinem Ende zuging, zahlreiche tüchtige deutsche Köpfe ihren Wag nach Polen fanden. Inmitten einer untergehenden Welt halfen sie in hervorragendem Maße mit, die ersten Grundlagen zu der inneren Wiederbelebung des polnischen Volkes zu schaffen. Metzler von Koloff wurde der Begründer der polnischen Publizistik, Jähnisch der der polnischen Bücherkunde, Bandtke der Reorganisator der Krakauer Universitätsbücherei und der Vater der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung der Polen, der später im nationalen Leben eine so wichtige Rolle zufallen sollte. Aus seinem Seminar sind zahlreiche bedeutende polnische Historiker hervorgegangen, die in der Geschichte der politischen Ideen der Polen eine wichtige Rolle gespielt haben. Linde schuf das berühmte Wörterbuch der polnischen Sprache, Elsner begründete die moderne polnische Musik, der Arzt Joseph Franke und der Tiermediziner Bojanus wurden Bahnbrecher der medizinischen Wissenschaften an der Universität Wilna, der Bergmann Puschel legte den Grund zur geologischen Wissenschaft und Besser zur Botanik Galiziens und Wolhyniens. Die erste Eisenbahn in Kongreßpolen verdankt dem Deutschen Steinkeller ihre Entstehung, und der Sattlergeselle Dangl schuf in Warschau die größte Wagenfabrik Europas um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts. Dazu kommen die tatkräftigen Industriellen, die die Tuchindustrie von Litzmannstadt und Pabianitz und die Schwerindustrie des Sosnowitzer Reviers ins Leben riefen.

Es ist nicht möglich, auf die Beiträge im einzelnen einzugehen. Nicht alle stehen auf gleicher Höhe. Bei manchen spürt man deutlich, daß sie bei der starken Beanspruchung durch die Tagesarbeit nur die Gelegenheitsfrucht einer knapp bemessenen Freizeit bilden und ohne eigene Quellenstudien schnell aus der Literatur zusammengetragen werden mußten. So wünschte man z. B. bei dem Beitrage von Schmidt über Joh. Christian Schuch, den Schöpfer des Lazienki-Parks in Warschau, der bei 5½ Seiten Länge ein drei Seiten langes Zitat aus polnischer Quelle bringt, eine wesentliche Vertiefung. Gelegentlich fehlt es auch nicht an Irrtümern, so wenn z. B. S. 1 die Zisterzienser und Kamaldulenser bereits in die Zeit Boleslaus' Chrobrys verlegt werden, oder S. 117, wo der Codex Fridericianus aus dem Jahre 1748 mit dem Preußischen Allgemeinen Landrecht des Jahres 1794 gleichgesetzt wird. Zweifelhaft will es mir scheinen, ob der Bürgermeister von Thorn, Heinrich Stroband, in diese Reihe hineingehört, da Westpreußen nie zum altpolnischen Gebiet gehörte und Thorn selbst als deutsche Gründung seinen deutschen Charakter immer zu wahren verstanden hat.

Wie alle von Lück herausgebrachten Arbeiten, enthält auch diese zahlreiche Anregungen. Viele der darin skizzierten Gestalten verdienen eine besondere, ausführliche monographische Darstellung. Erfreulich ist es, daß eine solche über Johann Thurso bereits in Vorbereitung ist. Hervorheben möchte ich den Beitrag Gottfried Rhodes über August den Starken. Rhodes Versuch, die positiven Seiten der Verbindung Kursachsens mit Polen herauszuheben, erweist sich als sehr fruchtbar. Das hier entworfene knappe Bild, in dem vieles nur angedeutet werden konnte, würde zweifellos eine ausführliche Behandlung lohnen. Ebenso wünschen wir uns von der Verfasserin eine ausführliche Schilderung der reizvollen Persönlichkeit der Ursula Meierin, der deutschen Hofmeisterin am Hofe Sigismund III. Über den behandelten Personenkreis hinaus wird von Lück selbst ein besonders interessantes Problem angeschnitten. Nach seiner Feststellung (S. 198) füllte sich im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts Warschau „derart mit deutschen Handwerkern, Fabrikanten und Kaufleuten, in allen Größen, vom Kleinkrämer bis zum Bankherrn, daß der weitaus größte Teil der Warschauer Bürgerschaft, im soliden Sinne dieses Wortes, aus Deutschen bestand". Dieser, bisher nicht beachtete Umstand wirft ein interessantes Schlaglicht auf die Erwerbung Warschaus durch Preußen bei der zweiten polnischen Teilung. Welche volkspolitischen Folgen hätten sich daraus bei einer längeren Dauer der preußischen Herrschaft ergeben?! Soweit sich aus der bisherigen Forschung ersehen läßt, hat die preußische Staatsführung dieses starke deutsche Element nicht in Rechnung gestellt. Jedenfalls aber erscheint es mir als eine wichtige Aufgabe, die Erforschung und Darstellung der Geschichte dieses Warschauer Deutschtums in Angriff zu nehmen, zumal uns heute, im Gegensatz zu früher, die Warschauer Archive in vollem Umfange zur Verfügung stehen.

Im ganzen gesehen, ist diese Gemeinschaftsarbeit ein erfreulicher Beweis der ungebrochenen geistigen Regsamkeit volksdeutscher Wissenschaft, die in diesem Werke gleichsam ein Programm für die künftige Arbeit vorlegt. Mit dem Herausgeber fragen wir daher: „wann wird die deutsche Wissenschaft daran gehen, ein großes biographisches Nachschlagewerk für die vielen tausend Deutschen zu schaffen, die im Vorfelde unserer Ostgrenzen unvergängliche Werke auf allen Gebieten menschlicher Betätigung schufen?"

Bromberg. Adalbert Hahn.

Michael Brink, Der Deutsche Ritterorden. Verlag Bitter & Co., Recklinghausen i. Westf. (1940). 136 S., 12 Abb. 8°.

„Über das, was heute vom Orden im Bewußtsein ist, erkennend vorstoßen bis zu seinem wirklichen Sein und Wesen" will dieses Buch. Denn im Schrifttum über den Deutschen Ritterorden ist der Verfasser immer wieder auf „eine Verschwörung des bewußten und unbewußten Vorurteils", auf „Verschweigen oder Verfälschen wesentlicher Teile" und auf ein fruchtloses Herumexperimentieren mit „Wunschbildern", „Neukonstruktionen" und „allen möglichen die klare Idee des Ordens verwässernden Ideologien" gestoßen. Gegenüber den mancherlei schnellfertigen Konjunkturerzeugnissen der jüngsten Zeit und solchen Entgleisungen wie L. Oswalds allerdings nicht angeführtem Machwerk „Wie Alt-Preußen bekehrt und Ordensland wurde" (1934) oder K. und T. Gatz' „Der Deutsche Orden" (1936) ist dieses Urteil gewiß nicht zu hart. Aber Brinks bei aller Deutlichkeit des Tadels seltsam unbestimmte, allgemein gehaltene und ganz anonyme Kritik (S. 11 f.) scheint — trotz anfänglicher Erwähnung der „besonders im letzten Jahrzehnt gemachten ernsthaften und gründlichen Versuche, den wahren und ganzen Orden zu erfassen" — mehr oder minder alle Arbeiten über den Deutschen Orden treffen zu wollen. Gerade auch der Historiker von Fach ist nach des Verfassers freilich nur versteckt geäußerter Ansicht letztlich nicht fähig, einer Erscheinung wie dem Orden, die eigentlich auf ihre „große künstlerische Gestaltung wartet", wirklich gerecht zu werden. Denn die „Historie" — diese durchaus nicht neuartige, hier nicht näher zu erörternde Auffassung sollen Brinks Andeutungen augenscheinlich ausdrücken — will ja „nur um die äußere Geschichte wissen", hat lediglich die immerhin „um der Wahrheit willen gültige" Aufgabe, die Geschichte — und zwar den rein äußeren Geschehensablauf — „kritisch zu prüfen". Dagegen muß man dem Deutschen Ritter-

orden — wie schließlich „allem Lebendigen" und seiner „rätselvollen Einheit" — mit mehr als „bloßer Wißbegier", d. h. als ein von Ehrfurcht erfüllter „Sucher" begegnen.

„Zum Herz und Blut und Geist" des Ordens führt außer der künstlerischen Intuition und Gestaltung nach Brinks Meinung noch ein anderer, bisher unbeschritten gebliebener Weg: Man muß „den Orden selbst in den überlieferten Zeugnissen" sprechen lassen; die Quellen, deren „lebendiger Wert weit mehr als bloßes formalhistorisches Interesse beanspruchen darf, müssen über den Kreis der Historiker hinaus dem Volke erschlossen werden". Eigentlich sollte der Verfasser allein schon aus E. Maschkes von ihm doch vielfach verwertetem Buch „Der Deutsche Ordensstaat" (1935) die Überzeugung gewonnen haben, daß die ja wirklich nicht nur für die Zunft bestimmten Werke der Historiker über den Deutschen Orden aus den Quellen erarbeitet und mit Quellenzitaten gespeist sind; er könnte auch wissen, daß gerade die Ordensstatuten, auf die es ihm besonders ankommt, von der Geschichtsforschung seit E. Hennig (1806) nach allen Seiten hin untersucht und in nahezu allen einschlägigen Gesamtdarstellungen der Historiker gebührend berücksichtigt worden sind. Freilich fehlt eine besondere Ausgabe der Statuten in der Gegenwartssprache. Aber würde eine solche trotz dem modernen Sprachgewande den fernen Geist und die dem heutigen Menschen weithin fremde Haltung, die aus dem Original sprechen, dem Volksgenossen wirklich verständlich machen oder dem Volke tatsächlich gar das ursprüngliche Bild des Ordens aufhellen können? Überdies wird man bei aller Anerkennung des unwägbar großen, richtungweisenden Wertes der Statuten doch nicht übersehen dürfen, daß gerade sie aus einer einmaligen, ganz besonderen geschichtlichen Situation, aus dem Erlebnis und den Bedürfnissen einer Generation erwachsen und nur für diese Generation der Schöpfer voll und ganz gültig und im strengsten Sinne verbindlich gewesen sind.

Aber sehen wir, wie Brink nun das vorgebliche Versäumnis der Historiker gutmacht! Auf wenig mehr als fünf Seiten (S. 57—62) versucht er einleitend über die Geschichte, den Aufbau und Ursprung der Statuten zu unterrichten. In keinem Punkte stößt er auch nur um einen Schritt über das bisher Bekannte, aber gewiß schon besser, vollständiger und eindringlicher Dargelegte vor. Was insbesondere über die so wichtige innere Genesis, die Grundlagen und Vorbilder der Deutschherrenregel gesagt wird, ist recht enttäuschend; der Unterschied zu den Satzungen der anderen geistlichen Ritterorden, das Eigentümliche und Neuartige der Statuten des Deutschen Ordens wird kaum gestreift. Und in manchem enttäuschen muß leider auch die dann (S. 63—109) folgende Wiedergabe der Statuten. Auf M. Perlbach „Die Statuten des Deutschen Ordens" (1890) fußend, übersetzt der Verfasser lediglich die eigentliche Regel nebst Prolog, Aufnahmeritual und Schluß vollständig, beschränkt sich aber bei den Gesetzen und den so aufschlußreichen Gewohnheiten auf eine ganz subjektive, recht „knappe Auswahl". Angefügt sind ein größerer Auszug (S. 110—121) aus Bernhards von Clairvaux „Lob der neuen Ritterschaft", auf dessen Bedeutung für die Idee der geistlichen Ritterorden schon mehrfach, zuletzt besonders nachdrücklich von E. Maschke hingewiesen worden ist, vier kurze Stellen von Nikolaus' von Jeroschin „Kronike" (nach den „Scriptores Rerum Prussicarum") sowie in freier Übersetzung (nach frühen Urkunden) je eine den Orden lobende und anfeuernde Äußerung der Päpste Honorius III, Gregor IX. und Kaiser Friedrichs II. Der Kommentar besteht in Quellenangaben, Verweisen auf die jeweiligen biblischen Vorlagen und einigen ganz wenigen sachlichen Anmerkungen. Glaubt Brink wirklich, daß etwa ein Satz wie: „Diese Ritterschaft, die schon vorgebildet ist in der Ritterschaft des Himmels und der Erde, ist die einzige, die an Stelle Christi die Schmach des Kreuzes leiden soll ... usw." heute noch verständlich ist und ohne (übrigens die Mystik der Zeit einbeziehende) tiefgründige Erläuterung dem Durchschnittsleser auch nur das Geringste über „Geist und Gesicht" des Deutschen Ordens besagt? Meint er wirklich, mit seiner auszugsweisen, kaum die nötigsten Erläuterungen enthaltenden Wiedergabe der Statuten — die nach der sprachlichen Seite ohne Zweifel als gelungen und verdienstlich gelten darf — und mit den wenigen sonstigen Quellenübertragungen dem Volke das wahre und ganze Bild des Ordens erschlossen oder auch nur näher gebracht zu haben? Unsere Antwort kann nur negativ ausfallen.

Daß es mit dieser „Quellenerschließung" allein doch nicht getan ist, empfindet der Verfasser auch offenbar selbst. Sonst hätte er mit seinem ursprünglich angekündigten

Vorsatz, nur den Orden selbst sprechen zu lassen, wirklich Ernst gemacht und nicht noch eine verhältnismäßig sehr umfängliche (S. 15—56) Einführung in „Leben und Geist" sowie Geschichte des Deutschen Ritterordens vorangesetzt.

Entgegen unserer berechtigten Erwartung weist nun aber das Kapitel über „Leben und Geist" des Ordens (S. 15—21) nur verschwindend geringe Beziehungen zum Quellenteil auf. Es ist wesentlich eine in Aphorismen gehaltene Betrachtung über Mönchtum und Rittertum, über die Vereinigung beider Elemente im Deutschen Orden und die so entstehende Spannung und „schöpferische Polarität" innerhalb des Ordens. Brink bemüht sich ehrlich um das Wesen der „bisher höchsten Ausprägungen des Menschen, des Heiligen in der Form des Mönches und des Helden in der Form des Ritters" (S. 18) und um die Darlegung der merkwürdig engen Bindung, welche diese zwei Formen im Deutschen Ritterorden eingegangen sind. Der Verfasser erblickt in dieser Verschmelzung weder etwas im Grunde Unnatürliches, notwendig zur Auflösung Führendes noch, aus „formalistischer Sicht" gesprochen, eine „höhere Synthesis", vielmehr „hatte der Orden die Weite, die beiden fruchtbarsten Kräfte in sich zu vereinigen zum Dienst am Ganzen" (S. 21). Wie Brink Definitionen des Ritters und des Mönchs als „nicht fassend" ablehnt (S. 16), so erscheint ihm allerdings die im Orden realisierte Vereinigung beider auch als „eine Verbindung, die als eine lebendige dem „Begreifen" Grenzen setzen muß" (S. 20). Dafür werden Ansätze gemacht, „auf dem Umweg über das Bild" und Symbol „die leeren Begriffe zu füllen" und so in „ehrfürchtiger Vertiefung" den Geist des Ordens zu beschwören. Die in gehobener, nicht selten zum Überschwenglichen neigender Sprache gemachten Ausführungen enthalten manches schöne und nachdenkliche Wort, sind von tiefer Religiosität erfüllt und bezeugen sichtbar die Ergriffenheit des Verfassers von seinem Gegenstand. Aber im Grunde handelt es sich um — Glaubenssätze, über die sich hier nicht rechten läßt. Nur soviel ist zu sagen: Die gewünschte Klarheit, die der Verfasser subjektiv erlangt haben mag und nun dem Volke zu vermitteln wünscht, bringen seine Darlegungen selbst dem unterrichteten Leser nicht, weiteren Kreisen aber werden sie vermutlich noch weniger besagen als die Quellenübertragungen. Abzulehnen ist die unverkennbar einseitige Sicht des Deutschen Ritterordens vom Mönchischen her. Wir halten dagegen G. Kunzes dem gleichen Anliegen geltende Arbeit „Glaube und Politik. Zur Idee des Deutschen Ordens" (1938) und bedauern, daß sie Brink unbekannt geblieben ist. Wieviel klarer, geschlossener, in seiner Eindringlichkeit und Schlichtheit der Sprache selbst dem Fernstehenden verständlicher ist Kunzes sicher nicht unkompliziertes noch über jeden Einwand erhabenes Buch doch zu nennen!

Fast noch schwerer wiegende Bedenken erheben sich endlich gegen den „Abriß der Ordensgeschichte" (S. 22—56), den der Verfasser doch für nötig erachtet, „um ein Bild des Ordens in seiner Ganzheit zu gewinnen" (S. 13). Man vermißt die wirklich intimste Vertrautheit mit dem Gegenstande und das Höchstmaß an Kenntnissen, wie sie für die Gestaltung eines fast überreichen, schwierigen Materials auf knappem Raume nun einmal unerläßliche Voraussetzung sind. Man vermißt aber auch schmerzlich die gerade hier erforderliche Disziplin iertheit und bewußte Beschränkung in der Fragestellung und Zielsetzung. Zur Veranschaulichung seien ein paar Proben geboten: In dem an sich löblichen Bestreben, zu den Wurzeln des Ordens zu gelangen, rollt Brink sogar die Frage auf, „was unter diesem Leben des Mittelalters zu verstehen ist" (S. 25), — eine Frage, die schlechterdings nicht mit ein paar geistvollen Zitaten von Bernhard von Clairvaux bis Cavour und einigen lapidaren Randbemerkungen zu beantworten ist; am Schluß (S. 27) bleibt es sogar offen, ob der Orden nun aus dem „damals noch nicht problematischen Leben des Mittelalters" erwachsen ist oder nicht doch schon „aus dem sterbenden Reich und der in ihrer damaligen, zeitlichen Gestalt sterbenden Kirche das Erbe empfing und es zu einer letzten Größe führte, deren Ende notwendig eine Tragödie sein mußte". Zur Kennzeichnung der Frühgeschichte im Ostraum wird die in dieser Form mindestens merkwürdige Behauptung aufgestellt: „Die Zerstörung des großen thüringischen Reiches ... im 7. Jahrhundert durch die Sachsen schuf einen offenen Raum, in den die Slawen nachdrängen konnten" (S. 27). Isoliert und wie ein Fremdkörper wirken die sehr dürftigen Angaben über Polens Werden (S. 28), und von dem Schicksal Altpreußens, des eigentlichen Ordenslandes, vor dem Erscheinen der Kreuzherren wird nur das Auftreten des Bischofs Christian erwähnt (S. 29).

Der Abschnitt über Hermann von Salza ist zwar mit besonders liebevoller Sorgfalt geschrieben, aber wesentlich hinter der Quintessenz von E. Caspars vorzüglicher Abhandlung („Hermann von Salza und die Gründung des Deutschordensstaates", 1924) zurückgeblieben. Eher noch unklarer wird die ohnehin von tragischer Problematik umwitterte Erscheinung Heinrichs von Plauen in Brinks Darstellungsversuch (S. 43 ff.). Die Grundzüge der Geschichte des preußischen Deutschordensstaates selbst sind weder mit der nötigen markanten Schärfe noch gar irrtumslos herausgearbeitet. Was beispielsweise über den Konflikt zwischen Orden und Ständen gesagt wird, läßt erkennen, daß dem Verfasser nicht nur Ursprung und Ablauf, sondern auch die wirkliche Bedeutung dieses ebenso dramatischen wie entscheidenden Vorgangs nicht klar geworden sind. Die für Hermann von Salzas Hochmeisterzeit angegebenen Zahlen: 1109—1139 (S. 30) sind selbst als Druckfehler schwer verzeihlich. Daß Friedrich II. Hermann seit 1237 (S. 53) „mehr und mehr fallen ließ", ist nicht richtig und vermutlich eine Verwechslung mit der ablehnenden Haltung, die das Generalkapitel zu Marburg um die gleiche Zeit (1237) gegen den Hochmeister einnahm. In seiner höchst „elliptischen", schiefen Formulierung gibt der Satz: „Die Erhebung Lübecks zur reichsfreien Stadt (1226) sicherte dem Orden die Freundschaft der Hanse" (S. 37) geradezu Rätsel auf. Wußte Hermann von Salza tatsächlich, „daß der Ordens staat notwendig zum Konflikt mit Pommern (!) und Polen führen mußte?" (S. 37). Aber genug! Die Unzulänglichkeit dieses geschichtlichen Überblicks wird auch nicht wettgemacht durch die teils aphoristische, mit Aussprüchen von Berdiadjew, Kierkegaard, Eichendorff usw. gewürzte, teils in einer allzu sachlichen, abgehackten und harten Aufzählung von Daten sich gefallende Schreibart Brinks. Stärker noch und trübender als sonst schon gelegentlich tritt gerade hier in der Bewertung von Menschen und Ereignissen, in der Verteilung von Licht und Schatten des Verfassers enge Bindung an den streng katholischen Standpunkt hervor.

Brinks Buch erhebt den Anspruch, unserem Volke über die unvergleichliche Erscheinung des Deutschen Ordens Neues und Bleibendes zu geben und gewissermaßen das endlich nachzuholen, was die zwar emsige, aber letztlich doch im eigenen gelehrten Betrieb steckengebliebene „Historie" und das ihr oder den jeweils herrschenden Zeitströmungen mehr oder minder hörige Schrifttum bisher unterlassen haben. Darum erschien uns seine ausführliche, schonungslose Besprechung geboten.

Danzig. Ulrich Wendland.

Imendörffer, Nora, Johann Georg Hamann und seine Bücherei. Königsberg und Berlin: Osteuropa-Verlag 1938. (Schriften der Albertus-Universität, Geisteswissenschaftliche Reihe, Band 20) 174 S.

Johann Georg Hamann hat die Sprache die Mutter der Vernunft und Offenbarung genannt. Aus dem gedruckten Wort hat er für Leben und Anschauungen Halt und Richtung empfangen. Die formale Verflochtenheit seines Schreibens mit seinen literarischen Quellen bezeugte Goethe, als er über Hamann schrieb, daß mit anderen Merkmalen die gleichsam „andringenden Sprüche der heiligen und Profanskribenten" die „wunderbare Gesamtheit seines Stils" bildeten. Schulmeister Goedeke hat die Beziehung dieses Autors zu den von ihm benutzten Büchern sogar in die einmalige Zensur gefaßt: „er las ungeordnet alles, was er fand, dabei kamen ihm allerlei gute Gedanken".

Eine Untersuchung über Hamanns eigenen Bücherbesitz gehört demnach von vornherein in einen Kreis von Fragen, die seine Sprachtheorie, seine Auffassungen über seine eigene „Autorschaft", seine Belesenheit, seine Stellung zum Lesen überhaupt betreffen. Vor allem müßte zuvor geklärt werden, welche Stellung die eigene Bibliothek neben anderen Quellen seiner Belesenheit einnimmt. Durch die in den „Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft, Geisteswissenschaftliche Klasse, 1930, H. 6" veröffentlichten Mitteilungen Josef Nadlers über die Vorbereitungen zur Hamann-Ausgabe sind wir sehr gut über die bibliothekarischen Quellen unterrichtet, aus denen Hamann schöpfte. Danach hat der Magus in Königsberg nachweislich sämtliche öffentlichen und die meisten Privatbibliotheken in Anspruch genommen. Allerdings hatte schon Ludwig von Baczko in seinem „Versuch einer Geschichte und Beschrei-

bung der Stadt Königsberg, 1787—1790", Hamanns Bibliothek als eine der bedeutendsten Königsberger Privatbibliotheken gewürdigt (S. 459). Er hatte ihren Reichtum an Büchern über „Philologie und Critik", an lateinischen und griechischen Autoren „nach den schönsten Ausgaben" gerühmt. Bewundernd erwähnte der Zeitgenosse ferner den Besitz „herrlicher Originalausgaben" der „Engländer Shakespeare, Pope, Milton, Ossian", die Sammlungen der „vorzüglichsten Schriftsteller Italiens und Frankreichs und die ausgesuchtesten Werke aus dem Fache der Philosophie und der schönen Wissenschaften". Ein ausgezeichnetes Hilfsmittel zum Kennenlernen des später zerstreuten Hamannschen Bücherbesitzes, wenigstens zu einem gewissen Zeitpunkt, entdeckte Nadler in der Königsberger Stadtbibliothek in dem Katalog, in dem H. selbst im Jahre 1776 seine Bücher zusammen mit denen seines verstorbenen Freundes Lindner verzeichnete.

Nora Imendörffer setzte sich die Aufgabe, unter Heranziehung des Briefwechsels und der Werke, des Kataloges von 1776 und der Akten der Staats- und Universitätsbibliothek zu Königsberg, in die ein Teil der Bücher später gelangte, ein Verzeichnis aller Hamann zu irgendeiner Zeit einmal gehörigen Bücher aufzustellen. Vor dieser, den zweiten Hauptteil der Arbeit bildenden Liste wird über den Leser Hamann, die Geschichte, Äußeres und „Struktur der Bücherei" gesprochen. Zur Aufstellung des „Verzeichnisses von J. G. Hamanns Bücherei" mußte in dem Katalog von 1776 durch Kombinationen Hamanns Bücherbesitz von dem Lindners getrennt werden, weil die beiden Bibliotheken von Hamann ungeschieden verzeichnet wurden. Diese Bemühungen und die sehr oft notwendigen bibliographischen Ergänzungen der Titel verdienen als philologische Kleinarbeit vollste Anerkennung. Das Gesamtverzeichnis des rekonstruierten Hamannschen Bücherbesitzes, wie man die Liste am besten bezeichnet, wurde von der Verfasserin in eine nach den „Hauptgegenständen von Hamanns Denken und Aufnehmen" geordnete Gliederung gebracht.

Zur Charakterisierung ihrer Rekonstruktion möge die Verfasserin selbst zu Worte kommen: „Den Stand von 1776 haben wir ganz, und die Lücken nehmen demzufolge nach den beiden Endpunkten des Zeitabschnittes von ca. 1750 bis 1788 hin zu." — „Ausgesiebt wurde einmal 1767." —

Diese, doch ein wenig imaginäre „Bücherei" Hamanns wird in den auswertenden Kapiteln in mannigfache Beziehung zu dem Besitzer zu setzen versucht. Die Verfasserin reiht auch hier eine einschränkende Feststellung an die andere: Hamann war oft „mehr am Haben als am Gebrauchen gelegen", er tätigte „Gelegenheitskäufe, daß kaum mehr etwas von einem Auslesegrundsatz bleibt". — „Für einige solche Bücher ist der Zweifel berechtigt, ob die Tatsache des Eigentums schon folgern läßt, daß Hamann sie gekannt hat." Um so erstaunlicher ist es, daß in wesentlichen Abschnitten der Arbeit dennoch angenommen wird, eine Privatbibliothek sei ohne weiteres ein geistiger, mit dem Besitzer auf geheimnisvolle Weise gleichgeschalteter Organismus. Die Verfasserin hat es leider nicht verschmäht, aus einem schemenhaften „Gesamtcharakter der Bücherei" Hamanns einen „Spiegel seiner Wesenheit" zu machen und die weitestgehenden Rückschlüsse auf seine Persönlichkeit und sein Denken zu ziehen. Daß ein Rezensent der Arbeit „im Besitz die Tatsache belegt fand, daß Hamann vor allem anderen Christ war", muß auf methodische Verzerrungen durch die Arbeit zurückgeführt werden. Es bedarf kaum der Erläuterung, daß niemand, wenn er es nicht aus authentischen Quellen gewußt hätte, diese Tatsache aus dem Vorhandensein dicker Bibeln und Kommentare in Hamanns Bibliothek, einem von Überlieferung geformten gelehrten Apparat vom Ende des 18. Jahrhunderts, allein hätte schließen dürfen! Schrieb die Verfasserin auf Grund des, wohlgemerkt, eigenen, angeschafften Besitzes, „von seinem Abstand von der literarischen Entwicklung dieser Jahrzehnte", so wurde in der Besprechung daraus: „Abstand von der dichterischen Entwicklung seiner Zeit." Ähnliches behaupten beide nach einer angeblich geringen Anzahl einschlägiger Werke von seinem Verhältnis zu Pietismus und Mystik. Es wird keineswegs klar genug in der Arbeit gesagt, daß sich diese behaupteten Abstände nur auf die Gestaltung der Bibliothek, auf Hamanns Anschaffungspraxis beziehen können, nicht aber zugleich auf Hamanns Tätigkeit und Anschauungen.

Die Verfasserin hat mit Recht an den Anfang ihres Buches das Kapitel: „Der Leser Hamann" gestellt. Sprach sich darin doch das Gefühl dafür aus, daß der

Nachweis der von Hamann besessenen Bücher nur die eine Seite dieses Versuchs über Hamanns literarische Quellen darstellt. Zielen diese Bemühungen doch alle auf ein Erfassen des geheimnisvollen Vorgangs der geistigen Aneignung und Umwandlung, des Lesens bei Hamann hin! Die Rekonstruktion des Bücherbesitzes selbst — wenn so etwas möglich wäre, des ganzen von Hamann gelesenen Schrifttums ist ja nicht mehr als die anatomische Beschreibung der einen Hälfte des Befruchtungsvorgangs schöpferischen Lesens. Daß wir diesen lebendigen Vorgang selbst gar nicht beschreiben können, relativiert das philologische Hilfsverfahren der Bibliotheksanalyse in hohem Maße.

Die Verfasserin konnte verschiedene Äußerungen Hamanns über sein eigenes Lesen, die aber zugleich allgemeine Bedeutung haben, verwerten. Sehr schön sah sie die wahre Lesewut des Magus als einen Ausdruck stammesmäßiger Entwicklungen im deutschen Osten: „Nachdem Altpreußen jahrhundertelang vom Reich aufgenommen hatte, verdichtete sich diese Aufnahme in Hamann noch einmal zur größten Intensität. Aber in ihm setzt gleichzeitig die rückläufige Bewegung ein: das Ausströmen eigenen Wesens in den Westen."

Auch auf den Einschnitt wird hingewiesen, den das tiefgreifende religiöse Erlebnis in London für Hamanns Einstellung zur Welt des Gedruckten bedeutet. Hatte er vor seiner Bekehrung „Bücher als die einzige Stütze und Zierde des menschlichen Schicksals" angesehen, so „vergaß er danach alle seine Bücher und schämte er sich, selbige gegen das Buch Gottes jemals verglichen zu haben". (Gedanken über meinen Lebenslauf. 1758.) Diese „Literatur"-Betrachtung erinnert schon an die Verteidigung des Wortes der Bibel durch seinen westpreußischen Nachfahren Bogumil Goltz. Zur Deutung des bei Hamann dauernd bestehenden Spannungsverhältnisses zwischen geoffenbartem Wort Gottes in der Sprache und Weltwissen im Buch, das die Verfasserin nachtastend beschreibt, fügen wir noch Nadlers gegen Kant absetzende Formulierung hinzu: „Denn wenn in einem höheren Sinne die Welt sich und den, der durch sie redet, offenbart, so ist das Vermögen Sprache zu hören und zu lesen Schlüssel und ABC der Erkenntnis." (Nadler: Hamann, Kant, Goethe. 1931. S. 44.)

Dieser nicht zu überbietenden Hochschätzung des Lesens stehen bei Hamann aber nun in Wort und Tat Äußerungen gegenüber, die auf eine völlig entgegengesetzte Einstellung schließen lassen. Beides muß zusammen gesehen werden. Denn wenn auch gesagt wurde, daß der Befruchtungsvorgang des schöpferischen Lesens notwendig im Dunkeln bleiben muß, so sind doch gewiß alle diese Äußerungen Reflexe dieses lebendigen Aktes, der das Kernproblem aller bibliotheks- und buchkundlichen Bemühungen um Hamann sein muß. Leider hat sich die Verfasserin Hamanns Worte über die Kunst des Lesens aus „Schriftsteller und Kunstrichter" entgehen lassen: „Doch weil unsere Kunstrichter keine Zeit übrig behalten, selbst zu lernen, so haben sie es alle in der Schreibart hoch gebracht. Schreiben und lehren können sie alle, dieser eine gelehrte Faust, jener eine Kaufmannshand; aber lesen höchstens wie die spanischen Bettler." Schließlich hat der Magus auch gesagt: „Mein Lesen ist mehr Betäubung als Kultur, es erbaut mehr den Sitz des Übels, als daß es selbigen zerstört." Danach können wir nicht mehr mit der Verfasserin der Meinung sein, daß die Wendung in „Leser und Kunstrichter" von „Bibliothek und Kabinett, die auch verdienen gelesen, aber noch mehr verbrannt zu werden", wegen der Gefahr kompilatorischer Viel- und Abscheiberei gefallen sei. Von solchen Äußerungen aus fällt auch mehr Licht auf das heroische Motto im Titel zum Katalog von 1776, ohne Bücher leben zu wollen, und überhaupt auf die zeitweilige, nicht allein aus der augenblicklichen Notlage erklärliche, radikale Entäußerungsabsicht, der wir das Material zur vorliegenden Studie verdanken. Das war mehr als eine „asketische Laune" (Nadler), sondern hatte einen auf das konkrete Problem des Lesens bezogenen Sinn. Wir dürfen annehmen, daß Hamann, eines der größten Lesewunder und -genies unter den Deutschen, zugleich tiefe Einsichten in die Gefahren des „betäubenden", vom Leben abziehenden, Tat und

Glauben des Menschen schwächenden Lesens genommen hat. Aber, noch einmal sei es gesagt, um wieviel undurchsichtiger, unergründlicher als diese Meinung vom Lesen ist der Prozeß selbst, in dem sich Hamanns eigene oder geliehene Bücher in die Hieroglyphensprache seiner sibyllinischen Schriften umsetzten.

Die fleißige und gründliche Arbeit enthält wertvolle Mitteilungen zur Hamann-Forschung und zur Geschichte des Königsberger Bibliothekswesens. Sie zeigt aber auch deutlich die Grenzen und Gefahren der Methode, mit Hilfe bibliotheksgeschichtlicher Ermittlungen das Werden geistiger Persönlichkeiten und Wirkungen erhellen zu wollen.

Danzig. Göttsching.

